

Ideologie als Stabilitätsfaktor und Abstimmungsdeterminante im amerikanischen Kongreß

Diplomarbeit, dem Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Mannheim vorgelegt
von Peter Kotzian aus Böhl

Mannheim 1998

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung und Fragestellung	1
2. Gleichgewicht und Instabilität in Modellen legislativen Verhaltens....	3
2.1. Positive Theorien über legislative Institutionen	3
2.1.1. Positive politische Theorien und die Modellierung von politischen Prozessen.....	3
2.1.2. Verhaltensannahmen und Präferenzen in Modellen der Politik.....	3
2.1.3. Die Mehrheitsregel als Abstimmungsmechanismus	5
2.1.4. Konzepte der Analyse der Abläufe in Abstimmungssituationen	6
2.2. Ergebnisse der Analyse von Parlamenten: Instabilität	10
2.2.1. Condorcet-Zyklen.....	10
2.2.2. Instabilität bei Verteilungsspielen.....	10
2.2.3. Black und Downs	11
2.2.4. Arrow.....	11
2.2.5. McKelveys Chaos Theorem	12
2.2.6. Stabile Situationen: Plotts Symmetrie Bedingungen	13
2.3. Begründung der Auswahl des amerikanischen Kongresses.....	14
2.4.1. Mögliche empirische Merkmale von Instabilität	16
2.4.2. Liegt im amerikanischen Kongreß Stabilität vor?.....	17
3. Erklärungen für Stabilität innerhalb des Paradigmas der positiven Theorie	21
3.1. Tullock: Logrolling	21
3.1.1. Befunde und Zielsetzung.....	21
3.1.2. Tullocks Erklärung von Stabilität: Logrolling-Modelle	22
3.1.3. Kritik an dieser Erklärung.....	24
3.2.1. Das abstrakte Modell.....	25
3.2.2. Konkrete Beispiele von SIE im amerikanischen Kongreß.....	26
3.2.3. Beurteilung des SIE Modells.....	27
3.3. Bewertung der beiden Ansätze.....	27
4. Ideologiekonzepte und positive Theorien.....	28
4.1. Ideologiekonzepte	28

4.2. Funktionen und Eigenschaften von Ideologie: Ideologie als Kommunikationsmittel und Erleichterung der Informationsbeschaffung	29
4.3. Ideologie und policy	30
4.3.1. Unterschiede zwischen Ideologie und <i>policy</i>	30
4.3.2. <i>Mapping</i> von Ideologie in den Policy-Raum	31
4.4. Inhaltlicher Gehalt von Ideologie in den USA	34
4.5. Ideologie als Abstimmungsdeterminante	35
5. Methoden der empirischen Umsetzung von Ideologieansätzen	36
5.1. Einteilung der Methoden der Ideologiemessung	36
5.2. Inhaltsanalysen	37
5.3. Ratings	38
5.4. Interviews	43
5.5. Das NOMINATE-Verfahren als Beispiel für ein Skalierungsverfahren	44
5.5.1. Der mathematische Hintergrund von NOMINATE: Skalierungsverfahren und multidimensionales <i>unfolding</i>	44
5.5.2. Das NOMINATE-Verfahren	45
5.5.3. Beurteilung des Verfahrens	52
5.5.4. Methodische und inhaltliche Kritik am NOMINATE-Verfahren	58
5.5.4.1. <i>Kritik an der Auswahl der Roll-Call-Abstimmungen als Datengrundlage</i>	58
5.5.4.2. <i>Strategisches Verhalten und logrolling wird nicht berücksichtigt</i>	60
5.5.4.3. <i>Die Dimensionality-Debatte: Ideologie oder policy?</i>	62
5.5.5. Fazit: Was ist das „ideologische“ an Pooles und Rosenthals Modell?	67
6. Vergleich ideologischer und ökonomischer Modelle	68
6.1. Ökonomische Interessen der Wahlkreise als Abstimmungsdeterminanten	68
6.1.1. Der theoretische Hintergrund und die Motive der Abgeordneten im ökonomischen Ansatz: Rationale Wähler und rationale Abgeordnete	68
6.1.3. Beispiele für eine empirische Umsetzung des Wahlkreisinteressenansatzes.....	71
6.2. Vergleich der Modelle des ideologischen und ökonomischen Abstimmungsverhaltens	74
6.2.1. Vergleich der Erklärungsleistung der beiden Modelle.....	74
6.2.2. Alternative Designs zum Test des Wahlkreismodells.....	75
6.3. Fazit: Ideologie als Abstimmungsdeterminante im Vergleich zu ökonomischen Faktoren .	81
7. Experimentelle Simulationen zum NOMINATE-Verfahren	81

7.1. Fragestellung	81
7.2. Ablauf der experimentellen Simulationen	82
7.2.1. Generierung des Datensatzes	82
7.2.2. Die simulierten Abstimmungsverfahren	82
7.3. Ergebnisse	84
7.3.1. Die Drei-Gruppen-Konstellation.....	84
7.3.2. Die Vier-Gruppen-Konstellation.....	90
7.3.3. Fittingmaße und sonstige Modellparameter	92
7.3.4. Befunde zur Dimensionalitätsreproduktion durch W-NOMINATE.....	94
7.4. Fazit zu den experimentellen Simulationen	95
8. Externe Validierung der NOMINATE-Befunde	96
8.1. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen externen Validierung	96
8.2. Wie müßte ein Test aussehen?	97
8.3. Validierung der Koordinaten für die Abgeordneten	98
8.4. Mögliche Arten der externen Validierung der Koordinaten der Gesetze	102
8.4.1. Inhaltsanalysen	102
8.4.2. Umfrage mit direkter Verortung der Gesetze.....	102
8.5. Die externe Validierung der Gesetzespositionen	102
8.5.1. Vorbemerkungen	102
8.5.2. Externe Validierung anhand des Policy-Indikators von Pappi, König und Knoke.....	104
8.5.2.1. Daten und die Entwicklung eines Policy-Indikators	104
8.5.2.2. Dimensionalität	107
8.5.2.3. Validierung der ordinalen Abfolge der Gesetzespositionen	110
8.5.3. Externe Validierung auf der Basis einer multidimensionaler Skalierung.....	112
8.5.3.1. Aufgaben der multidimensionalen Skalierung (MDS)	112
8.5.3.2. Die Eingangsdaten und ihre Umsetzung in eine Nähematrix	112
8.5.3.3. Die Dimensionalität	114
8.5.3.4. Die Koordinaten	116
8.5.4. Fazit der Auswertung der ordinalen Abfolgen	117
8.5.5. Validierung durch inhaltliche Verortung: Spiegeln die Koordinaten verschiedener Gesetzesversionen inhaltliche Veränderungen wider?.....	118
8.5.5.1. Das American Conservation Corps.....	119
8.5.5.2. Die Construction Labor Law Amendments	120
8.5.5.3. Die Omnibus Trade Bill	121
8.5.5.4. Die Mindestloohnerhöhung des Jahres 1977.....	122
8.5.5.5. Beurteilung der Inhaltsanalysen	123
8.5.6. Fazit zur externen Validierung.....	124

9. Schluß: Mögliche Erklärungen von Stabilität durch Ideologie	126
<i>9.1. Ideologie als Informationserleichterung.....</i>	<i>126</i>
<i>9.2. Ideologie als Verkleinerung des Raumes</i>	<i>127</i>
<i>9.3. Schlußbemerkung: Ideologie als Stabilitätsfaktor im Vergleich zu logrolling und SIE</i>	<i>127</i>
Literaturverzeichnis	129
Appendix: Grafiken	136
Appendix: Experiment	151
Appendix: Daten.....	153
Appendix Auswertung	157

1. Einleitung und Fragestellung

Die Modellierungen von legislativen Institutionen innerhalb der positiven Theorien erlauben relativ einfache und erklärungskräftige Analysen der Prozesse in realen Parlamenten. Das Hauptergebnis dieser Analysen ist die Vorhersage, daß es relativ unwahrscheinlich ist, daß ein Parlament in einer Situation, bei der mehrere Policy-Dimensionen involviert sind, zu einer Entscheidung kommt. Die Modelle sagen vielmehr Chaos und Instabilität voraus, was sich zum Beispiel in Abstimmungszyklen äußern sollte. Diese Ansätze gingen davon aus, daß der jede Sachfrage, die in einem Parlament oder einem Ausschuß behandelt wird, eine oder mehrere relativ konkrete Policy-Dimensionen involviert. Gemäß der verhaltenstheoretischen Grundannahme der Nutzenmaximierung haben die beteiligten Akteure auf den involvierten Policy-Dimensionen eine Idealposition und entscheiden sich nach dem Kriterium der räumlichen Nähe zwischen zwei Alternativen. Diese Sichtweise wird auch durch die älteren Befunde der Analyse von Roll-Call-Abstimmungen gestützt, nach denen sich das Abstimmungsverhalten an mehreren Policy-Dimensionen orientiert.

Diese Analysen und Modelle stoßen jedoch bei dem Vergleich mit den Vorgängen in einem realen Parlament auf Probleme. Aus Sicht der älteren Modelle wäre das Vorliegen von Stabilität eine Anomalie. Es gibt keine umfassenden empirischen Untersuchungen über die Frage, ob in einem bestimmten Parlament Stabilität oder Chaos vorliegt. Einzelne Gruppen innerhalb dieser Ansätze gehen aber davon aus, daß Stabilität empirisch existiert und suchen innerhalb der positiven Theorien nach möglichen Erklärungen hierfür. Kritiker der positiven Theorie wie Green und Shapiro sehen in dem Vorliegen von Stabilität eine Widerlegung des gesamten Theorieansatzes, ohne jedoch ihrerseits die Stabilität empirisch näher zu belegen. Die vorgestellten Modelle der Abläufe in einem Parlament seien zwar sehr erklärungskräftig, es fehle ihnen jedoch fast vollständig an empirischer Relevanz.

Neuerdings wurde von Hinich und Munger das Konzept der Ideologie in die positiven Theorien aufgenommen, insbesondere in ihrer Anwendung auf den Wahlkampf. Zeitlich in etwa parallel, aber unabhängig zu diesen theoretischen Überlegungen, hatten bereits Poole und Rosenthal ein neues statistisches Verfahren der Analyse des Abstimmungsverhaltens entwickelt und auf den amerikanischen Kongreß angewendet. Das Hauptergebnis dieser Studie ist, daß nur eine, maximal zwei ideologische Dimensionen für die Erklärung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten ausreichend sind. Die Reduktion vieler Policy-Dimensionen auf nur eine ideologische Dimension wäre eine zusätzliche Möglichkeit, mit der man Stabilität erklären könnte. Das Verfahren an sich und auch der Befund haben jedoch scharfe Kritik seitens der Vertreter des älteren Policy-Ansatzes hervorgerufen. Kerngehalt der Kritik ist, daß die Ergebnisse der Studie nur Methodenartefakte seien. Zudem sind inzwischen auch die Erklärungsansätze innerhalb der positiven Theorien soweit ausgereift, daß Stabilität erklärt werden kann, ohne fundamentale Annahmen aufzugeben oder neue Konzepte hinzuzunehmen. Innerhalb der positiven Theorien gibt es zumindest zwei schlüssige Ansätze, die ohne Rückgriff auf Ideologie die vorgefundene Stabilität im Kongreß erklären können. Beide Ansätze wurden noch nicht einem empirischen Test unterzogen. Wie bei fast allen derartigen Erklärungen ist ein empirischer Nachweis äußerst schwierig zu führen. Einer der beiden Ansätze greift auf institutionelle, in Gesetzen und Regeln nachweisbare Merkmale des Kongresses zurück. Es stehen sich also zwei sehr unterschiedliche Arten gegenüber, mit denen man Stabilität erklären kann. Bei der Entscheidung steht man somit vor der Wahl einerseits zwischen zwei guten Theorien, die jedoch nicht oder nur schwer empirisch zu testen sind, und andererseits einem empirischen Ergebnis, das erst noch einer zusätzlichen Validierung bedarf.

Die Fragestellung dieser Arbeit führt die Debatte um die Wirksamkeit von Ideologie und um die zutreffende Erklärung von Stabilität fort. Die These der Wirksamkeit von Ideologie basiert auf einem empirischen Befund. Die Erklärungen innerhalb des Paradigmas der positiven Theorie verfügen hingegen über nahezu keinerlei empirische Fundierung. Vor dem Hintergrund der Kritik

an der fehlenden empirischen Untermauerung der Ansätze innerhalb der positiven Theorie ist daher zu fragen, ob der empirische Ansatz eindeutig der bessere ist. Ist Ideologie im amerikanischen Kongreß wirksam? Kann sie eindeutig nachgewiesen und möglicherweise zur Erklärung von Stabilität herangezogen werden? Das Hauptaugenmerk gilt hierbei der Frage, ob die von Poole und Rosenthal mittels des von ihnen entwickelten NOMINATE-Verfahrens gefundenen Ergebnisse valide oder nur ein Methodenartefakt sind. Wenn sich Ideologie tatsächlich als wirksam erweist, dann stellt sich in einem zweiten Schritt die Frage, wie sie für eine Erklärung von Stabilität herangezogen werden kann.

Der Aufbau der nachfolgenden Arbeit gliedert sich daher in die folgenden Schritte: Zuerst werden die bisherigen Stufen der Diskussion nachgezeichnet. Hierzu werden zunächst die Befunde der positiven Theorien zu legislativen Institutionen dargestellt. Gezeigt werden soll, warum es zu Instabilität kommen sollte. Aus bestimmten Gründen sollte der amerikanische Kongreß stärker als andere Parlamente für die theoretisch zu erwartenden Instabilitäten anfällig sein. Daher soll vorab auch untersucht werden, ob es im amerikanischen Kongreß wirklich Instabilität gibt, bzw. welche Indizien dafür sprechen, daß Stabilität vorliegt. Hierzu werden aus den Modellen über legislative Institutionen einige Indikatoren abgeleitet, anhand derer man Stabilität operationalisieren und messen kann.

Einer kurzen Darstellung des Konzeptes der Ideologie folgt ein Überblick über verschiedene Methoden, mit denen die Ideologie von Abgeordneten zu messen ist. Schwerpunkt ist hierbei das NOMINATE-Verfahren. Dessen Ergebnisse brachten die Behauptung, daß Ideologie im amerikanischen Kongreß wirksam sei, überhaupt erst in die breitere Diskussion. Die These der Wirksamkeit von Ideologie hat sehr vielfältige Kritik hervorgerufen. Wie bei jedem neuen Modell stellt sich die Frage, ob es besser als bereits vorhandene Modelle und valide ist. Trotz der guten Erklärungsleistung des Ideologie-Modells gibt es wenigstens zwei andere Modelle des Abgeordnetenverhaltens, die bereits lange vor dem Ideologie-Modell etabliert waren. Das NOMINATE-Verfahren wird daher bezüglich seiner Erklärungsleistung mit den beiden konkurrierenden Ansätzen, dem Policy-Modell und dem ökonomischen Principal-Agent-Modell, verglichen. Andere Kritiken an dem Verfahren sind alleine durch die gute Erklärungsleistung nicht zu entkräften. Es stellt sich daher die Frage, ob die von NOMINATE gefundenen Ergebnisse valide oder aber – wie es von Kritikern vorgebracht wird – lediglich ein Methodenartefakt sind. Hierzu wurden mehrere Simulationen durchgeführt, in denen die Eigenschaften des NOMINATE-Verfahrens untersucht wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde hierbei auf den – mutmaßlichen – verzerrenden Trend zu Modellen niedriger Dimensionalität gerichtet.

In einem zweiten Schritt wurde versucht, einzelne Ergebnisse des NOMINATE-Verfahrens mit verschiedenen Methoden und unabhängigen Daten zu validieren. Diese Validierung erfolgte getrennt für die Ergebnisse der Abgeordneten und der Gesetze. Bezüglich der Abgeordnetenkoordinaten wurde untersucht, ob sie sich durch die Ergebnisse anderer Studien bestätigen lassen. Die Daten für die Validierung der Gesetze stammten aus zwei Politikbereichen, die inhaltlich der ersten Dimension des NOMINATE-Verfahrens zuzuordnen sind. Diese erste Dimension bezieht sich auf die ideologische, liberal-konservative Dimension, welche wiederum stark durch wirtschaftliche Themen bestimmt ist. Beide Einzelthemen sollten daher anhand der ersten NOMINATE-Dimension prüfbar sein.

Wenn NOMINATE zu systematisch falschen Ergebnissen führt, dann ist auch der darauf beruhende Befund der Wirksamkeit von Ideologie im amerikanischen Kongreß ungültig. Ideologie könnte somit nicht zu einer Erklärung von Stabilität herangezogen werden. In einem abschließenden Abschnitt werden verschiedene Ansätze vorgestellt, mit denen man mittels Ideologie die vorgefundene Stabilität erklären könnte.

2. Gleichgewicht und Instabilität in Modellen legislativen Verhaltens

2.1. Positive Theorien über legislative Institutionen

Innerhalb des Paradigmas des rationalen Verhaltens wurden sparsame und erklärungskräftige Theorien über das Verhalten politischer Akteure in Abstimmungssituationen entwickelt. Zu diesen modellierten Situationen gehören auch Parlamente. Ein Hauptergebnis dieser Analysen ist jedoch, daß Stabilität im Sinne einer Politik, die von einer Mehrheit relativ rasch und für längere Zeit verabschiedet wird, sehr unwahrscheinlich ist. Einer der Hauptkritikpunkte, die gegen die Anwendung der positiven Theorien auf die Geschehnisse in realen Parlamenten vorgebracht werden, ist, daß es keine Anzeichen für das Vorliegen von Chaos und Instabilität gibt, wie es die überwiegende Anzahl der diesbezüglichen Anwendungen der positiven Theorien vorhersagt. Es wird argumentiert, daß die Ansätze innerhalb der positiven Theorien nur Instabilität vorhersagen können. Aus diesem Grunde sollte man zusätzlich andere Erklärungsansätze heranziehen (vgl. Green und Shapiro 1994: 98 ff). Der folgende Abschnitt soll zunächst die theoretischen Grundlagen und die hierauf aufbauenden Herleitungen der Instabilitätsvorhersagen darlegen. Danach wird die Frage untersucht, wie sich die vorhergesagte Instabilität empirisch äußern sollte, und ob eine derartige Instabilität vorliegt. Der Befund von Stabilität als ein dauerhaftes Merkmal des Kongresses widerspräche den Ergebnissen der Modellierung von Abstimmungssituationen und wäre eine erklärungsbedürftige Anomalie.

2.1.1. Positive politische Theorien und die Modellierung von politischen Prozessen

Kernpunkt des Programms der sogenannten "positiven Theorien" ist die Erklärung von möglichst vielen Phänomenen durch möglichst wenige Annahmen und Gesetzmäßigkeiten. Hauptinstrument der Analyse der zu untersuchenden Prozesse ist der Modellbau, worin sich die Nähe zum ökonomischen Programm widerspiegelt (Lindenberg 1991: 30). Modelle sind stark vereinfachte Rekonstruktionen der komplexen Realität. Die Komplexität wird auf nur wenige relevante Aspekte reduziert. Welche die in das Modell aufzunehmenden relevanten Aspekte sind, ergibt sich aus der Theorie, die man über das zu untersuchende Phänomen hat (Shepsle und Bonchek 1997: 9). Im Falle der positiven Theorien dient eine bestimmte Verhaltensannahme als Heuristik für die Analyse von sehr unterschiedlichen Situationen. Wie bei der Analyse von ökonomischen Phänomenen wird bei dieser Art der Analyse von politischen Phänomenen angenommen, daß die Akteure bestimmte Ziele haben. Es wird weiterhin angenommen, daß die Akteure diese Ziele in eine Präferenzordnung¹ bringen können und dann gemäß dieser Präferenzordnungen in einer bestimmten Situation ihren Nutzen maximieren.

2.1.2. Verhaltensannahmen und Präferenzen in Modellen der Politik

Während die Ziele der Akteure inhaltlich beliebig variieren können, bildet die Annahme der Nutzenmaximierung den theoretischen Kern dieses Paradigmas (Shepsle und Bonchek 1997: 30).

¹ Das Erfordernis der Fähigkeit zur Erstellung einer Präferenzordnung fordert von den Individuen, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Alternativen gemäß ihrer Vorlieben oder anhand eines beliebigen anderen Bewertungsmaßstabes zueinander in die Relationen von besser, gleich oder schlechter bringen können. Hierbei sind auch Abstufungen wie „mindestes so gut wie“ oder „besser oder gleich gut wie“ zulässig. In der Regel gehen die Modelle davon aus, daß die Präferenzordnungen vollständig und transitiv sind, was jedoch nicht immer der Fall sein muß (vgl. Shepsle und Bonchek 1997: 25ff). Die Präferenzordnungen können stark oder schwach sein, d.h. der Akteur kann bei jedem Alternativenpaar klar sagen, welche Alternative er strikt vorzieht, bzw. der Akteur ist allen Alternativen gegenüber indifferent (Shepsle und Bonchek 1997: 51). Im Unterschied zum Beispiel zur Psychologie oder zu den Theorien über Werte und Wertewandel macht die positive Theorie in der Regel keine Aussagen darüber, warum jemand eine bestimmte Präferenzordnung hat.

Nutzenmaximierung bedeutet für das Verhalten des Akteurs, daß er in einer Situation aufgrund seiner Sichtweise und Informationen so handelt, daß er den größten Nutzen für sich erreicht, gleichgültig, worin dieser für ihn besteht. Gewählt wird stets die Handlungsalternative, die zum größeren Nutzen führt. Für Situationen, in denen kein deterministischer Zusammenhang zwischen einer Handlungsoption und einem Ergebnis besteht, gibt es spezielle Entscheidungsmodelle. Die häufig verwendete Werterwartungstheorie benötigt jedoch zumindest die ungefähren Wahrscheinlichkeiten für das Eintreten eines bestimmten Ereignisses. Für Situationen, in denen es keinerlei Informationen über die Wahrscheinlichkeiten bestimmter Ereignisse gibt², wird angenommen, daß die Akteure bestimmten Handlungsregeln folgen. Ausgehend von diesen Verhaltensprämissen versuchen im Rahmen des Paradigmas der positiven Theorie die spieltheoretischen Ansätze und räumlichen Modelle, die Geschehnisse und Ergebnisse in Parlamenten zu analysieren und zu erklären (Shepsle und Bonchek 1997: 7). Für die Analyse des Verhaltens von Akteuren im politischen Bereich werden zusätzliche Annahmen über die speziellen Präferenzen politischer Akteure gemacht. Die Bestimmung der Motive der Abgeordneten in einem Parlament ist eng mit den Ergebnissen von Theorien über das Wählerverhalten verknüpft. Ausgehend von Downs wird das Interesse an der Wiederwahl als die für das Handeln von gewählten Abgeordneten wichtigste Motivation angesehen. Dadurch bestimmen sich die (Zwischen-) Ziele, die der Abgeordnete im Wahlkampf und später auch im Parlament verfolgt. Ein gewählter Abgeordneter handelt so, daß er seine Wiederwahl sichern oder zumindest seine Chancen darauf verbessern kann (Downs 1968: 27). Was immer auch die persönlichen Ziele des Abgeordneten sein mögen, für die Analyse seines Verhalten ist nur wichtig, daß er gewählt werden will. Ob der Abgeordnete nun seine persönlichen Politikvorstellungen umsetzen oder nur die materiellen Vorteile des Amtes genießen möchte, ist dabei nicht weiter von Belang. In der Literatur werden zwei sich aus diesem Wahl-Motiv ergebende Motivationen der Abgeordneten genannt: Zum einen versuchen die Abgeordneten möglichst viele finanzielle Vergünstigungen aus dem staatlichen Budget in ihren Wahlkreis zu lenken (Krehbiel 1993: 23). Zum andern wollen sie inhaltlich eine Politik durchsetzen, die der ihres eigenen Idealpunktes möglichst nahe kommt (vgl. Shepsle und Bonchek 1997: 30). Wodurch sich dieser Idealpunkt wiederum bestimmt, ist für das Verhalten der Akteure ebenfalls nicht relevant: Für die Analysen ist nicht entscheidend, ob der Abgeordnete diese Politik verfolgt, weil er ihr einen intrinsischen Wert zuzißt oder er sie anbietet, um gewählt zu werden. Letzteres ist eine Kernthese von Downs (1968: 27). Im ersten Fall verschaffen die Abgeordneten ihren Wählern materielle Vorteile verschiedenster Art. Im zweiten Fall setzen die Abgeordneten die Politik um, die sie ihren Wählern angeboten haben und wegen der sie gewählt wurden.

Der Prozeß der Entstehung der Präferenzen der Abgeordneten wird in der positiven Theorie auf verschiedene Arten modelliert. Modelle des Wahlverhaltens und von Wahlen gehen davon aus, daß ein Kandidat sich mit einer bestimmten ideologischen Position an die Wähler wendet, die er aufgrund seines Wissens über die Verteilung der Wähler auf den ideologischen Dimensionen gewählt hat. Gemäß der räumlichen Modelle des Parteien- und Kandidatenwettbewerbs werden die Akteure ihre Positionen dabei solange verändern, bis sich ein Gleichgewichtszustand einstellt. In diesem kann sich keiner der Akteure mehr auf Kosten des anderen verbessern. Bei zwei Akteuren tritt dieser Zustand dann ein, wenn beide Akteure am Median positioniert sind. In dieser Situation erhalten beide Akteure in etwa die gleiche Anzahl der Wählerstimmen (Hinich und Munger 1997: 129-131). Für die ökonomischen Wahlkreismodelle, welche im Abschnitt über die ökonomischen Modelle des Abgeordnetenverhaltens noch näher dargelegt werden, bestimmen die wirtschaftlichen Merkmale des Wahlkreises die Präferenzen und damit auch das Verhalten des Abgeordneten. Für die Akteure im Parlament bedeutet die Verhaltensannahme der Nutzenmaximierung also, daß sie

² Einen Überblick über die Entscheidungstheorien bei verschiedenen Graden der Informiertheit der Akteure gibt zum Beispiel Davis (1993: 21ff).

stets so abstimmen, wie es ihren Präferenzen entspricht³. Von zwei Budgetentwürfen stimmt der Abgeordnete für den, der seinem Wahlkreis die meisten Vergünstigungen zuweist. In einer politischen Frage stimmt der Abgeordnete stets für den Vorschlag, der seinem eigenen Idealpunkt entspricht oder diesem inhaltlich näher ist. Die Debatte zwischen *office seeking* und *policy seeking* Ansätzen, um die letztlich "wahre" Motivation der Akteure ist hierbei insofern nicht entscheidend, als sich aus der Art, wie die Präferenzen eines Abgeordneten entstanden sind, kein Unterschied für dessen tatsächliches Verhalten ergibt. Generell muß ein Abgeordneter das Amt erst bekommen. Er muß den Wählern etwas anbieten, damit sie ihm ihre Stimme geben. Wenn er wiedergewählt werden will, muß er sich auch an die Versprechungen halten (Downs 1968: 27ff; Hinich und Munger 1997: 130). Die spieltheoretische Analyse und die räumlichen Modelle sind innerhalb dieser Sichtweise lediglich zwei verschiedene Instrumente der Analyse, die sich bezüglich ihrer Anschaulichkeit für verschiedene Aspekte der untersuchten Situationen unterschiedlich gut eignen. Spieltheoretische Modelle eignen sich gut für die Analyse von Situationen, in denen ein Nutzen eventuell erst produziert und dann auf mehrere Akteure verteilt werden soll⁴. Räumliche Modelle eignen sich hingegen für die Analyse von Policy-Ergebnissen, bei denen alle Beteiligten in dem selben Policy-Raum zu verorten sind.

2.1.3. Die Mehrheitsregel als Abstimmungsmechanismus

Es gibt viele Arten, zu einer kollektiven Entscheidung zu kommen⁵. Die Mehrheitsabstimmung ist wohl die am weitesten verbreitete und wurde auch am intensivsten untersucht. In verschiedenen Varianten ist sie die übliche Abstimmungsregel in Parlamenten, so auch im amerikanischen Kongreß, dem diese Untersuchung gilt. In ihrer allgemeinsten und uneingeschränktesten Form bedeutet die *pure majority rule*, daß jeder Abgeordnete oder sonstige dazu berechnigte Akteur beliebig viele Vorschläge zur Änderung des aktuellen Status Quo machen kann. Über diese Vorschläge wird dann im Plenum des Parlaments mit einfacher Mehrheit abgestimmt. Hierbei sind auch Gegenvorschläge und Änderungsvorschläge, die sich auf Anträge beziehen, jederzeit zulässig. Bekommt ein Vorschlag in der Abstimmung gegen den aktuellen Status quo eine Mehrheit, wird dieser zum neuen Status Quo und muß sich nun seinerseits anderen Vorschlägen stellen. Dieser Prozeß dauert solange an, bis kein Abgeordneter mehr einen Vorschlag macht (Shepsle und Bonchek 1997: 116/7). In der Kongreßpraxis wird dieses Verfahren *open rule* genannt. Während jeder Abgeordnete das Recht hat, alleine oder mit anderen zusammen Gesetzesvorschläge einzubringen, kann die Möglichkeit, Änderungen zu Gesetzesvorschlägen vorzuschlagen, vom *rules committee* eingeschränkt werden, welches darüber entscheidet, wie die Vorlage im Plenum verhandelt wird. Das *rules committee* setzt eine *modified rule*, bei der nur bestimmte Aspekte im Gesetz geändert werden dürfen, oder aber eine *closed rule*, bei der keine Änderungen vorgenommen werden dürfen, als Modus für die Verhandlung fest. Im Falle einer *closed rule* kann das Gesetz nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden (vgl. Steffani 1995: 189/90). Modellierbar sind solche Situationen in Form von Abstimmungsspielen, die sich wiederum der Spieltheorie oder aber der räumlichen Modelle als Darstellungsform bedienen können. In der Tradition der nichtkooperativen Spieltheorie stehend, kennen solche legislativen

³ Bei bekannten Präferenzen der anderen Beteiligten und genauer Kenntnis der Agenda besteht die Möglichkeit, daß die Akteure in einer bestimmten Situation gegen ihre wahre Präferenz stimmen, um ein bestimmtes Endergebnis zu vermeiden (vgl. Shepsle und Bonchek 1997:144ff).

⁴ Bei der Darstellung von Verteilungsspielen in der Form von räumlichen Modellen wird für jeden beteiligten Akteur eine räumliche Dimension benötigt, die dessen Auszahlung erfaßt. Bei mehr als zwei Spielern ist dies grafisch nicht mehr darstellbar, so daß sich die Darstellung über Auszahlungsvektoren anbietet. Tullock (1970) entwickelte hierfür ein Modell, mit dem derartige Verteilungssituationen übersichtlicher behandelt werden können.

⁵ Vgl. Shepsle und Bonchek (1997:167ff) für eine Zusammenfassung der verschiedenen Abstimmungsverfahren.

Abstimmungsspiele keine bindenden Verträge. Es können sich zwar legislative Koalitionen⁶ bilden, diese sind jedoch nicht verbindlich und können jederzeit aufgelöst werden. So kann zum Beispiel eine Gruppe durch ein vorteilhafteres Angebot einer anderen Gruppe aus der Koalition herausgelockt werden.

2.1.4. Konzepte der Analyse der Abläufe in Abstimmungssituationen

Die positiven Theorien orientieren sich nicht nur bezüglich der Annahmen über die Handlungsweise der Akteure an der Ökonomie. Es findet sich vielmehr auch die ökonomische Gleichgewichtsidee in diesen Modellen und Überlegungen wieder. Die ökonomische Preistheorie sagt aus der Konstellation und den Interessen von Käufern und Verkäufern über den auf der Annahme von rationalem Verhalten seitens der Akteure beruhenden Marktmechanismus einen bestimmten Preis vorher. Analog hierzu wollen auch die „ökonomischen“ Modelle in der Politikwissenschaft für verschiedene Situationen, die zum Beispiel durch eine bestimmte Verteilung von Präferenzen und ein bestimmtes institutionelles Umfeld charakterisiert⁷ sind, Vorhersagen über einen zu erwartenden Zustand machen. Die Idee des Gleichgewichts, auf das sich eine bestimmte Situation einpendelt, ist am Marktgleichgewicht orientiert.

Im Laufe der Zeit haben sich bestimmte Begriffe und Konzepte eingebürgert, die für das Verständnis der Modelle und ihrer Ergebnisse wichtig sind, und die im folgenden kurz dargestellt werden sollen.

Das Konzept der *Auszahlung* bezieht sich auf den Wert, den ein Ergebnis einer Abstimmung bzw. eine zur Abstimmung anstehende Alternative für einen Akteur hat: In legislativen Spielen kann dies eine finanzielle Begünstigung für den Wahlkreis des Akteurs sein, oder aber eine Policy, die nahe an seinem Idealpunkt liegt. Das Konzept der Auszahlung dient dazu, die Ergebnisse aus Sicht des einzelnen Akteurs zu beurteilen. Eine Menge von Punkten im Policy-Raum oder von Auszahlungsvektoren ist dann *pareto-optimal*, wenn es nicht mehr möglich ist, einen Akteur besser zu stellen, ohne einen anderen hierdurch zu schädigen (vgl. Shepsle und Bonchek 1997: 65/6). Solange ein Ergebnis nicht pareto-optimal ist, könnten sich alle beteiligten Akteure – zumindest aber eine Gruppe von Akteuren – noch verbessern, ohne daß hierdurch ein anderer geschädigt würde. Das Konzept der *Pareto-Menge* dient dazu, die Ergebnisse aus der Sicht eines Außenstehenden bzw. aus Sicht der Gruppe zu bewerten⁸.

Individuelles nutzenmaximierendes Verhalten und die Beurteilung des Gesamtergebnisses nach dem Kriterium der Pareto-Optimalität können sich zuwiderlaufen. Sogenannte Dilemma-Situationen sind durch den Widerspruch von individueller und kollektiver Rationalität geprägt. Das individuell rationale Handeln aller Beteiligten führt zu Ergebnissen, welche für alle Beteiligten unvorteilhaft sind (Davis 1993: 109ff). Eine Koalition X mit einem bestimmten Auszahlungsvektor⁹, bzw. eine legislative Koalition X mit einem bestimmten Policy-Ergebnis, *dominiert* eine andere Koalition Y, wenn sie von jedem Mitglied in X gegenüber der Koalition Y

⁶ Im Gegensatz zu dauerhaften Koalitionen zwischen Parteien bezeichnet der Begriff der legislativen Koalition den vorübergehenden Zusammenschluß von Abgeordneten oder Parteien, mit dem Zweck, ein einzelnes Gesetz oder aber ein Gesetzespaket durchzusetzen.

⁷ Für Riker (1980: 432-434) sind die kollektiven Ergebnisse, die Entscheidungen die eine Gruppe auf eine bestimmte Art und Weise trifft, abhängig von der Verteilung der Präferenzen und der Art, wie diese aggregiert werden. Ein bestimmter Aggregationsmechanismus kann ein Ergebnis bevorzugen und es so auf Dauer erhalten, auch wenn eine Mehrheit ein anderes Ergebnis vorzieht. Was eine Gruppe entscheidet, ist nicht nur dadurch bestimmt, wie viele Mitglieder eine Option der anderen vorziehen, sondern auch Ergebnis des angewandten Aggregationsmechanismus.

⁸ So führt beim Gefangenendilemma die individuelle Rationalität zu einem nicht-pareto-optimalen Ergebnis: Die beiden Akteure könnten sich besser stellen, tun dies jedoch aus Gründen der Unsicherheit über das Verhalten des andern nicht.

⁹ Ein Auszahlungsvektor enthält die Auszahlungen der verschiedenen Spieler. Bei Verteilungsspielen mit mehr als drei Beteiligten ist die räumliche Darstellung schwierig, da je eine Dimension die Auszahlung für einen Spieler repräsentiert, so daß sich eine Bearbeitung in rechnerischer Form anbietet. Vgl., auch zum Begriff der Koalition, hierzu das Kapitel über N-Personenspiele in deSwaan (1973).

vorgezogen wird (vgl. Van Deemen 1991: 149)¹⁰. Die Menge aller undominierten Koalitionen bildet den *core* des Spiels (ebenda), eines der bekanntesten Lösungskonzepte der Spieltheorie. Dominiert ein Zustand B einen Zustand A, so ist zu erwarten, daß Zustand A von Zustand B abgelöst wird. Dies kann zum Beispiel geschehen, indem B von einem von diesem Ergebnis profitierenden Akteur vorgeschlagen und dann durch Mehrheitsabstimmung angenommen wird. Dominanz und *core* sind Konzepte aus der Koalitionstheorie, sind jedoch auch auf legislative Koalitionen und Abstimmungsspiele anwendbar. Sie dienen dazu, verschiedene Ergebnisse bezüglich ihrer Akzeptanz bei den Akteuren miteinander zu vergleichen, um zu ermitteln, zu welchem Ergebnis das Spiel führen wird. Das Konzept der *Dimensionen* und des *Policy-Raumes* steht ebenfalls in der ökonomischen Tradition¹¹, hat jedoch auch in der Analyse von Politik einen festen Platz. Die politische Debatte ist sowohl in Einzelfragen als auch in der generellen Einschätzung der politischen Position von Akteuren von räumlichen Vorstellungen geprägt: Ein Akteur ist „rechts“, die Parteien kämpfen um die „Mitte“ usw. (vgl. Poole 1981: 49). Die Vorstellung, Politik in Form von räumlichen Modellen zu analysieren, beruht auf Annahmen, welche von verschiedenen Politikbereichen in verschiedenen Graden erfüllt sind. Um ein Politikfeld in eine Policy-Dimension umzusetzen, müssen zum einen die inhaltlichen Alternativen in diesem mehr oder weniger umfassenden Politikbereich in irgendeiner Weise anordenbar sein. Im einfachsten Falle ist dies bei der Zuteilung von Geld für ein bestimmtes Vorhaben möglich: Wieviel Geld für einen bestimmten Zweck ausgegeben werden soll, ist gut mit einer Skala darzustellen (Hinich und Munger 1997: 46). Ein anderes Beispiel ist die von Downs (1968: 112) benutzte Politikdimension. Sie wird als eine Skala gedacht, welche angibt, wieviel Prozent der Wirtschaft vom Staat kontrolliert werden sollten. Beiden Skalen ist gemeinsam, daß die Alternativen nach dem Grad, in dem eine Sache oder ein Ziel verwirklicht wird, zu ordnen sind. Sowohl Hinich und Munger, als auch Downs, betonen die Notwendigkeit einer gewissen Übereinstimmung bei den Akteuren in der Verortung der Kandidaten oder Alternativen auf einer Dimension. Auch hier unterscheiden sich die verschiedenen Modelle darin, wie sie die Fähigkeit der Beteiligten zur Verortung der Alternativen einschätzen. Räumliche Modelle gehen unter der Annahme der perfekten Information davon aus, daß jeder Akteur die Koordinaten eines Vorschlages genau bestimmen kann. Im Beispiel der Verteilung von Geldern ist dies keine problematische Annahme. Für den Fall, daß es inhaltlich unsinnig wäre, die Alternativen auf irgendeine sinnvolle Weise zu ordnen, kann man die Präferenzfunktionen der Akteure als eine Art abstraktere räumliche Anordnung benutzen (Hinich und Munger 1997: 47). Ein weiteres Erfordernis, das die räumliche Darstellung an die Policy-Dimensionen stellt, ist das der Kontinuität. Dies bedeutet, daß zwischen jedem Paar von Alternativen noch eine Alternative liegen muß (Hinich und Munger 1997: 46). Selbst bei Fragen, die scheinbar nur ein dafür oder dagegen zulassen, gibt es – theoretisch – immer noch ein „mehr oder weniger“. Denkbar wäre zum Beispiel, daß der Gesetzgeber eine Sache prinzipiell verbietet, aber gleichzeitig mehr oder weniger umfangreiche Ausnahmen zuläßt. Für die Analyse von Abstimmungssituationen mit räumlichen Modellen wird angenommen, daß der Akteur *euklidische Präferenzen* besitzt. Dies bedeutet, daß die aus Sicht eines Akteurs ideale Politik als genau ein Punkt¹² in einem ein- oder mehrdimensionalen Policy-Raum dargestellt werden kann.

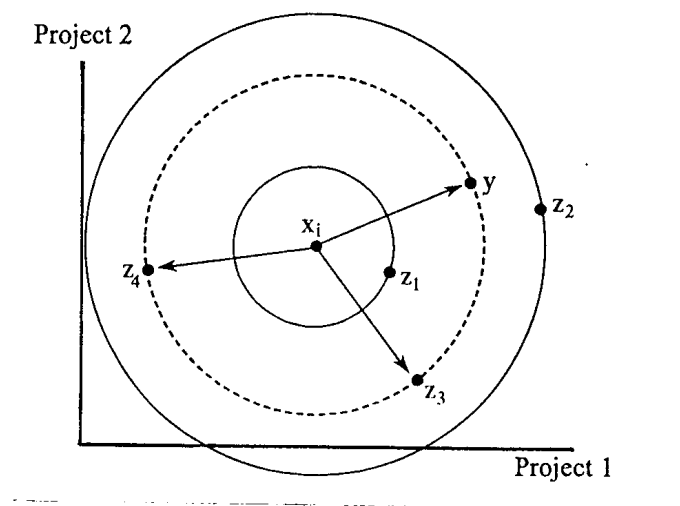
¹⁰ Dominanz-Relationen können verschieden streng definiert werden. Van Deemen selbst definiert die Dominanz der Koalition S gegenüber der Koalition T als Situation in der alle Mitglieder von S diese gegenüber T schwach präferieren und zumindest eines der Mitglieder S gegenüber T strikt vorzieht (Van Deemen 1991:149).

¹¹ Die Methodik der räumlichen Modelle weist große Ähnlichkeiten mit der Analyse des Konsumentenverhaltens auf. Die Achsen im ökonomischen Modell repräsentieren die Menge eines Gutes, das der Konsument erwirbt oder verbraucht. Bei zwei Gütern erfolgt die Darstellung über einen Raum, dessen Dimensionen von den Mengenachsen der beiden Güter gebildet werden, wobei einzelne Punkte im Raum für bestimmte Kombinationen von Mengen der Güter stehen.

¹² Um diesen Punkt herum verlaufen kreisförmig symmetrische – oder bei gewichteten Dimensionen ellipsoide Präferenzkurven. Das unterschiedliche Gewicht, das der Akteur den Dimensionen zuweist, wird in räumlichen Modellen durch verzerrte Präferenzkurven wiedergegeben. Ist dem Akteur die Dimension 1 wichtiger als die Dimension 2, hat eine Politikveränderung auf der Dimension 1 mehr Bedeutung als eine Veränderung gleichen Ausmaßes auf der Dimension 2.

Wenn der Akteur der Meinung ist, es sollten für ein bestimmtes Projekt 50 Millionen \$ bereitgestellt werden, dann zieht er diesen Betrag sowohl gegenüber 10 Millionen \$ als auch gegenüber 90 Millionen \$ vor. Gleiches gilt für die Vorschläge, die zur Abstimmung anstehen. Der Policy-Raum bei einer aktuellen Abstimmung wird wiederum von den verschiedenen Policy-Dimensionen bestimmt, welche die verschiedenen involvierten Themen repräsentieren¹³. Die Präferenzen des Akteurs in bezug auf die vorgeschlagenen Alternativen bestimmen sich nach der (eventuell mit der Bedeutung, die der Akteur einer Dimension zumißt, gewichteten¹⁴) räumlichen Nähe der Alternativen zu seinem eigenen Idealpunkt. Hierbei zieht er stets die ihm näher liegende Alternative vor und ist zwischen gleich weit entfernten Alternativen indifferent. Die nachfolgende Grafik zeigt den Idealpunkt eines Akteurs in einem zweidimensionalen Raum. Die Kreise um den Idealpunkt sind Indifferenzkurven und repräsentieren Punkte, welche der Akteur als gleich gut bewertet. Jeder Punkt im Raum repräsentiert eine bestimmte Policy-Kombination.

Grafik 2-1: Idealpunkte in einem zweidimensionalen Policy-Raum.



Aus Hinich und Munger (1997: 54).

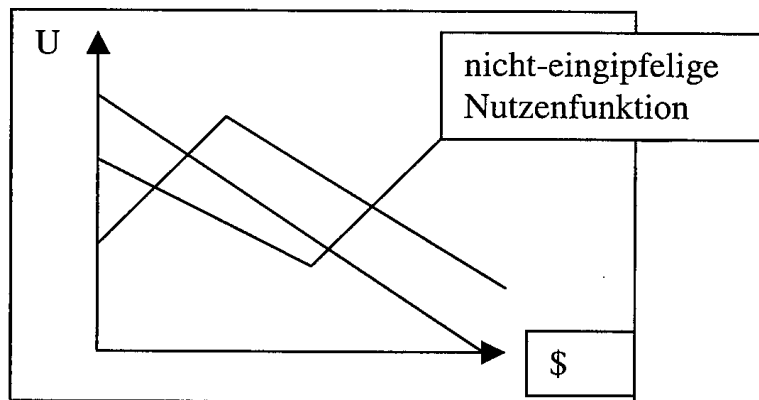
Von *single peaked preferences* oder *eingipfeligen Präferenzen* (vgl. Hinich und Munger 1997: 27 und 76ff) spricht man, wenn man die Nutzenfunktion der Akteure so modellieren¹⁵ kann, daß sie von einem Punkt aus nach allen Seiten kontinuierlich abfallen. Für den Fall, daß der Idealpunkt des Akteurs an einem Endpunkt der Dimension liegt, fällt die Nutzenfunktion nur nach dem gegenüberliegenden Endpunkt hin ab (vgl. auch Downs 1968: 112). Die nachfolgende Grafik zeigt zwei eingipfelige Nutzenfunktionen und eine nicht eingipfelige Nutzenfunktion über auf einer Dimension eingeordnete Ergebnisse. Die senkrechte Achse gibt jeweils den Nutzen an, die waagrechte Achse bezieht sich auf den Betrag, der für ein bestimmtes Projekt zur Verfügung gestellt werden soll.

¹³ Ein Punkt bedeutet dann zum Beispiel eine bestimmte Staatsquote, einen bestimmten Steuersatz oder, im Falle von mehr als einer Dimension, eine bestimmte Kombination von *policies*, zum Beispiel soviel Geld für Projekt 1 und soviel für Projekt 2.

¹⁴ Bei den *weighted euclidian distances* fallen die Abstände zwischen dem Idealpunkt des Akteurs und dem zur Abstimmung anstehenden Vorschlag verschieden stark ins Gewicht (vgl. hierzu Hinich und Munger 1997: 80-86).

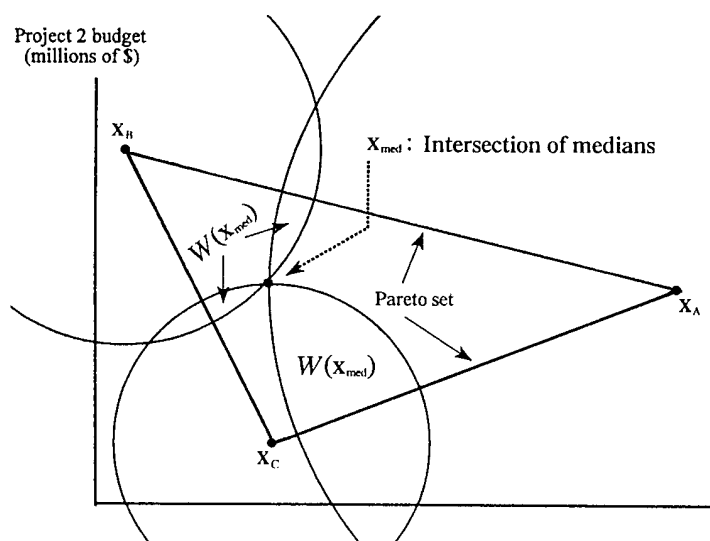
¹⁵ Es gibt immer mehrere Möglichkeiten, die Alternativen anzuordnen und die dazugehörigen Nutzenfunktionen zu zeichnen. Eingipfelige Nutzenfunktionen liegen nur dann nicht vor, wenn es keine Möglichkeit gibt, die Alternativen so anzuordnen, daß die Nutzenfunktionen der Akteure eingipfelig sind.

Grafik 2-2: Eingipfelige und nicht-eingipfelige Nutzenfunktionen



Das Vorliegen von eingipfeligen Nutzenfunktionen bei nur einer involvierten Dimension führt zu Stabilität, indem die Medianposition in Mehrheitsabstimmungen unschlagbar wird. Bereits im Falle von zwei involvierten Dimensionen genügt, wie noch zu zeigen ist, diese Annahme über die Präferenzen der Akteure nicht mehr, um Stabilität zu erzeugen. Haben die Akteure keine eingipfeligen Nutzenfunktionen, dann gibt es auch im eindimensionalen Fall keine garantierte Stabilität mehr, und es kommt möglicherweise zu Abstimmungszyklen (Hinich und Munger 1997: 40/1). Das *winset* einer Alternative x , $W(x)$, ist die Menge aller Punkte, die von einer Mehrheit der Abstimmenden gegenüber x in einer Mehrheitsabstimmung vorgezogen würden (Hinich und Munger 1997: 62). Es konnte für die meisten Konstellationen von Idealpunkten gezeigt werden, daß das *winset* einer jeden denkbaren Alternative nicht leer ist. Es gibt zu nahezu jedem Punkt eine Mehrheit, welche einen anderen Punkt vorzieht, so daß mit Zyklen zu rechnen ist (ebenda: 64). Die nachfolgende Grafik erläutert noch einmal die verschiedenen Grundbegriffe der räumlichen Modelle.

Grafik 2-3: *winset* und Pareto-Menge bei zwei Projekten.



Aus Hinich und Munger (1997: 63)

In dem in der Grafik dargestellten Beispiel würden jeweils zwei der Beteiligten einen Punkt aus der Schnittmenge ihrer durch den Punkt x gehenden Indifferenzkurven gegenüber x vorziehen, obwohl x auf den einzelnen Dimensionen der jeweilige Medianpunkt wäre.

2.2. Ergebnisse der Analyse von Parlamenten: Instabilität

Nach der übersichtlichen Darstellung der wichtigsten Konzepte und Begriffe der positiven Analyse von Parlamenten sollen nun die wichtigsten Ergebnisse dargestellt werden, wie sie aus den Annahmen über die Motive der Akteure und ihr Verhalten ableitbar sind.

2.2.1. Condorcet-Zyklen

Condorcet wies als einer der ersten auf die Möglichkeit von Instabilität bei Gruppenentscheidungen hin. Mehr Entscheider sorgen nicht automatisch für Konstanz und Stabilität, sondern es kann im Falle von bestimmten individuellen Präferenzordnungen¹⁶ über mindestens drei Alternativen zu sogenannten Condorcet-Zyklen kommen. In einem solchen Zyklus wird stets die Alternative, die sich soeben noch mit Mehrheit gegenüber einer anderen durchsetzte, von einer dritten geschlagen¹⁷ (Shepsle und Bonchek 1997: 49-55). Das Paradox einer derartigen Situation ist, daß jeder individuelle Akteur transitive Präferenzen hat, also eindeutig sagen kann, was er vorzieht, während die Gruppenpräferenz intransitiv ist: Aus Ordnung auf individueller Ebene entsteht Chaos auf kollektiver Ebene.

2.2.2. Instabilität bei Verteilungsspielen

Die Situation, in der mehrere Akteure einen Nutzen gemeinsam schaffen und verteilen können, ist eine der am besten untersuchten spieltheoretischen Anwendungen. Abgeordnete, die in einem Bewilligungsausschuß sitzen, sind im Prinzip in einer ähnlichen Situation. Jeder würde gerne so viele finanzielle Mittel wie möglich für Projekte gewinnen, von denen sein Wahlkreis profitiert. Hintergrund hierfür ist die Annahme, daß ein Abgeordneter, dem es gelingt, viele Vorteile für seinen Wahlkreis zu erreichen, mit größerer Wahrscheinlichkeit wiedergewählt wird. Die verteilbare Summe, zum Beispiel ein bestimmtes Budget oder aber der Staatshaushalt insgesamt, ist jedoch generell beschränkt. Verteilungsspiele modellieren die Situation, in der sich mehrere Akteure einen festen Geldbetrag teilen. Es konnte gezeigt werden, daß es für Spiele, in denen der zu verteilende Betrag konstant ist, keine stabile Lösung gibt. Die Beteiligten verhandeln und es kommt zu Koalitionen, wobei die Koalitionsmitglieder mit ihrer Mehrheit die Verteilung des zur Verfügung stehenden Gesamtbetrages auf die Koalitionsmitglieder beschließen. Aus diesen Koalitionen können jedoch Mitglieder immer wieder durch das Angebot höherer Anteile herausgelockt werden. Solche Angebote kommen von Akteuren, die aus der Koalition ausgeschlossen waren. Indem sie ihren Anteil freiwillig beschränken, können sie einzelnen Koalitionsmitgliedern mehr bieten, als diese in der aktuellen Verteilung erhalten. Es gibt keine Koalition, die aus Sicht aller ihrer Mitglieder die vorteilhafteste ist. Es gibt daher keinen *core* und somit auch keine präzise Vorhersage darüber, welche Koalition sich bilden wird und wie die

¹⁶ Das eigentliche Condorcet-Paradox besteht in dem Umstand, daß eine Gruppenpräferenz, d.h. die auf eine bestimmte Weise (im Beispiel des Condorcet-Paradoxes durch die einfache Mehrheitsregel) aggregierten individuellen Präferenzen intransitiv sein kann, obwohl die individuellen Präferenzen konsistent, d.h. vollständig und transitiv sind (Shepsle und Bonchek 1997: 49).

¹⁷ In einer Gruppe von drei Akteuren seien die folgenden Präferenzordnungen je einmal gegeben: (abc), (bca) und (cab). Entscheidet die Gruppe mit Mehrheit, kommt es zu einer intransitiven Gruppenpräferenz: a schlägt b, b schlägt c, c schlägt a (Shepsle und Bonchek 1997: 50). Ist die Anzahl der Abstimmungen vorher festgelegt, entscheidet alleine die Abstimmungsreihenfolge, welches Ergebnis zustande kommt.

Summe auf die Mitglieder verteilt wird (vgl. deSwaan 1973: 26ff).

2.2.3. Black und Downs

Ausgangspunkt der Modelle von Black und Downs ist ein ökonomisches Modell des Wettbewerbs. Dieses wurde zusammen mit der Annahme von eingipfeligen Präferenzen der Akteure auf ein eindimensionales Policy Modell übertragen. Black kam für die Situation in Committees, Downs (1968: 113) für die Situation des Parteienwettbewerbs zu dem Ergebnis, daß es zumindest für diese spezielle Situation ein stabiles Ergebnis gibt¹⁸: Gemäß des Median-Wähler-Theorems gilt, daß bei nur einer involvierten Policy-Dimension und eingipfeligen Nutzenfunktionen die Medianposition¹⁹ einer gegebenen Idealpunktverteilung in paarweiser Mehrheitsabstimmung nicht geschlagen werden kann (Hinich und Munger 1997: 35). Falls dieser Punkt, der eine bestimmte *policy* repräsentiert, vorgeschlagen wird, sollte er auch erhalten bleiben. Der sich beständig wiederholende Zyklus von Vorschlag und Gegenvorschlag ginge dann in einen stabilen Zustand über. Es kommt also bei der Mehrheitsabstimmung in Fällen, in denen das Median-Wähler-Theorem gilt, nur dadurch zu Stabilität, daß bestimmte Präferenzordnungen durch die Annahme der Eingipfeligkeit der Präferenzen ausgeschlossen werden. Es ist somit nicht der Abstimmungsmechanismus an sich, der für Stabilität oder Instabilität verantwortlich ist.

2.2.4. Arrow

Arrow untersuchte die Frage, ob die Instabilität womöglich nur in der gewählten Abstimmungsvariante begründet liegt. Ausgehend von vier Anforderungen²⁰, die er als Minimalanforderungen an einen Abstimmungsmechanismus stellte, bewies Arrow durch sein Theorem, daß das Problem der sich in Abstimmungszyklen äußernden intransitiven Gruppenpräferenzen nicht nur ein Problem der Mehrheitsabstimmung, sondern jeder Methode der Präferenzaggregation ist: Es gibt keinen Aggregationsmechanismus, der alle vier Bedingungen erfüllt und trotzdem immer zu Stabilität im Sinne von transitiven Gruppenpräferenzen führt. Dies bedeutet nicht, daß es unter allen Umständen zu Instabilität kommt, sondern daß diese potentiell immer vorhanden ist (Shepsle und Bonchek 1997: 67/8). Entweder man schränkt Anforderungen an den Abstimmungsmechanismus ein, indem man zum Beispiel nur eingipfelige Präferenzen auf nur einer Policy- oder Ideologiedimension zuläßt²¹, oder die Situation bleibt inhärent instabil und damit offen für Abstimmungszyklen und Manipulationen verschiedenster Art. Unter normativen Aspekten

¹⁸ Downs betrachtet die Situation des Parteienwettbewerbs. Im Falle von zwei Parteien kommt es zu Stabilität in dem Sinne, daß beide Parteien sich nahe am Median positionieren, und so sowohl in ihrem Stimmenanteil und auch in der Politik, die sie anbieten und umsetzen, stabil sind (Downs 1968: 114ff). Für Situationen mit mehr als zwei Parteien gilt auch dieser Stabilitätsbefund nicht mehr generell. Nur noch bestimmte Konstellationen und Parteiensysteme sind stabil (Downs 1968: 124ff).

¹⁹ Die eindimensionale Medianposition ist der Punkt in einer eindimensionalen Verteilung von Idealpunkten, auf dem und rechts davon sowie auf der und links davon jeweils mindestens die Hälfte aller Idealpunkte liegt (Hinich und Munger 1997: 33).

²⁰ Arrows Anforderungen lauten im einzelnen: Jede individuelle Präferenzordnung, die vollständig und transitiv ist, ist zulässig. Das Ergebnis sollte pareto-optimal sein. Die kollektive Bewertung der Alternativen sollte von irrelevanten Alternativen unabhängig sein, und es sollte keinen Diktator geben, dessen individuelle Präferenzen die Gruppenpräferenz bestimmen (Shepsle und Bonchek 1997: 65).

²¹ Eine derartige Bedingung schränkt die Anforderung der universellen Zulässigkeit von individuellen Präferenzen ein, indem bestimmte Präferenzen, die zwar vollständig und transitiv sind, aber nicht zusammen mit allen anderen Präferenzen so auf einer Dimension darstellbar sind, daß alle Präferenzkurven die Bedingung der Eingipfeligkeit erfüllen. In der Regel weisen Listen von Präferenzordnungen, in denen es vorkommt, daß mehr als zwei verschiedene Alternativen in den verschiedenen individuellen Präferenzordnungen die am wenigsten präferierte Alternative sind, auf eine Situation hin, in der mehr als eine Dimension involviert ist. Derartige multidimensionale Abstimmungssituationen sind generell instabil.

bedeutet dies, daß ein Ergebnis, welches nach bestimmten Regeln und durch einen Mehrheitsentscheid zustande kam, möglicherweise nur aufgrund seiner besonderen Abstimmungsgeschichte existiert²². Die typische Situation für die das Arrow Theorem als mögliches Problem gesehen wird, ist die Situation einer kleinen Gruppe hochinformierter Akteure wie zum Beispiel ein *committee*. Allerdings gilt sowohl für Abstimmungen in einem Parlament als auch für Wahlen. Schon Downs hat auf die Möglichkeit und die Folgen einer Situation mit intransitiven kollektiven Präferenzen bei Wahlen hingewiesen: In seinem Modell der Entscheidungsfindung der Regierung geht Downs (1968: 59-61) davon aus, daß die Regierung stets vor der Opposition zu einer Frage Stellung nimmt. Hierbei orientiert sie sich an dem Willen der Mehrheit der Wähler. In der Situation von intransitiven kollektiven Präferenzen zieht nun stets eine Mehrheit eine andere Alternative vor. Indem sich die Opposition diese Alternative zu eigen macht, kann sie durch die Strategie der Angleichung an die Regierung in allen anderen Fragen und der Abgrenzung in der Frage, für die es intransitive Gruppenpräferenzen gibt, die Wahlen gewinnen²³. Vor diesem Hintergrund ist selbst der Befund von relativ stabilem Wahlverhalten und Wahlergebnissen auf der Aggregatebene erklärungsbedürftig. Andererseits argumentiert Tullock (1967), daß das Arrow-Theorem für Situationen, in denen sehr viele Akteure an den Abstimmungen beteiligt sind, irrelevant sei.

2.2.5. McKelveys Chaos Theorem

Womit ist nun nach den Vorhersagen der räumlichen Modelle bei Abstimmungen über ein- und mehrdimensionale Probleme zu rechnen? Nach den Befunden von Downs und Black sollte für unidimensionale Probleme der Median als stabiles Ergebnis zustandekommen. Bei seiner Untersuchung von multidimensionalen Abstimmungsmodellen fand McKelvey (1976), daß kein Punkt im Policy-Raum ein leeres *winset* hat. Ausnahmen hiervon sind eher unwahrscheinliche Konstellationen wie die Plott-Bedingungen. „In this paper, we show a rather surprising result, namely, that in the case where all voters evaluate policy in terms of a Euclidian metric, if there is no equilibrium outcome, then the intransitivities extend to the whole policy space in such a way that all points are in the same cycle set. The implications of this result are that it is theoretically possible to design voting procedures which, starting from any given point, will end up at any other point in the space of alternatives, even at Pareto dominated ones.“ (McKelvey 1976: 472). Mehrdimensionale Abstimmungen sind folglich immer inhärent zyklisch. Die so gewonnenen Gruppenpräferenzen sind intransitiv und das letztendliche Ergebnis nur von der Reihenfolge der Abstimmungen abhängig (Shepsle und Bonchek 1997: 101). Der Agenda-Setter kann, wenn er über die Idealpunkte der anderen Abstimmenden informiert ist, durch geschickte Abfolge der Vorschläge jeden Punkt im Raum erreichen²⁴. Dies gilt auch dann, wenn er selbst gar nicht abstimmungsberechtigt ist (Tullock 1981: 190; Shepsle und Bonchek 1997: 102).

²² Sind dem Agenda-Setter die Präferenzordnungen der anderen Akteure bekannt, kann er in Situationen mit intransitiven Gruppenpräferenzen alleine schon durch die Festlegung einer verbindlichen und endlichen Abstimmungsreihenfolge das Ergebnis bestimmen.

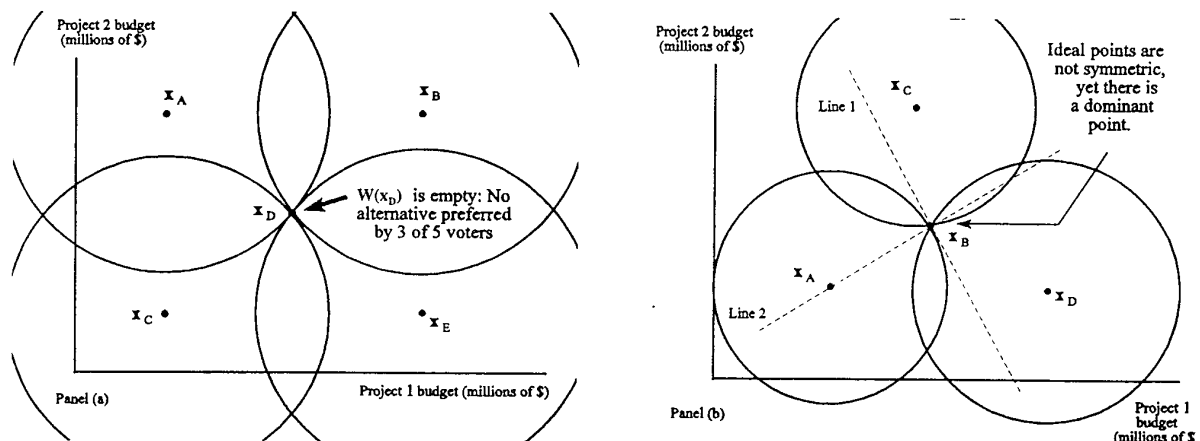
²³ Da die siegreiche Opposition in der nächsten Legislaturperiode vor dem gleichen Problem steht, folgert Downs (1968: 61), daß es bei intransitiven Gruppenpräferenzen keiner Partei gelingen sollte, jemals wiedergewählt zu werden: Unabhängig davon, was sie während ihrer Regierungszeit tut, wird sie bei der nächsten Wahl abgewählt. Das für Downs so wichtige Motiv der Wiederwahl scheidet unter diesen Umständen aus und damit auch die Notwendigkeit für die Parteien, sich an ihre Versprechen zu halten. Voraussetzung für diese Situation ist nur, daß die Opposition über die Intransitivität der kollektiven Präferenzen Bescheid weiß.

²⁴ Ein derartiges Beispiel für die Manipulation einer Abstimmungsreihenfolge mit dem Ziel, einen bestimmten Punkt im Policy-Raum zu erreichen, zeigen Green und Shapiro (1994: 104).

2.2.6. Stabile Situationen: Plotts Symmetrie Bedingungen

Plott (1967) untersuchte die Bedingungen, die für die Existenz von stabilen Punkten hinreichend sind. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß es unter der Bedingung – den "Plott Conditions"²⁵ – ordinaler, paarweiser Symmetrie der Idealpunkte um den Status quo einen *median in all directions* gibt, dessen *winset* leer ist und der ein stabiles Ergebnis darstellt (Hinich und Munger 1997: 65). Hinich und Munger (1997: 65/6) konnten zeigen, daß es auch unter weniger strengen Annahmen, als den strengen Symmetriebedingungen von Plott einen solchen *median in all directions* gibt. Die nachfolgende Grafik zeigt zwei Beispiele für einen solchen *median in all directions* mit und ohne Symmetrie der Idealpunkte.

Grafik 2-4: Konstellationen mit einem *median in all directions*



Aus Hinich und Munger (1997: 66).

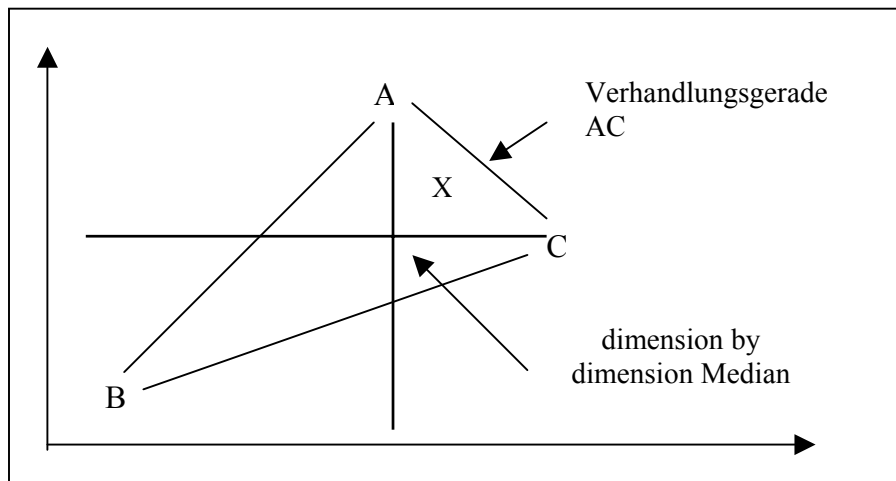
Aus der Möglichkeit der Existenz eines mehrdimensionalen Medians folgt natürlich nicht, daß ein solcher auch real existiert. Vielmehr zeigt selbst das Ergebnis der in den Ansprüchen an die Symmetrie reduzierten Version von Hinich und Munger eher die Unwahrscheinlichkeit einer auf diese Art erzeugten Stabilität. Plotts Symmetriebedingungen reagieren empfindlich auf bereits geringe Veränderungen in der Verteilung der Idealpunkte. Zudem wird die Existenz einer derart symmetrischen Konstellation mit zunehmender Anzahl von Akteuren immer unwahrscheinlicher. Gleichzeitig erhöhen regelmäßig stattfindende Wahlen die Wahrscheinlichkeit einer symmetriezerstörenden Veränderung in der Idealpunktkonstellation (Shepsle und Bonchek 1997: 100). Ein anderes Konzept bei der Frage nach der Möglichkeit von Stabilität ist der *dimension by dimension median* bzw. "multidimensionale Median". Auf dessen von Kadane (1972) stammender Grundüberlegung beruht ebenfalls der Stabilitätsansatz des *structure-induced equilibrium*. Werden die Policy-Pakete in Einzelfragen zerlegt, welche jeweils nur eine Policy-Dimension involvieren und die nacheinander bearbeitet werden, gilt – vorbehaltlich der Annahme von eingipfligen Nutzenfunktionen – für die jeweils einzelnen Abstimmungen das Mediantheorem. Auf jeder Dimension setzt sich der jeweilige Median durch. Obwohl dieser Punkt Medianeigenschaften besitzt, ist er nicht stabil. Er kam vielmehr nur aufgrund der getrennten Behandlung der

²⁵ Die Bedingungen lauten neben der standardmäßigen Annahme von euklidischen Präferenzen im einzelnen: Die Anzahl der Abstimmenden ist ungerade. Es gibt einen Idealpunkt x eines Akteurs, um den herum die restlichen Idealpunkte so paarweise symmetrisch verteilt sind, daß die Verbindungslinie eines jeden dieser Paare durch den Punkt x gehen (Shepsle und Bonchek 1997: 99/100).

Dimensionen zustande (Shepsle und Bonchek 1997: 130).

Ein Beispiel kann diese Überlegungen verdeutlichen. Gegeben sei eine Situation mit zwei zur Abstimmung anstehenden Themen und mit drei Akteuren, die allein vorschlags- und abstimmungsberechtigt sind. Die Idealpunkte der drei Akteure seien dreieckförmig in dem Policy-Raum angeordnet. Werden die Policy-Dimensionen getrennt beraten und abgestimmt, so kommt es zum *dimension by dimension median*. Dieser entspricht der Policy-Kombination der Idealpunkte der Akteure, die in der jeweiligen Frage die Medianposition innehaben. Das Gesamtergebnis liegt innerhalb der durch die Idealpunkte bestimmten Fläche, welche die für alle drei Akteure pareto-optimalen Punkte umfaßt. Werden hingegen Paketlösungen, die stets beide Themen involvieren, abgestimmt, sollten sich legislative Zweier-Koalitionen bilden. Deren Verhandlungsergebnisse liegen dann auf der für die beiden an der Koalition Beteiligten pareto-optimalen Verhandlungsgeraden. Die Verhandlungsgerade verbindet jeweils die Idealpunkte zweier möglicher Koalitionäre. Über die personelle Zusammensetzung der Zweier-Koalition sowie die genaue Position der Paketlösung auf dieser Verhandlungsgeraden gibt es keine genaue Vorhersage. Die Instabilitätsvorhersage und die Unbestimmtheit des Ergebnisses gilt daher auch hier, wenn auch unter eingeschränkten Bedingungen. Die nachfolgende Grafik zeigt den *dimension by dimension median* und die Verhandlungsgeraden in einer Konstellation mit drei Akteuren.

Grafik 2-5: *dimension by dimension median* und Verhandlungsgeraden



2.3. Begründung der Auswahl des amerikanischen Kongresses

Die Sichtweise des Abgeordneten in den auf rationaler Wahl basierenden Modellen impliziert den von Bindungen an Parteien²⁶ und Parteidisziplin relativ freien "politischen Unternehmer". Dieser verfolgt einzig seine eigenen Interessen, und zwar sowohl Office- als auch policy-motivierte. Diese Bedingungen sind nicht in jedem Parlament gleichermaßen als gegeben anzusehen. Sie sind jedoch in hohem Maße im amerikanischen Kongreß erfüllt: Die Bezeichnung der amerikanischen Abgeordneten, insbesondere der Repräsentanten, als „politische Unternehmer“ ergibt sich aus mehreren Besonderheiten des amerikanischen politischen Systems. Die sehr kurze Wahlperiode von nur zwei Jahren für die Repräsentanten sorgt für eine starke Anbindung der Abgeordneten an die

²⁶ Die Vorhersagen der Instabilität gelten auch für Situationen, in denen die Akteure kollektiver Natur sind. Ein Drei-Parteien-System, in dem über zwei verschiedene Themen verhandelt wird, ist äquivalent zu der in der Literatur häufig behandelten Konstellation mit drei Abgeordneten.

Wähler, was auch in der Absicht der Verfassungsgeber lag²⁷. Mayhew (1993: 21/2) beschreibt die Aufgaben eines Abgeordneten als „advertising“, „credit claiming“ und „position taking“: Der Abgeordnete muß seinen Namen bekannt machen, genauso wie der Name eines Produktes bekannt gemacht wird. Er muß den Glauben erzeugen, er könne für die Wähler etwas tun, sei es nun materiell oder politisch. Desweiteren muß der Abgeordnete zu Fragen des öffentlichen Interesses Stellung beziehen. Hierbei greift der Abgeordnete auch zum Mittel der Meinungsumfrage, um die Position seiner Wähler zu einer bestimmten Frage in Erfahrung zu bringen (Grant 1994: 60). Jacobson (1993: 39) konstatiert, daß trotz der signifikant angestiegenen Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Amtsinhaber wiedergewählt wird, die Investitionen der Abgeordneten in ihre Wiederwahl immer größer werden: Immer mehr Personal, Mailing-Aktionen und Reisen in den Wahlkreis werden aufgewendet, um den Kontakt zum Wahlkreis aufrecht zu erhalten. Die Dezentralisiertheit der Parteiorganisation führt zudem dazu, daß der Abgeordnete von der Nominierung bis zur Wahl auf seine regionale Parteiorganisation angewiesen ist. Dementsprechend bestimmen auch die lokalen Themen die Wahl (Grant 1994: 59). Der Abgeordnete ist also nicht zuletzt Vermittler zwischen dem Wahlkreis und der Zentralregierung. Im Vergleich etwa zum britischen Unterhaus, aber auch zum deutschen Bundestag, sind die Parteien im Kongreß sehr lose Zusammenschlüsse. Daten über die Einheitlichkeit des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten einer Partei wie etwa die Untersuchung über die Parteikohäsion im Kongreß für den Zeitraum von 1886 bis 1966 von Brady, Cooper und Hurley (1993: 238/9) zeigen, daß im Schnitt nur bei der Hälfte der Abstimmungen mehr als 50% der einen Partei gegen mehr als 50% der anderen Partei stimmen. Zudem vermindert sich dieser Anteil im Laufe der Zeit noch, wobei es allerdings Unterschiede zwischen Politikbereichen gibt. Begründet liegt dieser Umstand im Vergleich zu den parlamentarischen Systemen wohl in der eigenen Legitimation des Präsidenten, so daß keine Notwendigkeit besteht, eine Regierung durch ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu stützen. Die Parteiführer respektieren die Entscheidung der Abgeordneten, die Interessen ihres Wahlkreises zu vertreten und haben außer der Überredung keine Mittel, ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu erreichen. Trotzdem bleibt im allgemeinen die Parteizugehörigkeit das beste Vorhersagekriterium für das individuelle Abstimmungsverhalten, zumal die achtziger Jahre mit einer stärkeren Ideologisierung auch zu mehr *party voting* geführt haben (Grant 1994: 61). Eine mögliche Erklärung hierfür könnte darin bestehen, daß es sich die Abgeordneten ersparen, sich mit dem genauen Inhalt und den Wirkungen des Gesetzes zu befassen und sich statt dessen die Position ihrer Partei zueigen machen. Wenn also die Modellannahmen der positiven Theorien über legislative Institutionen und die daraus abgeleiteten Befunde überhaupt für ein Parlament gelten, dann am ehesten für den amerikanischen Kongreß. Was für empirische Anzeichen von Instabilität im Kongreß würde man nun aufgrund dieser Befunde erwarten? Zu rechnen wäre mit einer Vielzahl von Merkmalen, zum Beispiel Abstimmungszyklen und ständig wechselnde Mehrheiten. Desweiteren sollte es zu keinen stabilen Ergebnisse kommen und die Gesetzgebung sollte in fortdauernden Abstimmungen verweilen. Bezogen auf die Ergebnisse der Gesetzgebung sollte es zu starken inhaltlichen Politikwechseln und extremen Schwankungen in der Verteilung von Mitteln an die Wahlkreise kommen.

2.4. Existiert ein chaotischer Kongreß?

Ehe man nach möglichen Ursachen für Stabilität suchen kann, muß man zunächst nachweisen, daß ein solcher, den theoretischen Vorhersagen widersprechender Zustand tatsächlich vorliegt. Nach der Vorstellung der theoretischen Befunde soll daher nun die Frage geklärt werden, wie sich die theoretisch prognostizierte Instabilität empirisch äußern sollte und ob sich eine derartige Prognose empirisch bestätigen läßt.

²⁷ „The genius of republican liberty seems to demand on one side not only that all power should be derived from the people, but that those intrusted with it should be kept in dependence on the people by a short duration of their appointments“ (James Madison, Federalist Paper Nr. 10, zitiert nach McCubbins und Sullivan 1993: 13)

2.4.1. Mögliche empirische Merkmale von Instabilität

Die hier untersuchte Stabilität und Instabilität bezieht sich stets auf die Ergebnisse des legislativen Prozesses. Die Stabilität der Positionen von Parteien und Abgeordneten, wie sie von Theorien über Wahlen (Hinich und Munger 1997: 207) vorhergesagt²⁸ und auch empirisch gefunden wird (Poole und Rosenthal 1997: 73-74) ist aus Sicht der positiven Theorien über Abstimmungsprozesse kein erklärungsbedürftiger Fakt. Diese Modelle gehen, zumindest für die analysierte Situation, von stabilen Idealpunkten aus. Die hier untersuchte Instabilität entsteht bei der Umsetzung von individuell stabilen Präferenzen in eine kollektive Entscheidung. Die Veränderung von Idealpunkten durch Neuwahlen oder Meinungswechsel ist nur insoweit für die Stabilität des Ergebnisses relevant, als es in bestimmten Situationen durch die Veränderungen in der Konstellation der Idealpunkte zu Stabilität kommen kann oder diese verloren geht. In ihrer Kritik an der empirischen Relevanz von positiven Theorien und ihrer methodischen Umsetzung, insbesondere der Frage, wie man solche Theorien testet, kommen Green und Shapiro zu der problematischen Frage, wie man *anything can happen* widerlegen kann. „The generic instability of majority rule, in other words, is a proposition consistent with any pattern of empirical observation about policy making: no change, incremental change, and radical change“ (Green und Shapiro 1994: 108). Autoren wie Riker und Ordeshook, die Beispiele für das strategische Verhalten von Abgeordneten und *cycling* aufzählen, wird von Green und Shapiro vorgeworfen, daß sie nur wenige ausgewählte Beispiele nennen. Diese stellten auf das Geschehen im Kongreß bezogen die Ausnahme, keinesfalls aber ein Charakteristikum dieses Parlaments dar. Diese empirischen Befunde seien also letztlich nur Fallstudien, die durch den Nachweis einer einmaligen Existenz von Instabilität und Manipulation Aussagen über die Gesetzgebung als Ganzes machen wollten. Zudem seien sie insofern methodisch unsauber, als sie unbedingt zu einem bestimmten Ergebnis kommen wollen und deshalb dem gewünschten Ergebnis widersprechende Fakten und alternative Erklärungen nicht berücksichtigten (Green und Shapiro 1994: 109–113). In der Tat finden sich bei den Erklärungen von Stabilität im amerikanischen Kongreß, auch bei den noch vorzustellenden Arbeiten von Tullock (1981) und Shepsle und Weingast (1981), die sich mit der Stabilität im Kongreß befassen, keine Meßtheorien und keine empirischen Belege für die Stabilität, welche die Autoren erklären wollen.

Wie Green und Shapiro (1994: 114) zutreffend bemerken, gibt es zwei Gruppen von Ansätzen, die jeweils von einer a priori definierten „empirischen Beobachtung“ ausgehen: Für die eine Gruppe, zu der zum Beispiel Riker²⁹ zu zählen ist, ist Instabilität allgegenwärtig und es wird versucht, dies durch Einzelbeispiele zu belegen. Für die andere Gruppe, der zum Beispiel Tullock zuzurechnen ist, ist Stabilität das prägende Merkmal des Kongresses und es wird nach Erklärungen für diese Beobachtung gesucht. Die Frage nach der Meßbarkeit von Stabilität in einem Parlament kann im Rahmen dieser Arbeit nicht umfassend oder abschließend bearbeitet werden. Dennoch gibt es auf Basis der vorliegenden Informationen und Daten einige Indizien, die für das Vorliegen von Stabilität sprechen. Die Vorhersagen von Instabilität haben verschiedenen Aspekte, die empirisch in unterschiedlichem Ausmaß als Indikator für Stabilität geeignet sind: *sophisticated voting* und

²⁸ Während räumliche Theorien über Wahlkämpfe, die nicht auf die Besonderheiten von Ideologie Bezug nehmen, einerseits davon ausgehen, daß es bei mehrdimensionalen Wahlkämpfen mit mehr als zwei Parteien oder Kandidaten keinen Punkt gibt, der demjenigen, der diesen Punkt anbietet, die Mehrheit garantiert, sagen sie andererseits auch Instabilität der Abgeordnetenpositionen vorher, bei der die Kandidaten ständig auf die Positionsveränderungen der anderen Akteure reagieren, indem sie ihrerseits ihre angebotene Position so verändern, daß sie die Anzahl ihrer Wähler maximieren. Ideologische Theorien von Wahlen betonen hingegen, daß es für den Kandidaten unerlässlich sei, eine Position, die er einmal eingenommen hat, auch konsequent beizubehalten. Nur auf diese Weise kann er die Wähler davon überzeugen, daß er hinter den Inhalten, die er vertritt, steht und sie auch im Falle eines Wahlsieges umsetzen wird. Die Folge für die Konstellationen der Akteure ist eine Stabilität ihrer Positionen, da häufige Wechsel im politischen Programm eines Kandidaten diesen unglaublich erscheinen lassen (Hinich und Munger 1997: 207-209).

²⁹Vgl. Riker (1982).

Agenda-Manipulation eröffnen einem Akteur in einer entscheidenden Position die Chance, das Ergebnis quasi-diktatorisch zu bestimmen. Empirisch dürfte ein derartiges Verhalten jedoch nur in detaillierten Fallstudien nachzuweisen sein, da man hierzu Informationen über das Wissen und die genauen Motive der Akteure braucht. Dadurch scheidet dieser Aspekt als möglicher empirischer Beleg für oder gegen Stabilität aus. Inhaltlich wären starke Umschwünge in der Politik möglich, da der Status Quo jederzeit gestürzt werden könnte. Andererseits wären aber auch nur geringfügige oder gar keine Veränderungen mit den Vorhersagen der Modelle vereinbar. Vor diesem Hintergrund ist es wohl kaum möglich, einen Indikator für Stabilität zu entwickeln, der auf dem Ausmaß der inhaltlichen Variation von Politik basiert. Die Vorhersage des *anything can happen* ist in der Tat immer richtig. Zu den Hauptmerkmalen von Instabilität, wie sie aus den vorgestellten Modellen ableitbar sind, gehören langandauernde und zyklische Abstimmungen, bei denen sich phasenweise die gleichen oder ähnliche Vorschläge wiederholen sollten: Bei der Bearbeitung eines politischen Problems, für das es verschiedene Lösungen gibt, sollte eine Lösung A gegenüber der Lösung B vorgezogen werden, dann aber wiederum der Lösung C unterliegen, welche ihrerseits von Lösung B geschlagen wird. Gleiche oder ähnliche Varianten von politischen Lösungen sollten in periodischen Zyklen innerhalb des Gesetzgebungsprozesses wiederholt auftauchen. Alleine der Umstand, daß der Kongreß zu Ergebnissen kommt, ist schon ein Faktum, das aus Sicht der positiven Theorien nicht als selbstverständlich angesehen werden kann. Die Zusammensetzung der Mehrheit, die innerhalb der Beratungen und Abstimmungen über die Verabschiedung eines Gesetzesvorhabens einen bestimmten Vorschlag durchsetzt, sollte im Falle eines instabilen Kongresses von Abstimmung zu Abstimmung verschieden sein. Könnte man also nachweisen, daß innerhalb der einzelnen Gesetzgebungsprozesse stark wechselnde legislative Koalitionen zustande kamen und zudem lange über eine sich wiederholende Abfolge von Vorschlägen abgestimmt wurde, dann wäre dies ein Hinweis auf das Vorliegen von Instabilität, wie sie von den räumlichen Modellen vorhergesagt wird. So wären viele erfolgreiche *amendments* pro Gesetzesvorschlag ein Indikator für Cycling und Instabilität. Die Gegner des ursprünglichen Vorschlages kontern mit einem Gegenvorschlag, der eine Mehrheit, bestehend aus einem Teil der vorherigen Mehrheit und den Verlierern, findet, worauf die Befürworter des ursprünglichen Gesetzes mit einem Gegenvorschlag reagieren, der zumindest für einen Teil der vorherigen Mehrheitskoalition so attraktiv ist, daß dieser nunmehr mit ihnen stimmt. Vom Ausmaß her geringe und wenig erfolgreiche Amendment-Aktivität wäre hingegen ein Indiz für Stabilität: Findet man stabile Koalitionen, die zügig einen Vorschlag formulieren und diesen auch schnell durchsetzen, wäre dies ein Anzeichen für Stabilität. Zumindest für dieses eine Gesetz hat sich eine stabile legislative Koalition gebildet, obwohl die Modelle vorhersagen, daß es eine derartige Stabilität in Form einer konstanten Koalition, deren Mitglieder sich nicht durch die Angebote anderer Gruppen aus der Koalition abwerben lassen, nicht zu erwarten ist.

2.4.2. Liegt im amerikanischen Kongreß Stabilität vor?

Nachdem im vorherigen Abschnitt die möglichen Indikatoren für Stabilität definiert wurden, ist nun empirisch zu bestimmen ob, gemessen an diesen Indikatoren, Stabilität vorliegt.

Wechselnde Mehrheiten innerhalb eines Gesetzgebungsverfahrens sind nur schwer nachzuweisen, da Abstimmungsdaten nur für die *roll calls* vorliegen. Diese Abstimmungsform ist jedoch nur eine von mehreren Möglichkeiten und zudem nicht die häufigste (vgl. Smith 1989: 33). Zudem wäre es denkbar, daß nur bestimmte Abstimmungen³⁰ per *roll call* entschieden werden und es so zu

³⁰ Wenn sich wechselnde Mehrheiten zeigen sollten, dann gerade auch bei den *amendments*, wo in rascher Folge ein Vorschlag ständig von einem anderen Vorschlag geschlagen werden sollte. Gerade aber für diesen Bereich ist der Einsatz von Roll-Call-Daten ungünstig. Smith (1989: 31) fand, daß in den Kongressen 84, 86, 88, 90 und 91 im Repräsentantenhaus nur über etwa 1 bis 4,5 % der *amendments* per *roll call* entschieden wurde, wobei die so abgestimmten *amendments* auch eine höhere Erfolgsquote hatten, als diejenigen, über die auf andere Art entschieden

Verzerrungen von unbekannter Richtung und unbekanntem Ausmaß kommen kann. Autoren wie VanDoren (1990) und Snyder (1992a) verweisen ausdrücklich auf die möglichen Gründe für Verzerrungen, die durch die Wahl von *roll calls* als Datengrundlage für Untersuchungen auftreten können. All dies bedeutet, daß selbst wenn in den Roll-Call-Daten Stabilität gefunden wird, es durchaus sein kann, daß in den anderen Abstimmungsvarianten viel mehr wechselnde Mehrheiten vorkommen. Der eventuelle Befund von Stabilität wäre dann nur scheinbarer Natur.

Als Indikatoren für wechselnde Mehrheiten bieten sich aufgrund der Datenlage zwei Methoden an: Zum einen lag ein Datensatz für alle *roll calls* vor, in dem auch die zweidimensionalen Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Alternativen enthalten sind. Aus diesen Koordinaten kann man jeweils den Winkel der *cutting line*³¹ berechnen, also die Linie, welche die Gruppe der mit Ja-Stimmenden von der mit Nein-Stimmenden optimal trennt. Unterschiedliche Cutting-Line-Winkel bedeuten, daß andere Gruppen von Abgeordneten zusammen abgestimmt haben. Gleiche Cutting-Line-Winkel garantieren jedoch nicht, daß auch die gleichen Abgeordneten zusammen abgestimmt haben. Zwei identische Cutting-Line-Winkel können auch von zwei parallel verlaufenden *cutting lines* stammen, was wiederum verschieden zusammengesetzte Mehrheiten bedeuten würde. Gleiche Winkel sind jedoch die notwendige Bedingung für personell gleiche Mehrheiten. Die Grafiken der Winkelverteilungen für die Kongresse 96 bis 100 sind, getrennt nach den Clausen-Kategorien³², in Appendix Grafiken angefügt. Wenn sich in einer Clausen-Kategorie ein bestimmter Winkel häufiger zeigt, ist dies ein Hinweis darauf, daß es in diesem Politikbereich häufiger zu den gleichen bzw. ähnlichen legislativen Koalitionen kommt. Es fällt auf, daß es zwar durchaus in verschiedenen Kongressen für verschiedene Politikbereiche zu einer Häufung von Winkeln kommt, die Verteilung im allgemeinen jedoch recht breit streut. Dies spricht zunächst dafür, daß es auch innerhalb einzelner Themengebiete zu sehr verschiedenen Mehrheiten kommt. Zu bedenken ist jedoch, daß die Clausen-Kategorien sehr weit gefaßt sind und in sich wiederum sehr unterschiedliche Themen enthalten.

Eine zweite Methode, wechselnde Mehrheiten zu identifizieren, ist die direkte Analyse des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten unter der Fragestellung, wie oft die gleichen Abgeordneten zusammen abgestimmt haben. Für den 85sten Senat lag ein Datensatz mit dem Abstimmungsverhalten der Senatoren während 301 zeitlich geordneter *roll calls* vor. Zur Auswertung wurde für jede Abstimmung die Korrelation mit der vorherigen Abstimmung berechnet. Eine hohe Korrelation bedeutet, daß eine hohe Anzahl von Abgeordneten in beiden Abstimmungen gleich gestimmt hat. Im Falle einer absoluten Korrelation³³ von 1 haben alle Abgeordneten in beiden aufeinanderfolgenden Abstimmungen gleich gestimmt, im Falle einer absoluten Korrelation von 0 gab es keinen Zusammenhang zwischen den Abstimmungen. Die nachfolgende Grafik zeigt die Verteilung der absoluten Korrelationen des Abstimmungsverhaltens zwischen zwei aufeinanderfolgenden *roll calls*.

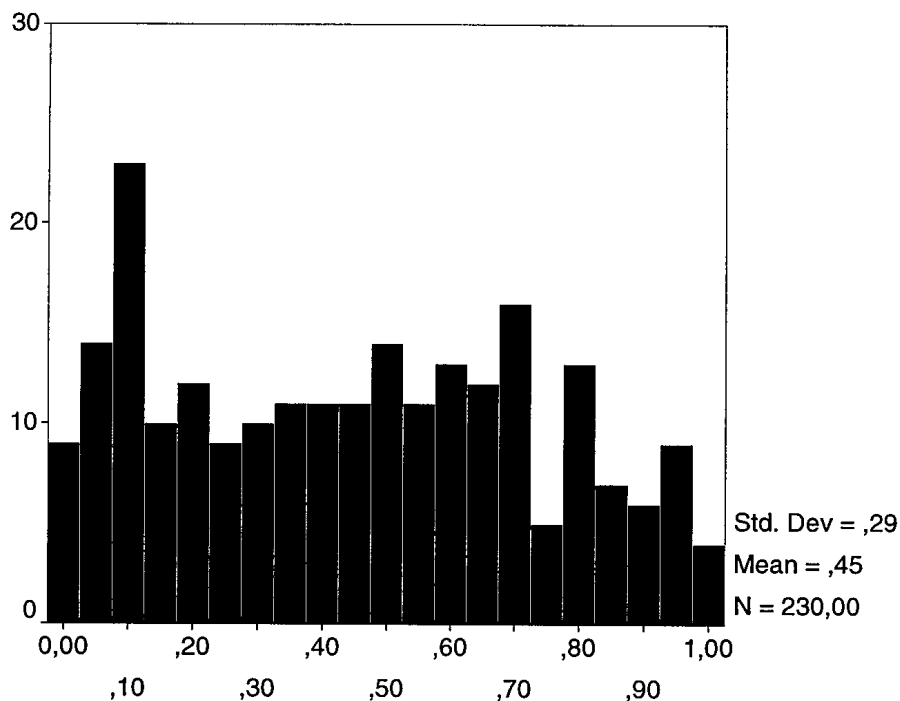
wurde (ebenda: 33). Danach stieg dieser Anteil auf ca. 25% an, ist also weiterhin eher selten, was zumindest für die Möglichkeit der Verzerrtheit von Befunden auf Basis dieser Daten spricht.

³¹ Vgl. hierzu den Abschnitt über das NOMINATE-Verfahren.

³² Die Clausen Kategorien (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 259) sind eine Einteilung der Gesetzgebungsaktivitäten in ursprünglich fünf Kategorien. Nähere Erläuterungen hierzu finden sich in dem Abschnitt über die Frage, ob Policy- oder ideologische Dimensionen das Abstimmungsverhalten im Kongreß bestimmen.

³³ In die Analyse wurden der Betrag der Korrelationen einbezogen, d.h. bei einer Korrelation von +1 haben alle, die bei der vorherigen Abstimmung ja gestimmt haben, auch in der nächsten mit ja gestimmt, bei einer Korrelation von -1 haben alle die vorher mit ja stimmten, nun mit nein gestimmt. Für die Frage der Stabilität ist nur entscheidend, inwieweit die Gruppen identisch sind.

Grafik 2-6: Korrelationen zwischen dem Abstimmungsverhalten zweier aufeinanderfolgender *roll calls*



Der von der in der Grafik angegebenen Fallzahl zur Gesamtzahl der Roll-Call-Paare (299), für welche die Korrelationen berechnet wurden, fehlende Betrag sind Abstimmungen, die einstimmig ausfielen³⁴. Dies ist ein zusätzlicher Hinweis auf Stabilität. Andererseits ist die größte Häufung bei .10 zu beobachten. Die mittlere Korrelation liegt mit .45 jedoch relativ hoch. Daß sich bei verschiedenen Abstimmungen die gleichen oder ähnlichen Gruppen gegenüberstehen, ist also relativ häufig.

Beide Ansätze, der „Winkelansatz“ und der „Korrelationsansatz“, weisen auf wechselnde Mehrheiten hin. Allerdings ist auf der Basis der Betrachtung von aufeinanderfolgenden Roll-Call-Abstimmungen keine sichere Aussagen über wechselnde Mehrheiten innerhalb eines Gesetzgebungsvorganges möglich. Möglicherweise wurde über viele Änderungsanträge mit nicht-namentlicher Abstimmung entschieden. Generell spiegeln die *roll calls* nicht das gesamte Abstimmungsverhalten wider. Wenn man den Datensatz³⁵ mit den Informationen zu den *roll calls* betrachtete, fällt auf, daß es zu vielen Gesetzesprojekten nur jeweils einen *roll call* gab. Der Befund, daß die Mehrheiten von Abstimmung zu Abstimmung wechseln, bedeutet aus diesem Grunde nicht zwangsläufig, daß es auch wechselnde Mehrheiten innerhalb eines Gesetzesprojektes

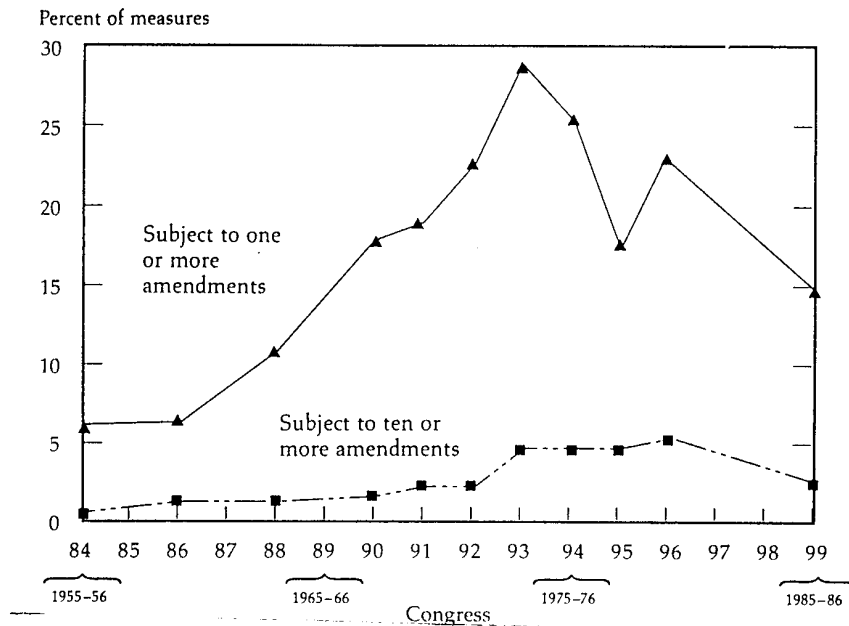
³⁴ SPSS kann keine Korrelation zwischen zwei Variablen berechnen, wenn eine von beiden keine Variation aufweist.

³⁵ Das von Seiten des Voteview-Projektes veröffentlichte Datenmaterial ist in zwei Arten von Daten organisiert. Es gibt für die einzelnen roll calls jeweils für Repräsentantenhaus und Senat einen Datensatz, in dem einige Stichworte zum Inhalt, das Abstimmungsdatum, die geschätzten Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Alternativen und einige Fitting Maße des NOMINATE-Modells enthalten sind. In dem Voteview-Programm sind die Abstimmungsdaten, also welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat, und ebenfalls die Inhalte der roll calls enthalten, allerdings nicht in einer Form, die man in ein anderes Programm exportieren könnte. Die verfügbare Abstimmungsmatrix für den 85sten Senat enthielt nur Abstimmungsdaten für 301 roll calls, die entsprechende Datei für die roll calls jedoch 307, so daß nicht klar war, welche roll calls fehlten. Aus diesem Grunde war die ursprünglich geplante Methode, die roll calls für die Untersuchung der Korrelationen des Abstimmungsverhaltens zweier aufeinanderfolgender Abstimmungen in zum gleichen bzw. zu verschiedenen Gesetzesprojekten gehörende roll calls nicht durchführbar. Vgl. Appendix Daten.

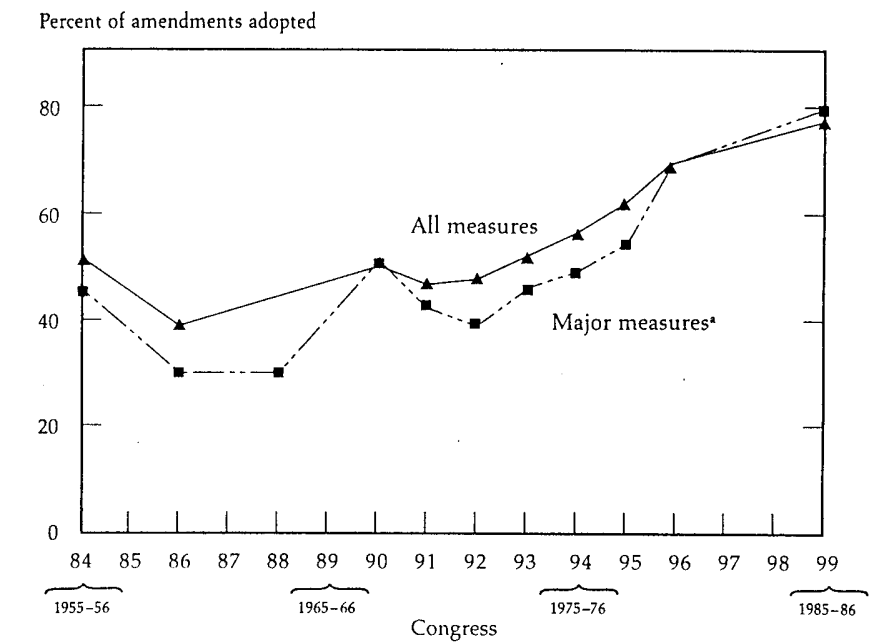
gibt. Allerdings ist dies, da nicht alle Abstimmungen zu einem Gesetz *roll calls* waren, auch nicht auszuschließen. Der Befund bedeutet daher nur, daß es über die verschiedenen Gesetzesprojekte hinweg keine stabile Mehrheit gab. Es gab keine Gruppe von Abgeordneten, die sich zusammenschloß, um in einem längeren Zeitraum mehrere Gesetzesprojekte zu verabschieden. Es ist daher notwendig, noch weitere Indikatoren heranzuziehen.

Ein weiterer Indikator für Stabilität ist die Amendment-Aktivität während eines Gesetzgebungsprozesses. Die beiden nachfolgenden Grafiken zeigen die Amendment-Aktivität im Repräsentantenhaus für die Kongresse 84 bis 99, also für die Jahre 1955 bis 1986.

Grafik 2-7: Anteil der Gesetze, zu denen es aus dem Plenum Amendment-Vorschläge gab



Grafik 2-8: Anteil der erfolgreichen *amendments*



Beide Grafiken aus Smith (1989: 18/9)

Die erste Grafik zeigt den Anteil der Gesetze, für die zumindest ein *ammendment* vorgeschlagen wurde und auch den Anteil derjenigen, die mit mehr als zehn *ammendments* besonders viele Gegen- und Änderungsvorschläge hervorriefen. Aus der Grafik geht hervor, daß selbst zu Zeiten sehr hoher Ammendment-Aktivität etwa zwei Drittel der vorgeschlagenen Gesetze ohne ein *ammendment*, d.h. auf Anhieb beschlossen wurden. Dies spricht klar gegen die Vorhersage eines langandauernden Wechselspiels von Vorschlag und Gegenvorschlag. Die zweite Grafik zeigt den Anteil der *ammendments*, die erfolgreich waren. Die durchschnittliche Erfolgsquote eines *ammendments* liegt bei etwa zwei Drittel. In Kombination bedeuten beide Befunde, daß nur etwa ein Fünftel der Gesetze durch ein *ammendment* verändert wird. Dies spricht für eine Stabilität in dem Sinne, daß ein Gesetz vorgeschlagen und in der Regel auch auf Anhieb und vor allem unverändert verabschiedet wird.

Ein weiteres Indiz für das Vorliegen von Stabilität ist die Filterfunktion des Kongresses, insbesondere des Ausschuß-Systems. Im 99sten Kongreß wurden 9267 Gesetzesvorschläge eingebracht. Als Ziel dieser Vorschläge ist eine Änderung des aktuellen Status Quo anzunehmen. 9204 davon wurden an die *committees* verwiesen, von denen 1512 wieder aus dem Committee-System zurück an das Plenum kamen. Dort wurden 663 Vorschläge als Gesetze verabschiedet (Steffani 1995: 189). Dies spricht dafür, daß der Status Quo, verstanden als die aktuelle Wirklichkeit, insofern sie gesetzlich geregelt werden kann, gegenüber Veränderungen relativ stabil ist und nur ein Bruchteil der möglichen Aspekte während einer Legislaturperiode geändert wird. Wenn wirklich eine Mehrheit immer einen anderen Zustand gegenüber dem Status Quo vorzieht, sollte sich dieser als nicht so stabil erweisen.

Nachdem das Vorliegen mehrerer Indizien für eine aus Sicht der positiven Theorien erklärungsbedürftigen Stabilität festgestellt wurde, soll sich der folgende Teil der Arbeit mit der Frage beschäftigen, warum dies der Fall ist. Hierzu werden zunächst die Erklärungen der Ansätze der positiven Theorie dargestellt und dann die Frage bearbeitet, ob Ideologie für die Erklärung dieses Umstandes in Frage kommen kann.

3. Erklärungen für Stabilität innerhalb des Paradigmas der positiven Theorie

Es wird den positiven Theorien oft vorgeworfen, daß sie im Prinzip *nur* Instabilität vorhersagten, die Stabilität jedoch nicht erklären könnten (Green und Shapiro 1994). Anhand von zwei klassischen Erklärungsversuchen sollen in diesem Abschnitt die bisherigen Erklärungsversuche für die empirisch vorgefundene Stabilität innerhalb des Paradigmas der positiven Theorien dargestellt werden. Danach soll die Frage untersucht werden, ob sie als Erklärung für empirisch vorgefundene Stabilität geeignet sind.

3.1. Tullock: Logrolling

3.1.1 Befunde und Zielsetzung

Tullock geht bei seiner Erklärung von Stabilität von der Erkenntnis aus, daß es bei komplexeren, mehrdimensionalen Issues und dem Abstimmungsmechanismus der Mehrheitswahl generell eher unwahrscheinlich ist, daß ein stabiles Ergebnis zustande kommt: Da es keinen Vorschlag gibt, der gegenüber jedem anderen von einer Mehrheit der Abgeordneten vorgezogen wird, sollte es nach den Theorien zu dieser Art der Präferenzaggregation zu Abstimmungszyklen kommen (Tullock 1981: 189). Stabilitätsminderend kommt hinzu, daß Konstantsummenspiele vom Typ "divide the

dollar"³⁶, zu denen zumindest manche der von Tullock aufgegriffenen Situationen zuordenbar sind, keinen *core* haben. Somit können Prognosen über Stabilität und Ergebnisse nur auf die wesentlich schwächeren Lösungskonzepte wie zum Beispiel die V-Lösung zurückgreifen³⁷. Gerade die Situationen, in der die Parlamentarier Geld – das Steueraufkommen des Staates – für verschiedene Projekte, zum Beispiel für Projekte in ihrem Wahlkreis, per Mehrheitsentscheid verteilen, sollten von Instabilität geprägt sein. Statt dessen findet sich jedoch in realen Parlamenten die folgende Situation: " If we look at the real world, however, we observe not only is there no endless cycling, but acts are passed with reasonable dispatch and then remain unchanged for very long periods of time. Thus, theory and reality seem to be not only out of contact, but actually in sharp conflict" (Tullock 1981: 189). Tullock stellt sich die Aufgabe zu zeigen, wie und warum auch auf der Basis der "positiven Theorien" – im Fall von Tullock auf Basis von Logrolling-Theorien – mit relativ stabilen Ergebnissen zu rechnen ist.

3.1.2. Tullocks Erklärung von Stabilität: Logrolling-Modelle

Das von den räumlichen Modellen vorhergesagte *cycling* hält Tullock zwar für theoretisch möglich, jedoch aufgrund der großen Anzahl von Abstimmenden im Parlament für eher unwahrscheinlich: Ein perfekt informierter Agenda-Setter mit Vorschlagsmonopol könnte theoretisch – und bewiesenermaßen – jeden Punkt erreichen, auch seinen Idealpunkt, selbst wenn dieser außerhalb der Pareto-Menge läge. Empirisch ist damit laut Tullock jedoch kaum zu rechnen: Wenn der Idealpunkt des Agenda-Setters außerhalb des Punkteschwarms der übrigen Abgeordneten liegt, sollten die Abgeordneten das Verhalten des Agenda-Setters durchschauen und sich nicht manipulieren lassen (Tullock 1981: 190). Im Gegensatz zu den rein räumlichen Modellen, die nach den Bedingungen und Eigenschaften von stabilen Punkten suchen, schlägt Tullock einen auf *logrolling* basierenden Ansatz vor, der eher in der Tradition von Beuteverteilungsspielen mit variabler Auszahlung steht: " Most government actions have the characteristic of giving a rather intense benefit to a small group at a small cost to each member of a large group. Simple majority voting would seem to indicate that such bills cannot be passed, but if several small groups get together and logroll they can." (Tullock 1981: 190). Vor diesem Hintergrund sucht Tullock nach den Bedingungen und Erklärungen für Stabilität bei der Verteilung von Nutzen, insbesondere bei der Verteilung von finanziellen Begünstigungen durch ein Parlament³⁸.

Tullock (1981: 192) unterscheidet zwei Formen des *logrolling*: Individuelle Verhandlungen und formelle Koalitionen. Bei individuellen Verhandlungen tauschen die einzelnen Mitglieder des Parlaments in zweiseitigen Verhandlungen solange ihre Zustimmung für die Unterstützung des Projektes des Tauschpartners gegen dessen Zustimmung für ihr eigenes Projekt, bis sie die für

³⁶ In "Divide the Dollar"-Spielen geht es um die Verteilung eines festen Betrages an die Spieler, die mit Mehrheit über die Verteilung des Betrages entscheiden. Sie sind das prototypische Beispiel für zyklische Mehrheiten in legislativen Spielen: Es kann gezeigt werden, daß es zu jedem beliebigen Auszahlungsvektor einen anderen gibt, der diesen dominiert, zum Beispiel: Die Auszahlung $(1/3, 1/3, 1/3)$ wird dominiert von $(1/2, 1/2, 0)$, diese wird dominiert von $(0, 3/4, 1/4)$ und diese wird wiederum dominiert von $(1/3, 1/3, 1/3)$ (vgl. Shepsle und Bonchek 1997: 58ff).

³⁷ Vgl. zum spieltheoretischen Hintergrund de Swaan (1973: 37).

³⁸ Kosten und Nutzen beziehen sich hier auf den Wahlkreis des Abgeordneten, wobei implizit davon ausgegangen wird, daß die Wiederwahlchancen eines Abgeordneten vom Nettonutzen, den er seinem Wahlkreis während seiner Amtszeit verschafft, abhängt. Während bestimmte Projekte nur einem Wahlkreis zugute kommen, müssen alle Wahlkreise diese Projekte über Steuern finanzieren. Ziel des primär an seiner Wiederwahl interessierten rationalen Abgeordneten muß es daher sein, möglichst viel finanzielle Zuwendungen für seinen Wahlkreis zu beschaffen, da er hierdurch seine Nützlichkeit für den Wahlkreis beweisen kann, während die Verantwortung für eine hohe Steuerlast diffus bleibt. Zieht man die Möglichkeit in Betracht, daß mit Verlusten durch Verwaltungs- und Verteilungsaufwand zu rechnen ist, d.h. ein Projekt alle Beteiligten im Schnitt mehr kosten kann, als es dem Empfänger an Nutzen einbringt, so trägt diese Situation die Züge eines Dilemmas: Es ist für jeden Abgeordneten von Vorteil, sein Projekt durchzusetzen, tun diese jedoch alle, stehen alle am Ende schlechter da als wenn niemand etwas unternommen hätte, weil die Gesamtkosten den Gesamtnutzen übersteigen. Die Notwendigkeit einer Mehrheit für die Umsetzung der Wahlkreisförderung verschärft diese Situation noch.

dessen Durchsetzung notwendige Mehrheit erreicht haben. Tullock sagt als empirisch zu erwartendes Ergebnis dieser Form des *logrolling* voraus, daß aller Wahrscheinlichkeit nach alle Abgeordneten ihre Projekte durchsetzen werden³⁹. Dieses Ergebnis ist zudem stabil, wenngleich auch eine formelle Koalition den an ihr beteiligten Akteuren eine höhere Auszahlung verschaffen würde (Tullock 1981: 193). Im Gegensatz zu individuellen Verhandlungen bilden bei der zweiten Logrolling-Variante verschiedene Abgeordnete in gemeinsamen Verhandlungen eine formelle Koalition, die mit ihrer Mehrheit nur die Projekte der Mitglieder durchsetzt. Die Nutzenteilung für die jeweiligen Mitglieder der Koalition bleibt gleich, die von allen gleichermaßen zu tragenden Kosten sinken jedoch aufgrund der niedrigeren Anzahl von durchgesetzten Projekten. Daher haben die Mitglieder in der Koalition einen höheren Nettonutzen, während die Nichtmitglieder nur die Kosten tragen. Gerade aber diese Konstellation erzeugt Instabilität, denn trotz variabler Auszahlung⁴⁰ wird jede Koalition von einer anderen dominiert: Die Verlierer können stets einige Mitglieder der Koalition durch für diese günstigere Angebote herauslocken, zum Beispiel indem sie ihre Projekte nur in geringerem Umfang verwirklichen, was die Kosten für alle senkt und den Überläufern ihre Projekte voll zugestehen⁴¹. Zu Stabilität kommt es in dieser Situation paradoxerweise dadurch, daß niemand in der Situation des am meisten profitierenden Überläufers sein möchte (Tullock 1981: 194). Gerade der Umstand, daß der Überläufer überproportional von der Koalition profitiert, macht seine Position in weiteren Verhandlungen angreifbar. Die Situation der „aristokratischen“ Koalition mit stark ungleichen Verteilungen des Nutzens ist instabil, weil die benachteiligten Mitglieder unzufrieden und daher leicht aus der Koalition herauszulocken sind. Stabiler sind dagegen „egalitäre“ Koalitionen mit in etwa gleichen Verteilungen des Nutzens an die Mitglieder. In dieser Situation sollten die Mitglieder einem Wechsel in eine aristokratische Koalition gegenüber abgeneigt sein: Wenn ein Mitglied der „Aristokrat“ in einer solchen aristokratischen Koalition werden würde, wäre seine Situation prekär, da diese Koalition instabil ist. Würde er hingegen einer der Benachteiligten in einer aristokratischen Koalition, wäre sein Nutzen geringer als in der egalitären Koalition (ebenda).

Welche der beiden theoretischen Logrolling-Varianten ist nun empirisch vorzufinden und könnte daher als Mechanismus der Stabilitätserzeugung in Frage kommen? Die auf dem Konzept der V-Lösung basierende Idee der „egalitären formellen Koalitionen“ sagt nicht vorher, welche Akteure koalieren werden, sondern nur, daß sich eine der möglichen Mehrheitskoalition bildet, die den Gewinn zu gleichen Teilen unter sich aufteilt und die aus den dargelegten Gründen stabil sein sollte⁴². Dieser Lösung widerspricht jedoch die empirische Beobachtung: Wäre die Logrolling-Variante der formellen Koalition die korrekte Beschreibung der Abläufe im Kongreß, müßten sich Gruppen finden, die über längere Zeit hinweg keinen Anteil bekommen, d.h. deren Wahlbezirke

³⁹ Zur Bewertung der Ergebnisse berechnet Tullock (1981: 192) jeweils einen für jede, durch Spielart (individuelles Verhandeln oder formale Koalition), Spieleranzahl sowie Kosten und Nutzen der Projekte definierte Situation einen ex ante Wert für den einzelnen Abgeordneten. Den Wert, mit dem der Abgeordnete rechnen kann, falls zum Beispiel nichts geschieht. Dieser ex ante Wert dient zur Beurteilung, ob die Spieler durch ihr Verhalten, d.h. die gewählte Logrolling-Variante ihre Situation verbessert haben und zur Bewertung des kollektiven Ergebnisses.

⁴⁰ Tullock (1981: 191) weist zum einen daraufhin, daß die Projekte immer auch in verschieden großem Umfang realisiert werden, d.h. die Summe, die verteilt wird, variiert. Geht man jedoch davon aus, daß sich zum Beispiel in einer Legislative mit fünf Abgeordneten stets eine Dreier-Koalition bilden wird, die ihre Projekte voll durchsetzt, wobei die Kosten und Nutzen bekannt sind, handelt es sich um ein Konstantsummenspiel: Die Kosten aller und der Nutzen der Koalitionäre addieren sich zu Null.

⁴¹ Ein Beispiel soll dies erläutern: In einem Parlament mit fünf Abgeordneten habe sich eine Dreier-Koalition aus den Abgeordneten A, B und C gebildet, die sich ihre Projekte jeweils voll bewilligen. Die nicht berücksichtigten Abgeordneten D und E können nun einem der drei Koalitionären anbieten, ihre eigenen Projekte jeweils nur zur Hälfte, das des Überläufers jedoch voll zu verwirklichen. Aufgrund der insgesamt gesunkenen Kosten ist der Nettonutzen des Überläufers nun höher als in der ursprünglichen Koalition, während die beiden Verlierer nun neben den Kosten auch einen Nutzen haben. Jedes Mitglied der neuen Koalition präferiert diese gegenüber der alten, d.h. die neue Koalition dominiert die alte. Die beiden jetzigen Verlierer können nun ihrerseits einem Mitglied der neuen Koalition ein Angebot machen, das für diesen und sie selbst günstiger wäre.

⁴² Vgl. de Swaan (1973: 38) zu den Eigenschaften der V-Lösung.

nicht mit finanziellen Mitteln versorgt werden. "We do not know which particular coalition would form, but we do know that there will be overinvestment in projects of the members of the coalition and underinvestment in the projects of the minority" (Tullock: 1981: 194). Dem widerspricht die Beobachtung: „The first thing we see is that almost everybody gets their share..." (Tullock 1981: 195). Auch wenn die Verteilung nicht exakt gleich ist, so gibt es doch keine Gruppen, die permanent von Zuteilungen ausgeschlossen wären. Selbst wenn Gruppen längere Zeit ausgeschlossen sind, macht ihre Größe doch nicht annähernd 49 % der Abgeordneten aus, wie aufgrund der formellen Logrolling-Modelle zu erwarten wäre⁴³. Verteilungsgesetze werden zudem nahezu einstimmig verabschiedet (ebenda: 196). Die empirischen Befunde sprechen also für das Vorhandensein des individuellen Verhandels als dem Mechanismus, der Stabilität in Verteilungssituationen erklärt.

3.1.3. Kritik an dieser Erklärung

Der Nachteil von Tullocks Ansatz besteht zum einen in der Beschränkung seiner Anwendbarkeit auf nur eine bestimmte Klasse von legislativen Projekten: *logrolling* ist an sich nur für teilbare Güter geeignet und die Entscheidungen einer Legislative bestehen nicht nur aus der Verteilung von Geldern an die Wahlkreise. Zum andern erscheint *logrolling*, vor allem in der individuellen Variante, als eine nur theoretisch interessante Möglichkeit wie Stabilität möglicherweise zu erklären ist, jedoch ohne eine realistische Chance des Nachweises. Selbst die „formalen Koalitionen" sind nicht bestimmbar und man müßte in detaillierten Fallstudien das individuelle Verhandeln der Abgeordneten rekonstruieren. Der Befund, daß es empirisch zu einem Zustand kommt der dem von einer Theorie vorhergesagten entspricht, ist noch kein Beweis dafür, daß der in der Theorie angenommene Mechanismus auch tatsächlich der in der Realität wirkende ist.

3.2. Shepsle und Weingast: Structure-Induced Equilibrium (SIE)⁴⁴

Shepsle und Weingast suchen vor dem Hintergrund der bewiesenen Instabilität von Abstimmungen unter der reinen Mehrheitsregel nach institutionellen Voraussetzungen, welche die empirisch vorkommende Stabilität erklären. Hierzu schlagen sie im Gegensatz zu der auf allgemeine Erkenntnisse hin orientierten Tradition in diesem Theoriezweig einen eher zum Speziellen führenden Weg ein: „In the area of legislative choice, social choice theorists have focused on the equilibrium properties of pure majority rule (PMR), operating according to the implicit belief that whatever is true about the PMR mechanism also applies to institutions based upon it" (Shepsle und Weingast 1981: 503). In der Argumentation von Shepsle und Weingast ist die reine Mehrheitsabstimmung nur ein Spezialfall unter den Bedingungen von bestimmten legislativen Institutionen, die ein „different legislative game" (ebenda) definieren, nicht jedoch die allgemeine Regel. Ihre Untersuchung gilt der Frage, welche Arten von institutionellen Rahmenbedingungen in einer realen Abstimmungssituation wie dem amerikanischen Kongreß notwendig sind, um Stabilität zu erzeugen. Grundgedanke hierbei ist, daß Institutionen die Möglichkeiten der Mehrheitswahl einschränken und die reine Mehrheitsregel so umformen, daß Stabilität möglich ist (Shepsle und

⁴³ Tullock findet nur zwei Beispiele, in denen kleine Gruppen völlig von den Zuteilungen ausgeschlossen waren, in der restlichen Zeit besteht die Verteilungskoalition aus 90% der Abgeordneten (Tullock 1981: 195/6).

⁴⁴ In der Sekundärliteratur und in einschlägigen Lehrbüchern wird der SIE Ansatz meist auf die folgenden, ursprünglich von Kadane (1972) vorgeschlagene Variante reduziert: Unter der Annahme, daß jedes Committee aufgrund der parlamentarischen Arbeitsteilung nur einen bestimmten, relativ eng umrissenen Policy-Bereich in seiner Zuständigkeit hat, ist es plausibel anzunehmen, daß bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen in den Committees nur jeweils eine Policy-Dimension involviert ist. Unter dieser Bedingung der durch Arbeitsteilung erzeugten künstlichen Eindimensionalität der Gesetze gibt es ein stabiles Gleichgewicht, nämlich den Median der jeweils involvierten Dimension. Stehen nur Abstimmungen an, die nur eine Dimension involvieren, bzw. wird ein an sich mehrdimensionales Problem oder Policy-Paket durch Zuteilung an einzelne Committees zerlegt, kommt es insgesamt zu einer Paketlösung, die aus den Medianen der jeweiligen Dimensionen besteht (Hinich und Munger 1997: 167/8).

Weingast 1981: 504). Von Tullocks Logrolling-Ansatz grenzen sich die Autoren deutlich ab: Das Fehlen eines Gleichgewichts kann auch durch keine Form des legislativen Austausches ausgeglichen werden: „()... no form of logrolling, wether implicit or explicit, coalition formation, or individual bargaining, can eliminate the inherent instability that follows from the non-existence of a MRE⁴⁵. No matter what form of exchange is postulated, any point is dominated by some other proposed point that benefits a decisive coalition. ()... nothing in the rules of the PMR⁴⁶ game prohibits the new majoritiy from forming and displacing its predecessor. This is the very essence of the non-existance of equilibrium“ (Shepsle und Weingast 1981: 505).

3.2.1. Das abstrakte Modell

Neben der generellen Vorhersage der Instabilität gab es, wie im Abschnitt über Instabilität gezeigt wurde, immer schon Versuche, die Stabilität in den realen Abstimmungsspielen zu erklären, bzw. die Bedingungen zu finden, unter denen es zu Stabilität kommen kann. Aus der Analyse der in dieser Literatur genannten Stabilitätsfaktoren und Beispiel für Situationen, in denen es zu Stabilität kommt (vgl. Shepsle und Weingast 1981: 507-511), abstrahieren Shepsle und Weingast ein abstraktes Modell der institutionellen Bedingungen von Stabilität, dem „general principle upon which stability is based“ (Shepsle und Weingast 1981: 504). Bezüglich der Möglichkeit und den Bedingungen von Stabilität in mehrdimensionalen Policy-Räumen konstatieren Shepsle und Weingast⁴⁷ die folgenden Schlüsse:

1. Das *winset* jedes Punktes ist unter reiner Mehrheitsregel stets nicht leer, d.h. jedes Policy-Paket ist unter der PMR verwundbar und instabil (Shepsle und Weingast 1981: 505).
2. Grund für die Instabilität eines jeden Punktes ist die Möglichkeit jeder Gruppe von in einer Abstimmung unterlegenen Abgeordneten jeden anderen Punkt in einer weiteren Abstimmung als Alternative zu dem in der vorherigen Abstimmung erfolgreichen Punkt vorzuschlagen (Shepsle und Weingast 1981: 511).
3. Stabilität entsteht durch alle Institutionen, die verhindern, daß bestimmte Punkte zur Abstimmung zugelassen werden: „... though at all points $W(x)$ is non-empty, if at some point y , the rules of the game prohibit proposals in $W(y)$ ⁴⁸ from being placed on the agenda, or at least prohibit the would-be gainers from making these proposals, then y may remain invulnerable or stable. This is not because there do not exist points that beat y but rather because those favoring these points cannot place them on the agenda for consideration.“ (Shepsle und Weingast 1981: 507/8).

Stabilität wird also in der an sich instabilen Mehrheitsregelsituation durch die Möglichkeiten der Abgeordneten induziert, prinzipiell beliebig oft jede beliebige Alternative vorzuschlagen, zu koalieren bzw. die aktuelle Koalition zu verlassen, um eine neue zu bilden und zum legislativen Austausch in Form von Stimmentausch durch Institutionen eingeschränkt werden (Shepsle und Weingast 1981: 511/2). Zusammengefaßt besagt die Überlegung des SIE: Unter der reinen Mehrheitsregel gibt es bewiesenermaßen keine Stabilität. Stabilität existiert dennoch, weil bestimmte Elemente der reinen Mehrheitsregel durch institutionelle Regeln außer Kraft gesetzt werden. Ein SIE wird daher von Shepsle und Weingast definiert als ein Punkt x , für den gilt, daß die Punkte, die ihn in einer Mehrheitsabstimmung schlagen könnten, entweder nur von solchen

⁴⁵ Majority Rule Equilibrium, das Gleichgewicht, auf das eine Abstimmungssituation hinausläuft.

⁴⁶ Pure Majority Rule.

⁴⁷ Zusätzlich wird implizit immer davon ausgegangen, daß die Akteursgruppe aus mindestens drei Akteuren besteht, deren Idealpunkte nicht einen der speziellen Symmetriefälle darstellen. So wäre zum Beispiel eine Situation, in der zwar drei Abgeordnete und drei Policy-Dimensionen existieren, die Idealpunkte der Akteure jedoch auf einer Linie liegen, letztlich eine eindimensionale Situation, die mit dem Median eine stabile Lösung hat. Der *effective space* (Hinich und Munger 1997: 196) ist in diesem Fall nur eine Dimension und der Informationsgehalt der drei Policy-Dimensionen ist durch eine latente, "ideologische" Dimension reproduzierbar.

⁴⁸ $W(y)$ ist das *winset* des Punktes y , und umfaßt alle Punkte, die eine Mehrheit gegenüber diesem Punkt vorziehen würde. Der Punkt y ist gemäß des SIE Ansatzes stabil, weil kein Punkt aus seinem *winset* vorgeschlagen werden kann.

Akteuren vorgeschlagen werden können, die diese Alternativen gegenüber x nicht vorziehen, oder aber diese Punkte generell nicht vorgeschlagen werden können (Shepsle und Weingast 1981: 512/3). Dieser Punkt ist nicht wegen seiner räumlichen Eigenschaften stabil, wie es Punkte sind, welche die Plott-Bedingungen erfüllen, denn sein *winset* ist nicht leer. Er ist vielmehr stabil, weil durch bestimmte Regeln verhindert wird, daß ein Punkt aus seinem *winset* zur Abstimmung vorgeschlagen wird.

3.2.2. Konkrete Beispiele von SIE im amerikanischen Kongreß

Dem „alles ist möglich“ der räumlichen Modelle stellen die Autoren nun das entgegen, was nach dem SIE Modell unter den Regeln, wie sie für die Gesetzgebung im Kongreß gelten, zu erwarten wäre: Das Gleichgewicht, d.h. den Punkt im Policy-Raum, das die gegebenen institutionellen Strukturen im Kongreß induzieren.

Bei der letzten Abstimmung in einem Gesetzgebungsprozeß wird das Ergebnis der bisherigen Beratungen und Abstimmungen gegen den Status Quo abgestimmt⁴⁹. Wie von McKelvey vorhergesagt kann der Abstimmungsprozeß vor der letzten Abstimmung jeden Punkt im Raum erreicht haben. Dennoch setzt sich die Alternative, zu der der bisherige Abstimmungsprozeß geführt hat, nur dann als neuer Status Quo durch, wenn sie im *winset* des aktuellen Status Quo liegt. Als Ergebnis ist also bereits durch diese Regel nicht mehr mit jedem beliebigen Punkt zu rechnen (Shepsle und Weingast 1981: 513). Im Repräsentantenhaus liegt das Vorschlagsrecht in der Regel bei den *committees*, die somit eine wichtige Gatekeeping-Funktion⁵⁰ innehaben. Die Regeln verlangen, daß der Committee-Vorschlag als zweitletzter vor dem aktuellen Status Quo abgestimmt wird. Ein erfolgreicher Vorschlag muß daher im *winset* des Committee-Vorschlages und in dem des aktuellen Status Quo liegen, was die Menge der Punkte, die als mögliches Ergebnis zustande kommen können, weiter, einschränkt⁵¹ (Shepsle und Weingast 1981: 514). Bevor ein Vorschlag aus einem *committee* zur Debatte im Plenum zugelassen wird, muß er das *rules committee* passieren. Dieses hat die Möglichkeit, die Weiterleitung des Vorschlages zu verhindern. Für die Vorschläge bedeutet dies, daß sie, um diese Hürde zu nehmen, in der Menge der Punkte liegen müssen, die das *rules committee* gegenüber dem aktuellen Status Quo vorzieht (Shepsle und Weingast 1981: 514). Im Gegensatz zum Logrolling-Ansatz sind es also nicht schwer nachzuweisende individuelle Verhandlungen, sondern nachweisbare institutionelle Strukturen, die Stabilität erzeugen.

⁴⁹ Zu einem Überblick über den Ablauf der Gesetzgebung im Kongreß siehe Steffani (1995: 184ff).

⁵⁰ Zur Wirkung verschiedener Regeln über die Rolle von *committees* im Kongreß auf die Möglichkeiten, Politik zu verändern, siehe Shepsle und Bonchek (1997: 117ff). Vgl. Krehbiel und Rivers (1988) für eine empirische Anwendung des Einflusses von *committees*.

⁵¹ Neuere Studien zum Einfluß des Committee-Systems kommen bezüglich der für die Erklärung von Stabilität wichtigen Frage nach der Existenz und Stabilität von Committee-Monopolen zu dem Befund, daß sich die Einteilung in klar abgegrenzte Themenbereiche in Auflösung befindet. Dies nicht zuletzt deshalb, weil Themen sich in einem ständigen Prozeß der Neudefinition befinden (Jones, Baumgartner und Talbert 1993).

3.2.3. Beurteilung des SIE Modells

Der SIE-Ansatz hat viele, rein theoretische, aber auch empirisch orientierte Überlegungen hervorgerufen. Dion (1992) beschäftigte sich auf der Ebene des abstrakten Modells mit den Folgen von Veränderungen der für ein SIE notwendigen Annahmen und kommt zu dem Schluß, daß bereits geringe Abweichungen, zum Beispiel um die Annahmen der Realität anzupassen, dazu führen können, daß ein SIE nicht mehr existiert. Miller und Hammond (1990) untersuchten die zum Teil in der Verfassung verankerten Institutionen des amerikanischen politischen Systems, wie zum Beispiel das Zwei-Kammer-System, das Veto-Recht des Präsidenten und auch das Ausschußsystem, daraufhin, inwiefern sie Stabilität erzeugen. Sie kommen zu dem Schluß, daß es auch in mehrdimensionalen Situationen einen *core*, verstanden als eine Menge von undominierten und daher nicht zu verändernden Politiken, gibt. Dieses Stabilitätskonzept entspricht dem von Plott (1967: 787) als Gleichgewicht definierten Konzept, es gibt also neben Bedingungen der Symmetrie auch noch institutionelle Situationen, die Stabilität erzeugen. Insgesamt ist der SIE-Ansatz als ein erfolgversprechender Ansatz der Erklärung von Stabilität innerhalb des Paradigmas der positiven Theorien zu bewerten. Die verschiedenen Bedingungen⁵² engen den Raum, aus dem ein erfolgreicher Vorschlag zur Änderung des Status Quo kommen kann, erheblich ein. Lediglich ein Punkt aus der Schnittmenge aller oben dargelegten Bedingungen kann, falls der Gesetzgebungsprozeß alle diese Stufen durchläuft, den Status Quo schlagen. Alle anderen Vorschläge kommen erst gar nicht zur Abstimmung oder scheitern in der letzten Abstimmung. Es gibt nur wenige Punkte, die all diese Bedingungen erfüllen, während durchaus Konstellationen denkbar sind, in denen die Schnittmenge leer ist. Für die Gesetzgebung bedeutet dies einen Vorteil für den aktuellen Status Quo, einen *conservative bias*. Je nach Zusammensetzung des Kongresses, insbesondere der *committees* mit ihrer Gatekeeping-Rolle, ist es möglich, daß nur phasenweise die Möglichkeit besteht, Politik in größerem Maße zu verändern. Schon alleine diese institutionellen Regeln verhindern ein „alles ist möglich“, fortdauernde Abstimmungen über ein Gesetzesprojekt und einen sich ständig verändernden Status Quo.

3.3. Bewertung der beiden Ansätze

Insgesamt sind beide Ansätze in sich schlüssig und können Stabilität erklären. Die, wie noch zu zeigen wird, für die Frage der Wirksamkeit von Ideologie so wichtige Frage nach der korrekten Anzahl der Dimensionen ist für beide Ansätze kein Thema. Beide Ansätze sind für beliebig viele Dimensionen anwendbar. Das Problem beider Ansätze ist jedoch die empirische Überprüfbarkeit, sowohl der Annahmen der Modelle als auch der Mechanismen, mit denen sie Stabilität erklären. Noch fehlt es beiden Ansätzen an Fallstudien oder aber systematischen Nachweisen, daß die Stabilität im Kongreß auch tatsächlich auf die von dem jeweiligen Ansatz vorgeschlagene Weise zustande kommt. Beides sind Ansätze, die aus rein theoretischen Überlegungen abgeleitet werden. Die Möglichkeit, mit Ideologie Stabilität zu erklären, resultiert dagegen aus einem empirischen Befund. Es wird zu prüfen sein, ob die auf Ideologie basierende Erklärung aufgrund ihrer empirischen Orientierung klare Vorteile gegenüber den theoretischen Überlegungen hat, zumal der zugrundeliegende Befund selbst umstritten ist.

⁵² Man könnte noch die Bedingungen des präsidentiellen Vetos und der Annahme durch die jeweils andere Kammer hinzufügen.

4. Ideologiekonzepte und positive Theorien

Ideologie und positive Theorien scheinen auf den ersten Blick unvereinbar zu sein. Die Beschäftigung mit Ideologie ist eher eine Makrotheorie, während positive Theorien auf die Mikroebene ausgerichtet sind. Dennoch gibt es bereits seit Downs Versuche, Ideologie und ihre speziellen Eigenschaften in Modelle des rationalen politischen Verhaltens aufzunehmen. Speziell der Aspekt der Abstraktheit von Ideologie, auf dem ihre Eigenschaft als Informationserleichterung beruht, erscheint für eine mögliche Erklärung von Stabilität verwendbar.

4.1. Ideologiekonzepte

Als Kerngehalt des Ideologiekonzeptes gilt auch in der Ideologiediskussion innerhalb der positiven Theorie der Constraint-Charakter von Ideologie. Für Converse (1964) ist Ideologie ein *belief system*, was wiederum wie folgt definiert wird: „We define a belief system as a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence. In the static case, "constraint" may be taken to mean the success we would have in predicting, given initial knowledge that an individual holds a specified attitude, that he holds certain further ideas and attitudes. (...), for example, that, if a person is opposed to the expansion of social security, he is probably a conservative and is probably opposed as well to any nationalization of private industries, federal aid to education, sharply progressive income taxation, and so forth.” (Converse 1964: 207). Als Ursachen der *constraints*, der Beschränkung der Kombinationsmöglichkeiten von Einstellungen, kommen nach Converse verschiedene Gründe in Betracht: Logische Gründe beschränken zum Beispiel im Bereich der staatlichen Ausgabenpolitik die Anzahl der möglichen Kombinationen: Es ist nicht logisch zu verlangen, die Regierung solle gleichzeitig den Haushalt ausgleichen, weniger Steuern auferlegen und mehr Geld für bestimmte Aufgaben bereitstellen (Converse 1964: 209). Aber auch aus Gründen der Beschaffung von politischer Unterstützung für eine Ideologie sollte diese logisch konsistent sein (ebenda: 209/10). Neben der reinen Logik spielen auch psychologische Gründe eine wichtige Rolle: Wichtiger noch als das formal logische Element der Ideologie ist, daß die Anhänger diese als logisch und triftig erfahren (Converse 1964: 211). Als soziale Gründe für den Constraint-Charakter nennt Converse (ebenda) den Umstand, daß die Interessen einer Gruppe mit einer bestimmten Ideologie auch die Kombination von Ideologieelementen in dieser Ideologie prägen. Zudem wird eine Ideologie nur von einer kleinen Gruppe entwickelt und dann als ganzes Paket an weitere Personenkreise weitergegeben. Demjenigen, der sie in sein Denken aufnimmt, erscheint sie als ein einheitliches Ganzes. Er lernt bzw. übernimmt, welche Elemente zusammenhängen. Auch wenn er nicht weiß, warum dies so ist. Dies geschieht nicht zuletzt deshalb, weil das Wissen, warum die einzelnen Elemente zusammengehören viel schwieriger zu vermitteln ist als das einfache Wissen, welche Elemente zusammengehören (Converse 1964: 212). Für Downs ist die Ideologie ein „(...) sprachliches Bild der idealen Gesellschaft und der wichtigsten Mittel, die zum Aufbau einer solchen Gesellschaft nötig sind“ (Downs 1968: 93).

Downs ist primär an einem Modell der Wahlen interessiert. Er sieht die Notwendigkeit, daß die Ideologie einer Partei kohärent und auf Dauer stabil sein muß, in der Konkurrenz der Parteien um die Wählerstimmen begründet. Das Motiv des Wählers ist die Beeinflussung der Regierungspolitik. Aus diesem Grund stimmt er für eine Partei oder einen Kandidaten und beteiligt sich überhaupt an Wahlen. Der Wähler ist hierbei ein Konsument, der zwischen verschiedenen Angeboten wählt. Will die Partei als Anbieter von Politik den Bürger als Kunden, d.h. als Wähler gewinnen, muß sie anbieten was die Wähler wollen. Dabei sollte sie das Angebot klar und verständlich formulieren, wobei gerade Ideologie eine entscheidende Rolle spielt. Schließlich muß sie die Versprechungen, zumindest wenn sie an einer Wiederwahl interessiert ist, auch einhalten (Downs 1968: 103f). Die

Verlässlichkeit und die Glaubwürdigkeit einer Partei⁵³ sind eine für den Wahlkampf wichtige Eigenschaft (Downs 1968: 106). Indem sich die Partei einer konsistenten Ideologie verpflichtet, kann sie diese Anforderungen erfüllen.

4.2. Funktionen und Eigenschaften von Ideologie: Ideologie als Kommunikationsmittel und Erleichterung der Informationsbeschaffung

Ideologie wurde von Downs und in dessen Nachfolge von Hinich und Munger (1994) in die positive Theorie aufgenommen. Und zwar zunächst bei der Modellierung von Wahlen, wobei der Constraint-Charakter von Ideologie als zentrales Merkmal beibehalten wurde. Bestimmte Einstellungen und Vorstellungen darüber, wie Gesellschaft organisiert sein sollte, was gut und was schlecht ist, und die daraus resultierenden politischen Forderungen nach Zielen und den angemessenen Mitteln (Hinich und Munger 1994: 3ff) gehören zusammen und treten in stabilen Bündeln auf. Andere denkbare Kombinationen gibt es indessen nicht. Diese Pakete werden in der Regel durch bestimmte Parteien und deren Kandidaten vertreten. Bestimmte ideologische Begriffe, wie „liberal“, „konservativ“, „Rechts“ und „Links“ sind Bezeichnungen für bestimmte dauerhafte Kombinationen von Einstellungen innerhalb einer bestimmten politischen Kultur. Deren Mitglieder haben in etwa die gleiche Vorstellung von den Inhalten einer bestimmten Ideologie und zwar unabhängig davon, ob sie ein Anhänger oder Gegner derselben sind. Ideologie dient als Kommunikationsmittel und zur Erleichterung der Informationsbeschaffung und -verarbeitung, speziell im Prozeß der Massenpolitik. Aus diesem Grunde ist Ideologie auch eher ein in der Wahl- und Wählerforschung benutztes Konzept⁵⁴. „Under certain appropriate circumstances, the single word "conservative" used to describe a piece of proposed legislation can convey a tremendous amount of more specific information about the bill – who probably proposed it and to what ends, who is likely to resist it, its chances of passage, its long-term social consequences, and, most important, how the actor himself should expect to evaluate it if he were to expend further energy to look into its details.“ (Converse 1964: 214). Gleiches gilt für die Einordnung von Kandidaten: Wenn jemand sagt, dieser Abgeordnete ist konservativ, dann weiß man, was damit gemeint ist. Man kann sich aus dieser Information die Position dieses Abgeordneten zu beliebigen politischen Themen herleiten, auch wenn der Abgeordnete selbst hierzu noch nichts gesagt hat. Ebenso kann man ableiten, wie ein Abgeordneter reagieren wird, wenn ein Thema neu in die politische Debatte eingeführt wird. Hauptaufgabe von Ideologie ist bei Downs (1968: 95) die Erleichterung der Informationsbeschaffung und der Entscheidungsfindung durch den Wähler.

Downs (1968: 37ff) ursprüngliches Modell des Parteiendifferentials als Bewertungskriterium des Wählers für die Beurteilung der Leistung der Regierung und der erwarteten Leistung der Opposition ist bezüglich der Informationsanforderungen an die Wähler viel zu anspruchsvoll: „Wenn die Wähler die Möglichkeit haben, jedes Detail einer politischen Position fachmännisch zu beurteilen und es direkt mit ihren eigenen Auffassungen von der idealen Gesellschaft in Zusammenhang zu bringen, dann sind sie nur an konkreten politischen Fragen interessiert, nicht an philosophischen Untermauerungen“ (Downs 1968: 95). Parteien brauchen bei derart sachkundigen Wählern keine ideologischen Aussagen, sondern können sich auf die Formulierung von Lösungen zu Einzelproblemen beschränken. In der Realität sind die Wähler jedoch weder über alle Entscheidungen der Regierung informiert, noch können sie diese Entscheidungen zu ihrer persönlichen Ideologie in Bezug setzen. Zur ideologischen Einordnung einer inhaltlich komplexen Gesetzesinitiative fehlt den Bürgern schlicht das notwendige Fachwissen. Für die Beurteilung der

⁵³ Die Verlässlichkeit einer Partei bezieht sich auf die Vorhersagbarkeit des Verhaltens einer Partei, Verantwortlichkeit auf die Kontinuität der Partei. Für Downs (1968: 102) ist eine Partei verantwortlich, „(...) wenn sie bei der Formulierung ihres neuen Programms ihre früheren Ansichten nicht verleugnet“.

⁵⁴ Für Downs ist es die Ideologie, die es dem Wähler erlaubt, auf der Basis von an sich unzureichender, gleichzeitig aber nur mit hohem Aufwand zu erwerbender Information eine Entscheidung zu treffen (Hinich und Munger 1994: 2).

zukünftigen Leistung kommt zudem hinzu, daß man nie wissen kann, welche Probleme in Zukunft zu bearbeiten sind. Die Situation der Wähler ist daher geprägt von Ungewißheit über fast alle Aspekte, die das rein ökonomische Modell als Kriterien der Wahlentscheidung verwendet. „Unter diesen Umständen findet so mancher Wähler die Parteiideologien nützlich, weil sie ihn der Notwendigkeit entheben, jede politische Einzelentscheidung zu seiner persönlichen Grundeinstellung in Beziehung zu setzen. (...) Durch diese Abkürzungen kann der Wähler die Kosten einsparen, die ihm entstehen würden, wenn er sich über einen umfassenderen Bereich von Einzelfragen informieren müßte. Darüber hinaus kann der Bürger seine Wahlentscheidung auf Grund von Ideologien statt auf Grund vergangener Leistungen treffen. Statt das Verhalten der Regierung mit den Vorschlägen der Opposition zu vergleichen, vergleicht er die Parteiideologien und unterstützt jene, die seiner eigenen am ähnlichsten ist. Er wählt dann nach ideologischer Sympathie, nicht nach konkreten politischen Fragen“ (Downs 1968: 95). Festzuhalten bleibt also, daß Ideologie als eine abstraktere Dimension es dem Wähler ermöglicht, anhand nur einer Position der Partei seine Wahlentscheidung zu treffen. Ideologie reduziert den Aufwand des Wählers bei seiner Entscheidungsfindung.

4.3. Ideologie und policy

4.3.1. Unterschiede zwischen Ideologie und *policy*

Grundlegend für das Verhältnis von Ideologie und *policy*⁵⁵ sind die Ideen, die Downs hierzu entwickelt hat. Für Downs ist der Wähler viel zu wenig informiert, um alle aktuellen Issues und die konkreten Policy-Dimensionen – sowie die jeweilige Position der Kandidaten auf diesen – zu überblicken bzw. auf Grundlage all dieser Informationen eine Entscheidung zu treffen (Hinich und Munger 1994: 2). Vor dem Hintergrund des Aufwandes und der Schwierigkeit der Informationsbeschaffung ist es für den Wähler rationaler, sich an wenigen, eventuell sogar nur einer ideologischen Dimensionen zu orientieren. Diese, und nicht der durch die Vielzahl der Issues und die einzelnen Aussagen der Kandidaten hierzu definierte Policy-Raum, ist „the space where political choice takes place“ (Hinich und Munger 1994: 2). Der Constraint-Charakter von Ideologie kombiniert die Einstellungen zu verschiedensten konkreten Fragen zu einer ideologischen Position. Umgekehrt haben Akteure mit gleicher ideologischer Position auch die gleichen Einstellungen zu konkreten Policy-Fragen. Bei der Umsetzung von ideologischen Einstellungen in politisches Handeln führt dies dazu, daß sich in verschiedenen Streitfragen immer wieder gleiche oder ähnliche Gruppen gegenüberstehen. Selbst wenn die Wähler über den multidimensionalen Policy-Raum informiert wären, wäre eine an den wenigen ideologischen Dimensionen orientierte Beurteilung der Kandidaten und die daraus resultierende Wahlentscheidung der Wähler im Vergleich dazu nicht ungenauer oder gar verzerrt. Bei genügend Wissen über den inhaltlichen Gehalt der Ideologien kann der Wähler sogar die Konflikte und die Felder, in denen die Parteien einander ähnlich sind, ableiten (Hinich und Munger 1994: 3). Der Wahlkampf, das eigentliche Explanandum von Downs, läuft entsprechend auch nicht so ab, daß sich die Politikanbieter – Parteien und Kandidaten – über die Verteilung der Idealpunkte der Wähler auf den verschiedenen tagespolitischen Issues informieren und dann mit einer entsprechenden eigenen Platzierung darauf reagieren. Vielmehr versuchen die Kandidaten durch Symbole, wenige einfache Botschaften und vor allem durch Glaubwürdigkeit die Stimmen der Wähler auf sich zu vereinigen: „Consequently, parties organize themselves around ideologies, not policy positions. Platforms are more than a point in an n-dimensional space; they become abstract, even ethical, statements of what is good, and why“ (Hinich und Munger 1994: 3).

⁵⁵ Die Begriffe Issue und *policy* werden hier synonym verwendet und beziehen sich auf konkrete politische Fragen, wie zum Beispiel: Wie hoch soll der Mindeststeuersatz für Unternehmen sein?

4.3.2. Mapping von Ideologie in den Policy-Raum

Ausgehend von den Ideen von Downs entwickelten Hinich und Munger (1994) ein Modell über den Zusammenhang von Issues und Ideologie und eine Methode des *mappings* der ideologischen Dimension in den tagespolitischen Issue-Raum und umgekehrt. Den Zusammenhang zwischen Ideologie und *policy* modellierte jedoch auch schon Downs. Downs einfaches Modell weißt der ideologischen Dimension einen wirtschaftsideologischen Gehalt zu: Sein Modell beruht auf einer Skala von 0 bis 100, deren Skalenwerte für die Parteien, aber auch für die Wähler, bestimmbar sind, den „Prozentanteil der Wirtschaft, der nach Ansicht dieser Partei in privaten Händen bleiben sollte“ (Downs 1968: 112/3) angeben. Für Downs ergibt sich der Zusammenhang zwischen dem ideologischen und dem Issue-Raum, das *mapping* der Issues in den ideologischen Raum, durch eine einfache Aggregation der Positionen der Partei auf den Issues. Downs geht davon aus, daß „(...) jede Partei zu zahlreichen Fragen Stellung nimmt und daß jeder Stellungnahme eine Position auf unserer Skala zugewiesen werden kann. Dann ist die Nettoposition der Partei auf dieser Skala ein gewogenes Mittel aus den Positionen aller Einzelstandpunkte, die sie vertritt“ (Downs 1968: 128). In bezug auf die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Ideologie geht Downs davon aus, daß über die ideologischen Dimensionen an sich und die ungefähren Positionen der Parteien auf diesen bei den Wählern ein ungefährender Konsens besteht (ebenda: 112). Auch Hinich und Munger gehen in der Erweiterung des Ideologie-Policy-Modells davon aus, daß bei aller Unterschiedlichkeit der Wähler doch ein gewisser Konsens darüber besteht, welche Ideologie das politische System prägt: „Ideological messages contain coherent statements of how to choose and what to do. Citizens can, on average, agree on the content and meaning of these statements, though their evaluation of the worth of the statements may differ. As a result, ideologies are the basis for choice in group decisions, and provide the language, in which groups debate and disagree“ (Hinich und Munger 1994: 5). Während die Ideologie stabil bleibt, sind die Issues und der daraus resultierende Policy-Raum von der aktuellen Themenagenda abhängig. Issues definieren sich nach Hinich und Munger (1994: 111) als „social problems large numbers of citizens care about that (1) politicians talk about (a) in public, (b) to contributors, or (c) among themselves, OR (sic!) (2) the press talks about, either because some interest wants it discussed or because citizens care about it“. Issues sind die Tagesthemen der politischen und gesellschaftlichen Debatte, die Einzelfragen des Regierungsgeschäftes. Hierbei werden konkrete Probleme bearbeitet, zu denen es verschiedene Meinungen und Lösungsvorschläge gibt. Welche Themen zu einem Issue werden und welche Seite bei der Definition des Problems ihre Interpretation durchsetzt, ist nicht zuletzt eine Frage der medialen Dominanz und soll hier nicht weiter behandelt werden.

Die latente Ideologie bestimmt die Positionen der Akteure auf den Policy-Dimensionen auf zweierlei Arten. Zunächst bestimmt die Ideologie, welches überhaupt die Policy-Dimension ist, die bei einem Thema involviert ist. Ein empirischer Fakt kann stets auf mehrere Arten interpretiert werden und die Ideologie hat hierauf Wirkung. Die Ideologie eines Akteurs bestimmt, wie er eine Sache sieht, welches Problem er in einem Thema sieht. Ebenso bestimmt sie, was er als Ursachen und was als Wirkungen ansieht. Des weiteren bestimmt sie, was der Akteur für eine akzeptable Lösung des Problems hält. Sind die Policy-Dimensionen bestimmt, dann ergeben sich aus der ideologischen Position eines Akteurs auch dessen Positionen auf diesen konkreteren Dimensionen. So kann zum Beispiel aus dem Fakt, daß die Gefängnisse überfüllt sind, zum einen geschlossen werden, daß die Abschreckung durch Strafen nicht wirksam genug ist. Zum anderen kann jedoch auch argumentiert werden, daß zuwenig für die Prävention unternommen wird (Hinich und Munger 1994: 112/3). Es ergeben sich also aus einem empirischen Befund zwei Policy-Dimensionen. Die eine erfaßt die Frage, um wieviel die vorhandenen Strafen verschärft werden sollen. Die andere erfaßt, wieviel finanzielle Mittel für Präventivmaßnahmen bereitgestellt werden sollen. Im vorgestellten Beispiel werden diejenigen Akteure, die als Ursache eine mangelnde Abschreckung sehen, wenig Geld für die Prävention ausgeben wollen. Diejenigen, welche die Ursache in

mangelnder Prävention sehen, werden einer Verschärfung der Strafen nicht zustimmen. Die Ideologie bestimmt also zunächst, welche Streitfragen und Lösungsvorschläge sich aus einem Problem ergeben und dann die Position, die man auf den Policy-Dimensionen der vorgeschlagenen Lösungen hat.

Die Kenntnis der Position der Akteure auf der *predictive dimension* (Hinich und Munger 1994: 115), der ideologischen Dimension, erlaubt eine genaue Einordnung der Akteure auf den einzelnen Issue-Dimensionen. Hinich und Munger (1994: 115ff) stellen die Behauptung auf, daß die Entscheidung der Wähler nicht durch die Nähe auf den verschiedenen Policy-Dimensionen entschieden wird, sondern durch die Nähe im niedrigdimensionalen ideologischen Raum.

Das Mapping-Modell von Hinich und Munger (1994) modelliert den eben beschriebenen Zusammenhang zwischen ideologischer Dimension und der Vielzahl der konkreten Policy-Dimensionen. Es geht in seiner einfachsten Fassung von einem politischen System aus, das durch nur eine ideologische Dimension, welchen politischen Inhaltes auch immer, bestimmt ist. Bei der Anwendung des Modells auf mehrdimensionale Ideologieräume ändert sich jedoch nichts Grundlegendes. Der ideologische Raum P ist in diesem Fall eindimensional, der Policy-Raum W hat hingegen n Dimensionen. *Mapping* bedeutet für Hinich und Munger die Modellierung der Umsetzung einer ideologischen Position in eine Position auf einer bestimmten Policy-Dimension. Nach ihrem Modell ergibt sich die Position des Kandidaten p auf der Policy-Dimension j aus Sicht des Wählers i – w_{ijp} – nach der folgenden Modellgleichung (nach Hinich und Munger 1994: 116):

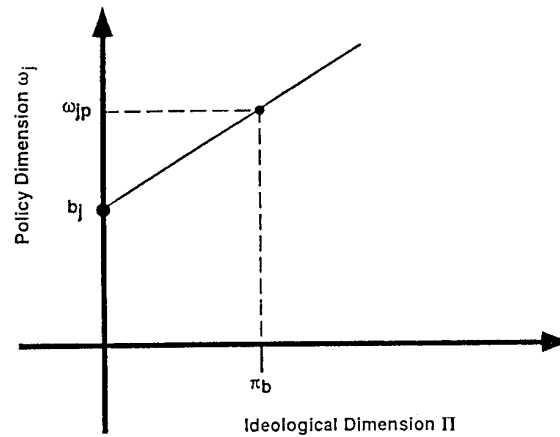
$$w_{ijp} = b_{ij} + v_{ij} * p_p$$

Das Modell geht davon aus, daß alle Wähler die gleiche Information bezüglich der ideologischen Position des Kandidaten – p_p – haben, während die Umsetzung dieser ideologischen Information in eine greifbare Policy-Position von dem gesammelten Wissen und den Einschätzungen des Wählers abhängt. Die Konstante b_{ij} , die eine inhaltliche Verankerung des Modells an dem aktuellen Status Quo herstellt und der Linkage-Term v_{ij} variieren innerhalb eines bestimmten Rahmens von Wähler zu Wähler (Hinich und Munger 1994: 117). Selbst wenn zwei Wähler den Kandidaten ideologisch gleich verorten, bedeutet dies nicht, daß beide Wähler auch die exakt gleiche konkrete Politik von ihm erwarten. Die Grenze dieser Variation, außerhalb derer ein Modell wie das von Hinich und Munger formulierte nicht mehr anwendbar wäre, bildet die den Wählern gemeinsame politische Kultur. Diese garantiert eine Art Minimalkonsens bezüglich der Vorstellungen über die Umsetzung von Ideologie in verschiedene *policies* innerhalb eines politischen Systems. Bezogen auf das Modell bedeutet dies, daß das Ausmaß des Parameters v von Wähler zu Wähler variieren kann. Aber zumindest die Vorzeichen für bestimmte Policy-Dimensionen, die angeben ob ideologisch „rechter“ für diese Dimension ein „Mehr“ oder „Weniger“ bedeutet, sollten allgemein geteilt sein. Die Umsetzung, die sich unabhängig von den Kandidaten nur auf die Ideologie und die jeweilige Policy-Dimension bezieht, sollte auch auf der Ebene des einzelnen Wählers konsistent sein. Der Wähler sollte im Fall von zwei Kandidatenpaaren die ideologisch jeweils gleich weit voneinander entfernt sind auch zu den gleichen Abständen in der *policy* kommen und nicht für verschiedene Kandidaten verschiedene Versionen der Umsetzung haben (Hinich und Munger 1994: 120). Die inhaltliche Bedeutung der Gleichung läßt sich mit einem Beispiel veranschaulichen: Erfäht die ideologische Dimension zum Beispiel die Downs'sche ökonomische Links-Rechts-Dimension, bei der „Links“ die völlige Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat bedeutet, und „Rechts“ den Laissez-faire-Kapitalismus, dann wären zum Beispiel die folgenden *mappings* denkbar (Hinich und Munger 1994: 118):

Für die Policy-Dimension Regulierung der Werbung sollte der Parameter v für die allermeisten Wähler negativ sein: Je ideologisch rechter jemand ist, desto weniger Regulierung entspräche seinen Vorstellungen. Für die Policy-Dimension der Tolerierung von abweichenden Meinungen gilt: Je rechter auf der ideologischen Dimension, desto mehr Toleranz. Der v Parameter dieser Policy-Dimension sollte positiv sein. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht den in der Modellgleichung beschriebenen Zusammenhang zwischen ideologischer Dimension und dem

Policy-Raum.

Grafik 4-1: Grafische Darstellung des *mappings* der ideologischen Dimension in den Policy-Raum



Aus Hinich und Munger (1994: 116)

Ähnlich wie bei einer Regressionsgleichung setzt sich eine bestimmte Position auf der abstrakten und latenten ideologischen Dimension in eine Position auf der konkreten Policy-Dimension um. Ebenfalls ähnlich wie bei einer Regression setzt sich die erklärende Variable „Ideologie“ nicht deterministisch in die abhängige Policy-Variable um. Hat der v Parameter einer Policy-Dimension den Wert Null, bedeutet dies, daß die Wähler keinen Zusammenhang zwischen der Ideologie und diesem Politikbereich sehen. Dies kann vorkommen, wenn in politischen Systemen mit mehrdimensionalen Ideologieräumen nur bestimmte Ideologiedimensionen auf bestimmte Issues Wirkung haben. Bezogen auf die USA wäre zum Beispiel denkbar, daß die Stellung eines Kandidaten in der Außenpolitik nicht von seiner Position auf der wirtschaftlichen Ideologiedimension abhängt. Eine andere Konstellation ist die, in der ein Issue neu hinzukommt, und die Wähler sich noch keine Gedanken über die Verbindung gemacht haben. Für das Ideologie-Konzept ist jedoch entscheidend, daß die Wähler in einer solchen Situation zu einem Ergebnis kommen und alle in etwa zum gleichen Ergebnis. Die genaue Ermittlung von Ausmaß und Richtung der v Parameter ist die Aufgabe der empirischen Forschung. Gleiches gilt für die methodische Umsetzung der Modellgleichung. Empirisch entscheidend ist, daß Hinich und Munger vorhersagen, daß allein die Nähe auf der ideologischen Dimension oder im ideologischen Raum wahlentscheidend ist. Eine Vorhersage auf der Basis der Übereinstimmung zwischen den Wählern und den Kandidaten in einer Vielzahl von Einzelfragen dürfte nicht besser sein als eine ideologiebasierte Vorhersage (Hinich und Munger 1994: 117/8). Das Mapping-Modell des Zusammenhangs von Ideologie und *policy* entkräftet den Vorwurf an räumliche Modelle des Wahlkampfes, daß diese zuviel Wissen bei den Wählern voraussetzen und daher unrealistisch seien. Der Wähler braucht keine detaillierten konkreten Informationen über die politischen Programme der Parteien. Die einfache ideologische Betrachtung erspart ihm diesen Aufwand. Das Abstimmungsverhalten bleibt dennoch räumlich modellierbar. Bezogen auf das ursprüngliche Explanandum des Wahlkampfes kommen Hinich und Munger zu dem folgenden Ergebnis: Bei aller Abhängigkeit von persönlichen Erfahrungen und Merkmalen seitens der Wähler ist die Verbindung von Ideologie und *policy* das eigentliche Feld, in dem Wahlkampf stattfindet. Wahlkampf bedeutet

in der Sicht von Hinich und Munger den Versuch der Kandidaten, die *linkages*⁵⁶, welche die Wähler zwischen den Ideologien und den verschiedenen *policies* ziehen, zu manipulieren. Dies könne nur mäßig Erfolg haben, weil die *linkages* stark von der jeweiligen politischen Kultur bestimmt und stabil sind. „In sum, linkages are based in both experience and intellect, in retrospective evaluation and the thought of the citizen about the appropriate moral and ethical stance on issues. Linkages are the summary of a political culture (...)“ (Hinich und Munger 1994: 114).

Die von Downs und Hinich und Munger entwickelten Modelle über die Wirkung von Ideologie beziehen sich primär auf die Situation des Wahlkampfes. Dennoch stellt sich auch für die Situation in den Parlamenten die Frage, ob Ideologie- oder Policy-Modelle das Verhalten der Abgeordneten korrekt wiedergeben. Dies ist eine zentrale Frage, mit der sich auch Poole und Rosenthal auseinandersetzen. Frühere Studien, wie zum Beispiel Clausen und Cheney (1970), Clausen (1973) sowie Wilcox und Clausen (1991) kommen zu dem Ergebnis, daß die Policy-Dimensionen und nicht die Ideologie das Abstimmungsverhalten bestimmen. Poole und Rosenthal kommen jedoch in ihren empirischen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß eine, zeitweilig auch zwei Dimensionen, für die Erklärung des Abgeordnetenverhaltens ausreichend sind. Poole und Rosenthal selbst benutzen nur selten explizit den Terminus Ideologie für die von ihnen gefundenen Dimensionen. Sie gehen jedoch immer davon aus, daß diese Dimensionen ideologischer Natur sind (vgl. Poole, Rosenthal und Koford 1991: 959), und bezeichnen die erste, erklärungsstärkste Dimension als die aus dem Alltagsverständnis bekannte Liberal-Konservativ-Dimension. Aufgrund ihres Erklärungserfolges muß diese erste Dimension auch ideologischen Charakters sein. Aus der Position auf dieser ideologischen Dimension bestimmt sich die Position auf vielen inhaltlich sehr unterschiedlichen, konkreten Policy-Dimensionen. NOMINATE, und auch die später noch verwendete multidimensionale Skalierung, komprimiert die vorhandenen Informationen zu einer von konkreten Fragen losgelösten und womöglich auch völlig synthetischen Dimension zusammen. Dies entspricht im Prinzip genau dem, was zum Beispiel ein Befragter tut, wenn er aufgefordert ist, ein Gesetz oder einen Abgeordneten auf nur einer Dimension einzuordnen. Es gibt sicher immer viele Dimensionen und Kriterien, mit denen man einen Abgeordneten beschreiben kann. Wenn man als Bürger oder Wähler gezwungen wäre, ihn nur auf der – in ihrem Inhalt nur durch *common sense* definierten – liberal-konservativen Dimension zu verorten, würde man sicher viele Fehler machen, weil man ihn nur auf einer einzigen, abstrakten Bewertungsdimension einordnen soll. Dieser kognitive Vorgang entspricht dem, was in dem Mapping-Modell von Hinich und Munger über den Zusammenhang von Ideologie und *policy* angenommen wird: Das allen Policy-Dimensionen gemeinsame, speziell die Informationen über die Position (d.h. ob ein Abgeordneter näher an dem einen oder an dem anderem politischen Pol steht) schlägt – selbstverständlich mit Fehlern behaftet – in eine ideologische Position durch, die der Wähler selbst konstruiert.

4.4. Inhaltlicher Gehalt von Ideologie in den USA

Die inhaltliche Bedeutung der beiden von Poole und Rosenthal gefundenen ideologischen Dimensionen ist für die Frage, ob Ideologie oder *policy* wirksam sind, nicht entscheidend. Trotzdem soll hier ein kurzer Abriss über den politischen Gehalt der Ideologien gegeben werden, die das politische System der USA bestimmen. Eine Umsetzung von ideologischen Positionen in konkrete Policy-Positionen ist auch deshalb notwendig, weil der spätere Versuch einer Validierung der Ergebnisse von Poole und Rosenthal auf den Themenbereich Arbeits- und Sozialpolitik Bezug nehmen wird.

Je nach den Konstellationen der Abgeordneten, dem politischen Gehalt und der Bedeutsamkeit der Dimensionen unterscheiden Poole und Rosenthal selbst drei verschiedene Parteiensysteme, die sich über verschiedene Perioden erstreckten: Das „Jefferson’sche Republikaner vs. Föderalisten“-

⁵⁶ „Linkages relate ideological positions to things people care about. Linkages are not under the control of candidates, except for slight changes“ (Hinich und Munger 1994: 114).

Parteisystem, das „Demokraten vs. Whigs“-Parteisystem und das sich um 1850 entwickelnde, bis heute bestehende „Demokraten vs. Republikaner“-Parteiensystem. Während der Phase nach dem zweiten Weltkrieg waren die südlichen Demokraten, wie an den Koordinaten aus dieser Phase gut zu erkennen ist, noch deutlich von den nördlichen Demokraten getrennt. Inzwischen hat sich diese Kluft deutlich verkleinert, so daß Poole und Rosenthal von einer Rückkehr zu einem unidimensionalen Kongreß sprechen (Poole und Rosenthal 1997: 46).

Generell repräsentiert die erste Dimension in der Interpretation von Poole und Rosenthal die Frage nach der Rolle des Staates. Hierbei ist insbesondere die Frage nach der Art und dem Ausmaß von Eingriffen des Staates in die Wirtschaft gemeint. Die zweite Dimension erfaßt im Zeitraum nach dem zweiten Weltkrieg Fragen, die im weitesten Sinne noch auf die Sklavereifrage zurückzuführen sind (Poole und Rosenthal 1997: 35). Die erste Dimension unterscheidet die zwei Parteien voneinander, während die zweite Dimension Gruppen in den Parteien voneinander trennt⁵⁷. Diese Einteilung in zwei politische Lager und die Zuordnung von politischen Inhalten zu diesen kann durch andere Autoren bestätigt werden. So konstatiert Vorländer (1995: 50) für die Zeit nach dem New Deal ebenfalls eine konstante Einteilung der politischen Einstellungen in liberal vs. konservativ, die jeweils auch mit einer der beiden politischen Parteien korrespondieren. Der liberale Pol, vertreten durch die Demokraten, ist geprägt durch eine gewerkschaftsfreundliche, unternehmerkritische und für die Ausweitung der Aktivitäten der Bundesregierung einstehende Haltung. Der konservative Pol, vertreten durch die Republikaner, ist hierzu komplementär: Er ist unternehmerfreundlich, gegen die Gewerkschaften und gegen die Ausweitung bzw. für eine Einschränkung der Aktivitäten der Bundesregierung. Barrett und Cook (1991: 381) fanden bei ihrer Befragung der Abgeordneten ebenfalls, daß die konservativen Abgeordneten Wohlfahrtsprojekte, wie Medicare, Arbeitslosenhilfe und Einkommensergänzungen durch staatliche Mittel, ablehnend gegenüberstehen. Für den später untersuchten Politikbereich der Arbeits- und Sozialpolitik kommen Pappi, König und Knoke (1995: 213/4) zu dem Schluß, daß sich die Liberal-Konservative-Dimension in diesen Themenbereichen folgendermaßen äußert: Die konservativen Republikaner traten in den achtziger Jahren für eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts, den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Einschränkung der sozialpolitischen, umverteilenden Aktivitäten des Staates ein. Die liberalen Demokraten wollten hingegen mehr Rechte für die Arbeitnehmer durchsetzen und plädierten für mehr sozialpolitische Aktivität des Staates.

4.5. Ideologie als Abstimmungsdeterminante

Im Gegensatz zu den ökonomischen Modellen mit ihrem Angebots-und-Nachfrage-Mechanismus gehen die ideologischen Modelle davon aus, daß die ideologische Position der Abgeordneten ihr Abstimmungsverhalten bestimmt. Sie sind daher den Policy-Modellen viel näher verwandt. Ideologie und Policy-Modelle unterscheiden sich nur in der empirischen Frage der Anzahl und des Charakters der Dimensionen. Policy-Studien fanden viele konkretere Policy-Dimensionen, auf denen die Abgeordneten wiederum verschiedene Idealpunkte haben. Die Studie von Poole und Rosenthal kam hingegen zu dem Befund, daß dem Abstimmungsverhalten nur eine Dimension zugrunde liegt. Welches Modell zutrifft, soll innerhalb dieser Arbeit geklärt werden. Bei beiden gelten die Verhaltensannahmen der räumlichen Modelle: Die Abgeordneten haben einen Idealpunkt in einem ein- oder mehrdimensionalen Raum. Die Gesetzesvorschläge werden von den

⁵⁷ Den politischen Gehalt der zweiten Dimension bestimmen Poole und Rosenthal nach dem folgenden Untersuchungsdesign: Hat die *cutting line* einen Winkel von 90 Grad zur X Achse, die in der grafischen Darstellung die erste Dimension repräsentiert, ist bei der vorliegenden Abstimmung nur diese erste Dimension involviert, da ausschließlich die Position der Abgeordneten auf der ersten Achse für die Abstimmung entscheidend ist. Gleiches gilt für die zweite Dimension: Hat die *cutting line* einen Winkel von 180 Grad, verläuft also parallel zur ersten Dimension, dann ist nur die zweite Dimension involviert. Cutting-Line-Winkel die zwischen diesen Extremen liegen, bedeuten, daß in der vorliegenden Abstimmung beide Dimensionen involviert waren. In dem Poole und Rosenthal die Abstimmungen herausuchen die besonders stark von der zweiten Dimension bestimmt sind, können sie deren politischen Inhalt bestimmen, in dem sie die Themen dieser Abstimmungen analysieren (Poole und Rosenthal 1997: 49).

Abgeordneten, eventuell mit Wahrnehmungsfehlern⁵⁸, verortet, und das Abstimmungsverhalten folgt den euklidischen Präferenzen.

5. Methoden der empirischen Umsetzung von Ideologieansätzen

5.1. Einteilung der Methoden der Ideologiemessung

Bevor man die Wirksamkeit von Ideologie untersuchen kann, muß man zunächst fragen, mit welchen Methoden man generell die ideologische Position der Abgeordneten bestimmen kann und wie man anschließend die Bedeutung von Ideologie als Abstimmungsdeterminante einschätzen kann⁵⁹. Den unterschiedlichen Ansätzen der Ideologiemessung ist gemeinsam, daß sie Ideologie für wirksam halten. Im Gegensatz zu den rein ökonomischen Modellen gehen sie davon aus, daß die persönliche politische Überzeugung, die hier mit dem Konzept „Ideologie“ umschrieben wird, für das Verhalten der Abgeordneten zumindest eine gewisse Rolle spielt. Für ökonomische Ansätze ist der Abgeordnete als eigenständiger Akteur nicht wichtig, sie versuchen vielmehr, dessen Verhalten direkt aus den Interessen des Wahlkreises zu erklären, wobei der Abgeordnete nur eine Art Vermittlungsaufgabe erfüllt. Die hier vorgestellten Ansätze unterscheiden sich in ihrem Anspruch, Ideologie oder aber eine andere, konkretere Dimension zu messen. Gemeinsam ist ihnen die Vorstellung, daß es Politikdimensionen gibt, die sich im Abstimmungsverhalten widerspiegeln⁶⁰. Das eigentliche Entscheidungskalkül, das nur selten explizit gemacht wird⁶¹, ist bei all diesen Modellen und Ansätzen wieder über die Idee von räumlichen Abstimmungsmodellen modellierbar: Die Abgeordneten haben einen wie auch immer zu bestimmenden Idealpunkt auf einer oder mehreren Policy-Dimensionen. Die zur Abstimmung anstehenden Gesetzesalternativen werden von den Abgeordneten über die Nähe zu ihrem Idealpunkt bewertet und das Abstimmungsverhalten folgt den räumlichen Modellen: Die Abgeordneten stimmen für den Vorschlag, der ihnen näher liegt. Der folgende Abschnitt soll die in verschiedenen Studien eingesetzten Methoden der Ideologiebestimmung der Abgeordneten darstellen und auch ihre Befunde skizzieren. Die Validierung der Abgeordnetenkoordinaten wird später auf diese Darstellungen Bezug nehmen. Grob kann man die Versuche, die Ideologie der Abgeordneten zu bestimmen, in vier Klassen von Methoden einteilen: Inhaltsanalysen, Ratings, Interviews und Skalierungsverfahren. Als das wohl erfolgreichste – aber auch umstrittenste – Beispiel für ein solches Skalierungsverfahren ist das NOMINATE-Verfahren anzusehen, das später noch ausführlich dargestellt werden wird. Für den eigentlichen Test der Wirksamkeit der Ideologie bei Abstimmungen gibt es drei denkbare Methoden: Die gängigste Methode besteht darin, unabhängige und abhängige Variablen getrennt zu messen und dann zu einer Vorhersage zu kombinieren. Die ideologischen Positionen der Abgeordneten werden als unabhängige Variable in einer linearen oder logistischen Regression eingesetzt. Die abhängige Variable ist dabei das Abstimmungsverhalten, gemessen in den Kategorien „Ja“ und „Nein“. Als Maß für die Wirksamkeit von Ideologie dient der Anteil von

⁵⁸ Zur Umsetzung von räumlichen Modellen mit „Wahrnehmungsfehlern“ siehe Ladha (1991).

⁵⁹ Die Frage nach der Wirksamkeit von Ideologie ist prinzipiell ein Sonderfall der Frage der Relevanz von Einstellungen für das Verhalten der Akteure. Segal und Cover (1989: 559) weisen auf den Befund der Sozialpsychologen Petty und Cacioppo hin, nach dem Einstellungen nur relativ wenig in der Varianz des Verhaltens erklären. Die Befunde über die Relevanz von Ideologie, welche ja im Prinzip auch eine Einstellung ist, sind vor diesem allgemeineren Hintergrund erstaunlich.

⁶⁰ „Dimensional thinking about politics is common. Political discussion is full of references to the „left“, the „right“, and the „center“. Politicians are referred to as „liberal“, „conservative“, „leftist“, „centrist“, and so on, and during elections, are spoken of as „moving left“, „moving right“, or „capturing the center“. This dimensional thinking is widespread in the press and academic worlds and evidence suggests it exists in the general population as well. The mass public appears to order the political candidates along issue dimensions coherently (...)“ (Poole 1981: 49).

⁶¹ In der Regel bleibt der Abstimmungsmechanismus im Unklaren: Als Maß für die Wirksamkeit von bestimmten Faktoren, auch von Ideologie, dient der Anteil der erklärten Varianz im Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Wie genau die Faktoren ihre Wirkung entfalten, wird in der Regel nicht näher dargestellt.

Varianz, der durch die Ideologie-Variable erklärt wird. Verschiedene Studien, wie zum Beispiel die von Krehbiel (1993) und Kalt und Zupan (1984) kombinieren dabei die Ideologievariable zusätzlich mit Variablen aus anderen Erklärungsansätzen des Abstimmungsverhaltens wie zum Beispiel mit Wahlkreismerkmalen. Die zweite Variante der Wirksamkeitsbewertung findet sich im NOMINATE-Verfahren. Dieses Verfahren bestimmt, wie noch darzulegen ist, die Koordinaten der Abgeordneten und die der Gesetze in einem Zug. Es berechnet also ein Totalmodell und dessen Fitting auf die Daten. Prinzipiell ist jedoch noch ein drittes Verfahren zur Bestimmung der Wirksamkeit von Ideologie als Abstimmungsdeterminante denkbar. Bei diesem bestimmt man die Positionen der Abgeordneten und die der Gesetze auf verschiedene Arten und kombiniert diese Informationen dann in der Umsetzung eines räumlichen Abstimmungsmodells. Trotz aller methodischen Probleme und des Umstands, daß zumindest ein Teil der Vorhersagefehler, die bei diesem Design auftreten werden, einzig auf die unterschiedlichen Arten der Bestimmung der Scores von Abgeordneten und Gesetzen zurückzuführen sind, wäre ein solches Design doch ein starker Hinweis auf die Validität der Ideologiemessung.

5.2. Inhaltsanalysen

Hill, Hanna und Shafqat (1997) sind ein Beispiel für die Bestimmung der Ideologie von Abgeordneten durch Inhaltsanalysen⁶². Die Studie von Hill, Hanna und Shafqat zielt auf die Bestimmung der ideologischen Position auf nur einer Dimension ab. Diese soll inhaltlich die liberal-konservativ Dimension repräsentieren. Sie gehen, wie implizit jede Studie, die auf die Messung von Ideologie abzielt, davon aus, daß die Senatoren stabile ideologische Positionen haben. Weiterhin nehmen sie an, daß diese Positionen im Wahlkampf zur Sprache kommen und die nationale Presse einen in etwa repräsentativen und relativ unverzerrten Überblick über die ideologischen Äußerungen und Positionen der Kandidaten umfaßt. Die Einschätzung der ideologischen Position der Senatoren beruht daher nicht nur auf deren in der Vergangenheit gezeigten Verhalten (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1397/8). Die Stichprobe, auf die Hill, Hanna und Shafqat ihr Verfahren anwenden, ist der 101ste Senat. Das Material für die Inhaltsanalyse entstammt den Zeitungen Chicago Tribune, Los Angeles Times, New York Times und der Washington Post, die alle über die Wahlkämpfe der Senatoren in einem für eine Inhaltsanalyse ausreichenden Maß berichteten⁶³. Der beobachtete Zeitraum erstreckte sich über das Kalenderjahr, in dem der Senator das erste mal gewählt wurde bis zum Januar des darauffolgenden Jahres (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1399). Die Inhaltsanalyse wurde von drei unabhängig arbeitenden Personen durchgeführt, die in einem Artikel über den Senator jeden Abschnitt mit ideologischen Gehalt identifizierten und diesen auf einer Skala von -1 (sehr konservativ) bis +1 (sehr liberal) einordneten. Aus den Skalenwerten für die einzelnen Artikel berechneten die Codierer einen Mittelwert für diesen Artikel. Aus diesen Mittelwerten ergab sich schließlich der Gesamtwert für diesen Senator über alle Artikel hinweg (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1400). Als Maß für die Reliabilität der Messung benutzen Hill, Hanna und Shafqat die Übereinstimmung der Codierer, daß ein Abschnitt einen ideologischen Gehalt hat und daher in die Analyse einbezogen werden soll. Die drei Codierer stimmen in ihrer Einschätzung, ob ein Abschnitt ideologische Informationen enthält und daher auch verwendbar ist, durchschnittlich zu 90% überein. Dies spricht zumindest dafür, daß die Frage, ob ein Abschnitt für die Analyse in Frage kommt, relativ eindeutig geklärt werden konnte (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1400/1). Die Validität, also die Frage, ob die Inhaltsanalyse auch tatsächlich das ideologische Konstrukt erfaßt, auf das die Studie abzielte, messen Hill, Hanna und Shafqat auf unterschiedliche Arten. Zum einen sollten sich zum Beispiel die Senatoren in

⁶² Segal und Cover (1989) führen eine Schätzung des Effektes von Ideologie auf das Abstimmungsverhalten von Richtern durch. Als den wichtigsten Grund für die Ideologiebestimmung per Inhaltsanalyse nennen sie die Unabhängigkeit des so gewonnenen Erklärungsfaktors von dem, was erklärt werden soll.

⁶³ Für einige Senatoren reichte die Berichterstattung in den genannten Zeitungen nicht für eine Inhaltsanalyse aus. In diesem Fall wurden zusätzliche Zeitungen und Zeitschriften einbezogen. Dennoch konnte nur für 95 Senatoren genug Material für eine Inhaltsanalyse zusammengetragen werden (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1399).

Gruppen mit ähnlicher Ideologie einteilen lassen, die mit der allseits bekannten Einteilung der Parteien und Gruppen in den Parteien korrespondiert. Diese Einteilung konnte erfolgreich durchgeführt werden. Andere Validitätskriterien⁶⁴ sind die Korrelation der ideologischen Positionen der Senatoren mit der durch Umfragen ermittelten Ideologie von Anhängern der eigenen und der anderen Partei. Zusätzlich herangezogen wird das Abstimmungsverhalten bei inhaltlich liberalen Gesetzen sowie der Vergleich mit den Ratings verschiedener Interessengruppen wie der liberalen „Americans for Democratic Action“ und der konservativen „American Conservative Union“. Bei all diesen Tests finden Hill, Hanna und Shafqat (1997: 1406/7) die erwarteten Zusammenhänge, so daß die Messung als valide einzustufen ist.

5.3. Ratings

Ein oft benutzter und leicht verfügbarer Ideologie-Indikator sind Abgeordneten-Ratings, die von Interessengruppen veröffentlicht werden. Das am häufigsten verwendete Maß ist das von der liberalen „ADA“, den „Americans for Democratic Action“, veröffentlichte Rating. Für eine durch die Interessenschwerpunkte der jeweiligen Gruppe bestimmte, letztlich aber willkürliche Auswahl von Gesetzen und den dazugehörigen Abstimmungen geben diese Interessengruppen⁶⁵ an, ob sie dafür oder dagegen sind. Wie sie also bei der vorliegenden Abstimmung stimmen würden, falls sie Kongreßmitglied wären. In organisationseigenen Publikationen bzw. im Internet werden dann Listen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, wie oft ein bestimmter Abgeordneter so abgestimmt hat, wie es der Position der Interessengruppe entsprach. Die Ratings der einzelnen Abgeordneten berechnen sich aus dem Anteil der Abstimmungen, in denen der Abgeordnete entsprechend der Position der Interessengruppe gestimmt hat, bezogen auf die Anzahl der Gesetze, zu denen die Interessengruppe eine bestimmte Position einnahm. Ein Rating von 100 bedeutet zum Beispiel, daß der Abgeordnete immer, ein Rating von 50, daß der Abgeordnete in der Hälfte der Abstimmungen mit der Interessengruppe übereinstimmte⁶⁶. Trotz der Ungenauigkeiten und Unterschiede bei ihrer Berechnung haben sich derartige Ratings in empirischen Anwendungen gut bewährt. Krehbiel (1993) benutzt zum Beispiel die ADA-Ratings als Ideologie-Indikator im Vergleich zu verschiedenen stochastischen Modellen und findet eine starke Erklärungskraft der so gemessenen Ideologie.

Bei der Modellierung von Abstimmungsmodellen mit Ratings öffnen sich verschiedene Problemkreise: Zum einen wird die Umsetzung der Ratings in Abgeordnetenpositionen aus methodischen Aspekten kritisiert (Poole und Daniels 1985). Zum anderen wird die Güte der Ratings als Indikator für die Ideologie des Abgeordneten kritisiert, da Ideologie nur einer von mehreren

⁶⁴ Das Design, mit dem Hill, Hanna und Shafqat die Validität ihrer Messung prüfen, orientiert sich an der von Campell und Fiske (1959) stammenden Idee der konvergenten und diskriminierenden Validierung, bei der verschiedene Zusammenhänge, zum Beispiel Korrelationen mit bestimmten Richtungen, vorhergesagt werden, die sich finden lassen sollten, wenn das Konstrukt valide gemessen wurde – und die der Vorhersage des Zusammenhangs zugrundeliegende Theorie stimmte.

⁶⁵ Sehr vielseitig interessierte Interessengruppen wie zum Beispiel die ADA vertreten keine speziellen Interessen einer bestimmten Gruppe, sondern wollen ihren Einfluß dazu nutzen, die Politik ganz allgemein in eine bestimmte Richtung zu lenken. Andere Interessengruppen wie zum Beispiel der Childrens Defense Fund oder der National Council of Senior Citizens veröffentlichen ebenfalls Ratings, die sich aber auf eine sehr spezielle Auswahl von Gesetzen beziehen. Barrett und Cook (1991) benutzen diese Ratings in einer Untersuchung des Abstimmungsverhaltens im Bereich Wohlfahrt. Poole (1981: 52) teilt die Gruppen nach ihren Interessen in „public“ und „private interest groups“ ein, je nach dem, ob die Gruppe speziell und auch exklusiv für ihre Mitglieder Einfluß ausübt. Für einen Überblick über die verschiedenen Interessengruppen, die Ratings herausgeben, siehe dazu Poole (1981: 50).

⁶⁶ Die Interessengruppen unterscheiden sich auch in der Behandlung von Abwesenheit und Enthaltung. Für manche Ratings zählen Enthaltungen als Nein, für andere reduziert sich bei Abwesenheit die Anzahl der Gesetze, auf die sich das Rating des Abgeordneten bezieht (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 165ff). Die Studien, die solche Ratings benutzen, gehen auf diese Problematik in der Regel nicht ein, obwohl der sich in den Ratings spiegelnde Grad der Nichtübereinstimmung eines Abgeordneten mit einer Interessengruppe von Interessengruppe zu Interessengruppe verschieden starke reale Abweichungen bedeuten kann.

Faktoren ist, die sich im Abstimmungsverhalten niederschlagen (Carson und Oppenheimer 1984). Für andere Autoren ist dagegen der Einsatz von auf Abstimmungen beruhenden Maßen als Erklärung von Abstimmungen schlichtweg tautologisch (Jackson und Kingdon 1992).

Für die Güte von Ratings als Ideologiemass ist es wichtig zu wissen, was für Dimensionen den Ratings zugrunde liegen. Sind die Ratings, die ja auf verschiedenen Stichproben von Gesetzen beruhen, auf verschiedene (Policy-)Dimensionen bezogen, so kann man sie nur als Indikator für diesen Politikbereich verwenden, nicht jedoch für einen anderen Themenbereich, es sei denn, man könnte sie als Indikator für eine abstraktere ideologische Dimension verwenden und so die Position auf anderen Themengebieten erschließen. In wie weit dies möglich ist, ist empirisch zu klären. Da es verschiedene Gruppen gibt, die verschiedene Politikfelder beobachten, könnte es sein, daß nicht jedes dieser Ratings Ideologie erfaßt, sondern manche nur inhaltlich eng definierte Policy-Dimensionen. Zudem kann es bestimmte Konstellationen von Interessengruppen und Abgeordneten geben, die für die Interpretation des Ratings als Maß für die Position des Abgeordneten auf einer Dimension ungünstig sind.

Poole (1981) untersuchte die Ratings verschiedener Gruppen auf diese Aspekte hin. Für den Zeitraum von 1969 bis 1978 sammelte Poole die Ratings der Senatoren durch die verschiedenen Interessengruppen und wandte eine selbstentwickelte Least-Squares-Unfolding-Technik⁶⁷ darauf an: Diese setzt Präferenzdaten, wie zum Beispiel die Rankings der verschiedenen Gruppen, in die „politischen“ Koordinaten der Gruppen und der Senatoren um. Hierbei geht Poole von der Annahme aus, daß das Rating die politische Distanz zwischen den Senatoren und den Interessengruppen erfaßt⁶⁸: Sind die Gruppe und der eingeordnete Senator auf der Dimension, die von dem Rating erfaßt wird, nahe beieinander, so resultiert daraus ein ähnliches Abstimmungsverhalten: Der Abgeordnete und die Interessengruppe sind bei vielen Gesetzen gleicher Meinung und das dem Abgeordneten zugewiesene Rating dieser Interessengruppe ist entsprechend hoch. Sind die durch die Ratings bestimmten Positionen der Abgeordneten auf allen Politikfeldern gleich, so prägt nur eine latente Dimension das politische System: Unabhängig davon, welches Rating man als Ideologie-Indikator ausgewählt hat, erfaßt man immer die ideologische Dimension, die sich durch stets gleiche oder ähnliche Anordnungen der Abstimmenden auf Politikfeldern beliebigen Inhaltes bemerkbar macht (Poole 1981: 51). Als Maß für die Anzahl der Dimensionen, die den Ratings zugrunde liegen, wurde von Poole die Korrelation zwischen den realen Ratings und den durch das Modell vorhergesagten Ratings gewählt (Poole 1981: 51). Gelingt es, mit nur einer Dimension das vorgefundene Rating zu reproduzieren, deutet dies darauf hin, daß es nur eine latente Dimension gibt. Braucht man hingegen zwei oder mehr Dimensionen, spricht dies dafür, daß es getrennte Politikbereiche gibt, bei denen die Kenntnis der Position eines Abgeordneten auf der einen Policy-Dimension keine Einordnung auf einer anderen Policy-Dimension erlaubt⁶⁹. Werden in einer solchen Situation die Ratings verschiedener Gruppen als Ideologiemass eingesetzt, ist dies keine valide Messung, da das Rating einer Gruppe nur für einen bestimmten Politikbereich als Maß für die Position der Abgeordneten dienen kann. Bezieht sich zum Beispiel ein Rating auf die Energiepolitik und wird als unabhängige Variable zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens im Bereich der Sozialpolitik eingesetzt, sollte sich zeigen, daß eine Erklärung fehlschlägt. Poole fand in seiner Studie, daß sich die empirisch vorgefundenen Ratings mit nur einer Dimension zu 80%, mit zwei Dimensionen zu 88% und mit drei Dimensionen zu 90% reproduzieren lassen (Poole 1981: 51). Das Ausmaß, zu dem das Rating einer einzelnen

⁶⁷ Vgl. Poole (1984) zu einer Weiterentwicklung und genaueren Beschreibung des Verfahrens.

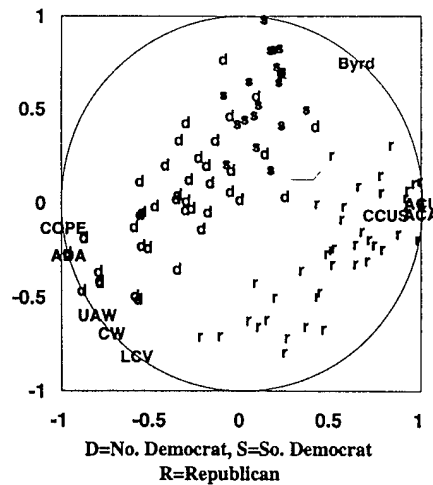
⁶⁸ „These ratings may be regarded as preferential choice data because they indicate the degree of approval by the interest groups of the member's voting record“ (Poole 1981: 51).

⁶⁹ Die Bezeichnung von Dimensionen als unabhängig bezieht sich nicht auf statistische Unabhängigkeit im Sinne einer Korrelation zweier Achsen von Null. Stellt man alle möglichen Paare von Policy-Dimensionen in einem räumlichen Modell dar, und findet, daß die Idealpunkte der Akteure immer auf einer Linie liegen und dabei immer die gleiche Abfolge haben, ist das politische System eindimensional. Ist dies nicht der Fall, liegen die Idealpunkte also zum Beispiel dreieckförmig angeordnet oder wechseln die Abfolgen, dann ist das politische System mehrdimensional. Auch wenn die Policy-Dimensionen untereinander stark korrelieren, benötigt man zum Verständnis mehrere Achsen.

Gruppe reproduziert werden kann, kann als Indikator dafür gesehen werden, wie stark die Gruppe die eindimensionale, latente – und laut Befund fast allen Interessengruppen als Bewertungsdimension gemeinsame – Ideologie als Grundlage für ihr Rating benutzt: Die Ratings der National Taxpayers Union beruhen auf dem Abstimmungsverhalten bei Gesetzen, bei denen es um Ausgaben geht. Da sich die ideologischen Positionen im Kongreß nicht so sehr im Ausmaß, als vielmehr in den Zwecken, für die sie Geld bereitstellen wollen, unterscheiden, beruht das Rating der National Taxpayers Union auf der Dimension „Sparsamkeit“. Diese ist wiederum relativ unabhängig von der vorgefundene ideologischen Dimension (Poole 1981: 56/7). Auch die Interessengruppen sind in ihren Ratings stabil. Sie benutzen über längere Zeiträume hinweg die gleiche Bewertungsdimension und sie bewerten die Senatoren nicht schwankend. Ein von einer Interessengruppe als konservativ eingestuft Senator wird auch von den meisten anderen Interessengruppen und aufgrund anderer Themen so eingestuft. Ebenfalls erkennbar ist, daß ein Abgeordneter seine ideologische Position im Zeitverlauf kaum verändert (Poole 1981: 58/9). In einer ähnlichen Studie, bei der ebenfalls die Ratings der Interessengruppen als Eingangsdaten benutzt werden, kommen Poole und Daniels (1985) gleichfalls zu dem Befund, daß eine Dimension zur Verortung der Abgeordneten und zur Reproduktion der Ratings ausreichend ist.

Auf ein weiteres mögliches Problem weisen Poole und Rosenthal (1997: 169ff) hin. Alle Studien, die Ratings als Ideologieindikator benutzen, gehen implizit davon aus, daß die Interessengruppen extremer als die Abgeordneten sind: Wenn zum Beispiel die sehr liberale ADA den liberalen Extrempunkt darstellt, sind alle Abgeordneten maximal so liberal oder aber konservativer als die ADA. Die ADA-Ratings geben also an, wo ein Abgeordneter in bezug auf einen Extrempunkt der Dimension steht. Diese Annahme der Extremität von Interessengruppen ist an sich plausibel, wurde aber nie wirklich getestet. Im Falle einer Verletzung dieser Annahme wäre ein Rating nicht mehr als Ideologieindikator zu verwenden: Benutzt man ein Rating einer Interessengruppe, die in der Mitte der Dimension verortet ist, kommt man zu verzerrten Ergebnissen: Die moderaten Abgeordneten bekommen hohe Ratings, während die extremeren Abgeordneten auf beiden Seiten gleich niedrige Ratings bekommen. Ein solches Rating müßte erst noch modifiziert werden, ehe es als Ideologieindikator verwendet werden könnte. Das NOMINATE-Verfahren bietet die Möglichkeit, die Interessengruppen in die Schätzung der Positionen der Abgeordneten einzubeziehen, indem man ihre Position zu den Gesetzen als Abstimmung betrachtet, und sie als normale Abgeordnete in eine NOMINATE-Auswertung einbezieht. Grafik 5-1 zeigt eine solche Auswertung der Stellungnahmen der Interessengruppen und des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten für die Jahre 1979-80.

Grafik 5-1: Verortung von Senatoren und Interessengruppen in einem gemeinsamen Raum auf Basis der W-NOMINATE-Koordinaten für 1979 und 1980.



Aus Poole und Rosenthal (1997: 175)

Aufgrund der Verwendung des statischen W-NOMINATE-Verfahrens liegen die Ideologie-Scores innerhalb eines Kreises mit dem Radius 1 um den Ursprung. Die Grafik bestätigt die Hypothese, daß die Interessengruppen extremere Positionen innehaben als die Abgeordneten. Dies spricht für eine sinnvolle Verwendbarkeit der Ratings als Ideologieindikator im Sinne der Nähe zu einem Pol der ideologischen Dimension.

Bezüglich der Güte der Ratings als Ideologieindikator wird desweiteren argumentiert, daß Verfahren, welche die ideologischen Positionen der Abgeordneten aus deren Abstimmungsverhalten erschließen wollen, davon ausgingen, daß das gezeigte Verhalten ausschließlich die Resultante der Ideologie der Abgeordneten ist (Hill, Hanna und Shafqat 1997: 1396). Andere Studien sehen Ideologie als nur eine Determinante des Abstimmungsverhaltens und verwenden nicht reine, sondern modifizierte Ratings, um das Ausmaß der Ideologie zu erfassen. Als Beispiel für einen solchen Ansatz⁷⁰ soll hier die Studie von Carson und Oppenheimer (1984) vorgestellt werden. Carson und Oppenheimer kritisieren einen Zirkelschluß bei der Anwendung von unbereinigten Ratings. Untersucht zum Beispiel eine Studie das Abstimmungsverhalten im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und nimmt ein Rating einer Arbeitnehmerorganisation als abhängige Variable und das ADA-Rating neben andern Einflußfaktoren als unabhängige Variable, dann sind auf beiden Seiten der Regressionsgleichung zum Teil gleich Einflußfaktoren erfaßt: Der Mechanismus, der das Rating der Arbeitnehmerorganisation hervorbrachte, ist derselbe wie der, der das ADA-Rating erzeugte, das als ideologische Komponente eingesetzt wird. Wenn zum Beispiel das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten i („ V_i “) bei einer Abstimmung von den Faktoren Parteizugehörigkeit („ P^i “), Wahlkreisinteressen („ D^i “), Wahlkampfunterstützung („ C^i “) und Ideologie („ I^i “) des Abgeordneten abhängt, würde eine Regressionsfunktion zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens prinzipiell so aussehen (vgl. Carson und Oppenheimer 1984: 166):

$$V_i = f(P,D,C,I)$$

Die Ideologiebestimmung ihrerseits hängt in der benutzten Operationalisierung jedoch vom Abstimmungsverhalten ab, das während einer vorherigen oder aber der jetzigen Legislaturperiode

⁷⁰ Auch Kalt und Zupan (1984) versuchen die ideologische Komponente aus den Ratings herauszufiltern.

erfaßt wurde, so daß einige Faktoren doppelt in die Bestimmung der Einflußgröße der einzelnen Effekte eingehen. Die Regressionsfunktion sieht daher in Wahrheit so aus (vgl. Carson und Oppenheimer 1984: 166):

$$V_i = f(P,D,C, f(P,D,C,I))$$

Da das ADA-Rating auf dem Abstimmungsverhalten beruht, die Abstimmungen aber nicht nur von der persönlichen Ideologie, sondern auch von anderen Faktoren bestimmt sind, repräsentiert das ADA-Rating nicht die reine Ideologie, sondern ist durch die darin enthaltenen Effekte anderer Faktoren kontaminiert⁷¹ (Carson und Oppenheimer 1984: 164/5). Die Idee der „Residualisierung“ der ADA-Ratings oder eines beliebigen anderen Ratings besteht nun prinzipiell darin, die Ratings ihrerseits in die einzelnen Komponenten zu zerlegen. Diese Komponenten sind zum Beispiel die als stabil angenommene Ideologie des Abgeordneten, aber auch die Effekte von Wahlkreismerkmalen und die Parteizugehörigkeit. Danach wird die Ideologiemessung von den nicht-ideologischen Effekten bereinigt (Carson und Oppenheimer 1984: 165). Hierzu wird das ADA-Rating zunächst auf die verschiedenen anderen Erklärungsfaktoren regressiert. Die Residuen dieser Regression enthalten dann außer der unvermeidlichen Zufallskomponente auch die reine Ideologie des Abgeordneten. Um die ideologische Komponente aus dem Residuum herauszufiltern bzw. um zu prüfen, ob eine solche existiert, führt man diese Regressionen für mehrere Zeitpunkte durch und korreliert dann die jeweiligen Residuen aus den verschiedenen Regressionen. Würde ein Korrelationskoeffizient von 0 gefunden, würde dies bedeuten, daß es keine feste ideologische Komponente gibt. Ein Korrelationskoeffizient von 1 würde dagegen bedeuten, daß das Residuum nur aus der ideologischen Komponente besteht. Die Autoren gehen davon aus, daß sich die Zufallsterme bei der Ausmittlung der Residuen eines Abgeordneten aus verschiedenen Regressionen gegenseitig aufheben. Man kann auf diese Weise also die reine Ideologie herausfiltern (Carson und Oppenheimer 1984: 168/9). Carson und Oppenheimer wenden dieses Design auf den Senat und den Zeitraum der 70er Jahre an. Nach einer Einteilung der Fälle in zwei Gruppen, welche die geraden bzw. ungeraden Jahre enthalten, wird das ADA-Rating der Senatoren auf die stets gleiche Kombination von unabhängigen, nicht-ideologischen Variablen regressiert. Die Anzahl der unabhängigen Variablen ist groß, um die Wahrscheinlichkeit, daß im Residuum nur noch der Fehlerterm und die Ideologie enthalten ist, zu erhöhen. Da nur die Residuen von Interesse sind, wird auch eventuell vorhandene Multikollinearität zwischen den unabhängigen Variablen in Kauf genommen (Carson und Oppenheimer 1984: 171). Carson und Oppenheimer testen den Ideologiegehalt des so gewonnenen Residuums auf mehrere Arten: Zum einen finden sie eine ausgeprägte Korrelation zwischen den Residuen, zum anderen erhöht die Hinzunahme des Residuums aus einem ungeraden Jahr die Erklärungsleistung des Modells in einem geraden Jahr um ca. 10% und umgekehrt. Wenn das Residuum nur aus einem Zufallsterm bestünde, sollte dieser Zuwachs an Erklärungsleistung nicht auftreten. Ein Plausibilitätstest, bei dem die Senatoren nach ihren ideologischen Positionen von links nach rechts eingeordnet werden, bestätigt die Einschätzung, daß die gemessene Ideologie kein Artefakt ist. Auch für Carson und Oppenheimer ist die bestimmende Dimension die liberal-konservative (Carson und Oppenheimer 1984: 173/4).

Bei einer Anwendung der so gewonnenen ideologischen Positionen der Senatoren auf Abstimmungen über Umweltgesetze konnten die Autoren die Erklärungsleistung eines Modells, das die Parteizugehörigkeit und den Prozentanteil der Staatsbevölkerung, der Mitglied in einer Umweltschutzgruppierung ist, als unabhängige Variablen enthielt, durch die Hinzunahme der residualisierten Ideologie von 16% auf 24 % der erklärten Varianz steigern. Bei der ersatzweisen Hinzunahme der unbereinigten ADA-Ratings erhöht sich die Erklärungsleistung auf 51%. Dies hatte jedoch zur Folge, daß der bis dahin signifikante Koeffizient der Parteivariablen insignifikant wurde. Für Carson und Oppenheimer ist dies ein Hinweis auf die Vielzahl von Faktoren, auch des

⁷¹ Ideologie ist für Carson und Oppenheimer als unabhängig von der Parteizugehörigkeit konzipiert (Carson und Oppenheimer 1984: 174/5).

Parteinflusses, die sich im ADA-Rating zusätzlich zur Ideologie niederschlagen und welche die Interpretation des Effektes dieses Ratings schwieriger machen (Carson und Oppenheimer 1984: 177).

5.4. Interviews

Neben den indirekten Methoden, die Ideologie oder die Werte eines Abgeordneten zu ermitteln, gibt es auch den direkten Weg der Befragung. So führte Searing (1978) eine Studie durch, in der Abgeordnete des britischen Unterhauses verschiedene Rankings einer Variante von Rokeachs Wertebatterie vornahmen und zusätzlich eine offene Frage beantworten mußten, deren Antwort später einer Inhaltsanalyse unterzogen wurde⁷². Barrett und Cook (1991) bestimmen in ihrer Studie die Einstellungen der Kongreßabgeordneten durch Interviews, durch welche die persönliche Einstellung des Abgeordneten erfaßt werden soll. Ziel der Studie ist es, das Ausmaß der Wirkung der persönlichen Ideologie der Abgeordneten im Vergleich zu den Effekten von Parteizugehörigkeit und Wahlkreismerkmalen zu erfassen. Aufgrund der Fragestellung, die sich auf den Politikbereich Wohlfahrt und insbesondere auf ausgewählte Wohlfahrtsprogramme bezieht, erfassen Barrett und Cook jedoch nicht die allgemeine Ideologie der Abgeordneten, sondern deren Position in einem bestimmte Politikfeld, also eher eine Policy-Position. Ideologie wird bei diesem Design nur insofern erfaßt, als die Frage nach den Sozialleistungen, die eine Regierung vergeben soll, aus der Sicht von Barrett und Cook auch die ideologische liberal-konservative Dimension erfaßt (Barrett und Cook 1991: 381). Dieses Untersuchungsdesign hat den Vorteil, daß man die Einstellung direkt und unabhängig von anderen Indikatoren, wie zum Beispiel vom Wahlverhalten, bestimmen kann. Diese Einstellungen kann man auch als Indikator für die abstraktere Ideologie benutzen. Die so gewonnenen Daten können sowohl als Erklärung des Wahlverhaltens als auch als seinerseits zu erklärender Befund behandelt werden. Barrett und Cook untersuchen zum einen die Bestimmtheit des Wahlverhaltens durch die gemessenen Einstellungen, zum anderen aber auch, wovon diese Einstellungen selbst abhängen (Barrett und Cook 1991: 384). Barrett und Cook interviewten insgesamt 58 Mitglieder des Repräsentantenhauses. Hierbei wurde eine Teilstichprobe von Befragten gezielt aus den Vorsitzenden oder Minderheitsführern von *committees* bzw. *subcommittees* ausgewählt, die sich direkt mit Wohlfahrtspolitik befassen. Der Rest der Stichprobe wurde zufällig aus den verbleibenden Abgeordneten bestimmt. Als Entrée diente ein Anschreiben von einem Vorsitzenden eines einflußreichen Ausschusses. Für die Bewertung der Ergebnisse für das gesamte Repräsentantenhaus wurden die Ergebnisse der einzelnen Teilstichproben gewichtet (Barrett und Cook 1991: 379). Die Abgeordneten wurden bezüglich sieben verschiedener Wohlfahrtsprogramme befragt, ob sie für eine Senkung, eine Beibehaltung oder eine Steigerung der Leistungen des Programms waren. Für die Untersuchung des Einflusses von Wahlkreismerkmalen wurden die benötigten Informationen aus dem „Almanac of American Politics“ beschafft: Als Merkmale der Wahlkreise wurden das Median-Familieneinkommen, die Arbeitslosenrate und der politische Konservatismus, gemessen über den Anteil der Stimmen für Ronald Reagan bei den letzten Präsidentschaftswahlen, erfaßt (Barrett und Cook 1991: 381). Für das Abstimmungsverhalten finden Barrett und Cook (1991: 387), daß die Parteizugehörigkeit eine stärkere Determinante des Abstimmungsverhaltens ist als die gemessenen Einstellungen der Abgeordneten, obwohl beide signifikant sind. Einen direkten Effekt der stärksten Wahlkreisvariable, des politischen Konservatismus, auf das Abstimmungsverhalten finden die Autoren dagegen nicht (ebenda). Ein weiterer Befund ist, daß die Einstellung des Abgeordneten selbst stark mit den politischen Einstellungen der Wähler in dessen Wahlkreis korreliert: Je konservativer sein Wahlkreis, desto eher hat er auch eine ablehnende Einstellung gegenüber

⁷² Searing führt keine Untersuchung der Wirkung von persönlichen Werten auf das Abstimmungsverhalten durch, was im britischen Unterhaus aufgrund der Abstimmung nach Parteizugehörigkeit auch wenig erfolgreich sein würde. Als einziger Abstimmungsgegenstand kämen Abstimmungen in Frage, bei denen es den Abgeordneten frei gestellt ist, so abzustimmen wie sie es wollen.

Wohlfahrtsprogrammen. Dieser Effekt ist sogar stärker als der Effekt der Parteizugehörigkeit (Barrett und Cook 1991: 388). Dies spricht für die Sichtweise von Abgeordneten als politischen Agenten, welche nicht nur die ökonomischen, sondern auch die politischen Forderungen ihres Wahlkreises umzusetzen trachten.

5.5. Das NOMINATE-Verfahren als Beispiel für ein Skalierungsverfahren

5.5.1. Der mathematische Hintergrund von NOMINATE: Skalierungsverfahren und multidimensionales *unfolding*

Die Zielsetzung und das verfügbare Datenmaterial bestimmen in der Regel auch das Verfahren, mit dem der Forscher arbeitet. Wie später noch zu zeigen sein wird, hängen gerade bei dem Untersuchungsgegenstand Abstimmungsverhalten die Ergebnisse scheinbar in hohem Maße davon ab, welche Methode man zu seiner Analyse heranzieht. Die Umsetzung von Verhalten in Information über die Einstellung einer Person ist ein Skalierungsproblem⁷³. Vor allem die psychologische Forschung hat verschiedene Skalierungsverfahren entwickelt, die die mehr oder weniger starke Ausprägung einer Eigenschaft bei einer Person erfassen sollen. Dies kann mit sehr verschiedenen Methoden bewerkstelligt werden (vgl. McIver und Carmines 1981 und Dunn-Rankin 1983). Auch Ideologie kann, wie schon gezeigt wurde, auf verschiedene Arten ein- oder mehrdimensional gemessen werden. Bei empirischer Forschung, die auf eine Umsetzung oder einen Test von räumlichen Modellen abzielt, ist die zunächst wichtigste Aufgabe die möglichst exakte Umsetzung der politischen Positionen der Abgeordneten und der Gesetze in räumliche Koordinaten. Entschließt man sich, diese Informationen aus den Abstimmungsergebnissen zu gewinnen, bietet sich ein Methode an, die durch eine geometrische, räumliche Vorstellung von Daten charakterisiert ist. Mit der These „Data may be viewed as relations between points in a space“ beginnt Coombs (1964: 1) sein Buch über die Umsetzung von verschiedenen Datenarten in räumliche Skalen durch das Unfolding-Verfahren. Präsentiert man Personen verschiedene Stimuli und fragt, ob sie Stimulus A gegenüber Stimulus B vorziehen, kann man nach und nach die individuellen Präferenzordnungen ermitteln, die ihrerseits das Rohmaterial für das Unfolding-Verfahren darstellen. Hierbei werden die Präferenzordnungen in ein räumliches Modell, in dem sowohl die Stimuli als auch die Personen durch Punkte in einem ein- oder mehrdimensionalen Raum zu lokalisieren sind, umgesetzt. Grundlegende Annahme ist, daß der Stimulus für alle Personen in etwa das gleiche bedeutet: „(...) we concede that each stimulus is more or less the same thing for everyone, not just in its physical dimensions but in whatever its subjective characteristics might be“ (Coombs 1964: 8). Die Unterschiede in den Präferenzordnungen sind unter dieser Annahme die Folge von Unterschieden von Eigenschaften oder Einstellungen der die Stimuli bewertenden Individuen. Indem die Variation in der Wahrnehmung eines Stimulus als Ursache für die Unterschiede in den Präferenzordnungen eliminiert⁷⁴ wurde, wird eine räumliche Modellierung des die Präferenzordnung verursachenden Mechanismus und eines statistischen Verfahrens, das eine räumliche Konstellation aus solchen Präferenzordnungen reproduziert, möglich. Hierzu definiert Coombs zunächst die notwendigen Konzepte von Raum, Idealpunkt und Distanz: „In fact, we might conveniently imagine that each stimulus can be represented by an appropriately selected point in a space of one, two, three, or more dimensions“ (Coombs 1964: 8). Das Konzept des Idealpunktes ist nach Coombs so vorstellbar: „We intuitively accept the idea that one individual likes some particular thing more than another individual does, and furthermore, that if this thing were changed somewhat, one individual’s preference for it might increase and the other’s decrease. It is as if there were, perhaps, an ideal

⁷³ Ein Motiv für die Entwicklung von Unfolding-Verfahren war die Aufwendigkeit der bisherigen Verfahren der Analyse von Abstimmungsverhalten wie zum Beispiel Faktor- oder Clusteranalysen, die zudem für die Bestimmung der einzelnen Elemente eines räumlichen Modells, also die Koordinaten von Abgeordneten und Gesetzen, nicht geeignet waren, vgl. dazu Poole und Daniels (1985).

⁷⁴ Der Ausschluß dieser Variationsquelle erfolgt per Annahme, und nicht aufgrund von empirischen Befunden.

choice for each individual, a stimulus that he would prefer to all the possible alternatives of that kind. We conceive, then, of representing an individual by a point in the same space containing the stimulus points, in such a way that the point corresponding to the individual is a point of his maximum preference in this domain of stimuli“ (Coombs 1964: 8). Die Aufgabe, die sich Coombs stellt, definiert sich also wie folgt: „We now have a psychological space, with both stimuli and individuals mapped into points in such a way that the mutual relations among the points in the space reflect, by some rule, the observed preference orderings of the various individuals. Now we try to account for individual differences in preference orderings in terms of the location of ideal points in a common frame of reference with the stimuli. This theory of preferential choice behavior leads to an algorithm, called the unfolding technique, for constructing a psychological space from such data“ (Coombs 1964: 9). Als den Mechanismus, nach dem sich die Präferenzen bestimmen, sieht Coombs dabei diesen Zusammenhang: „(...) the individual’s preference ordering reflects how near the corresponding stimulus points are to his ideal point“ (Coombs 1964: 9).

Welche Informationen sind nun die geeigneten Eingangsdaten für ein derartiges Verfahren?

Für ein Parteienparlament, wie es zum Beispiel in Deutschland vorhanden ist, wäre die Ebene der Abgeordneten nicht die geeignete Untersuchungsebene, da die Abstimmungen in der Regel geschlossen nach Parteizugehörigkeit erfolgen: Innerhalb einer Partei stimmen die Abgeordneten in der Regel wegen der Fraktionsdisziplin gleich ab, was für jeden Abgeordneten innerhalb einer Partei die gleiche ideologische Position ergeben würde⁷⁵. Da im amerikanischen Kongreß die Abgeordneten einer Partei in ihrem Abstimmungsverhalten genügend Variation aufweisen, kann man die ideologische Position der einzelnen Abgeordneten folglich aus ihrem Abstimmungsverhalten ermitteln. Bezogen auf die Daten, für die Coombs sein Verfahren entwickelt, bedeutet dies, daß ein Abgeordneter, indem er einem Gesetze oder einem sonstigen Antrag zustimmt, die Alternativen vergleicht, die in dieser Entscheidung zur Wahl stehen und sich für diejenige entscheidet, die ihm politisch näher ist. Er gibt durch sein Verhalten Auskunft über seine Präferenzordnung: Er zieht das, für das er gestimmt hat, der möglichen Alternative vor. Aus dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten kann man keine vollständige Präferenzordnung gewinnen, wie sie die idealen Eingangsdaten für ein Unfolding-Verfahren wären, man kann jedoch aus den vielen Präferenzäußerungen, die der Abgeordnete im Laufe seiner Amtszeit äußert, genug Information für eine Unfolding-Analyse gewinnen. Die einzelnen Abstimmungen sind in Coombs Typologie (Coombs 1964: 21) Daten vom Typ Q1a. Es werden jeweils die Abstände des Idealpunktes zu zwei anderen Punkten verglichen, welche die Gesetzesalternativen repräsentieren, wobei die näherliegende Alternative vorgezogen wird.

5.5.2. Das NOMINATE⁷⁶-Verfahren

Das NOMINATE-Verfahren ist eine von Poole und Rosenthal in mehreren Varianten entwickelte Unfolding-Methode. Das Verfahren steht in engem Zusammenhang mit dem räumlichen Modell, für dessen Anwendung es die notwendigen Daten bestimmen soll. Es geht von der Richtigkeit der

⁷⁵ Eine typische Anwendung der Unfolding-Technik für Parteiensysteme ist die Umsetzung von durch Ranking oder Paarvergleiche gewonnenen I-Skalen (Individuelle Präferenzordnungen) in eine J-Skala (Joint-Skala, die Skala, auf der sowohl die Stimuli, hier die Parteien, als auch die Befragten verortet werden) (Coombs 1964: 80ff).

⁷⁶ Insofern in dieser Arbeit die Bezeichnung NOMINATE verwendet wird, bezieht sie sich immer auf die Variante D-NOMINATE. D-NOMINATE ist die dynamische, ungewichtete Prozedur, die auf mehrere Legislaturperioden angewendet wird, um Veränderungen in der ideologischen Position der Abgeordneten zu erfassen (Poole und Rosenthal 1997: 22/3). Poole und Rosenthal wenden in ihrer Studie das Verfahren auf einen kumulierten Datensatz mit allen *roll calls* von 1789 bis 1985 an. W-NOMINATE ist eine statische Variante, welche zum Beispiel die *roll calls* einer Legislaturperiode analysiert und nur statische Koordinaten bestimmt. Das Schätzverfahren ist prinzipiell bei beiden gleich. D-NOMINATE erfährt jedoch den dynamischen Aspekt der Veränderung der ideologischen Position der Abgeordneten, während W-NOMINATE auch eine Gewichtung der Dimensionen zuläßt.

Annahmen⁷⁷ räumlicher Modelle aus und schätzt auf Basis dieser Annahmen die Anzahl der ideologischen Dimensionen, die das Abstimmungsverhalten im untersuchten Parlament bestimmen, sowie die Koordinaten der einzelnen Abgeordneten auf diesen Dimensionen⁷⁸, die „Ideologie Scores“. Es handelt sich bei NOMINATE um ein Modell der Wirklichkeit, dessen Prognosekraft⁷⁹ und Erklärungsleistung, d.h. das Fitting des Modells auf die Daten, als Maß für die Erfassung der Realität dient. Wie sich noch zeigen wird, genügen diese Kriterien im Falle des NOMINATE-Verfahrens nicht. NOMINATE geht von einem Ideologie-Modell aus, bei dem der Constraint-Charakter von Ideologie im Vordergrund steht: Gemäß der Constraint-Hypothese treten politische Einstellungen nur in Bündeln auf, aus denen ein bestimmtes Abstimmungsverhalten resultiert, und als dessen Folge sich in der Regel stets nur bestimmte Gruppen von Befürwortern und Gegnern einer legislativen Maßnahme gegenüberstehen. Bestimmte Abstimmungsmuster, zum Beispiel eine Abstimmung, bei der die extremeren Abgeordneten beider Pole gegen die Moderaten stimmen, sollte sich nicht finden lassen. Dies entspricht der Vorstellung von eingipfeligen Nutzenfunktionen (Poole und Rosenthal 1997: 11-13). In der Interpretation von Poole und Rosenthal ist NOMINATE deshalb so erfolgreich, weil es diesen *constraint* empirisch gibt, d.h. es stehen sich in den verschiedensten Fragen immer wieder die selben Gruppen gegenüber.

Wie im Abschnitt über die Dimensionalität des Abstimmungsverhaltens noch näher zu erörtern sein wird, finden Poole und Rosenthal zwei Dimensionen, die das Abstimmungsverhalten bestimmen. Eine theoretische Unterscheidung zwischen dem niedrigdimensionalen Ideologieraum und dem multidimensionalen Issue-Raum wird nicht getroffen. In einer solchen Sichtweise ist das Abstimmungsverhalten durch die Konstellationen in einem zweidimensionalen Raum bestimmt, in dem sowohl die Abgeordneten als auch die Gesetze zu verorten sind. Poole und Rosenthal benutzen kein explizites Modell des *mappings*⁸⁰ von *policy* in den Ideologieraum, wie es zum Beispiel Hinich und Munger (1994: 119ff) beschreiben. Ein derartiges Modell des *mappings* würde von den ideologischen Koordinaten der Abgeordneten ausgehen und ein Modell der Umsetzung einer ideologischen Position in eine Position auf einer der vielen „tagespolitischen“ Issue-

⁷⁷ Eine der wichtigen Annahmen ist, daß die Abgeordneten stets *sincere* abstimmen, d.h. daß sie in jeder Abstimmung für die ihnen am nächsten liegende Alternative stimmen und nicht z.B. aus strategischen Gründen, etwa um ein bestimmtes, für sie noch schlechteres Ergebnis zu vermeiden, innerhalb des Abstimmungsablaufs für eine Alternative stimmen (vgl. Hinich (1981) zu den Möglichkeiten von *saving-* und *killer-amendments*). Poole und Rosenthal (1997: 146ff) thematisieren dieses Problem, kommen jedoch zu dem Ergebnis, daß *sophisticated voting* im Kongreß keine Rolle spiele (ebenda: 164).

⁷⁸ Der Range der Dimensionen erstreckt sich von -1 bis +1. Im Falle, daß innerhalb des Schätzprozesses Koordinaten auftreten, die außerhalb dieses Standardranges liegen, nimmt NOMINATE eine Umskalierung auf diesen Range vor. Die inhaltliche Bedeutung eines Wertes, zum Beispiel von -1, ergibt sich, wie bei allen Skalierungsverfahren, nicht aus sich selbst heraus, sondern durch die Zuordnung von bestimmten Inhalten zu diesem Wert: Hier geschieht dies durch die Zuordnung bekanntermaßen liberaler oder konservativer Abgeordneter zu je einem Ende der Skala: Empirisch findet man, daß alle als konservativ bekannten Abgeordneten einen Wert nahe +1 haben, also ist +1 der konservative Pol dieser Skala (Poole und Rosenthal 1997: 22/3). Sowohl die Reichweite der Dimensionen als auch die Polung der Skala sind prinzipiell beliebig und machen für die Interpretation keinen Unterschied, entscheidend ist die räumliche Konstellation. Im W-NOMINATE Programm selbst kann man zum Beispiel angeben, daß ein bestimmter Abgeordneter konservativ ist, und so die von dem Programm ausgegebene Polung an die gemeinhin übliche anpassen.

⁷⁹ Die D-NOMINATE-Variante, die zusätzliche zu der Schätzung der Position der Abgeordneten auch den dynamischen Aspekt der Veränderung dieser Positionen im Zeitverlauf erfaßt (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 25/6 und 236f) lief über den aggregierten Datensatz aller Roll-Call-Abstimmungen der Kongresse von 1789 bis 1985. Hierbei wurden in einem Zug alle Abgeordnetenpositionen geschätzt und auf Basis dieser Information die Vorhersagegüte des Modells bestimmt. Diese zeigt sich daran, wie oft die Abgeordneten so abgestimmt haben, wie es das Modell vorhersagt.

⁸⁰ Der von Hinich und Munger nicht explizit definierte Begriff des *mappings* bezieht sich auf die Umsetzung von Inhalten von Gesetzen in Positionen auf ideologischen oder Policy-Dimensionen auf ordinale oder metrische Weise: So ist zum Beispiel die Forderung nach einem Mindeststeuersatz von 20% "liberaler" als die Forderung nach einem Mindeststeuersatz von 30%, wobei die Bedeutung der prozentualen Unterschiede für die Verortung des Vorschlages auf der Ideologiedimension keinesfalls für jedes Intervall gleich sein muß. Vgl. hierzu die Darlegung der Mapping-Idee am Beispiel der OSHA-Gesetzgebung in Poole und Rosenthal (1997: 14).

Dimensionen entwickeln. Das Abstimmungsverhalten würde in dieser Sichtweise über die Konstellation im Issue-Raum bestimmt. So gesehen ist das „ideologische“ an Pooles und Rosenthals Modell, daß es zu dem Ergebnis kommt, daß zwei Dimensionen für die Erklärung des Abstimmungsverhaltens ausreichen. Das Hauptergebnis ist, daß das amerikanische politische System von nur zwei Dimensionen, über lange Passagen hinweg und in der Gegenwart sogar nur von einer Dimensionen bestimmt ist, deren thematischer Gehalt sich kaum ändert.

Ziel des Schätzverfahrens sollte sein, die Ideologiescores der Abgeordneten auf – im Prinzip beliebig vielen – Dimensionen zu bestimmen, und zwar nicht nur in Form eines ordinalen Rankings der Abgeordneten von links nach rechts⁸¹, sondern in metrischer Form, so daß man sagen kann, um wieviel liberaler ein bestimmter Abgeordneter im Vergleich zu einem anderen ist.

Aufgrund dieser Anforderungen scheiden Klassifikationsverfahren auf der Basis der Minimierung von Klassifikationsfehlern⁸² aus mehreren Gründen aus: Zum einen ist die Anordnung der Abgeordneten nur ordinal, d.h. man hat keine Informationen über eventuelle Abstände zwischen den Abgeordneten oder Häufungen von Abgeordneten bei bestimmten Punkten, die man zum Beispiel für die Analyse der Homogenität von Parteien oder Gruppen in Parteien benutzen könnte. Zweitens gibt dieses Verfahren keine Information über die zur Abstimmung anstehenden Alternativen, ob diese zum Beispiel weit gestreut oder nahe beieinander liegen, da für die Einteilung der Abgeordneten in die Gruppen der Ja- bzw. Nein-Stimmenden lediglich der *cutting point*⁸³ von Bedeutung⁸⁴ ist. Drittens eignet sich das Klassifikationsverfahren nicht für mehrdimensionale Modelle (Poole und Rosenthal 1997: 23) .

Im Gegensatz zum Klassifikationsverfahren maximiert das NOMINATE⁸⁵ Verfahren die

⁸¹ Ein Beispiel für ein ordinales Ranking wäre: Abgeordneter A ist – auf dieser Dimension – linker als Abgeordneter B, welcher wiederum linker ist als Abgeordneter C usw.

⁸² Klassifikationsprozeduren ordnen die Abgeordneten und die Gesetzesalternativen – bzw. die dazugehörigen *cutting points* oder *cutting lines* – auf der Basis des gezeigten Abstimmungsverhaltens so, daß die Anzahl der Fehlklassifikationen sollen minimiert wird. Fehlklassifikationen sind Fälle, in denen ein Abgeordneter hat mit ja gestimmt hat, obwohl er hätte mit nein stimmen sollen (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 22).

⁸³ Der *cutting point*, im zweidimensionalen Modell die *cutting line*, trennt die Gruppe derer, die in einer Abstimmung mit Ja gestimmt haben, von denen, die mit Nein stimmten. Gegeben sei die folgende Anordnung von Abgeordneten (Zeile 1) auf einer Dimension, die das folgende Abstimmungsverhalten (Zeile 2 und 3) zeigen:

A B C D E F G H I J
 Y Y Y Y N N N N N N
 Y Y Y N Y N N N N N

Der – ordinale – *cutting point* der Abstimmung die zu dem in Zeile 2 dargestellten Abstimmungsmuster führte, liegt zwischen E und F: Die Abgeordneten sind klar in zwei Gruppen einteilbar. Für das Abstimmungsmuster in Zeile 3 ist der *cutting point* nicht eindeutig bestimmbar. Mögliche Positionen wären zwischen C und D oder E und F mit jeweils einem Klassifikationsfehler. Im ersten Fall wird E falsch klassifiziert, in dem er der Gruppe der mit Gegner zugeordnet wird, im zweiten Fall D, der zur Gruppe der mit Befürworter zugeordnet wird. Die Positionierung des *cutting points* zwischen D und E würde hingegen zu zwei Klassifikationsfehlern führen: D und E wären jeweils in der falschen Gruppe (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 22). Im metrischen Modell berechnet sich der *cutting point* als der Mittelwert der metrischen Koordinaten der zur Abstimmung stehenden Alternativen.

Abgeordneter: A B C D E
 ideale Position : -1 -0,5 0 +0,5 +1

Die Position der Alternative 1 sei -1, die der Alternative 2 sei 0,5. Der *cutting point* liegt dann bei -0,25 (= (0,5 +(-1)) / 2). Alle mit einem ideologischen Score kleiner als -0,25 sollten für Alternative 1 stimmen, alle anderen dagegen, d.h. für Alternative 2 (Poole und Rosenthal 1997: 13).

⁸⁴ Allerdings kann auch NOMINATE diese Anforderung nicht einhalten, da es ebenfalls zunächst den *cutting point* berechnet und dann auf dieser Basis, in einem ungenaueren Verfahren, die Koordinaten der zu diesem *cutting point* gehörenden Alternativen (Poole und Rosenthal 1997: 234/5)

⁸⁵ NOMINATE steht für „Nominal Three Step Estimation“ (Poole und Rosenthal 1997: 23)

Wahrscheinlichkeit des vorgefundenen Abstimmungsmusters⁸⁶ indem es die Koordinaten der Abgeordneten und die der zur Abstimmung anstehenden Alternativen in einem iterativen Verfahren so schätzt, das dem vorgefundenen Abstimmungsmuster eine maximale Wahrscheinlichkeit zugeordnet werden kann. Das NOMINATE-Verfahren besteht aus verschiedenen Elementen, die hier vorgestellt und deren inhaltliche Bedeutungen diskutiert werden. Die Gliederung folgt hierbei im wesentlichen den Darstellungen, die Poole und Rosenthal im Appendix A ihres Buches „Congress“ präsentieren (Poole und Rosenthal 1997: 234ff).

Kernstück des Verfahrens ist die Nutzenfunktion der Abgeordneten, die das Abstimmungsverhalten bestimmt, und aus der sich die Wahrscheinlichkeit dafür berechnen läßt, daß ein Abgeordneter in einer bestimmten Abstimmung auf eine bestimmte Weise abstimmt. Die Präferenzen der Abgeordneten über die Alternativen definieren sich – hier stehen Poole und Rosenthal strikt in der Tradition räumlicher Modelle – allgemein über die räumliche Nähe der Alternativen zum jeweiligen Idealpunkt des Abgeordneten. Da NOMINATE ein probabilistisches⁸⁷ Verhaltensmodell darstellt, lautet die Kernhypothese über das Wahlverhalten der Abgeordneten, daß sie um so wahrscheinlicher für eine Alternative stimmen, je näher diese ihnen ist. Die von Poole und Rosenthal verwendete Nutzenfunktion selbst ist exponentiell. Dies bedeutet inhaltlich im Gegensatz zu den sonst üblichen quadratischen oder linearen Nutzenfunktionen, daß der Abgeordnete auf im Betrag gleiche Abstandsänderungen verschieden stark reagiert, und zwar je nach dem, in welchem Abstand sich das zu bewertende Objekt bereits befindet. Exponentielle Nutzenfunktionen sind nahe am Idealpunkt relativ flach, woraus folgt, daß die Nutzendifferenz zwischen zwei dem Akteur naheliegenden Alternativen gering ist. Für sein beobachtbares Verhalten bedeutet dies, daß er den Alternativen gegenüber nahezu indifferent ist, d.h. er stimmt mit jeweils ca. 50 prozentiger Wahrscheinlichkeit gegen bzw. für eine Alternative⁸⁸. Da die Nutzenfunktion mit zunehmender Entfernung vom Idealpunkt ebenfalls abflacht, ist bei zwei Alternativen, die in diesem Bereich liegen, mit gleichen Wahrscheinlichkeiten zu rechnen. Dies gilt auch dann, wenn die Alternativen an sich weit auseinander liegen, die eine Alternative also viel näher läge als die andere. Durch die flache Nutzenfunktion in diesem Bereich äußert sich der Distanzunterschied nur noch in einem geringen Nutzenunterschied und folglich auch in einem geringen Wahrscheinlichkeitsunterschied. Die Wahl der exponentiellen Nutzenfunktion ist laut Poole und Rosenthal nicht primär inhaltlich motiviert, obwohl die Wahl inhaltlich realistisch ist: Es spricht einiges dafür, daß die Abgeordnete zwischen sehr nahe an ihrem Idealpunkt liegenden Alternativen indifferent sind, während ihnen zwei zwar unterschiedlich nahe liegende aber insgesamt sehr weit entfernte Alternativen als gleich schlecht erscheinen. Der eigentliche Grund für die Wahl der exponentiellen Nutzenfunktion liegt darin begründet, daß das Schätzverfahren mit anderen Nutzenfunktionen nicht durchführbar ist (Poole und Rosenthal 1997: 24).

Ein weiteres probabilistisches Element kommt durch die Hinzunahme einer Zufallskomponente in die Modellgleichung hinzu. Das Nutzenmodell enthält neben einer deterministischen Komponente, die über die Entfernung der Alternativen zum Idealpunkt bestimmt ist, auch eine

⁸⁶ Als Abstimmungsmuster wird hier das bei einer Abstimmung vorgefundene individuelle Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bezeichnet, also nicht der Umstand, das 54 Senatoren dafür waren und 46 dagegen, sondern das Senator A mit Ja, Senator B mit Nein usw. abgestimmt hat.

⁸⁷ Die klassisch räumlichen Modelle gehen von einer deterministischen Verhaltenstheorie aus, bei der der Akteur immer die ihm am nächsten liegende Alternative vorzieht. Die Hinwendung zu probabilistischen Modellen revidieren die in der Annahme der perfekten Informiertheit mehr oder weniger implizit enthaltene Annahme der klassischen Modell, daß der Akteur die Alternativen perfekt und fehlerfrei verorten kann. Die neueren komplexeren Modelle stellen durch die Modifikation des probabilistischen Wählens Wahrnehmungsfehler und sonstige Verzerrungen in Rechnung – vgl. zum Beispiel Ladha (1991).

⁸⁸ Auch wenn die eigentliche Frage, die dem Abgeordneten gestellt wird, lautet „Soll dieses Gesetz angenommen werden oder nicht“, also nicht explizit zwei Alternativen zur Wahl stehen, entscheidet sich der Abgeordnete doch immer zwischen zwei politischen Ergebnissen: Dem Ergebnis, welches eintritt, wenn das Gesetz oder *amendment* angenommen wird, und dem Ergebnis, das eintritt, wenn das Gesetz oder *amendment* nicht angenommen wird. Ein Beispiel für letzteres ist der Status Quo.

Zufallskomponente, welche die persönlichen Eigenarten und Wahrnehmungen des Abgeordneten widerspiegelt. Die beiden Komponenten gehen nicht gleichgewichtig in die Nutzenrechnung ein, sondern es wird ein Signal-To-Noise-Koeffizient geschätzt (beta), welcher die Bedeutung der deterministischen Komponente im Vergleich zur Zufallskomponente erfaßt. Dieser Koeffizient wird für alle Abgeordneten als gleich angenommen, d.h. man geht davon aus, daß alle Abgeordneten in gleichem Maße von ihrer Ideologie bestimmt sind und in gleichem Maße Irrtümern und Fehleinschätzungen bei der Beurteilung eines Gesetzes unterliegen. Aus Sicht der These, daß die Abgeordneten sich in ihrer ideologischen Bestimmtheit unterscheiden, ist diese Annahme problematisch: Es ist durchaus denkbar, daß diese Größe zwischen den Abgeordneten variiert, wobei Extremisten stärker durch die Ideologie bestimmt sind als gemäßigte Abgeordnete⁸⁹.

Ist beta hoch, bedeutet dies, daß das Wahlverhalten in hohem Maße durch die deterministische Komponente, also die politische Nähe bestimmt ist, während ein beta nahe Null ein rein zufälliges Wahlverhalten bedeuten würde (Poole und Rosenthal 1997: 234).

Der Nutzen des Abgeordneten i, wenn er im *roll call* j für das Ergebnis y⁹⁰ stimmt, bestimmt sich im Modell von Poole und Rosenthal nach der folgenden Gleichung (Poole und Rosenthal 1997: 234):

$$U_{ijy} = u_{ijy} + e_{ijy} = \beta \exp[-d_{ijy}^2] + e_{ijy}$$

Der Ausdruck e_{ijy} repräsentiert in dieser Formel die Zufallskomponente. Die deterministische Komponente u_{ijy} ergibt sich wiederum aus dem mit der *signal to noise ratio* – β – gewichteten Abstandsterm d_{ijy} . Der Gesamtabstand ergibt sich dabei aus den für alle k einzelnen Dimensionen aufsummierten euklidischen Distanzen zwischen den Koordinaten des Abstimmungsergebnisses z_{jyk} und denen des Idealpunktes des Abgeordneten x_{ik} nach der Formel (ebenda):

$$d_{ijy}^2 = \sum_{k=1}^s (x_{ik} - z_{jyk})^2$$

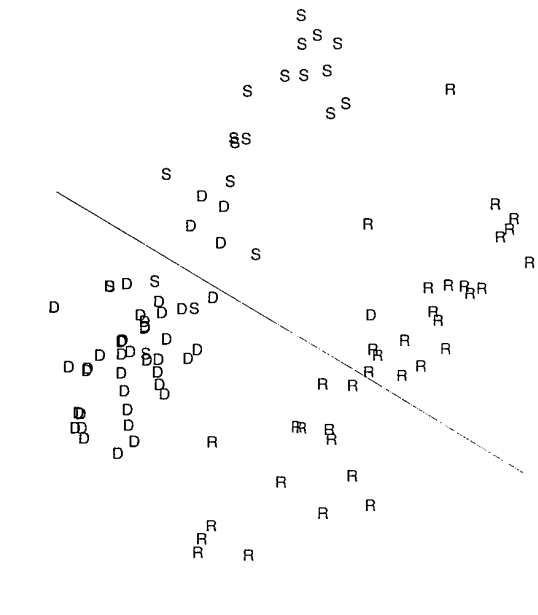
Dabei ist k die Anzahl der involvierten Dimensionen. In der gewichteten Version des Verfahrens, W-NOMINATE, werden zusätzlich noch Gewichte für die einzelnen Dimensionen geschätzt.

Eines der Probleme des Verfahrens ist, daß die Informationen über die Koordinaten der Gesetze relativ ungenau sind. Begründet liegt dieser Umstand in der unterschiedlichen Genauigkeit der Schätzung verschiedener Elemente des Modells. Die nachfolgende Argumentation soll diesen Umstand erläutern. Hat man die Koordinaten der Abgeordneten geschätzt, dann findet man bei einer Abstimmung zum Beispiel das folgende, in Grafik 5-2 dargestellte Abstimmungsmuster:

⁸⁹ Hinich und Munger (1997: 125) zeigen, daß sich Kandidaten durch die Vehemenz, mit der sie eine Position vertreten, einen Vorteil gegenüber Konkurrenten verschaffen können, die in ihren Positionen sehr ungenau bleiben. Aus der Sicht des Wählers ist es besser, jemanden zu wählen, bei dem genau bekannt ist, was er will, als jemanden, bei dem man mit allem rechnen muß.

⁹⁰ Das Ergebnis y ist das politische Ergebnis, das einträte, wenn das Gesetz angenommen würde. Im Prinzip bezieht sich dieser Index nur auf die beiden möglichen Ergebnisse der Abstimmung.

Grafik 5-2: Abgeordnetenkoordinaten und *cutting line* einer Abstimmung im Senat



Im vorgestellten Beispiel gibt es nur genau eine *cutting line*, die bei gegebenen Koordinaten der Abgeordneten die Vorhersagefehler minimiert. Unter einem Vorhersagefehler versteht man einen Abgeordneten, dessen Koordinaten auf der „Ja-Seite“ sind, der aber mit Nein gestimmt hat oder umgekehrt. Es gibt hingegen beliebig viele Paare von Gesetzen, die in einer Abstimmung genau diese *cutting line* hervorbringen würden: Jedes Paar, das abstandssymmetrisch auf einer beliebigen senkrechten Achse zur *cutting line* liegt, würde dieses Abstimmungsverhalten erzeugen. Es ist daher robuster und genauer, die Schätzung auf der Basis der *cutting line* zu bestimmen und die genauen Punkte erst in einem zweiten Schritt zu ermitteln (Poole und Rosenthal 1997: 234/5). Bezogen auf den *cutting point* z_{mj} auf einer Dimension, also den Punkt, der – bei einer bestimmten Abstimmung – auf der Dimension j die Gruppe der mit Ja-Stimmenden optimal von der Gruppe der mit Nein-Stimmenden trennt, liegen die Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Gesetze auf dieser Dimension j im Abstand d_j von diesem Punkt. Die nachfolgenden Formeln geben die Zusammenhänge zwischen den eigentlichen Koordinaten und den *cutting lines* wieder (Poole und Rosenthal 1997: 234).

$$z_{jy} = z_{mj} - d_j \quad z_{jn} = z_{mj} + d_j \quad \text{wobei} \quad d_j = (z_{jy} - z_{jn})/2$$

Die Schätzung von d_j bleibt auch mit dieser Einschränkung ungenau, so daß es vorkommen kann, daß die Koordinaten der zwei zur Wahl stehenden Gesetze weit außerhalb der Cluster von Idealpunktkoordinaten der Abgeordneten liegen. Inhaltlich würde dies bedeuten, daß zwei Gesetze vorgeschlagen wurden, welche extremer wären als die Idealpunkte der extremsten Abgeordneten. Nimmt man an, daß nur die Abgeordneten Vorschläge machen, sollte man erwarten, daß die Koordinaten der Vorschläge stets innerhalb des Abgeordnetenschwarmes liegen: Auch wenn ein Gesetz extrem ist, sollte es doch den Idealpunkt des Vorschlagenden widerspiegeln. Wegen dieser Ungenauigkeit benutzen Poole und Rosenthal in ihren Analysen in der Regel nur die *cutting lines* und deren Winkel für inhaltliche Interpretationen.

Die Modellgleichung für die Wahrscheinlichkeit, daß ein Abgeordneter i bei der Roll-Call-Abstimmung j für die Alternative y stimmt lautet (Poole und Rosenthal 1997: 236):

$$\text{Prob}(Y) = P_{ijy} = \frac{\exp[u_{ijy}]}{\exp[u_{ijy}] + \exp[u_{jn}]}$$

Hieraus ergibt sich für das Gesamtmodell die folgende Maximierungsfunktion, die auf der Basis von iterativen Schätzungen für die in der Bestimmung von U_{ijy} enthaltenen Parameter für das vorgefundene Abstimmungsmuster, also für alle p Abgeordneten über alle j Abstimmungen, maximiert wird (Poole und Rosenthal 1997: 236):

$$L = \prod_{i=1}^p \prod_{j=1}^q \prod_{\ell=1}^2 P_{ij\ell}^{C_{ij\ell}}$$

wobei ℓ der Index für das tatsächlich gezeigte Abstimmungsverhalten ist. $C=1$, wenn das vorhergesagte Abstimmungsverhalten des Abgeordneten in dieser Abstimmung mit seinem tatsächlichem übereinstimmt und $C=0$, wenn dies nicht der Fall ist.

Das D-NOMINATE-Verfahren erfaßt zusätzlich noch den dynamischen Aspekt der Veränderung der Koordinaten der Abgeordneten im Verlauf ihrer Karriere. Auf diese Weise kann beurteilt werden, ob und wie stark sich die Positionen der Abgeordneten verändern. Diese Ergebnisse könnten sowohl für eine Untersuchung der von ideologischen Wahlmodellen vorhergesagten Stabilität, als auch für Modelle, die bei einer ideologischen Veränderung in der Wählerschaft eine Anpassung der Position des Kandidaten vorhersagen, benutzt werden⁹¹.

Der NOMINATE-Schätzungsprozeß läuft wegen der immensen Anzahl der zu schätzenden Parameter für jede einzelne Dimension iterativ über jeweils drei Stufen, wobei die zu schätzenden Parameter in drei Gruppen eingeteilt werden. Hierbei wird in jedem Schritt nur eine Gruppe von Parametern geschätzt, während die anderen fixiert bleiben. Ausgehend von einer Startkonstellation der Abgeordneten wird zunächst z_{mj} und d_j geschätzt. Auf deren Basis wird dann die Position der Abgeordneten geschätzt und schließlich der Parameter des Signal-To-Noise-Verhältnisses β . Diese drei Schritte werden solange wiederholt, bis sich die Schätzungen der Parameter stabilisiert haben, was durch das Abbruchkriterium einer Korrelation der Parameter aus zwei aufeinander folgenden Iterationen von .99 definiert wird. Erst dann wird eine zweite Dimension hinzugenommen, die wiederum über diese drei Schritte geschätzt wird (Poole und Rosenthal 1997: 237).

Für alle drei Parametergruppen werden Startwerte benötigt, von denen die Schätzung ausgeht.

Für die Bestimmung der Startwerte der Koordinaten der Abgeordneten dient ein *legislator by legislator agreement score* als Ausgangspunkt. Dieser erfaßt, wie ähnlich das Abstimmungsverhalten jeweils zweier Abgeordneter ist. Stimmen sie über alle Gesetze hinweg stets sehr ähnlich, dann ist es zunächst plausibel anzunehmen, daß sich auch ihre ideologische Position sehr ähnlich ist. Der Gefahr, daß in einer Legislaturperiode die selben Gruppen stets oder in hohem Maße gegeneinander stimmen und so Verzerrungen in der Ähnlichkeit des Abstimmungsverhaltens auftreten⁹², begegnen die Autoren mit einer speziellen Korrekturmaßnahme (Poole und Rosenthal 1997: 243). Als Startwerte für die Gesetzeskoordinaten z_{mj} und d_j nehmen Poole und Rosenthal für

⁹¹ Poole und Rosenthal (1997: 58ff) kommen in ihrer Analyse der Bewegung der Abgeordneten zu dem Ergebnis, daß die Abgeordneten ihre Position im Laufe der Zeit nicht oder nur wenig verändern, wobei in der Zeit von 1789 bis zum zweiten Weltkrieg derartige Positionsveränderungen am ehesten auftraten. Seit 1950 etwa hat sich die mittlere Veränderung der Positionen der Abgeordneten auf einem niedrigen Niveau stabilisiert (Poole und Rosenthal 1997: 73). Veränderungen in der ideologischen Zusammensetzung des Kongresses sind nach den Befunden der Autoren primär die Folge des Ersetzens von Abgeordneten durch solche mit anderer Ideologie.

⁹² Verläuft die vorherrschende *cutting line* in einer Legislaturperiode zwischen den gemäßigt Konservativen und den extrem Konservativen, dann sind die gemäßigten Konservativen im Abstimmungsverhalten den Liberalen ähnlicher als den extrem Konservativen, obwohl sie diesen ideologisch näher stehen (Poole und Rosenthal 1997: 243).

z_{mj} den Punkt auf der Dimension, der die Abgeordneten mit den wenigsten Klassifikationsfehlern in die Gruppe der mit Ja- und Nein-Stimmenden einteilt. Für d_j wird der Startwert willkürlich auf ein Viertel der Dimension festgesetzt. Da die zu bestimmenden Koordinaten auf einen Range von -1 bis $+1$ skaliert sind, wird d_j auf 0.5 gesetzt. Inhaltlich bedeutet dies, daß bei einem *cutting point* der bei 0 liegt, die dazugehörigen Gesetze bei $-0,5$ und $+0,5$ verortet werden (Poole und Rosenthal 1997: 239). Für die zweite und die nachfolgenden Dimensionen sind die Startwerte jeweils 0 (ebenda: 244). Der Startwert für die Signal-To-Noise-Ratio, β , wird willkürlich auf 15 festgesetzt⁹³ (ebenda 245).

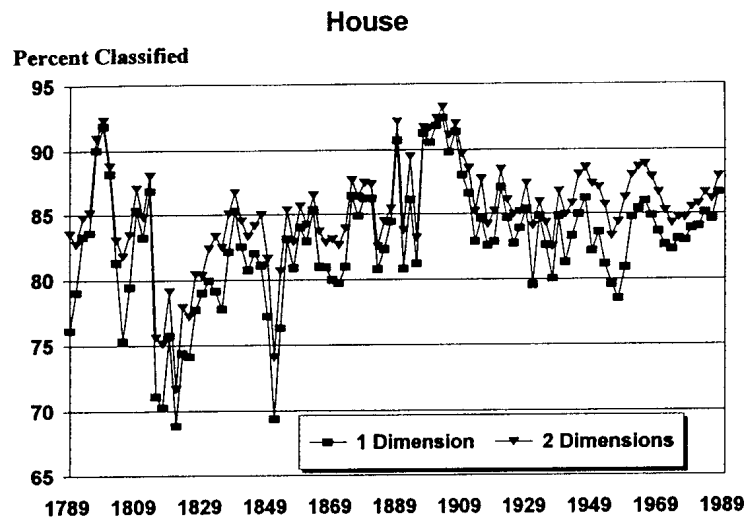
Pooles und Rosenthals Verfahren schätzt die Dimensionen getrennt nacheinander: „(...) we begin by estimating the one-dimensional configuration that best accounts for the data. Keeping this first dimension fixed, we then estimate a second dimension that best accounts for the remaining 'variance', and so on, until the desired number of dimensions is estimated“ (Poole und Rosenthal 1997: 239). Aus dieser Art, die Positionen der Abgeordneten auf den Dimensionen zu bestimmen, folgt, daß diese Dimensionen voneinander unabhängig sind, in dem Sinne, daß die Kenntnis der Position eines Abgeordneten auf der ersten Dimension nichts über dessen Position auf der zweiten oder nächsten Dimension aussagt. Die Ergebnisse von NOMINATE sind dann die Koordinaten der Abgeordneten, deren Veränderung oder Stabilität im Zeitverlauf und die Koordinaten der für jeden *roll call* zur Abstimmung anstehenden Gesetzesalternativen. Die Befunde von NOMINATE lassen sich gut mit dem Wissen über den Kongreß in Übereinstimmung bringen. So fand sich zum Beispiel für die Kongresse nach dem zweiten Weltkrieg die Einteilung in drei ideologische Positionen, denen jeweils ein Cluster von Abgeordneten zuzuordnen ist: Die nördlichen Demokraten, die südlichen Demokraten und die Republikaner.

5.5.3. Beurteilung des Verfahrens

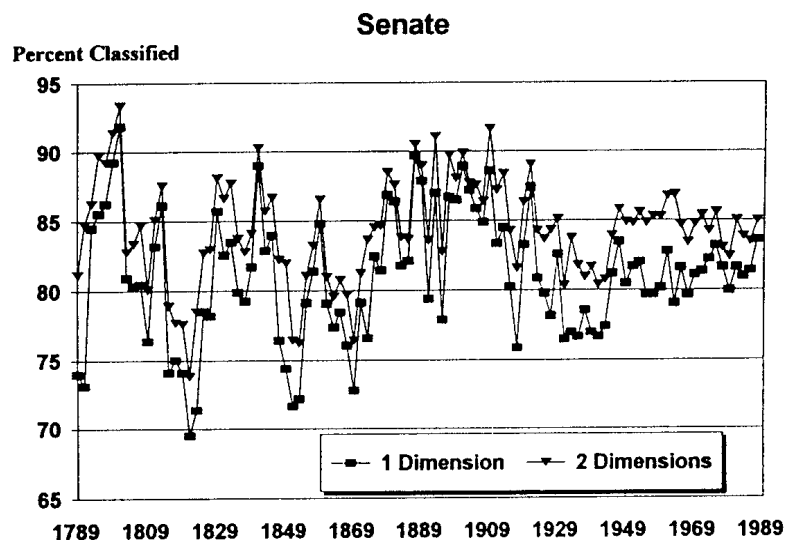
Poole und Rosenthal berechnen verschiedene Gütekriterien, um das Fitting ihres Modells auf die Daten zu bestimmen. Würde das zweidimensionale Modell das vorgefundene Abstimmungsverhalten nur schlecht erklären, wäre dies ein Hinweis darauf, daß entweder das Schätzverfahren oder aber die Annahme, daß ein niedrigdimensionales Modell die politische Realität im amerikanischen Kongreß erfassen kann, so nicht haltbar sind. Ein einfacher Indikator für die Anpassungsgüte des Modells ist der Prozentanteil des korrekt vorhergesagten Abstimmungsverhaltens. Die Grafiken 5-3 und 5-4 zeigen den Anteil der korrekt vorhergesagten Abstimmungen während des Untersuchungszeitraumes von 1789 bis 1989.

⁹³ Poole und Rosenthal (1987) haben in mehreren vorherigen Studien für die Schätzung von β , ausgehend von willkürlich festgesetzten Startwerten für β , wiederholt den Wert 15 als Schätzergebnis erhalten.

Grafik 5-3: Vorhersageerfolg von NOMINATE für verschiedene Kongresse im Repräsentantenhaus



Grafik 5-4: Vorhersageerfolg von NOMINATE für verschiedene Kongresse im Senat



Beide Grafiken aus Poole und Rosenthal (1997: 32)

Die Grafiken zeigen, getrennt nach Repräsentantenhaus und Senat, die Prozentanteile der individuellen Abstimmungen, die auf Basis des ein- bzw. zweidimensionalen Modells korrekt vorhergesagt werden. Die Anteile liegen in aller Regel zwischen 80% und 90%, fast immer über 75%, jedoch mit starker Variation. In mehreren Perioden ist die Erklärungsleistung auffallend schlechter als üblich. Die durch Hinzunahme einer zweiten Dimension erzielten Verbesserungen schwanken ebenfalls, wobei es Perioden gibt, in denen eine zweite Dimension als wichtig erscheint, während sie in anderen Phasen kaum Verbesserungen ergibt. Alleine diese Prozentanteile sagen für sich jedoch noch nichts über die Güte des Modells im Vergleich zu anderen Modellen, zum Beispiel im Vergleich zu Zufallsmodellen, aus.

PRE-Maße fragen nach der Verbesserung der Vorhersageleistung eines Modells im Vergleich zu einem anderen. Auf die Analyse von Abstimmungen angewandt bedeutet dies, daß verglichen wird,

um wieviel die Anzahl der Vorhersagefehler, also die Anzahl der falsch vorhergesagten individuellen Entscheidungen, sinkt, wenn man die Vorhersagen des einen Modells benutzt. In völliger Unkenntnis von zusätzlicher Information würde man für einen Abgeordneten in einer Abstimmung vorhersagen, daß er so abgestimmt hat, wie die Mehrheit der Abgeordneten, und würde sich dabei in so viel Fällen irren, wie es Stimmen im Minderheitslager gab. Gegen dieses Null-Modell vergleichen Poole und Rosenthal nun die Vorhersagen ihres Modells. Das PRE-Maß für eine Abstimmung berechnet sich nach der Formel (nach Poole und Rosenthal 1997: 30):

$$\text{PRE} = \frac{\text{Minderheitsanteil} - \text{NOMINATE-Vorhersagefehler}}{\text{Minderheitsanteil}}$$

Das PRE-Maß ist 1, wenn die NOMINATE-Vorhersage alle individuellen Abstimmungen korrekt vorhersagt, und 0 wenn das NOMINATE-Verfahren keine Verbesserung gegenüber dem Null-Modell darstellt⁹⁴. Das PRE-Maß kann auf der Basis von NOMINATE-Vorhersagen mit ein- oder zweidimensionalen Modellen für einzelne Abstimmungen, aber auch für ganze Gruppen von Abstimmungen zum Beispiel eine ganze Legislaturperiode oder Gruppen von thematisch zueinander gehörenden Abstimmungen berechnet werden, wobei die einzelnen PRE Maße der Abstimmungen aggregiert werden (APRE⁹⁵-Maße).

Tabelle 5-1: APRE-Maße für verschiedene Modelle (Nach Poole und Rosenthal 1997: 28)

	Eindimensionales Modell	Zweidimensionales Modell	Dreidimensionales Modell
Repräsentantenhaus	.479	.531	.546
Senat	.435	.512	.530

Wie Tabelle 5-1 zeigt, verbessert das zweidimensionale Modell, aggregiert für alle Roll-Call-Abstimmungen, also gemessen über das APRE, die Vorhersage des Null-Modells um etwa die Hälfte (Poole und Rosenthal 1997: 34). Endete zum Beispiel eine Abstimmungen im Senat 51 zu 49, würde man mit der Vorhersage der Abstimmung, wie es die Mehrheit tat, 49 Vorhersagefehler erzeugen, während NOMINATE das Abstimmungsverhalten von etwa 75 Senatoren korrekt vorhersagen würde. Wie Poole und Rosenthal (1987) feststellten, ist NOMINATE damit auch erklärungskräftiger als die Vorhersagemodelle, die auf Parteizugehörigkeit oder Gruppenzugehörigkeit basieren und wie sie zum Beispiel von Weisberg (1978) vorgestellt werden. Ein weiteres von Poole und Rosenthal benutztes Fitting-Maß ist die *geometric mean probability*, GMP, welche sich aus den Wahrscheinlichkeiten, die das NOMINATE Modell den tatsächlich aufgetretenen Ereignissen zuweist. Diese Ereignisse sind das tatsächlich gezeigte Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in den Abstimmungen. Das Maß berechnet sich nach der Formel (nach Poole und Rosenthal 1997: 31):

$$\text{GMP} = \exp(\text{Summe der logarithmierten Wahrscheinlichkeit der beobachteten Ereignisse} / N)$$

Das Maß rangiert zwischen dem Wert 1, was bedeutet, daß das Modell jedem empirisch aufgetretenem Ereignis die Wahrscheinlichkeit 1 zugesprochen hat, und dem Wert 0, was bedeutet, daß das Modell den Ereignissen die Wahrscheinlichkeit 0 zugewiesen hat. Ein hoher Wert bedeutet, daß das Modell das Abstimmungsmuster, das man empirisch vorgefunden hat, auch mit einer hohen

⁹⁴ Das PRE-Maß sollte dann negativ sein, wenn die NOMINATE-Vorhersage völlig falsch ist, d.h. NOMINATE mehr Fehler macht, als man machen würde, wenn man das individuelle Verhalten auf der Basis der insgesamten Abstimmungsergebnisse vorhersagen würde.

⁹⁵ APRE steht für *aggregate proportional reduction in error*.

Wahrscheinlichkeit vorhergesagt hat. Im Gegensatz zu einer einfachen Addition der Wahrscheinlichkeiten reagiert das GMP durch die Logarithmierung empfindlich auf das Eintreten von Ereignissen, die vom Modell als nur sehr unwahrscheinlich vorhergesagt wurden, so daß verschiedene Fehler unterschiedlich stark ins Gewicht fallen: Bezogen auf ein räumliches Abstimmungsmodell bedeutet dies, daß ein Abgeordneter, der nahe an der *cutting line* liegt, in der Abstimmung aber „falsch“ (d.h. entgegen der Vorhersage) abgestimmt hat, weniger stark ins Gewicht fällt, als ein Abgeordneter, der weiter von der *cutting line* entfernt positioniert ist. Während für den ersten Abgeordneten aufgrund seiner Nähe zur *cutting line* eine etwa 50-zu-50-Wahrscheinlichkeit für das eine oder das andere Verhalten vorhergesagt wird, sollte der weiter entfernte Abgeordnete mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf eine bestimmte Weise abstimmen. Daß er dies nicht tat, fällt schwerer ins Gewicht als der Irrtum bei dem der *cutting line* näherliegenden Abgeordneten⁹⁶. Poole und Rosenthal (1997: 28) finden für das GMP die folgenden Werte:

Tabelle 5-2: *geometric mean probability* für verschiedene NOMINATE-Modelle

	Eindimensionales Modell	Zweidimensionales Modell	Dreidimensionales Modell
Repräsentantenhaus	.678	.696	.707
Senat	.660	.692	.700

Der Befund geht in die gleiche Richtung wie die der anderen Maßzahlen: Das Modell ist gut, kann also dem beobachteten Verhalten insgesamt eine hohe Wahrscheinlichkeit zuweisen. Wiederum ergibt die Hinzunahme von zusätzlichen Dimensionen keine derart einschneidenden Verbesserungen, daß eine komplexere, multidimensionale Modellierung zwingend erscheint. Die Interpretation und Beurteilung der GMP-Werte ist trotz des einleuchtenden mathematischen Hintergrundes schwierig, da für ein so spezielles Maß an Vergleichen fehlt. Bei gängigen Erklärungsmaßen, wie etwa dem R^2 , fällt die Interpretation insofern leichter, als man ein gewisses Hintergrundwissen hat, aus dem heraus beurteilt werden kann, ob der vorgefundene Wert für das Fitting-Maß hoch oder niedrig ist. Man weiß aus anderen Studien, gleich welchen Themen, daß ein R^2 von 0.5 einer hohen Erklärungsleistung entspricht, während ein Modell mit einem R^2 von 0.01 hingegen fast nichts erklärt.

Neben dem inhaltlichen Befund der niedrigen Dimensionalität findet sich bei der Untersuchung der Positionen der Abgeordneten über die Zeit hinweg, daß die Positionen der Abgeordneten stabil sind. Die Hinzunahme von Bewegungstrends in das Modell führt zu keinen nennenswerten Verbesserungen in der Vorhersageleistung. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verbesserung der verschiedenen Maßzahlen für ein eindimensionales Modell, zum einen unter der Annahme, daß sich die Positionen der Abgeordneten nicht verändern, zum anderen unter der Hinzunahme eines linearen Trends. Dieser bedeutet inhaltlich, daß ein Abgeordneter zum Beispiel zu Beginn seiner Laufbahn relativ konservativ ist, dann aber liberaler wird.

Die Zeile „Prozent korrekt klassifizierte individuelle Abstimmungen“ enthält den Vorhersageerfolg, die Zeile „APRE“ die Verbesserungen gegenüber dem Mehrheitsmodell und die Zeile „GMP“ die Wahrscheinlichkeit, die das geschätzte Modell dem beobachteten Verhalten zuweist. Alle drei verwendeten Fitting Maße kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, verbessert die Hinzunahme eines Bewegungstrends die Erklärungsleistung kaum, da die

⁹⁶ Bei einer Analyse der aufgetretenen falschen Vorhersagen finden Poole und Rosenthal (1997: 33), daß die meisten Fehler bei Abgeordneten auftreten, die nahe an der für diese Abstimmung vorhergesagten *cutting line* liegen: So liegen ca. 50 % der Abgeordneten, deren Abstimmungsverhalten falsch vorhergesagt wurde, innerhalb des Intervalls +/- 0.2 um die *cutting line*, bei einer Skala von -1 bis +1.

Abgeordneten in ihren ideologischen Positionen erstaunlich stabil sind.

Tabelle 5-3: Verbesserungen der Erklärungsleistung durch Aufnahme dynamischer Aspekte

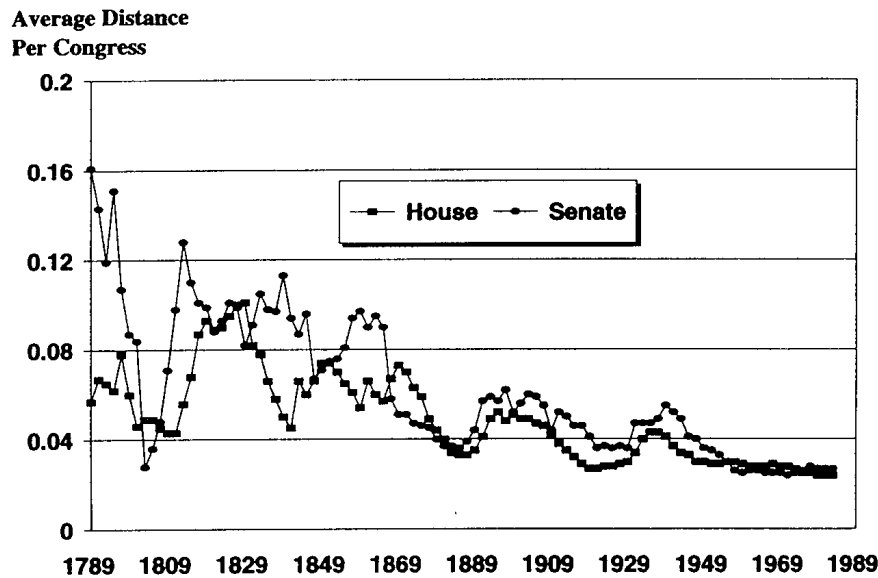
	Repräsentantenhaus		Senat	
	Konstante Position	Linearer Trend	Konstante Position	Linearer Trend
Prozent korrekt klassifizierte individuelle Abstimmungen	82.7	83.0	80.0	81.3
APRE	.479	.489	.435	.448
GMP	.678	.682	.660	.666

Nach Poole und Rosenthal (1997: 28)

Die Zeilen enthalten verschiedene Fitting-Maße, die Spalte „Konstante Position“ das Fitting für ein Modell, in dem die Abgeordneten ihre Position nicht verändern, die Spalte „Linearer Trend“ das Fitting eines Modells, in dem sich die Ideologie der Abgeordneten während ihrer politischen Laufbahn verändert. Die hierdurch erreichten Verbesserungen sind nur marginal.

Bei der Untersuchung der Veränderungen der Abgeordnetenpositionen findet sich ein interessanter Befund. Vergleicht man die vorgefundenen Veränderungen in den Abgeordnetenpositionen im Zeitverlauf, so zeigt sich, daß die Veränderungen im Betrag mit der Zeit abnehmen: Die heutigen Abgeordneten sind in ihrer Position während ihrer Karriere viel stabiler als die Abgeordneten kurz nach Konstituierung des Kongresses. Grafik 5-5 zeigt die mittlere Veränderung der Position der Abgeordneten zwischen zwei Kongressen für den untersuchten Zeitraum 1789 bis 1989, getrennt nach Repräsentantenhaus und Senat.

Grafik 5-5: Mittlere Veränderungen der Abgeordnetenpositionen im Zeitverlauf



Aus Poole und Rosenthal (1997: 73)

Diese Beobachtung spricht für die ideologischen Wahlkampfmodelle, welche die Wichtigkeit von stabilen Positionen für die Chancen des Wahlerfolges betonen. Andere Möglichkeiten, diesen Befund zu interpretieren, zum Beispiel bezüglich der Frage, ob sich die Abgeordneten ideologisch bewegen, um Wähler zu gewinnen, sollen hier nicht weiter verfolgt werden. Wichtig ist hier nur der Befund der Stabilität⁹⁷: „Contemporary members of Congress do not adapt their positions during their careers but simply enter and maintain a fixed position until they die, retire, or are defeated“ (Poole und Rosenthal 1997: 74).

Die insgesamt hohen Werte für die einzelnen Fitting-Maße verschleiern zum Teil die sehr hohen Unterschiede in der Erklärungsleistung bei einzelnen Gesetzen. So findet man im Repräsentantenhaus für das eindimensionale Modell bei 5,7% der *roll calls* mehr als 100 Vorhersagefehler. Es gab sogar 14 *roll calls* mit über 200 Vorhersagefehlern. Im zweidimensionalen Modell haben nur 3,5% der *roll calls* mehr als 100 Vorhersagefehler, doch macht es bei extrem schlechten Vorhersagen sogar noch mehr Fehler als das eindimensionale Modell, nämlich bis zu 274. Für den Senat findet man für das eindimensionale Modell 227 *roll calls*, die mehr als 40 Fehler haben. Bei dem zweidimensionalen Modell reduziert sich diese Anzahl auf 80 Abstimmungen, allerdings schneidet auch hier das zweidimensionale Modell schlechter ab als das eindimensionale Modell. Die maximale Fehlerzahl des zweidimensionalen Modells beträgt 62. Diese Befunde sind sicherlich in Hinblick auf die große Anzahl⁹⁸ der untersuchten *roll calls* geringfügig, zeigen aber dennoch, daß das NOMINATE Modell in bestimmten Situationen versagt. Zudem fand Weisberg (1978) in seiner Zusammenfassung der bisherigen Abstimmungsmodelle, daß die meisten bis zu diesem Zeitpunkt vorgelegten Modelle ebenfalls Erklärungsleistungen in Höhe von 80% erreichen. Über diese Marke kam jedoch kein Ansatz hinaus. Der ideologische Ansatz erklärt also trotz seiner völlig neuen Vorgehensweise nicht entscheidend mehr, als es frühere Ansätze ebenfalls taten.

Festzuhalten bleibt, daß allen Befunden von Poole und Rosenthal zu den Fitting-Maßen gemeinsam

⁹⁷ Poole (1997) kommentiert diesen Befund mit: "Changing Minds? Not in Congress!".

⁹⁸ Insgesamt wurden mit D- NOMINATE etwa 70000 *roll calls* ausgewertet.

ist, daß die Hinzunahme von zusätzlichen Dimensionen und Bewegungstrends, die die Veränderung der Positionen des Abgeordneten im Zeitverlauf modellieren, allenfalls marginale Verbesserungen ergeben. Poole und Rosenthal kommen für die Beurteilung ihres Modells zu dem Fazit: „The important regularity we have found is that 84 percent of all individual decisions can be accounted for by a two-dimensional model, in which legislators have ideal points that are fixed throughout their tenures in office. Put differently, the PRE measure shows that the spatial model explains over the half of the decisions not explained by the minority-vote benchmark. (...) It is clear that what is not explained by a low-dimensional model with stable individual positions is not explained by a higher-dimensional, more dynamically flexible model“ (Poole und Rosenthal 1997: 34).

5.5.4. Methodische und inhaltliche Kritik am NOMINATE-Verfahren

Trotz ihres Erklärungserfolges haben die Befunde von Poole und Rosenthal, speziell auch das NOMINATE-Verfahren, sowohl methodische als auch inhaltliche Kritik ausgelöst. Die Kritik ist zu unterscheiden von den noch zu erörternden Konkurrenzansätzen. Lediglich der Konkurrenzansatz des Policy-Modells wird in diesem Abschnitt behandelt, da er in hohem Grade auf methodischer Kritik an dem NOMINATE-Verfahren basiert. Die Diskussion um das Verfahren und seine Ergebnisse läßt sich in drei sehr unterschiedliche Stränge einteilen. Obwohl sie nicht nur methodische Kritik enthalten, zielen doch alle drei Stränge der Kritik auf bestimmte Eigenschaften des NOMINATE-Verfahrens und deren mögliche Folgen für die Befunde ab, weswegen sie in diesem Abschnitt behandelt werden. Die Kritik, die noch am ehesten die Befunde und das dahinterstehende Ideologie-Modell akzeptiert, ist der Vorwurf, daß *logrolling* und strategisches Verhalten nicht berücksichtigt wurden. Desweiteren wird die statistische Methode des NOMINATE-Verfahrens kritisiert. Mit der Beschränkung auf die *roll calls* als Datenbasis, vor allem aber mit dem Schätzverfahren an sich komme man zu Ergebnissen, die so nicht zuträfen, sondern zumindest teilweise Methodenartefakte seien (vgl. van Doren 1990 und Snyder 1992a). Die andere, eng damit verknüpfte Diskussion dreht sich um die „richtige“ Anzahl der Dimensionen, die das Abstimmungsverhalten im Kongreß bestimmen. Die Kritik bringt vor, daß nicht eine oder zwei ideologische Dimensionen, sondern mehrere Policy-Dimensionen für das beobachtbare Abstimmungsverhalten entscheidend seien. Die niedrige Dimensionalität sei lediglich ein Artefakt, welches ausschließlich auf das gewählte Verfahren und die Datenauswahl zurückzuführen sei (Koford 1989).

5.5.4.1. Kritik an der Auswahl der Roll-Call-Abstimmungen als Datengrundlage

Die Ergebnisse von NOMINATE beruhen auf Abstimmungsergebnissen bei *roll calls*, also namentlichen Abstimmungen im Kongreß. Dies ist verständlich, da man Informationen über das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten braucht. Man ist also auf dokumentierte Abstimmungen angewiesen, bei denen ersichtlich ist, welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat. Allerdings besteht hier die Möglichkeit einer Verzerrung durch die Auswahl der Daten: Zum einen ist der *roll call* neben der *standing vote* und der *voice vote*, bei denen nur die Stimmen insgesamt gezählt werden, jedoch nicht das individuelle Abstimmungsverhalten dokumentiert wird nur eine mögliche Abstimmungsvariante, die zudem nicht die am häufigsten praktizierteste ist⁹⁹, (Steffani 1995: 191). Zum anderen können bei der namentlichen Abstimmung Motive und Einflüsse wirksam sein, die bei anderen Abstimmungen fehlen. So kann zum Beispiel aus der Sicht von Logrolling-Ansätzen nur bei *roll calls* die Einhaltung der Absprachen sicher überprüft werden, was wiederum eine Vorbedingung für die Aushandlung derartiger Absprachen ist. Bei Gesetzesentwürfen, bei denen eine stark interessierte Gruppe von Abgeordneten einen Stimmentausch in größerem

⁹⁹ So ist die *voice vote* mit einem Anteil von 60% bis 70% die häufigste Abstimmungsvariante, mit der über *amendments* entschieden wird (Smith 1989: 31).

Maßstab organisiert hat, muß diese Gruppe auch dafür sorgen, daß die entsprechenden Abstimmungen auch per *roll call* entschieden werden, um die Einhaltung der Tauschgeschäfte zu überprüfen. Dies spricht wiederum dafür, daß in der Gruppe der Roll-Call-Abstimmungen mehr *logrolling* vorkommen könnte, als in anderen Gruppen. Für das NOMINATE-Verfahren bedeutet dies, daß die Annahme von *sincere voting* in Frage gestellt werden muß.

Diese Kritik zielt, im Gegensatz zu prinzipiellen Gegnern der Idee der Verwertung von Abstimmungen zur Bestimmung der Ideologie von Abgeordneten wie Jackson und Kingdon (1992), zunächst auf den Umstand der verzerrten Auswahl ab. Da die *roll calls* keine repräsentative Stichprobe aus den Abstimmungsaktivitäten sind, können die hieraus gewonnenen Ergebnisse auch nicht repräsentativ für das Abstimmungsverhalten insgesamt sein. Selbst wenn das zur Auswertung herangezogene Verfahren valide ist, kann es doch aufgrund der Datenauswahl zu Verzerrungen kommen, wenn zum Beispiel die Abgeordneten ideologisch falsch eingeordnet werden¹⁰⁰. Einer der Autoren dieser Argumentationslinie ist Van Doren (1990), der die These vertritt, daß die Prozesse, welche zu einem *roll call* führen, andersartig sind als diejenigen, die zu anderen Abstimmungen führen. Da eine Abstimmung per *roll call* selbst ein *bedingtes* Ereignis sei, könne man nicht von den bei *roll calls* gefundenen Effekten, wie sie etwa auch die ökonomischen Ansätze finden, auf die Stärke dieser Effekte bei anderen Abstimmungsarten (*standing votes* oder *voice votes*) schließen. Zudem wirken genau die Effekte, welche dafür verantwortlich sind, daß über ein Gesetz per *roll call* entschieden wird, auch auf die einzelnen Abgeordnetenentscheidungen (Van Doren 1990: 313). Sein Untersuchungsdesign, mit dem er diese Thesen am Beispiel der Atom- und Kohlepolitik belegt, ist mehrstufig und folgt den einzelnen Stufen des Gesetzgebungsprozesses, vom Vorschlag, über das Passieren des Committee-Systems, der Plenumsvorlage, der Art der Abstimmung und schließlich dem Erfolg oder Mißerfolg bei der letzten Abstimmung. Van Doren berechnet für jede Stufe des Gesetzgebungsprozesses, deren Gesetzesvorschläge jeweils eine Teilstichprobe der vorherigen Stufe sind, die Stärke von Einflußfaktoren, die zum Beispiel über den Durchgang eines Gesetzesvorschlages durch ein bestimmte Stufe entscheiden. Van Doren kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß *roll calls* keinesfalls eine repräsentative Stichprobe der eingebrachten Vorschläge darstellen, sondern eine Gruppe mit besonderen Eigenschaften sind. So sind zum Beispiel Gesetze über die per *roll call* entschieden wird politisch bedeutsamer und in der Mehrheitsfraktion herrscht mehr Uneinigkeit über das Gesetz, als bei anderen Abstimmungen (Van Doren 1990: 323).

Die Problematik einer inhaltlichen Verzerrung von Ergebnissen durch die Auswahl von *roll calls* als Datenbasis ist nicht nur insofern wichtig, als die Geltung der gewonnenen Informationen, zum Beispiel über die Position eines Abgeordneten, in Frage gestellt wird. Vielmehr hat dies auch Folgen für die Beurteilung des ideologischen Modells als Ganzes. Wie Koford (1989: 953) zeigt, kann der Umstand, daß nur bestimmte Themen per *roll call* entschieden werden, auch auf die Schätzung der Zahl der Dimensionen wirken. Wenn Gesetze nur eines Themenbereiches per *roll call* abgestimmt werden, kann ein eindimensionales Modell einen noch höheren Erfolg verbuchen. Selbst wenn nur die Hälfte der *roll calls* einen einzigen Themenbereich erfassen und die andere Hälfte zufällige *cutting lines* erzeugt, kann ein unidimensionales Modell immer noch eine Erfolgsquote von 87% erreichen. Auch Snyder (1992a und 1992b) entwickelte in einer Diskussion mit Rosenthal (1992) das Argument, daß es eben diese Beschränkung auf *roll calls* sei, welche zu einer künstlichen Eindimensionalität führe. Wenn es zur Zusammenkopplung mehrere Themen in einem *omnibus bill* kommt, was häufig der Fall ist (Steffani: 1995: 195), kann trotz vieler involvierter Dimensionen eine einzige Streitfrage das Abstimmungsverhalten prägen, was ebenfalls eine Unidimensionalität vorspiegeln könnte.

Rosenthal (1992: 33f) entgegnet auf die Kritik, daß die Roll-Call-Abstimmungen eine inhaltlich

¹⁰⁰ Denkbar wäre zum Beispiel, daß die Führung einer Partei einen *roll call* organisiert, um ein Gesetz durchzubringen, und dabei die Abgeordneten zur Fraktionsdisziplin anhält, die wiederum nur im Falle einer Roll-Call-Abstimmung kontrollierbar ist. Hierbei könnte ein Abgeordneter auf Grund seiner Parteizugehörigkeit für ein Gesetz stimmen, das er in einer anonymen Abstimmung abgelehnt hätte.

sehr heterogene Gruppe bildeten, so daß es unwahrscheinlich sei, daß es zu einer systematischen Verzerrung durch eine inhaltlich selektive Auswahl komme. Ein Großteil dieser Kritik bleibt trotz des Gegenargumentes plausibel und ist empirisch nicht zu entkräften. Dennoch führt an den *roll calls* als Datenbasis für eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Modellen kein Weg vorbei, da man sonst keine Daten hat.

5.5.4.2. Strategisches Verhalten und logrolling wird nicht berücksichtigt

Poole und Rosenthal (1997: 14) gehen davon aus, daß die Abgeordneten *sincere* abstimmen. Von *sincere voting* spricht man, wenn die Abgeordneten in einer Situation immer genau so abstimmen, wie es ihren Präferenzen in dieser Situation entspricht. Diese Annahme ist Grundlage fast aller Modelle von Abstimmungs- und Wahlsituationen. Diese Annahme kann jedoch auch problematisiert werden, in dem man den Akteuren einen gewissen Weitblick und eine Voraussicht über die aktuelle Situation hinaus zugesteht. Sind den Akteuren die Abstimmungsreihenfolge und die Präferenzen der anderen Abgeordneten bekannt, können sie zu dem Schluß kommen, daß es eventuell sinnvoll ist, in der aktuellen Abstimmung für den Vorschlag zu stimmen, der hier nur die zweitbeste Alternative ist. Dies kann für den Abgeordneten durchaus sinnvoll sein, wenn zum Beispiel die Erstpräferenz ohne Aussicht auf Erfolg ist. Strategisches Verhalten kann hier verhindern, daß die am wenigsten präferierte Alternative zustande kommt¹⁰¹.

Ein weiterer Grund, warum ein Abgeordneter für einen Antrag stimmt, der eigentlich seinen Präferenzen widerspricht, kann *logrolling* sein. Ein Abgeordneter kann seine Stimme „verkaufen“, zum Beispiel indem er in einer Sache, die ihm weniger wichtig ist, so stimmt, wie es ein anderer Abgeordneter gerne hätte, wofür dieser in einer Sache, die dem Verkäufer wichtiger ist für seinen Antrag stimmt. Tullock (1970 und 1981) beschreibt Logrolling-Situationen, in denen sich die Akteure gegenseitig Zuschüsse für ihre Wahlkreise bewilligen. Ein allgemeineres Modell des Tausches von Interesse und Kontrolle, wie es auch die Situation der Nachfrage und des Angebotes von Unterstützung im Sinne von Stimmentausch ist, entwirft u.a. Coleman (1994: 875ff). Liegt strategisches Verhalten oder *logrolling* vor, spiegelt das Abstimmungsverhalten nicht mehr die wahren Präferenzen wider. Ein Verfahren, welches aus dem Abstimmungsverhalten auf die ideologische Position der Abgeordneten schließt, kann daher verzerrte Ergebnisse liefern. Problematisch ist insbesondere, daß weder *logrolling* noch strategisches Verhalten nachweisbar sind, zumindest solange man die Präferenzen, die sich dann in den Abstimmungen ausdrücken, aus eben diesen Abstimmungen erschließt. Mit diesem Problem müssen sich allerdings alle Analysen von Abstimmungsverhalten auseinandersetzen. Ein andere Strategie, die für ein Verfahren wie NOMINATE in Frage käme, wäre nur jeweils die letzte Abstimmung in einem Gesetzgebungsverfahren als Grundlage für die Schätzung der Abgeordnetenpositionen zu verwenden, weil strategisches Verhalten in der letzten Abstimmung sinnlos ist¹⁰² - es sei denn, man unterstellt den Abgeordneten Kalküle, die zeitlich über einen bestimmten Gesetzgebungsprozeß hinausreichen. Genau dies ist jedoch im *logrolling* möglich

Poole und Rosenthal (1997: 15-17) thematisieren diese Probleme und versuchen die Argumente zu entkräften. Bezüglich des Logrolling-Einwandes argumentieren sie, daß zum Beispiel ein extrem konservativer Abgeordneter wahrscheinlich schwerer dazu zu bewegen ist, für einen liberalen

¹⁰¹ Vgl. Hinich und Munger (1997: 159ff), Enelow (1981) sowie Enelow und Koehler (1980) für einen Überblick über die Thematik des *sophisticated* bzw. *strategic voting*.

¹⁰² Zur Analyse von Situationen, in denen strategisches Verhalten eventuell sinnvoll sein kann dient das Verfahren der *backwards induction*, bei der die einzelnen Äste der Entscheidungsbäume in ihre strategischen Äquivalente, also die Ergebnisse, auf die eine bestimmte Abstimmungsreihenfolge hinausläuft, umgewandelt werden (vgl. Shepsle und Bonchek 1997: 144-148). Da bei der letzten Abstimmung zwischen zwei Alternativen in einem Gesetzgebungsverfahren klar ist, worauf jede inhaltlich hinauslaufen wird, fallen hier keine strategischen Erwägungen an.

Antrag zu stimmen, als ein moderater Abgeordneter. Der Konservative müßte viel mehr „politischen Abstand“ ignorieren bzw. verleugnen als der Moderate, um für diesen Antrag zu stimmen. Abgesehen von der eigenen Überzeugung würde auch seine Glaubwürdigkeit gegenüber seinen Wählern gefährdet. Dementsprechend sollte die Unterstützung des Konservativen „teurer“ sein als die des Moderaten, der nicht so weit von dem Antrag entfernt ist und seine Zustimmung auch seinen Wählern gegenüber noch vertreten kann. Wenn es also bei einer Abstimmung eine wahre *cutting line* gibt, die einer Abstimmung entsprechen würde, bei der jeder Abgeordnete *sincere* wählt, dann wird die Gruppe, die ihren Antrag durchsetzen will, zunächst die „günstigeren“ Stimmen nahe an der wahren *cutting line* kaufen. Dies führt dazu, daß sich die beobachtete *cutting line* nur verschiebt, die Anordnung der Abgeordneten jedoch nicht verzerren würde (Poole und Rosenthal 1997: 146). Eine Bestimmung der wahren Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Gesetze ist unter diesen Bedingungen aber nicht mehr möglich. Trotz dieses an sich schlüssigen Argumentes ist eine Verzerrung in der genauen Position, wenn auch nicht in der ordinalen Anordnung der Abgeordneten nicht auszuschließen. Poole und Rosenthal liefern keinen definitiven Nachweis dafür, daß die Positionen der Abgeordneten nicht verzerrt werden.

Bezüglich der Möglichkeit strategischen Verhaltens untersuchen Poole und Rosenthal (1997: 151-161) in kurzen Fallstudien mehrere, zum Teil auch in der Literatur¹⁰³ zu diesem Thema genannte Abstimmungen, in denen es zu strategischem Verhalten gekommen sein soll. Eine Frage ist hierbei zunächst, wie man mögliche Fälle von strategischem Verhalten identifiziert, da man als Datenmaterial in der Regel nur die Abstimmungsergebnisse hat. Von Vorteil ist hierbei, daß es bei verschiedenen Gesetzen auch um ein „meßbares“ Thema ging, also zum Beispiel um Mindestlöhne oder die Mindestanzahl von Beschäftigten in einem Betrieb, ab der eine bestimmte Regelung gelten soll. Bei derartigen Gesetzen kann ein bestimmtes Verhalten leichter als gegen die unmittelbaren Präferenzen gerichtet identifiziert werden (Poole und Rosenthal 1997: 150/1). Ein Indikator für das Vorliegen von strategischem Verhalten ist, wenn die beiden Extremgruppen der Dimension gegen die Abgeordneten der Mitte stimmen. Eine Gelegenheit, bei der ein solches Abstimmungsverhalten vorkommen kann, ist etwa der Fall eines *saving amendments*. Gegenstand eines solchen Änderungsantrages ist ein Gesetzesvorschlag, der in seiner ursprünglichen Fassung zu extrem ist, und daher in der letzten Abstimmung gegenüber dem Status Quo unterliegen würde. Durch eine Ergänzung soll der Gesetzesvorschlag soweit abgemildert werden, bis er für eine Mehrheit akzeptabel wird. Die eine Extremgruppe ist *sincere* gegen einen abschwächenden Antrag, weil er ihrer Meinung nach nicht weit genug geht und für sie schlechter ist als der extremere, ursprüngliche Vorschlag. Die andere Extremgruppe ist aus strategischen Gründen gegen die Abmilderung, weil sie das ganze Projekt stoppen will und damit rechnet, daß zwar nicht der abgemilderte, wohl aber der extremere Antrag letztlich scheitern wird. Indem sie gegen die Abmilderung, also gegen ihre eigentlichen Präferenzen stimmt, verhindert sie das ganze Projekt. Allgemeiner bedeutet die Suche nach strategischem Verhalten die Suche nach Gruppen von Abgeordneten, die nicht so abgestimmt haben, wie man es erwartet hätte. Dies läßt sich auch an der Anzahl und der Positionierung der fehlerhaften Vorhersagen erkennen.

Poole und Rosenthal sind in ihrer Untersuchung über strategisches Verhalten eher beschreibend und untersuchen seine Wirkungen auf die NOMINATE-Prozedur im Vergleich mit einem modifizierten Klassifikationsverfahren, bei dem nicht ein, sondern zwei *cutting points* geschätzt werden. Dieses Verfahren ist speziell für die Situation, in der beide Extremflügel gleich und gegen die gemäßigte Mitte stimmen, konzipiert. Auch hier werden iterativ die Koordinaten der beiden *cutting points* und die der Abgeordneten geschätzt. Wenn die gesuchte Konstellation häufiger vorkommen sollte, müßte dieses Modell deutlich besser abschneiden. Bei dem Modell mit nur einem *cutting point* wird die Extremgruppe, die aus strategischen Gründen anders abstimmte, auf der Basis ihrer Positionen vorhergesagt, als Vorhersagefehler gerechnet. Dieses spezielle Modell verbessert die Vorhersage

¹⁰³ Poole und Rosenthal beziehen sich auf Beispiele von Enelow und Koehler (1980) über die Panama-Kanal-Verträge, Enelow (1981) über den Titel IV der Civil Rights Bill von 1966 sowie über zwei von Riker (1982) genannte Beispiele für *sophisticated voting*, anläßlich des Mexiko-Krieges und über die Wahl von Senatoren.

gegenüber dem normalen Modell mit nur einem *cutting point* jedoch nur um durchschnittlich 1,5% (Poole und Rosenthal 1997: 155/6). Dies deutet darauf hin, daß derartiges strategisches Verhalten eher selten und in seinen Auswirkungen auf die Ergebnisse eher gering ist. Nach den Befunden von Poole und Rosenthal äußert sich strategisches Verhalten am häufigsten durch die Hinzunahme der zweiten Dimension in Form einer thematischen Erweiterung des Gesetzes, mit dem Ziel eine bis dahin stabile gewinnende Koalition zu spalten (ebenda: 164).

5.5.4.3. Die Dimensionality-Debatte: Ideologie oder policy?

Die strittige Frage nach der „richtigen“ Anzahl von Dimensionen ist nicht nur eine methodische Frage. Trotz der primären Orientierung an methodischen Problemen geht es in der Dimensionality-Debatte um eine qualitative Frage. Die eigentliche Fragestellung hinter der methodischen Diskussion befaßt sich damit, ob das Abstimmungsverhalten durch ideologische Dimensionen mit abstrakter, die konkrete *policy* übergreifender Natur bestimmt wird. Oder aber ob mehrere voneinander unabhängige und konkretere Policy-Dimensionen die korrekte Modellierung sind. Es ist daher wichtig zu klären, ob die Ergebnisse, welche das NOMINATE-Verfahren bezüglich der Anzahl der Dimensionen ermittelt, zutreffend sind oder nicht. Die Erklärungsleistung alleine genügt in diesem Zusammenhang nicht als Kriterium für die Entscheidung zwischen den Modellen, denn auch der ältere Policy-Ansatz kam zu Erklärungsleistungen in der Höhe des Ideologie-/NOMINATE-Ansatzes, letzterer kann also keine deutlich überlegene Erklärungsleistung aufweisen (vgl. Weisberg 1978). Wie bereits bei dem Policy-Ansatz kommt es auch mit dem NOMINATE-Verfahren zu keiner weiteren Steigerung der Erklärungsleistung durch zusätzliche Modellverfeinerungen. Das Argument derer, die eine Wirkung von Ideologie annehmen, beruht zum Großteil auf dem empirischen Befund, daß eine Dimension in der Regel zur Vorhersage des Abstimmungsverhaltens ausreicht. Die Hinzunahme von zusätzlichen Dimensionen erbringt dabei keine entscheidenden Verbesserungen. Zudem kann man die Abgeordneten aufgrund der NOMINATE-Ergebnisse in Gruppen, zum Beispiel die nördlichen und südlichen Demokraten, einteilen, die mit Abgeordnetengruppen aus der alltäglichen Beobachtung kongruent sind (Snyder 1992a: 1). Wenn das NOMINATE-Verfahren allerdings tatsächlich, wie von einigen Kritikern behauptet, eine Tendenz zu Ergebnissen mit niedriger Dimensionalität hat, könnte dadurch der Befund, daß Ideologie wirksam ist, künstlich erzeugt werden. Ein Großteil der Kritik an dem Befund von Poole und Rosenthal beruht sicherlich darauf, daß es vor der Entwicklung von NOMINATE-Bereits eine langjährige Tradition gab, die verschiedene Policy-Dimensionen als Bestimmungsgründe identifiziert hatte. Im folgenden werden verschiedene Studien vorgestellt, die mit verschiedenen Fragestellungen und Methoden die Existenz diverser Policy-Dimensionen nachgewiesen haben. Danach werden die methodischen Argumente der Dimensionality-Debatte vorgestellt.

Miller und Stokes (1963) fanden bei einer direkten Umfrage unter Abgeordneten, ihren Herausforderern und in den Wahlkreisen, daß es drei Policy-Dimensionen gibt: Die Frage nach der Rolle des Staates in der Wohlfahrt, die Frage, ob die USA sich auswärts engagieren oder eine eher isolationistische Position einnehmen sollten und schließlich die Frage, ob sich der Staat aktiv für den Schutz der Bürgerrechte der Farbigen einsetzen sollte.

Clausen und Cheney (1970) führten eine thematisch auf die Ökonomie und Wohlfahrtspolitik beschränkte Längsschnittstudie durch. Hierbei untersuchten sie gezielt *roll calls*, die zu dem jeweiligen Themengebiet gehörten. Durch die anschließende Anwendung einer Clusteranalyse kamen sie zu dem Schluß, daß es sich bei diesen Themen um zwei verschiedenen Policy-Dimensionen handelt. Diese unterscheiden sich neben dem Inhalt auch darin, welche für Kriterien die Entscheidung des Abgeordneten beeinflussen. Während auf der ökonomischen Dimension die Parteilugehörigkeit wichtiger ist, sind für die Entscheidungen der Abgeordneten in Wohlfahrtsfragen die Merkmale ihrer Wahlkreise relevanter. Der Versuch, die *verschiedenen*

Bestimmungsgründe für Verhalten in *verschiedenen* Themenbereichen zu finden, ist ein Ansatz, der eng mit dem Policy-Modell verbunden ist. Ein Beispiel hierfür ist die Frage, welche Interessengruppen und nicht-parlamentarische Akteure in welchen Themengebieten besonders viel Einfluß haben (Wilcox und Clausen 1991: 393). Auch dies ist ein inhaltlicher Befund, der eventuell durch eine Verwischung und Kombination der Policy-Dimensionen durch zu grobe und ungenaue Einteilung der Roll-Call-Gruppen oder aber durch ein statistisches Verfahren wie NOMINATE verdeckt wird. Durch Clausen (1973) wurde dieser Ansatz dann weiter zu einem fünfdimensionalen Policy-Modell ausgebaut. In einer Kritik an den neueren, unidimensionalen Ansätzen konstatieren Wilcox und Clausen (1991: 395), daß es eine Clusteranalyse als Analysemethode durchaus erlaube, trotz der Voreinteilung in inhaltlich homogene Gruppen, eine einzige, erklärungsstarke Dimension zu finden. Ein Indiz hierfür läge dann vor, wenn die Korrelationen zwischen den einzelnen, die unterschiedlichen Dimensionen repräsentierenden Clustern so hoch sind, daß eine Einteilung in die Gruppen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Umgekehrt sei es aber durchaus möglich, insbesondere vor dem Hintergrund der noch darzulegenden Argumente von Koford (1989), daß die Entfaltungsverfahren als Analysemethode die wahre Bedeutung zusätzlicher Dimensionen zugunsten eines niedrigdimensionalen Ergebnisses verzerren. Hinter den schwachen zusätzlichen Dimensionen, die das NOMINATE-Verfahren findet, können sich also weitere unabhängige Dimensionen verstecken, ohne das dies an den Ergebnissen erkennbar ist. Wilcox und Clausen (1991: 398ff) führten erneut Clusteranalysen durch und achten dabei speziell auf die Möglichkeit, daß bestimmte Cluster zur Liberal-Konservativ-Dimension kombinierbar sein könnten. Aber auch hier korrelierten die Roll-Call-Abstimmungen innerhalb der einzelnen Cluster stärker als zwischen den Clustern, die Befunde der Policy-Modelle konnten also repliziert werden.

Koford (1989) kritisierte in einem Artikel vor allem die Methode des NOMINATE-Verfahrens. Nach seiner Argumentation beschränkt bereits die Methode die Anzahl der Dimensionen, zu der man als Befund kommen kann. Durch die schrittweise Schätzung der Dimensionen werde die erste Dimension so gelegt, daß sie die maximal mögliche Varianz in den Daten erkläre. Dies ist auch dann der Fall, wenn die „echte“ erste Dimension alleine nicht so viel Varianz zu erklären vermag. Hierdurch wird die Varianz, die eine zusätzlich hinzugenommene Dimension erklären kann, erheblich eingeschränkt. Dies wiederholt sich bei jedem Schritt des Schätzverfahrens. Da als Indikator für die Bedeutung von zusätzlichen Dimensionen und auch als Kriterium für deren Aufnahme in das Modell die zusätzliche Erklärungsleistung herangezogen wird, können Dimensionen, die ebenso wichtig wie die bereits aufgenommenen sind, fälschlicherweise ausgeschlossen werden (Koford 1989: 950). In einem weiteren Argument sucht Koford nach einer angemessenen Nullhypothese, mit der die Erklärungsleistungen von Poole und Rosenthal verglichen werden soll. Bei zwei statistisch unabhängigen Dimensionen, perfekt euklidischem Verhalten und *roll calls*, die alle in dieser Konstellation möglichen *cutting lines* von 50-zu-50-Abstimmungen produzieren, ist bei einem eindimensionalen Modell eine Erfolgsquote von 75 % garantiert (ebenda: 952). Koford identifiziert zudem mehrere Situationen, die den ohnehin vorhandenen Trend zu niedrigdimensionalen Befunden noch verstärken. Zu diesen Situationen gehören unter anderem auch Situationen die Shepsles SIE-Idee entsprechen. Wird ein Problem in mehrere einzelne Themen zerlegt, so kommt es verstärkt zu eine scheinbar erklärungskräftigen ersten Dimension.

Poole und Rosenthal (1991) kritisieren – zutreffenderweise – die starke Konstruiertheit der Beispiele in Kofords Argumentation. Ihre Gegenargumentation stützt sich zum einen auf diese Konstruiertheit, und zum andere darauf, daß es kein perfektes räumliches Abstimmungsverhalten gibt. Der Umstand, daß eine Dimension so viel erklärt und die Hinzunahme von sehr vielen zusätzlichen Dimensionen zu fast keiner Steigerung der Erklärungsleistung mehr führt, ist für sie ein Argument für die Geltung von Ideologie. Der Befund einer schwachen Erklärungsleistung der zusätzlichen Dimensionen bedeutet für Poole und Rosenthal, daß die zusätzlichen Dimensionen keine räumlichen Informationen, sondern nur noch *non-spatial noise* erfassen (Poole und Rosenthal

1991: 957). Wenn es perfektes Abstimmungsverhalten gäbe und die Anzahl der Dimensionen im Modell die Anzahl der in der Realität vorhandenen Dimensionen erreicht, sollte es zu einem *blow up* von NOMINATE kommen. Dies sollte sich darin äußern, daß der beta-Koeffizient gegen Unendlich geht und das Programm nicht mehr weiter ausgeführt werden kann. Der Umstand, daß es in ihren Simulationen, die – anders als die von Koford durchgeführten Simulationen – auf realen Daten beruhen, niemals zu diesem Programmversagen kommt, bewerten Poole und Rosenthal als Bestätigung ihrer Interpretation der Ergebnisse.

Ähnlich wie Koford findet auch Snyder (1992a: 2), daß selbst bei zwei bis vier unabhängigen Dimensionen eine gut gewählte einzelne Dimension 78% und mehr der individuellen Abstimmungen erklären kann. Sogar bei sehr vielen Dimensionen sinkt die Erklärungsleistung einer einzelnen Dimension nicht unter 50% ab. Die hohen Anteile erklärten Verhaltens von Poole und Rosenthal sollten nicht absolut, sondern vor dem Hintergrund dieser Baseline-Modelle gesehen werden, was dazu führe, daß die Ergebnisse nicht mehr so beeindruckend hoch seien. Hauptansatzpunkt von Snyder ist nicht so sehr die Frage nach *policy* oder Ideologie, sondern nach dem Einfluß des Committee-Systems auf die zu erwartenden Befunde. Die These, daß *committees* sogenannte *preference outliers* seien, wird in der Literatur zum Effekt eines Committee-Systems immer wieder genannt (vgl. Krehbiel und Rivers 1988). Die These besagt, daß der Medianpunkt im *committee* gegenüber dem des Plenums extremer ist und die Zusammensetzung des *committees* keine zufällige Auswahl aus den Abgeordneten darstellt. Durch die Rolle, die ein *committee* im Gesetzgebungsprozeß hat, kann es viele Gesetze verhindern. Aufgrund seiner *gate-keeping power* kann es zum Beispiel alle jene Gesetze, die aus seiner Sicht schlechter als der derzeitige Status Quo sind¹⁰⁴ verhindern. Dies geschieht, indem das Gesetz nach Zuleitung in das zuständige *committee* dort nicht weiter behandelt wird. Auf jeden Fall sind die Gesetze, welche das Ausschußsystem passieren konnten, keine rein zufällige Auswahl aus der immensen Anzahl von Gesetzesvorschlägen, die während jeder Legislaturperiode eingebracht werden. In einem Modell kann Snyder (1992a: 4ff) zeigen, daß ein eindimensionales – ideologisches – Modell umso besser auf die Daten paßt, je mehr Ausschüsse solche *preference outlier* sind. Dies gilt selbst dann, wenn es mehrere – *policy!* – Dimensionen gibt. Der Umstand, daß Ausschüsse in ihrer Zusammensetzung politisch extremer als das Plenum sind, kann aus dem Abstimmungsverhalten selbst nicht erkannt werden¹⁰⁵. Rosenthal (1992) entgegnete auf die Kritik von Snyder und auch in Hinblick auf Koford, daß dessen Modell lediglich eine auf perfektem räumlichen Abstimmungsverhalten basierende theoretische Überlegung sei und mit empirischem Verhalten nicht vergleichbar sei. Die Modelle kämen nur wegen der Annahme des perfekten räumlichen Abstimmungsverhaltens zu ihren Befunden. Nur unter dieser Bedingung kann eine gut gewählte erste Dimension eine Erklärungsleistung in der vorgebrachten Höhe erreichen. Tatsächliches Verhalten sei jedoch immer mit Fehlern, wie eben *logrolling* und anderen Annahmenverletzungen der räumlichen Modelle, behaftet. Ein Modellvergleich müsse das berücksichtigen. Wäre das Abstimmungsverhalten wirklich perfekt räumlich, sollte das NOMINATE-Verfahren diesen Umstand erkennen, indem es auf der Stufe, bei der alle wahren Dimensionen, die in das Abstimmungsverhalten einfließen berücksichtigt sind, zu einem *blow up* der Berechnung kommt (Rosenthal 1992: 32). Dieser Umstand tritt jedoch in den Analysen von Poole und Rosenthal nicht ein, und zwar auch dann nicht, wenn Modelle mit sehr vielen – bis zu 50 – Dimensionen geschätzt werden. Dies sei als Beleg dafür zu werten, daß es kein perfekt räumliches Abstimmungsverhalten gibt. Modelle, die hierauf aufbauen, wie eben das von Snyder, bauen auf falschen Annahmen auf und sind somit für einen Vergleich mit den empirischen Befunden ungeeignet. Zudem sei Snyders Annahme des *gate*

¹⁰⁴ Vgl. Shepsle und Bonchek (1997: 115ff) zu Rolle und Einfluß von Ausschußsystemen in Parlamenten.

¹⁰⁵ Poole und Rosenthal (1997: 184ff) untersuchten auf Basis der von ihnen berechneten NOMINATE-Scores, ob die Zusammensetzung der *committees* im Kongreß extremer ist als das Plenum insgesamt, und kamen zu dem Befund, das es extreme und auch homogene Ausschüsse gibt, die Ausschüsse jedoch in erster Linie durch die jeweilige Mehrheitspartei dominiert werden.

keeping zumindest in einigen Bereichen in dem von ihm angenommenen Umfang unzutreffend. So werde in jedem Kongreß über die Appropriation-Gesetze, die Gelder für bestimmte Zwecke bewilligen, auf jährlicher Basis entschieden. Diese beziehen sich wiederum auf sehr unterschiedliche Politikbereiche. Wenn es also mehrere Dimensionen gäbe, die mit den verschiedenen Politikbereichen korrespondieren, sollten sich die unterschiedlichen Positionen der Abgeordneten bei diesen Abstimmungen zeigen. Ein mehrdimensionales Modell sollte in diesem Fall deutlich besser auf die Daten passen. Aber auch hier paßt das niedrigdimensionale Modell ebenso gut wie für das restliche Abstimmungsverhalten (Rosenthal 1992: 34). Auf dieses Argument ist zu entgegnen, daß es, wie bereits erwähnt, einige wenige Abstimmungen gibt, die von NOMINATE fast nicht erklärt werden können. Möglicherweise involvieren diese Abstimmungen andere Dimensionen.

Neben der kritikbezogenen Verteidigung des von ihnen entwickelten NOMINATE-Verfahrens greifen Poole und Rosenthal (1997: 54ff) den Einwand des Vorliegens mehrerer Policy- statt weniger ideologischer Dimensionen auf und versuchen ihrerseits diese Frage zu klären.

Das von ihnen gewählte Untersuchungsdesign ist ein Vergleich mit einem Modell, das mehrere verschiedene Policy-Dimensionen berücksichtigt. Ein solches Design wurde zum Beispiel auch schon von Smith (1981) für eine nahezu gleiche Fragestellung verwendet¹⁰⁶. Das Untersuchungsdesign beruht auf einer Einteilung der Gesetzesvorhaben in vorab definierte, inhaltlich homogene Gruppen. Diese sollte einen inhaltlich möglichst homogenen Politikbereich, also eine Policy-Dimension, repräsentieren. Dieser Einteilung folgt eine Analyse der zu diesen Gruppen gehörenden Roll-Call-Abstimmungen. Hierbei sollte die Erklärungsleistung mit einer Dimension für jede Gruppe von Gesetzen besser sein als bei einer Erklärungsdimension für alle Gesetze. Wichtig ist, daß die Gruppeneinteilung der Realität entspricht und die Policy-Dimensionen korrekt erfaßt sind. Die Koordinaten der Abgeordneten, die auf verschiedenen Dimensionen bestimmt wurden, sollten voneinander unabhängig sein, falls wirklich verschiedene Dimensionen existieren. Wäre jedoch Ideologie wirksam, so sollten sich die Koordinaten der Abgeordneten auf den verschiedenen Dimensionen nicht wesentlich unterscheiden, da der abstrakte Charakter von Ideologie zusammen mit der Constraint-Hypothese dazu führt, daß die Anordnung der Abgeordneten in allen Policy-Bereichen ungefähr gleich ist.

Eine entscheidende Rolle bei einem derartigen Vergleich kommt der Definition der Politikbereiche zu, die vom jeweiligen Forscher aufgrund seiner Hintergrundkenntnisse exogen vorgegeben wird. Clausen (1973) entwickelte ein Modell, das auf Policy-Dimensionen beruht und bei dem er die Gesetzgebungstätigkeit des Kongresses in fünf verschiedenen Kategorien einteilt¹⁰⁷. Poole und Rosenthal untersuchen dieses multidimensionale Policy-Modell im Vergleich zu dem niedrigdimensionalen Modell, das sie selbst entwickelt haben. Falls es fünf unterschiedliche Policy-Dimensionen gibt, sollten diese auch zu finden sein, wobei wiederum angenommen wird, daß die Abgeordneten gemäß ihrer Idealpunkte auf diesen Policy-Dimensionen abstimmen. Wenn das Policy-Modell zutrifft, dann sollten sich unabhängige Positionen für die Abgeordneten auf den verschiedenen Dimensionen finden lassen. Die Idee vom Policy-Raum bedeutet letztlich, daß es mehrere unabhängige Dimensionen gibt, die das Abstimmungsverhalten in einem inhaltlich dieser Dimension zuzuordnenden, konkreten politischen Sachbereich bestimmen. Dabei sagt die Position auf der einen Policy-Dimension nichts über die Position auf einer anderen Policy-Dimension aus:

¹⁰⁶ Smith (1981) verwendete ebenfalls das Policy-Kategorienschema von Clausen, benutzte jedoch eine andere Methode. Er berechnete einen *agreement score* zwischen jeweils zwei Senatoren, in dem einfluß, wie oft diese beiden Senatoren in *roll calls*, die einer bestimmten Policy-Kategorie zuzuordnen sind, gleich abgestimmt haben und verglich diese Daten dann daraufhin, ob sich die *agreement scores* von Policy-Kategorie zu Policy-Kategorie unterscheiden. Er fand dabei einen Trend zu mehr Konsistenz im Abstimmungsverhalten, d.h. es standen sich in verschiedenen Policy-Bereichen zunehmend die gleichen Gruppen gegenüber.

¹⁰⁷ Die fünf Kategorien sind Regierungsverwaltung und -organisation, Wohlfahrt, Landwirtschaft, Bürgerrechte sowie Außen- und Verteidigungspolitik (Poole und Rosenthal 1997: 55).

„If the issues are really distinct dimensions, we ought to get sharp differences in legislator coordinates when the issues are scaled separately“ (Poole und Rosenthal 1997: 55). Voraussetzung hierfür ist, daß die Einteilung der Gesetze in thematische Gruppen korrekt ist und folglich auch jeweils die richtigen, inhaltlich homogenen Gesetze zusammen in eine Gruppe eingeordnet wurden. Korrespondiert diese Einteilung tatsächlich mit voneinander unabhängigen Policy-Dimensionen, dann sollten aus der Anwendung des NOMINATE-Verfahrens auf die einzelnen Gruppen je nach Gruppe andere Koordinaten für die Abgeordneten resultieren. Die Korrelation der Koordinaten von Gruppe zu Gruppe entspricht hierbei dem Zusammenhang zwischen den einzelnen Policy-Dimensionen. Ein Mißerfolg dieses Untersuchungsdesigns bedeutet daher nicht automatisch, daß das Policy-Modell nicht zutrifft. Die Ähnlichkeit der Abgeordnetenkoordinaten aus verschiedenen Gruppen kann auch eine Folge der ungenauen Einteilung in die Gruppen sein.

Poole und Rosenthal teilen die Abstimmungen im 95sten Repräsentantenhaus in die Clauses Kategorien ein und bestimmen für jede Gruppe die Koordinaten der Abgeordneten für die Abstimmungen in dieser Gruppe von Gesetzen. Es findet sich, daß sowohl die ein- als auch die zweidimensionalen Koordinaten der Abgeordneten, die man aus den verschiedenen Gesetzesgruppen berechnet, von Gruppe zu Gruppe hoch korrelieren. Die Korrelationen liegen im Bereich von .613 bis .914. Unabhängig davon, aus welcher thematischen Gruppe von Gesetzen man die Koordinaten der Abgeordneten bestimmt, kommt man zu einem ähnlichen Ergebnis. Dies stützt nach Poole und Rosenthal die Sichtweise, daß die abstrakte, ideologische Dimension das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in inhaltlich sehr verschiedenen Dimensionen bestimmt. Die Koordinaten und Dimensionen, die das NOMINATE-Verfahren errechnet, seien also ideologischer Natur (Poole und Rosenthal 1997: 55).

Dieser eindeutigen Schlußfolgerung stehen alternative Interpretationsmöglichkeiten entgegen. Bei der empirischen Umsetzung des Vergleichs von Abstimmungsverhalten in verschiedenen Policy-Bereichen kann es zu Fehlern kommen, die ein bestimmtes Ergebnis erzeugen: Sind die gebildeten Gesetzesgruppen in sich zu heterogen, dann können die Unterschiede in der Anordnung der Abgeordneten verwischt werden, weil sich die Gruppen untereinander zu ähnlich sind. Die Themengebiete umfassen dann keine eng umgrenzten Policy-Dimensionen, sondern stellen aufgrund ihrer Größe und inhaltlichen Heterogenität praktisch repräsentative Stichproben aus allen *roll calls* dar. Es ist somit relativ wahrscheinlich, daß in der Gesamtheit aller Abstimmungen gefundene Ergebnis auch in den einzelnen Gruppen wiederzufinden ist. Die von Poole und Rosenthal, aber auch von Smith vorgenommene Einteilung auf der Basis von relativ ungenauen Begriffen ist aus dieser Sicht nicht optimal: Alle 1540 Gesetze im untersuchten 95sten Repräsentantenhaus wurden in nur sechs Kategorien eingeteilt, wobei das größere Schema von Clauses noch um eine Kategorie *miscellaneous* erweitert wurde. Ein überzeugenderer Test wäre die gezielte Auswahl von inhaltlich sehr homogenen Stichproben verschiedener Themen gewesen.

Ein weiteres Argument in der Debatte um die Frage nach dem „ideologischen“ Charakter der Befunde von Poole und Rosenthal stammt von Macdonald und Rabinowitz (1987), welche argumentieren, daß man im Kongreß nur eine *short-run unidimensionality* finden würde. Weil sich jeder Kongreß, schon alleine aufgrund der Kürze der Legislaturperiode, nur mit einer Auswahl von Problemen befaßt, könne dies eine Eindimensionalität vorspiegeln, obwohl es keine das politische System prägende Ideologie gibt (Poole und Rosenthal 1997: 56). Dem entgegen Poole und Rosenthal, daß die Issues, die in einem Kongreß behandelt werden, sehr verschiedenartig seien. Auch wenn man zugesteht, daß die *committees* die behandelten Fragen vorsortieren, ist die Themenvielfalt der zur Abstimmung kommenden Gesetze so erheblich, daß eine durch thematische Einschränkung erzeugte, künstliche Eindimensionalität unwahrscheinlich erscheint.

Wenn die Dimensionen von Kongreß zu Kongreß verschieden wären, dann müßte sich das in den Ergebnissen von D-NOMINATE zeigen, das alle *roll calls* der Kongresse von 1789 bis 1985 erfaßt.

Die Korrelationen zwischen den Abgeordnetenkoordinaten aus zeitlich aufeinanderfolgenden Kongressen sollten niedrig sein, wenn jeweils eine neue, von der vorherigen Dimension unabhängige Dimension das Geschehen im Kongreß bestimmt. Die Befunde aus der Untersuchung der Gesamtheit aller Kongresse, die hohe Korrelation der Koordinaten aus aufeinanderfolgenden Kongressen und auch die sich nur sehr langsam vollziehenden Realignment-Prozesse der Abgeordnetengruppen deuten jedoch darauf hin, das es für längere Zeit inhaltlich die gleichen – ideologischen – Dimensionen sind, die das Abstimmungsverhalten bestimmen (Poole und Rosenthal 1997: 88ff).

5.5.5. Fazit: Was ist das „ideologische“ an Pooles und Rosenthals Modell?

Bedeutet der Befund, daß ein niedrigdimensionales Modell mit relativ stabilen Abgeordnetenpositionen das Abstimmungsverhalten im amerikanischen Kongreß bestimmt, zwangsläufig, daß dort Ideologie wirksam ist? Können die Befunde von Poole und Rosenthal unter das Konzept der Ideologie subsummiert werden?

Bei allen noch strittigen methodischen Problemen gibt es dennoch gute Gründe, anzunehmen, daß das, was im NOMINATE-Modell¹⁰⁸ das Abgeordnetenverhalten bestimmt, tatsächlich Ideologie ist. Im Abschnitt über die ideologischen Modelle des Wahlverhaltens, insbesondere aus dem Modell von Hinich und Munger, konnten zwei entscheidende Merkmale von Ideologie abgeleitet werden, deren Übereinstimmung mit dem Befund von Poole und Rosenthal überprüft werden kann. Ideologie wird verstanden als eine das politische System auf Dauer prägende, grundsatzpolitische Dimension. Diese Dimension ist über längere Zeit hinweg, sowohl auf individueller Ebene, als auch auf Makroebene stabil. Nach dem Ideologie-Modell bestimmt die ideologische Position des Abgeordneten seine Position und damit sein Abstimmungsverhalten auf vielen unterschiedlichen spezifischen Policy-Dimensionen, die sich mit konkreten politischen Fragen befassen. Der Erfolg des niedrigdimensionalen NOMINATE-Modells ist eine Bestätigung des Constraint-Charakters von Ideologie: Wenn die Position oder irgendeine inhaltliche Aussage oder Stellungnahme eines Abgeordneten zu einem bestimmten Thema bekannt ist, dann kann man auch mit hoher Wahrscheinlichkeit seine Position zu anderen Themen vorhersagen. Von der konkreten Frage kann man auf die abstrakte ideologische Position schließen und von dieser wiederum auf andere Themen, genau so, wie dies die Ideologiekonzepte von Downs, Converse und Hinich und Munger vorhersagen. Zweitens sind Ideologien stabil. Man hat eine bestimmte Ideologie und behält diese auch bei. Ob aus Gründen, die letztlich auf die Sicherung der Wiederwahlchancen abzielen oder aus intrinsischen Motiven, ist dabei nicht entscheidend. Die individuelle Stabilität der ideologischen Positionen der Abgeordneten wurde bereits nachgewiesen (Poole und Rosenthal 1997: 73). Die Dimensionen, die Poole und Rosenthal bestimmen konnten, sind also ideologischer Natur. Die Ergebnisse von NOMINATE bedeuten, daß Ideologie und nicht einzelne Policy-Dimensionen das Abstimmungsverhalten im Kongreß in den verschiedensten inhaltlichen Fragen bestimmt. NOMINATE ist kein niedrigdimensionales Policy-Modell, sondern seine Dimensionen erfüllen die Merkmale, die eine ideologische Dimension ausmachen.

Gleichzeitig gibt es mehrere Einwände gegen das NOMINATE-Verfahren an sich, seine Ergebnisse und damit auch gegen den Befund der Wirkung von Ideologie. Diese Einwände sind insbesondere methodischer Art und werden von Poole und Rosenthal nicht endgültig entkräftet. Diese ungeklärte Situation läßt es erforderlich erscheinen, über die bisher aufgeführten Befunde und Argumente hinaus nach möglichen zusätzliche Bestätigungen oder aber Widersprüchen zu diesem Modell zu suchen. Der weitere Aufbau der Arbeit verfolgt diese Zielsetzung auf zweierlei Art. Zum einen soll das ideologische Modell mit einem deutlich unterschiedlichen Ansatz verglichen werden. Der

¹⁰⁸ Es bleibt bei allen Fragen nach den wahren Faktoren, die das Abstimmungsverhalten bestimmen, zu bedenken, daß alle vorgestellten Ansätze nur Modelle sind, die mehr oder weniger gut auf die Realität passen.

eigentliche konkurrierende Ansatz zum Ideologie-Modell ist der ökonomische Ansatz, daher soll die Erklärungsleistung von NOMINATE und anderen Ideologie-Modellen mit der des ökonomischen Ansatzes verglichen werden (Kapitel 6). Zum anderen soll speziell mit Hinblick auf die Möglichkeit eines Methodenartefaktes untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, die Befunde von Poole und Rosenthal zusätzlich zu validieren. Hierzu sollen erstens Simualtionen durchgeführt werden (Kapitel 7) und zweitens versucht werden, einzelne Befunde von NOMINATE zu mit unabhängigen Daten zu validieren (Kapitel 8).

6. Vergleich ideologischer und ökonomischer Modelle¹⁰⁹

Der ökonomische Ansatz der Erklärung des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten, der im folgenden vorgestellt werden soll, ist, neben dem Policy-Modell, der am deutlichsten konkurrierende Ansatz zum Ideologie-Modell. Sowohl das Policy- als auch das Ideologie-Modell gehen davon aus, daß der Abgeordnete eine Vorstellung von Politik hat, die er durchsetzen will. Im Gegensatz hierzu sehen die ökonomischen Modelle den Entscheidungsprozeß als durch informelle Aufträge bestimmt an. Beide Ansätze sind trotz ihrer Unterschiedlichkeit nicht unvereinbar. Einer Darstellung der theoretischen Hintergründe und empirischen Umsetzung des ökonomischen Ansatzes folgt ein Vergleich der beiden konkurrierenden Ansätze. Zielsetzung ist hierbei, anhand ihrer Erklärungskraft zu bestimmen, ob der ideologische oder der ökonomische Ansatz der erklärungskräftigere ist.

6.1. Ökonomische Interessen der Wahlkreise als Abstimmungsdeterminanten

6.1.1. Der theoretische Hintergrund und die Motive der Abgeordneten im ökonomischen Ansatz: Rationale Wähler und rationale Abgeordnete

Die strikt ökonomischen Ansätze wollen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten durch Charakteristika ihres jeweiligen Wahlkreises erklären. Dabei sind auch sie eine Anwendung der Modelle der Theorie rationalen Verhaltens auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in einem Parlament. Um Politik auf der Basis rationalen Verhaltens analysieren zu können, braucht man Informationen über die Motive der beteiligten Akteure¹¹⁰. Da das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten von Interesse ist, braucht man eine Theorie, die über diese Motive der Abgeordneten Auskunft gibt und klar angibt, wodurch und auf welche Weise diese Motive bestimmt sind. Der ökonomische Ansatz modelliert diesen Prozeß der Entstehung der Abgeordnetenpräferenz und setzt diesen auch empirisch um. Er geht damit einen Schritt weiter als die räumlichen Modelle, welche die Idealpunkte als gegeben ansehen. Als theoretischer Hintergrund für die Bestimmung der Motive der Abgeordneten kann die ökonomische Theorie des Wählerverhaltens dienen, wie sie von Downs (1968) vertreten wird. Auf dieser Idee der „*electorally induced legislator preferences*“ (Krehbiel 1993: 21) beruhen zumindest implizit auch die Motivannahmen, die den räumlichen Modellen und Logrolling-Theorien zugrundeliegend. Wie bereits bei der Vorstellung dieser Modelle kurz dargelegt wurde, haben die Abgeordneten als primäres Ziel die Sicherstellung der eigenen (Wieder) Wahl im Sinn (Downs 1968: 27)¹¹¹. In den strikt ökonomischen Modellen kommt ihnen dabei die Rolle eines politischen Unternehmers zu. Dieser bietet bestimmte Politikinhalte und vor allem greifbare materiellen Vorteile für die Wähler an, um dadurch deren Unterstützung bei der Wahl zu

¹⁰⁹ Vgl. Kingdon (1977) für einen Überblick über zusätzliche Modelle des Abgeordnetenverhaltens.

¹¹⁰ „Die ökonomische Analyse besteht daher aus zwei Hauptschritten: aus der Auffindung der Ziele, die der betreffende Entscheidungsträger anstrebt, und aus einer Analyse, die zeigt, auf welche Weise sie am besten zu erreichen sind, d.h. mit dem geringsten Aufwand an knappen Mitteln“ (Downs 1968: 4).

¹¹¹ Mayhew (1993: 18/19) zitiert einen ehemaligen Abgeordneten: „All members of Congress have a primary interest in getting re-elected. Some members have no other interest“.

bekommen¹¹². Nach Downs gibt der rationale Wähler demjenigen Abgeordneten bzw. derjenigen Partei seine Stimme, von dessen erwarteten Aktivitäten er sich den größten Nutzen¹¹³ während der Legislaturperiode verspricht (Downs 1968: 37ff). Die Wähler werden als Auftraggeber („principals“) des Abgeordneten („agent“) gesehen (Peltzman 1984), dessen im eigenen Interesse liegende Aufgabe es ist, den Wählern möglichst großen Nutzen zu verschaffen: „Legislators maximize votes or the probability of winning reelection; voters are maximizers of district-specific benefits or minimizers of district-specific tax burdens“ (Krehbiel 1993: 23). Wer diese Aufgabe am besten erfüllt, kann am ehesten mit Unterstützung durch die Wähler rechnen. Die Motive der Abgeordneten in einer aktuellen Abstimmung bestimmen sich in diese Sichtweise durch die Interessen, die der vertretene Wahlkreis in dieser Sache hat (Poole und Rosenthal 1997: 118), wobei der Abgeordnete nicht nur jeweils im Sinne seines Wahlkreises abstimmen muß, sondern auch seine Wähler davon informieren muß, welche Wohltaten sie seiner Amtszeit zu verdanken haben (Krehbiel 1993: 23). Das Repräsentantenhaus soll normativ stark von den Wahlkreisen beeinflusst werden und ist dies nach Miller und Stokes (1963: 45) auch in der Realität. Es sollte daher für die Analyse von Wahlkreisinteressen noch geeigneter sein als der Senat, dessen Mitglieder weniger stark an die Wahlkreise rückgebunden sind.

Die empirische Anwendung dieser ökonomischen Ansätze und Modelle konzentrieren sich vornehmlich auf die materielle, finanzielle Komponente des Nutzens, den ein Abgeordneter seinem Wahlkreis verschafft: Es werden sowohl empirisch als auch theoretisch schwerpunktmäßig das staatliche Handeln und die Gesetzgebungsprojekte (Tullock 1981: 190) untersucht, welche sich auf irgendeine Weise in materielle Konsequenzen für die Bürger niederschlagen. So besteht für Peltzman staatliches Handeln vornehmlich in der Umverteilung von Geld zwischen wohlhabenderen und ärmeren Regionen, so daß für jede Region aus den finanziellen Zuflüssen und Steuern ein Nettotonutzen einer von der Regierung durchgeführten Politik berechenbar ist (Peltzman 1985: 656). Neben der Sichtweise des Abgeordneten als Vertreter seines Wahlkreises gibt es innerhalb des Principal-Agent-Ansatzes des Abgeordnetenverhaltens noch andere Gruppen von Ansätzen, welche die „Auftraggeber“ des Abgeordneten, der ja nicht von allen Einwohnern seines Wahlkreises gewählt wurde, konkreter bestimmen. Diese Modelle tragen dem Umstand Rechnung, daß verschiedene Auftraggeber verschieden stark dem eigentlichen Interesse des Abgeordneten dienlich sein können: Studien wie die von Richardson und Munger (1990) oder Fort, Hallagan, Morong und Stegner (1993) befassen sich explizit mit der Rolle von Interessengruppen, der Wirkung einer kurz bevorstehenden Wahl und der Wirkung des Umstandes, daß nicht alle Wahlberechtigten wählen, und bestimmte Gruppen als mögliche Wähler und somit als Auftraggeber ausfallen. Poole, Romer und Rosenthal (1987) untersuchen, nach welchen Kriterien „Political Action Committees“, die in den letzten Jahren zunehmend größere Anteile an der Finanzierung von Wahlkämpfen beisteuern, ihre Mittel auf die Kandidaten verteilen.

Der Hauptunterschied des ökonomischen Ansatzes zu den räumlichen Policy- und Ideologie-Modellen besteht darin, wie die genaue Entstehung der Präferenzen des Abgeordneten in einer bestimmten Abstimmung modelliert wird. Die ökonomischen Ansätze sagen zum Beispiel, daß ein Abgeordneter gegen ein bestimmte Gesetz stimmt, weil dieses gegen die Interessen seines Wahlkreises ist. Die räumlichen Modellierungen gehen hingegen davon aus, daß der Abgeordnete gegen das Gesetz stimmt, weil er es für zu liberal hält. Als Ansätze innerhalb des Paradigmas der

¹¹² „Die Politiker verwenden politische Konzepte und Aktionen einzig und alleine als Mittel zur Verfolgung ihrer privaten Ziele, die sie nur dadurch erreichen können, daß sie gewählt werden“ (Downs 1968: 27). Die eigentlichen Ziele der Abgeordneten sind für Downs Geld, Ansehen und Macht (ebenda).

¹¹³ Erfasst wird der Unterschied in der Nutzenerwartung aus der Amtszeit eines Kandidaten im Vergleich zu den anderen Bewerbern durch das erwartete bzw. gegenwärtige Parteiendifferential (Downs 1968: 38/39). Nutzen ist für Downs von Anfang an nicht nur materiell gedacht, auch wenn der eigene Vorteil des Wählers dabei stets im Mittelpunkt steht. Die Idee, daß der Wähler aus einer Politik einen Nutzen zieht, die für ihn keine materiellen Folgen – gleichviel ob positive oder negative – hat, ist mit Downs vereinbar (Downs 1968: 36).

rationalen Wahl ist beiden die Grundannahme über die Entscheidungsregel der Abgeordneten gemeinsam. Indem man die Entstehung von Idealpunkten in den räumlichen Modellen thematisiert, können beide Ansätze zu einem Ansatz kombiniert werden. In diesem kombinierten Ansatz gingen die Abgeordneten sowohl politischen als auch ökonomischen Aufträgen nach. Der Abgeordnete setzt die politischen Forderungen und die ökonomischen Interessen seiner Wählerklientel durch. Bezogen auf die oben genannten Beispiele könnte eine Modellierung der Abstimmungsentscheidung eines Abgeordneten in diesem kombinierten Ansatz so aussehen: Die Mehrheit der Wähler in diesem Wahlkreis hat bestimmte Interessen, die von dem konservativen Politiker eher berücksichtigt werden. Der Abgeordnete muß, um gewählt zu werden, eine konservative Position einnehmen und diese auch in seinem Abstimmungsverhalten beibehalten.

6.1.2. Probleme der empirischen Umsetzung von Wahlkreisinteressenansätzen¹¹⁴

Bei einem Überblick über die ökonomische Ansätze fällt auf, daß die untersuchten Gesetze häufig aus dem Bereich der Wirtschafts- und Umverteilungspolitik stammen. Dies ist ein typisches Problem der Umsetzung derartiger Ansätze. Selbst wenn die Erklärungen in hohem Maße erfolgreich wären, wäre die Repräsentativität der Ergebnisse für das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten insgesamt in Frage gestellt: Um das Abstimmungsverhalten vorherzusagen zu können, braucht die Untersuchung Informationen über die zu erwartenden Folgen eines Gesetzes für die Wahlkreise bzw. die „Auftragnehmer“. Am unproblematischsten geschieht dies durch die Auswahl eines Gesetzes mit ökonomischen Folgen. So fallen viele Gesetze als mögliche Untersuchungsgegenstände weg, nämlich solche, die keine wirtschaftlichen Folgen haben. Für Gesetze, die beispielsweise Wertfragen¹¹⁵ wie Abtreibung und ähnliches betreffen, sind keine wirtschaftlichen Folgeaspekte zu bestimmen, anhand derer man Aussagen über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten eines bestimmten Wahlkreises machen könnte. Hierdurch wird das Modell für diesen Themenbereich empirisch unanwendbar, mit der Folge, daß für diese Klasse von Gesetzen keine Aussagen zu machen sind. Gerade die Gültigkeit der Ergebnisse von Peltzman (1985), der besonders stark die ökonomischen Effekte auf das Abstimmungsverhalten betont, wird dadurch zweifelhaft, daß er als Untersuchungseinheiten ausschließlich Gesetze mit ökonomischen Bezug wählt (Peltzman 1985: 661). Was sagt ein derartig spezielles Modell über die generellen Beweggründe von Abgeordneten bei Abstimmungen aus? Selbst im Erfolgsfall kann man nur sagen, daß bei Gesetzen mit klaren ökonomischen Folgen für die Wahlkreise die ökonomischen Interessen der Wahlkreise das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bestimmen. Keinesfalls aber würde dies bedeuten, daß das ökonomische Modell die einzige Erklärung für das Abstimmungsverhalten insgesamt ist.

Ein weiteres Problem bei der Bestimmung der regionalen Charakteristika sind die Unterschiede innerhalb der Staaten und Wahlkreise. Obwohl die Datenbeschaffung meist auf der Ebene der Wahlkreise abläuft, wird selten die Möglichkeit thematisiert, daß ein Abgeordneter seine Amtszeit nur bestimmten Gruppen in seinem Wahlkreis verdankt und daher die Charakteristika des Wahlkreises als Ganzem nicht die entscheidende Rolle spielen können¹¹⁶. Selbst ein Design, das auf

¹¹⁴ Vgl. Jackson und Kingdon (1992) zu einem weiteren Vergleich der ideologischen und ökonomischen Modelle, insbesondere zu einer Kritik an der Messung von Ideologie über Ratings.

¹¹⁵ Es wäre theoretisch auch möglich, das Principal-Agent-Modell auch für nicht-ökonomische Wirkungen anzuwenden. Wenn die Bevölkerung eines Wahlkreises zum Beispiel vehement gegen Abtreibung ist, dann kann der Auftrag auch darin bestehen, ein Gesetz, das Abtreibung erlaubt oder erleichtert, zu verhindern, zumindest aber in der Abstimmung dagegen zu stimmen.

¹¹⁶ Die Unterscheidung zwischen geographischen Wahlkreisen und *electoral constituencies* geht auf Fenno zurück (vgl. Krehbiel 1993: 30). Dieser Unterschied zwischen dem Wahlkreis als Ganzem und dem Teil davon, der die Wählerschaft des Abgeordneten stellt, ist auch für die Beurteilung der Frage wichtig, inwiefern ein Abgeordneter bzw. ein Organ die Ideologie der Bevölkerung umsetzt (vgl. Berry, Ringquist, Fording und Hanson 1998). Für die allgemeine Aussage über Wahlkämpfe ist zu bedenken, daß die Zielgruppe eines politischen Unternehmers nicht alle Wahlberechtigten sind, sondern nur die Gruppen, die überhaupt wählen und möglicherweise für ihn stimmen würden.

die Erklärung des Abstimmungsverhaltens von Senatoren abzielt, steht vor diesem Problem. Bei diesen Untersuchungsdesigns wird angenommen, daß zwei Senatoren aus einem Staat die gleichen, durch die Charakteristika des Wahlkreises, in diesem Fall die eines Staates, induzierten Präferenzen haben. Wenn die Senatoren also die Interessen ihres Staates vertreten, sollten sie jeweils gleich abstimmen. Aber auch hier kann das Problem der Heterogenität innerhalb der Wahlkreise selbst und der Repräsentanz verschiedener Gruppen nicht ausgeschlossen werden. Hinzu kommt der Problembereich der gruppenspezifischen Unterstützung für den Wahlkampf eines Kandidaten, mit der sich zum Beispiel Fort, Hallagan, Morong und Stegner (1993) befassen. Die Studie dieser Autoren kommt zu dem Ergebnis, daß wenn die Wahlkreismerkmale detailliert genug gemessen werden, der Effekt der Ideologie der Abgeordneten sinkt (ebenda: 50). Im Gegenzug für die Wahlkampfhilfe einer entscheidenden, aber kleinen Gruppe kann der Abgeordnete gegen die offenkundigen Interessen seines Wahlkreises als Ganzem stimmen. Dies würde zwar das Principal-Agent-Modell an sich stützen, in einer Untersuchung über den Einfluß von Wahlkreischarakteristika würde es jedoch als falsche Vorhersage zu Buche schlagen. Poole und Rosenthal (1984) kommen bei einer Untersuchung des Abstimmungsverhaltens und der Positionen von Senatoren aus dem gleichen Staat und gleicher bzw. unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zu dem Schluß, daß die Senatoren eher politisch polarisiertere Gruppen repräsentieren als den *middle-of-the-road-voter*. Der Prinzipal des Abgeordneten muß daher nicht der gesamte Wahlkreis sein, doch die meisten Daten stehen jedoch nur auf Wahlkreisebene zur Verfügung. Das Principal-Agent-Modell steht also vor der Schwierigkeit, die Motive des Abgeordneten bei einer Abstimmung in einem hohen Genauigkeitsgrad aus nur sehr groben Merkmalen von Wahlkreisen rekonstruieren zu müssen. Dies gibt dem Modell von Anfang an schlechte Chancen.

6.1.3. Beispiele für eine empirische Umsetzung des Wahlkreisinteressenansatzes

Wichtigste Aufgabe einer empirischen Umsetzung dieser Modelle ist es, die „Nutznießer“ und „Nettozahler“ einer Politik zu bestimmen. Hierzu ist sowohl theoretisches als auch praktisches ökonomisches Hintergrundwissen notwendig. Es muß bestimmt werden, welche Gruppen, zum Beispiel welche Industrien, von einer Maßnahme profitieren. Dies ist bei abstrakten Maßnahmen wie Umsatzsteuererhöhungen wesentlich schwieriger – und auch von der Zugehörigkeit zu einer ökonomischen Schule abhängiger – als bei konkreten Gesetzesvorhaben, die einen relativ klar bestimmten Industriezweig, wie zum Beispiel die Autoindustrie betreffen. Die Auswahl der unabhängigen Variablen ist folglich oft eine „*fishing expedition*“ (Peltzman 1984: 183), bei der mit mehr oder weniger schlüssiger Argumentation eine Vielzahl von möglichen Variablen in die Untersuchung aufgenommen wird. Die eigentliche Auswahl der Variablen erfolgt schließlich nach deren Erklärungskraft. Die empirischen Umsetzungen derartiger Modelle reichen von Einzelfallstudien, die nur ein Gesetz (zum Beispiel Silberman und Durden 1976) untersuchen, über Studien für bestimmte Politikbereiche (Bernstein und Horn 1981) bis hin zu Schätzungen des Einflusses von Wahlkreischarakteristika im Zeitverlauf (Peltzman 1985). Entsprechend sind auch die Wahlkreischarakteristika, die als unabhängige Variablen in die Untersuchungen eingehen, unterschiedlich konkret. Im folgenden sollen einige empirische Untersuchungen zum Einfluß von Wahlkreischarakteristika auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten vorgestellt werden. Von besonderem Interesse ist hierbei die Frage, wie der Kreis der von einem Gesetz Betroffenen bzw. an einem bestimmten Ergebnis besonders interessierten Gruppen ermittelt wird und wonach sich also die Interessen des Abgeordneten in einer bestimmten Abstimmung bestimmen sollten. Die Befunde bezüglich der Rolle von Ideologie im Vergleich zu den ökonomischen Bestimmungsfaktoren sind sehr unterschiedlich. Nur Peltzman (1984) bleibt bei der These, daß Ideologie nicht wirksam bzw. ihr Effekt nur scheinbar sei.

Bernstein und Horn (1981) untersuchen am Beispiel der Energiepolitik das Ausmaß des Einflusses von ökonomischen Vorteilen für die Wahlkreise, aber auch von Parteizugehörigkeit und Ideologie

der Abgeordneten auf dessen Abstimmungsverhalten. Zusätzlich wollen sie die indirekten Effekte von Wahlkreismerkmalen untersuchen: Ein bestimmter Wahlkreis wählt eher einen republikanischen Abgeordneten, der wiederum eher responsiv gegenüber den Interessen bestimmter Gruppen ist.

Die abhängige Variable ihrer Studie ist ein Index, der die Opposition zu einer Gesetzgebung mißt, von der die großen Ölgesellschaften profitieren würden. Gebildet wird dieser Index aus dem Abstimmungsverhalten bei fünf einschlägigen Gesetzen. Die Wahlkreisinteressen werden über eine Variable eingeführt, die erfaßt, ob ein Staat Öl produziert oder nicht. Neben der Parteizugehörigkeit wird Ideologie über die ADA-Ratings¹¹⁷ gemessen (Bernstein und Horn 1981: 237-239). Das so spezifizierte Modell erklärt 79% der Varianz in dem Oppositionsindex, wovon alleine 74% durch die Ideologie erklärt werden. Ideologische Unterschiede schlagen sich bei beiden Parteien unterschiedlich stark in Opposition zu den großen Ölgesellschaften nieder, während sich die Abgeordneten aus ölproduzierenden und nicht ölproduzierenden Staaten hierin nicht unterscheiden. Es ist also nicht so, daß es bei Abgeordneten aus ölproduzierenden Staaten einen dämpfenden Effekt des Wahlkreisinteresses bei der Umsetzung von Ideologie in Opposition zu den Ölgesellschaften gibt, wie es der Fall sein sollte, wenn die Abgeordneten trotz ihrer ideologischen Position aus Rücksicht auf die Interessen ihres Wahlkreises nicht in Opposition zu den Ölgesellschaften gingen (Bernstein und Horn 1981: 242).

Kalt und Zupan (1984) untersuchen des Einflusses von Wahlkreischarakteristika und Ideologie am Beispiel des „Surface Mining Control and Reclamation Act“¹¹⁸, der von 1974 bis 1977 beraten wurde. Den Kreis der von diesem Gesetzesvorhaben Betroffenen bestimmen sie dabei sehr detailliert. Die abhängige Variable wird aus 21 Abstimmungen zu diesem Gesetzesprojekt konstruiert. Die unabhängigen Variablen erfassen quantitative Aspekte, unter anderem die Größe der ober- bzw. unterirdischen Kohlereserven, den Anteil der aus Kohle gewonnenen Elektrizität und die Größe des Anteils der Wahlberechtigten, die in einer Umweltschutzorganisation Mitglied sind. Zusätzlich wird der Aspekt berücksichtigt, daß nicht jede Gruppe ihr Interesse auch in Einfluß umsetzen kann (Kalt und Zupan 1984: 285-288). Die Hinzunahme von Ideologie, zunächst gemessen als unbereinigte Ratings¹¹⁹ der „League of Conservation Voters“, verbessert die Erklärungsleistung (R^2) des Modell von 25,99% auf 27,47% (Kalt und Zupan 1984: 290). Durch die Zerlegung des Ideologieindikators in eine dem Wahlkreis bzw. dem Senator zuzurechnende Komponente kann das Modell noch weiter verbessert werden (ebenda: 294), so daß Kalt und Zupan zu dem Schluß kommen, daß die ideologische Komponente nicht vernachlässigt werden darf.

Silberman und Durden (1976) versuchen eine Erklärung des Abstimmungsverhaltens im Bereich der Mindestlohngesetzgebung am Beispiel des „Fair Labor Standards Act“ von 1973 aus verschiedenen soziodemographischen und politischen Merkmalen eines Wahlkreises¹²⁰. Sie testen die Wirksamkeit der so gewonnenen unabhängigen Variablen in einem Probit-Modell mit drei Kategorien¹²¹. Alle Koeffizienten sind signifikant und haben die erwartete Richtung. Auch das

¹¹⁷ Das ADA-Rating ist ein Rating, das von der liberalen Interessengruppe „Americans for Democratic Action“ veröffentlicht wird. Wie alle Ratings erfaßt es, wie oft ein bestimmter Abgeordneter so abgestimmt hat, wie es der Position der jeweiligen Interessengruppe entspricht.

¹¹⁸ Inhaltlich ging es um die Verpflichtung der Bergbauunternehmen, Flächen auf denen im Tagebau Kohle und andere Rohstoffe gefördert wurden, zu renaturieren, was für die Unternehmen, die im Tagebau produzieren zu erheblichen Kosten führt und den unterirdisch fördernden Unternehmen einen Preisvorteil verschaffte.

¹¹⁹ Zu den Gesetzen, auf denen das Rating der LCV (League of Conservation Voters) beruht, gehörten keine Gesetze aus dem untersuchten Gesetzesprojekt (Kalt und Zupan 1984: 87).

¹²⁰ Silberman und Durden (1976: 318-322) nennen als Konsumenten des Gesetzes zum Mindestlohn die Gruppen bzw. Bevölkerungsteile, die von einer Annahme bzw. Ablehnung des Gesetzes profitieren: Gewerkschaftsmitglieder, Kleinbetriebe, jugendliche Arbeitskräfte, Niedriglohn-Beschäftigte und als regionale Variable den Umfang von arbeitsintensiver Industrie.

¹²¹ Silberman und Durden (1976: 323) untersuchen die Abstimmung über ein Substitut und die letzte Abstimmung. Untersucht wurden nur drei der vier möglichen Abstimmungskombinationen, nämlich Ja-Nein, also Ja bei der ersten

Gesamtmodell ist signifikant (ebenda: 325). Allerdings fehlt eine Ideologie-Variable, so daß man keinen Vergleich zur Erklärungskraft von ökonomischen und ideologischen Faktoren ziehen kann.

Peltzman sieht den Kongreß aus der für die ökonomischen Ansätze typischen Sichtweise des Principal-Agent-Modells¹²² und will zeigen „(...) that profound changes in congressional voting patterns over the course of the twentieth century can be traced mainly to corresponding changes in the economic interests of their constituents“ (Peltzman 1985: 656). In zwei Studien untersucht Peltzman (1984 und 1985) die Wirkung von Ideologie und kommt im Gegensatz zu fast allen anderen Studien zu dem Ergebnis, daß der gefundene Effekt nur ein Scheineffekt sei. Der Grund für die in anderen Studien gefundenen Effekte von ADA-Scores sei darin begründet, daß dieses Rating kein Indikator für Ideologie sei. Es sei vielmehr ein Sammelbecken für die diversen Effekte von Wahlkreisinteressen. Peltzmanns Untersuchungsdesign beruht auf der expliziten Annahme, daß der Abgeordnete nicht Interessen verfolgt, die sich aus den Charakteristika des Wahlkreises insgesamt ergeben, sondern nur die Charakteristika derer, die ihn unterstützen. Deshalb muß die Spezifikation der unabhängigen Variablen in mehreren Schritten erfolgen. Zunächst müssen die Charakteristika des Wahlkreises als Ganzem ermittelt werden. Dann müssen die Unterschiede zwischen den Merkmalen der Gruppen, die einen bestimmten Abgeordneten unterstützen, und denen, die dies nicht tun, ermittelt werden. Zusätzlich müssen die Merkmale der Gruppen identifiziert werden, die zu seinem Wahlkampf Mittel beisteuern (Peltzman 1984: 188). Um diese Variablen zu konstruieren, untersucht Peltzman, wovon die Stimmenanzahl eines Senators abhängt. Hierzu regressiert er diese auf mehrere Wahlkreismerkmale. Inhaltlich bedeutet dies zum Beispiel, daß die Wähler des Senators eher aus den ärmeren Schichten kommen, wenn das Medianeinkommen des Staates einen negativen Effekt auf die Stimmenanzahl eines Senators hat. Auf diese Weise will Peltzman die Interessen der den Senator Unterstützenden von den Interessen seiner Gegner unterscheiden. In einem nächsten Schritt untersucht Peltzman die Abhängigkeit des ADA-Ratings von verschiedenen Wahlkreismerkmalen: Den durchschnittlichen Merkmalen des Wahlkreises, den Merkmalen der Anhänger des Abgeordneten, dem Anteil von Wahlkampfmitteln, der aus Arbeitnehmerinteressengruppen stammt, sowie der Parteizugehörigkeit¹²³ des Abgeordneten. Mit der so spezifizierten Regressionsgleichung kann Peltzman die verwendeten ADA-Ratings zu 76% erklären (ebenda: 196). Bei der Erklärung des Wahlverhaltens bei einer Stichprobe von 331 Abstimmungen der Jahre 1979 und 1980 über Gesetze aus verschiedenen Bereichen findet Peltzman insgesamt kaum noch einen Effekt des ADA-Ratings, wenn die so definierten Charakteristika eingeführt wurden. Nur in einem von acht Politikbereichen, in der Sozialpolitik, hat das Rating immer noch einen starken Effekt (Peltzman 1984: 201-213). Peltzman kommt zu dem Fazit, daß der ideologische Effekt und auch der Unterschied zwischen den Parteien darin begründet liegt, daß sie verschiedene Wählergruppen vertreten und von verschiedenen Interessengruppen unterstützt werden, deren Interessen sie auch im Kongreß vertreten (Peltzman 1984: 210).

Eine interessante Kombination der ökonomischen und ideologischen Ansätze entwickelten Miller und Stokes (1963). Ihre Variante des Wahlkreismodells basiert nicht auf grob operationalisierten Wahlkreismerkmalen. Aufgrund von Interviews mit Abgeordneten, deren aktuellen Herausforderen und mit Wählern aus dem jeweiligen Wahlkreis untersuchen sie den Einfluß des politischen Willens des Wahlkreises auf das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten. Das dahinterstehende Modell

Abstimmung und Nein bei der zweiten, Ja-Ja und Nein-Ja. Die Kombination Nein-Nein wurde aus der Untersuchung ausgeschlossen. Die vorhandenen Abstimmungskombinationen werden nach dem Maß, in dem sie den Mindestlohn unterstützen geordnet.

¹²² „This article shows that congressional voting behavior can be analyzed usefully with a simple principal-agent model. This model, in which political competition constrains legislative agents to serve the interests of those who „pay“ for their services – with votes and other forms of political currency (for example, campaign funds) – is often the starting point for economic analysis of legislation“ (Peltzman 1984: 181).

¹²³ Die Parteizugehörigkeit ist für Peltzman kein ideologischer Effekt. Die Partei zahlt, wie jede andere Interessengruppe auch, mit Unterstützung für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten (Peltzman 1984: 208/9).

ist, daß der Abgeordnete auch politisch das tut, von dem er glaubt, daß es mit dem Willen des Wahlkreises übereinstimmt. Für den Politikbereich Bürgerrechte fanden die Autoren, daß sich der Abgeordnete in seinem Abstimmungsverhalten eher an dem Willen des Wahlkreises orientiert. Er stellt die Wünsche seiner Wähler also vor seine eigene Meinung. Allerdings orientiert sich der Abgeordnete in seinem Verhalten an seinen Wahrnehmungen der Wünsche der Wähler. Diesbezüglich fanden die Autoren, daß der Abgeordnete nicht allzu erfolgreich bei der Einschätzung der Meinung des Wahlkreises sei (Miller und Stokes 1963: 52).

Der Vorteil von Untersuchungsdesigns, die auf regional bestimmten Präferenzen der Abgeordneten beruhen, ist – bei allen mit der empirischen Umsetzung verbundenen methodischen Problemen – die Möglichkeit eines echten Tests. Hingegen steht bei den *vote-based measures* (Krehbiel 1993: 21) der Verdacht der Zirkularität im Raum¹²⁴. In einem ersten Schritt werden die eigentlichen Betroffenen einer Gesetzgebungsinitiative bestimmt und deren Verteilung über die Wahlkreise ermittelt. Daraus ergeben sich über die Annahme des Wiederwahlaxioms die Präferenzen der jeweiligen Abgeordneten, aufgrund derer man Vorhersagen über das Abstimmungsverhalten machen kann. Dies erfolgt unabhängig von dem zu erklärenden Verhalten des Abgeordneten. Die so ermittelten Präferenzen können schließlich an dem dokumentierten tatsächlichem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten getestet werden¹²⁵. Der Vorhersageerfolg hängt jedoch nicht alleine von der Korrektheit der dahinterstehenden Sichtweise des Abstimmungsverhaltens ab, sondern auch von der methodischen Umsetzung derselben. Auf deren Probleme und Ungenauigkeiten wurde bereits hingewiesen. Im Falle eines Mißerfolges kann dieser daher auf zwei Arten interpretiert werden: Die erste Schlußfolgerung ist, daß das Abstimmungsverhalten generell nicht durch die ökonomischen Kriterien der Wahlkreise zu erklären ist, sondern durch andere Kriterien. Ein solches kann zum Beispiel die ideologische Position des Abgeordneten sein, wie dies von Poole und Rosenthal (1997: 115-146) vertreten wird. Die Ideologie des Abgeordneten kann echt, d.h. die wahre Meinung des Abgeordneten sein, oder aber eine Einstellung, die der Abgeordnete angenommen hat, um damit Wähler zu gewinnen. Für die Analyse des Abstimmungsverhaltens spielt dies keine Rolle. Die zweite mögliche Interpretation ist, daß die Abgeordneten nach den Wahlkreisinteressen abstimmen, diese aber lediglich durch die benutzten Indikatoren und andere methodische Probleme, wie zum Beispiel Wahrnehmungsverzerrungen, nicht korrekt oder präzise genug erfaßt werden (Krehbiel 1993: 25).

6.2. Vergleich der Modelle des ideologischen und ökonomischen Abstimmungsverhaltens

6.2.1. Vergleich der Erklärungsleistung der beiden Modelle

Der gängigste Weg zwischen zwei Modellalternativen zu entscheiden, besteht darin zu bestimmen, wie gut sie auf die Beobachtungsdaten passen. In diesem Falle sind die Beobachtungsdaten die empirisch vorgefundenen Abstimmungsergebnisse. Für die Durchführung eines solchen Modellvergleichs wird zunächst bei einer gezielten oder zufälligen Auswahl von Abstimmungen

¹²⁴ Die auf Ratings basierende Bestimmung der legislativen Präferenzen von Abgeordneten bestimmen die Präferenzen der Abgeordneten aus deren bereits gezeigtem Wahlverhalten und verwenden die so gewonnenen Informationen als Vorhersagekriterium für das Abstimmungsverhalten bei den selben Gesetzen bzw. bei anderen Gesetzen. Da die Ratings in der Regel nur auf einer Auswahl von Abstimmungen beruhen, liegt keine Tautologie vor. Als Beispiel für die Kritik an der Verwendung der ADA-Scores, die erfassen, wie oft das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten bei einer Auswahl von Gesetzen während einer Legislaturperiode mit der zustimmenden oder ablehnenden Meinung der liberalen Interessengruppe der Americans for Democratic Action übereinstimmte, siehe Carson und Oppenheimer (1984).

¹²⁵ Ideologie und Wahlkreismerkmale können auch anders als über die Hinzunahme von Ratings in die ökonometrische Bestimmung der Idealpunkte kombiniert werden. Krehbiel und Rivers (1988) kombinieren bei ihrer Bestimmung der Idealpunkte von Senatoren bei der Mindestlohngesetzgebung Wahlkreismerkmale und das bei den untersuchten Abstimmungen gezeigte Abstimmungsverhalten.

das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten durch die unabhängigen Variablen des jeweiligen Modells vorhergesagt. Diese unabhängigen Variablen sind im ökonomischen Modell die Wahlkreischarakteristika bzw. die ideologischen Scores der Abgeordneten im Modell von Poole und Rosenthal. Die Ermittlung der Erklärungsleistung erfolgt in der Regel in Form einer logistischen Regression, wobei das Pseudo-R² bzw. die Quote der erfolgreichen Vorhersagen (Krehbiel 1993: 25) bestimmt wird.

Poole und Rosenthal (1997: 122ff) vergleichen die Erklärungskraft ihres zweidimensionalen räumlichen Modells auf Basis der NOMINATE-Ergebnisse mit verschiedenen Einzelfallstudien, in denen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten durch Wahlkreismerkmale erklärt wurde. Die methodische Umsetzung besteht in der Schätzung der Erklärungsleistung von drei verschiedenen Modellen. Das erste Modell sagt das Abstimmungsverhalten auf Basis von verschiedenen Merkmalen des Wahlkreises voraus. Das zweite Modell basiert auf den NOMINATE Scores als erklärenden Variablen. In einem kombinierten Modell werden beide Gruppen von unabhängigen Variablen in die Vorhersage des Abstimmungsverhaltens aufgenommen. Die hierbei eingesetzten statistischen Techniken sind lineare Regressionen¹²⁶, Probit- und Logit-Modelle. Die nachfolgende Tabelle faßt die Erklärungsleistungen der verschiedenen Modelle zusammen.

Tabelle 6-1: Erklärungsleistung verschiedener ökonomischer und ideologischer Modelle des Abstimmungsverhaltens im amerikanischen Kongreß am Beispiel verschiedener Einzelgesetze

Untersuchtes Gesetz	Erklärungskraft des rein ökonomischen Modells	Erklärungskraft des rein ideologischen Modells	Erklärungskraft des kombinierten Modells
Interstate Commerce Act 1887	.375 (R ²)	.702 (R ²)	.737(R ²)
Food Stamps 1964	.629 (Pseudo R ²)	.712 (Pseudo R ²)	.751 (Pseudo R ²)
Food Stamps 1967	.366 (Pseudo R ²)	.633 (Pseudo R ²)	.742 (Pseudo R ²)
Surface Mining Control and Reclamation Act (Kalt und Zupan 1984)	.210 (Adjusted R ²)	.490 (Adjusted R ²)	.553 (Adjusted R ²)

Nach Poole und Rosenthal (1997: 122ff)

Wie Tabelle 6-1 zeigt, sind die Ergebnisse bei den untersuchten Einzelgesetzen ähnlich: Das rein ökonomische Modell erklärt das Abstimmungsverhalten nur zu einem relativ geringen Anteil. Die ideologischen Modelle erklären das Abstimmungsverhalten deutlich besser. In der Kombination beider Variablengruppen erhöht sich die Erklärungskraft nur geringfügig. Die beiden einzelnen Modelle erfassen daher auch keine voneinander unabhängigen Erklärungsfaktoren: Der Anteil in der Variation des Abstimmungsverhaltens, der nicht durch die ideologischen Scores erklärt werden kann, kann auch nicht durch die zusätzliche Berücksichtigung von ökonomischen Faktoren erklärt werden. Er bleibt vielmehr durch unbekannte Faktoren, wie zum Beispiel Wahrnehmungsfehler, strategisches Verhalten oder *logrolling*, verursacht.

6.2.2. Alternative Designs zum Test des Wahlkreismodells

Die genaue Rekonstruktion von Wahlkreisinteressen ist generell schwierig und in hohem Grade

¹²⁶ Zu den Nachteilen des Linear-Probability-Modells zur Analyse von dichotomen abhängigen Variablen, vgl. Urban (1993: 19ff).

ungenau. Aufgrund dieser Umsetzungsprobleme bleibt eine entgeltliche Beurteilung des Wahlkreisinteressenmodells unsicher. Das Versagen des ökonomischen Modells kann man immer mit der schlechten Operationalisierung der Wahlkreismerkmale und – interessen erklären. Zusätzlich zu den Vergleichen der Erklärungskraft ideologischer und ökonomischer Modelle ist es daher notwendig, eine Möglichkeit zum testen dieses ökonomischen Modell zu suchen. Hierbei sollte man möglichst nicht auf die genaue Rekonstruktion der Wahlkreisinteressen angewiesen sein. Unabhängig davon, wie gut das Abstimmungsverhalten mit den für die Einzelfallstudie konzipierten und gemessenen Wahlkreischarakteristika vorhergesagt werden kann, müßten sich für die Betrachtung des Abstimmungsverhaltens insgesamt bestimmte Befunde ergeben, wenn das ökonomische Modell des Abstimmungsverhaltens zutrifft. Poole und Rosenthal (1997: 118/9) argumentieren, daß im Falle der Bestimmtheit des Abstimmungsverhaltens durch ökonomische Merkmale die einzelnen Abstimmungen voneinander völlig unabhängig sein sollten¹²⁷. Wie ein Abgeordneter bei einer Abstimmung stimmt, ist völlig unabhängig davon, was er bei anderen Abstimmungen tat. Es gibt dann keine ideologischen Gemeinsamkeiten, die verursachen, daß sich in verschiedenen Abstimmungen zu unterschiedlichen Themen immer wieder ähnliche Gruppen gegenüberstehen. In einem derartigen Abstimmungsverhalten sollten sich keine einfachen dimensional Muster finden lassen. Ein ein- oder zweidimensionales Modell, wie das von ihnen gefundene, sollte nie einen derartigen Erklärungserfolg haben wie ihn Poole und Rosenthal fanden. Das ein so einfaches Modell wie das von Poole und Rosenthal auf die Daten in dem Maße paßt, spricht daher gegen das Wahlkreismodell.

Zum anderen sollte das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten aus gleichen Regionen auch ähnlicher sein als das von Abgeordneten aus verschiedenen Regionen. Matching-Untersuchungsdesigns basieren auf dieser Annahme. Sie gehen davon aus, daß die beiden Senatoren eines Staates die gleichen Wahlkreisinteressen vertreten sollten. Welche unbekannt Merkmale des Wahlkreises das Abstimmungsverhalten auch bestimmen, sie sollten für beide Senatoren eines Staates gleich sein. Matching-Designs versuchen daher anhand des Abstimmungsverhalten der Senatorenpaare die Korrektheit des Wahlkreismodells zu testen. Diese Methode hat den Vorteil, daß auf eine genaue Bestimmung der objektiven Wahlkreisinteressen verzichtet werden kann. Stattdessen wird davon ausgegangen, daß die Senatoren auf irgendeine Art die Interessen des von ihnen vertretenen Staates in Erfahrung bringen und dementsprechend abstimmen. Problematisch ist an diesem Design allerdings zumindest zweierlei: Erstens sind die Wahlkreise im Falle der Senatoren die Staaten und daher in sich noch viel heterogener als die kleineren Wahlkreise der Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Unter dieser Bedingung ist es viel wahrscheinlicher, daß sich sowohl Gruppen finden lassen, die von dem Gesetz profitieren, als auch solche, die hiervon negativ betroffen werden. Der Senator hat somit keinen klaren Anhaltspunkt für die Auswahl der Option, die im Interesse des Wahlkreises liegt. Eng mit diesem Problem hängt der zweite Einwand zusammen: Die beiden Senatoren des Staates können von verschiedenen Wählerkoalitionen und mit der Unterstützung von verschiedenen Interessengruppen ins Amt gewählt worden sein. In diesem Fall vertreten sie dann jeweils verschiedene Klientele innerhalb des gleichen Staates. Aus der Orientierung an verschiedenen Prinzipalen resultiert dann auch ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten¹²⁸. Selbst eine niedrige Matching-Rate bedeutet daher ebenfalls keine eindeutige Widerlegung des Principal-Agent-Modells. Im folgenden sollen zwei Matching-Designs und ihre Ergebnisse vorgestellt werden.

¹²⁷ „In the simplest version, the agent would look at the constituents' interest on each roll call and vote those interest. The decision on each roll call would be uninfluenced by (that is, independent of) decisions on other roll call votes. Basically, in this standard, simple economic model of roll call voting, each issue is its own dimension and there is no linkage across votes“ (Poole und Rosenthal 1997: 118/9).

¹²⁸ Für diesen Einwand spricht, daß es Staaten gibt, die Senatoren aus beiden Parteien haben. Würde stets die gleiche Wählergruppenkoalition die Wahl entscheiden, sollten sich nur jeweils Senatoren aus der gleichen Partei finden lassen. Da dies nicht der Fall ist, ist es realistisch anzunehmen, daß die Senatoren ihren Wahlkampf auf verschiedene Zielgruppen ausrichten und auch deren Interessen verfolgen.

Poole und Rosenthal (1997: 119ff) beginnen mit einem einfachen Untersuchungsdesign: Wenn die Senatoren eines Staates in ihrem Abstimmungsverhalten durch Charakteristika des Wahlkreises bestimmt sind, sollten die Senatoren eines Staates stets gleich abstimmen¹²⁹. Die Erfolgsrate eines solchen Modells bestimmt sich auf die folgende Weise (Poole und Rosenthal 1997: 119): Jeder *roll call*, bei dem die beiden Senatoren eines Staates gleich abstimmen, zählt mit zwei „Erfolgen“. Stimmen sie verschieden ab, zählt dies als ein Erfolg und ein Mißerfolg des Modells - einer der beiden Senatoren hat nicht so abgestimmt, wie es den Interessen des Wahlkreises entsprach. Es bleibt zwar unbekannt, welcher von beiden Senatoren falsch abgestimmt hat, dies ist aber für die Beurteilung nicht von Interesse. Ein derartiges Untersuchungsdesign hat eine garantierte Erfolgsquote von 50%. Um einen überzeugenden Nachweis für die Wirkung von gleichen Wahlkreismerkmalen auf ein gleiches Abstimmungsverhalten zu erbringen, müßte die empirische Matching-Rate wesentlich höher sein. In einer Untersuchung für die Kongresse 80 bis 100 fanden Poole und Rosenthal jedoch nur einmal eine Erfolgsquote, die höher als 75% lag. In einer Erweiterung des Designs wurde die Parteizugehörigkeit mit berücksichtigt, wobei davon ausgegangen wurde, daß zumindest zwei Senatoren aus dem gleichen Staat und der gleichen Partei die gleiche Klientel vertreten. Wenn das Principal-Agent-Modell zutrifft, sollten diese Senatorenpaare auch gleich abstimmen. Als Fehler zählen in diesem Modell nur die Fälle, in denen die Senatoren eines Staates, die der selben Partei angehören, verschieden abgestimmt haben. Empirisch ist jedoch dieses aufwendigere Design nicht erfolgreicher als das vorherige Modell (ebenda: 120).

Auch Krehbiel (1993) interessiert sich für die Bedeutung von Wahlkreismerkmalen für das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten im Vergleich zu ideologischen Bestimmungsgründen. Krehbiel umgeht dabei das Problem der genauen Ermittlung und Bestimmung der Wahlkreischarakteristika, indem er ein Matching-Design wählt. Erst später wird zum Vergleich ein ideologisches Modell berechnet. Hierbei modifiziert Krehbiel die einfachen Matching-Modelle und baut sie zu drei verschiedenen Modellen aus, aus denen er Vorhersagen über die Matching-Rate ableitet. Vor dem Hintergrund dieser abgeleiteten Matching-Raten kann Krehbiel in einem zweiten Schritt die empirisch vorgefundenen Matching-Raten beurteilen (Krehbiel 1993: 26): Wenn eine bestimmte Matching-Rate vorgefunden wird, sollten bestimmte Modelle als mögliche Erklärungen hierfür ausscheiden, da die von ihnen vorhergesagte Rate nicht mit der beobachteten übereinstimmt. Die beiden zufallsbasierten Modelle liefern ein Null-Modell. Wenn die Abgeordneten aus gleichen Wahlkreisen überzufällig gleich abstimmen, dann sollte die empirische Matching-Rate über der dieser Zufallsmodelle liegen.

Das Fair-Coin-Modell nimmt an, daß die Senatoren bei jeder Abstimmung eine Münze werfen und entsprechend abstimmen. Inhaltlich bedeutet dies, daß das Abstimmungsverhalten eines Senators sowohl von den Merkmalen seines Wahlkreises als auch von dem Verhalten des anderen Senators desselben Staates völlig unabhängig ist. Alleine der Zufall bestimmt sein Abstimmungsverhalten. Folglich ist es von keinen Präferenzen geleitet. Dieses Modell ergibt eine Matching-Rate für das Abstimmungsverhalten des Senatorenpaares eines Staates von 0.5 über alle Abstimmungen einer Legislaturperiode hinweg¹³⁰.

Beim Unfair-Coin-Modell berücksichtigt Krehbiel, daß Abstimmungen im Senat nur selten sehr

¹²⁹ Selbst wenn man die Möglichkeit von *logrolling* zuläßt, sollte dies an der Vorhersage, daß Senatoren aus dem gleichen Wahlkreis auch gleich abstimmen, nichts ändern. Der Preis einer Stimme bemißt sich nach dem Interesse, das der Verkäufer daran hat. Wenn die Interessen der Senatoren durch die Merkmale ihres Wahlkreises bestimmt sind, sollten diese Interessen gleich und somit auch gleich teuer sein. Beim Stimmentausch werden dann solange die billigsten Paare gekauft, bis die notwendige Mehrheit erreicht ist. Ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten gäbe es in diesem Szenario nur, wenn der Käufer nur noch eine Stimme braucht.

¹³⁰ Für die Abstimmungen insgesamt sollte die Größe der legislativen Koalition um den Wert von 50% schwanken. Bei einem rein zufälligen Wahlverhalten mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% für Ja und 50% für Nein entscheidet alleine der Zufall über die Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes.

knapp ausgehen¹³¹. Das Fair-Coin-Modell, das von einer gleich großen Wahrscheinlichkeit für beide Stimmalternativen ausgeht, stellt in dieser Hinsicht vor dem Hintergrund der Häufigkeit von übergroßen legislativen Koalitionen keine realistische Modellierung dar. Ein Modell, das auf der Grundlage von reinen Zufallsüberlegungen die Wahrscheinlichkeit für ein matching zweier Senatoren bestimmen will, muß die von Abstimmung zu Abstimmung variierenden unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten für bestimmte Paarungen im Stimmverhalten berücksichtigen. So bestimmt sich zum Beispiel für eine Senatsabstimmung, bei der das Ergebnis 70 zu 30 Stimmen war, die Wahrscheinlichkeit, daß die Senatoren eines Staates aus zufälligen Gründen gleich abstimmen, mit $(0.7 * 0.7) + (0.3 * 0.3) = .58$. Sie liegt also höher als bei dem Fair-Coin-Modell. Wollte man von einer überzufälligen Matching-Rate sprechen, müßte die empirische matching-Rate noch höher sein¹³². Zur Bestimmung der vorhergesagte matching-Rate dieses Modells wird für alle Abstimmungen einer Legislaturperiode die erwartete Wahrscheinlichkeit eines *matchings* wie oben dargelegt bestimmt und dann ausgemittelt (Krehbiel 1993: 28-35).

Im Pure-Geography-Modell wird davon ausgegangen, daß das Abstimmungsverhalten der beiden Senatoren eines Staates perfekt durch die Annahme des Principal-Agent-Modells vorhergesagt werden kann. Dem Forscher sind dabei allerdings ökonomische oder soziodemographische Merkmale des Staates ebenso unbekannt wie der genaue Mechanismus, mit dem sie auf das Abstimmungsverhalten wirken. Da jedoch beide Senatoren den gleichen Staat, also auch die gleichen oder zumindest ähnliche Interessen vertreten, sollte ihr Abstimmungsverhalten auch gleich oder zumindest ähnlich sein. Träfe diese Modell zu, müßten die Senatoren eines Staates, als Agenten des gleichen Prinzipals, stets gleich abstimmen, was zu einer Matching-Rate von 1 führen müßte. Sowohl die empirisch zu erwartenden Ergebnisse, als auch die Vorhersagen werden auf jeden Fall im Bereich von 0.5 bis 1 liegen. Dies führt dazu, daß die Entscheidung für ein Modell schwer zu treffen ist. Die Ergebnisse von Krehbiel (1993: 28) für den 101sten Senat sind in der folgenden Tabelle 6-2 zusammengefaßt.

¹³¹ So ist im 101sten Senat die am häufigsten vorkommende Größe einer legislativen Koalition 100% der Senatoren (vgl. Krehbiel 1993: 27).

¹³² Erhöht wird die Matching-Rate des Unfair-Coin-Modells durch das tendenziell „harmonische“ Abstimmungsverhalten im Senat. Große legislative Koalitionen dominieren, was die Matching-Rate des Zufallsmodells *unfair coin* in die Höhe treibt. So beträgt die Matching-Rate bei einer Abstimmung, die mit 95 zu 5 Stimmen ausging, und von denen es in dem von Krehbiel untersuchten 101sten Senat 21 gab, 90% (Krehbiel 1993: 28).

Tabelle 6-2: Erwartete und beobachtete Matching-Raten im 101sten Senat.

Auswahl der Abstimmungen (Erläuterungen siehe Text)	Erwartete matching-Rate auf Basis des Unfair.-Coin-Modells	Beobachtet Matching-Rate ¹³³	Verbesserung (Erläuterung siehe Text)	Anzahl der Abstimmungen in der jeweiligen Auswahl
Alle	.69	.75	.06	638
Erste Auswahl	.60	.68	.08	495
Zweite Auswahl	.57	.66	.09	450
Knappe Abstimmungen	.50	.61	.11	96
Congressional Quarterly „key votes“	.56	.65	.09	31

Die empirisch vorgefundene matching-Rate für alle 638 Abstimmungen liegt mit 75% zwischen der Vorhersage des Fair-Coin-Modells und dem Wahlkreismodell¹³⁴. Die Zeilen „Auswahl 1“ und „Auswahl 2“ beziehen sich jeweils auf eine Teilmenge der Abstimmungen. Hierbei wurden in hohem Maße einmütige Abstimmungen, wie zum Beispiel 99 zu 1, willkürlich, d.h. ohne Bezug auf Inhalte, ausgeschlossen. Die Zeile „Knappe Abstimmungen“ bezieht sich auf eine Auswahl von Abstimmungen, die nahe an der 50-zu-50-Marke lagen. Die Zeile „Congressional Quarterly Key Votes“ ist eine willkürliche Auswahl von Gesetzen, die von der Congressional Quarterly Redaktion als politisch besonders bedeutsam eingestuft werden. Die Spalte „Verbesserung“ gibt an, um wieviel Prozent die Vorhersage der matching-Rate besser als das zufallsbasierte „unfair coin“-Modell wird, wenn man für Senatoren aus dem gleichen Staat jeweils auch ein gleiches Abstimmungsverhalten vorhersagt. Die Werte hierfür schwanken für die verschiedenen Teilstichproben um die 9%. Die Berücksichtigung des regionalen Aspektes ergibt also keine entscheidende Verbesserung. Eine analoge Analyse mit Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit der Senatoren kommt zu dem aus der Sicht von ideologischen Ansätzen wenig verwunderlichen Ergebnis, daß Senatoren aus dem gleichen Staat deutlich häufiger gleich abstimmen, wenn sie zusätzlich der gleichen Partei angehören: Die auf alle Gesetze bezogene Matching-Rate ist für republikanische Paare 83%, für demokratische Paare 85% und für gemischte Paare 62% (Krehbiel 1993: 29).

Als Vergleich für die Güte der Matching-Modelle nimmt Krehbiel ideologische Modelle, bei denen das Abstimmungsverhalten durch mehr oder weniger genaue ideologische Maße¹³⁵ vorhergesagt wird. Als ideologisches Vorhersagekriterium benutzt Krehbiel (1993: 30/1) das auch in anderen

¹³³ Die Matching-Rate für ein einzelnes Gesetz ist der Anteil der Paare von Senatoren aus dem gleichen Staat, die gleich abgestimmt haben an allen Paaren (Krehbiel 1993: 28).

¹³⁴ Rechnet man für ein einzelnes Senatorenpaar von den Wahrscheinlichkeiten für ein *matching* auf die Anzahl der Abstimmungen zurück, bei denen sie gleich bzw. verschieden abstimmen, so stünde zu erwarten, daß die Senatoren bei einer Matching-Wahrscheinlichkeit von 0,69, wie sie das Unfair-Coin-Modell vorhersagt und 638 Abstimmungen 440 mal gleich und 198 mal unterschiedlich abstimmen sollten, während die vorgefundene Matching-Rate einem Verhältnis von 478 zu 160 entspricht. Ein einfacher Chi-Quadrat-Anpassungstest zeigt, daß es extrem unwahrscheinlich (etwa 0,1%) ist, daß eine „wahre“ Matching-Wahrscheinlichkeit von 0,69 bei 638 Abstimmungen eine Matching-Rate von 0,75 hervorbringt, so daß man aus dieser Sicht das Unfair-Coin-Modell ablehnen kann. Gleiches gilt für das Fair-Coin-Modell.

¹³⁵ Krehbiel verweist auch auf die Ergebnisse von Poole und Rosenthal, die für den 101sten Senat mit ihrem einfachen zweidimensionalen Modell eine Erfolgsquote von 82% erreichen (Krehbiel 1993: 30).

Studien in verschiedenen Varianten eingesetzte ADA-Rating. Er kommt bei einem Vergleich der Vorhersageleistungen zu einem Befund, der ebenfalls die Überlegenheit des ideologischen Modells im Vergleich zum Wahlkreismodell stützt: Krehbiel interpretiert die in der Spalte „Verbesserung“ aufgeführten Unterschiede zwischen der vom Unfair-Coin-Modell vorhergesagten und der beobachteten Matching-Rate als alleine durch die gemeinsamen Wahlkreismerkmale verursachte Steigerung der Erklärungsleistung (1993: 28). Verglichen damit liegt selbst die Erklärungsleistung eines im allgemeinen als ungenau geltenden Ideologiemasses wie dem ADA-Rating deutlich höher. Für die *key votes* beträgt die dem Wahlkreismodell zuzurechnende Verbesserung 15% gegenüber dem Fair-Coin-Modell und 9% gegenüber dem realistischeren Unfair-Coin-Modell. Die Steigerung der korrekten Vorhersagen durch Berücksichtigung¹³⁶ der ADA-Ratings beträgt bezogen auf das Fair-Coin-Modell 30% und 25% für das Unfair-Coin-Modell. Sie liegt also ebenfalls deutlich über der des Wahlkreismodells (ebenda: 30). Krehbiel kommt bei seiner Interpretation der Ergebnisse im wesentlichen zu dem Schluß, daß selbst eine perfekte Kenntnis und Messung der abstimmungsrelevanten Wahlkreischarakteristika nur eine Steigerung der Erklärungsleistung in dem Ausmaß der in der Spalte „Verbesserung“ angegebenen Höhe zulassen würde (Krehbiel 1993: 28-31). Zur Vorhersage des Abstimmungsverhaltens seien daher *vote based measures*, wie eben das ADA-Rating, geeigneter als die Merkmale von Wahlkreisen (ebenda: 31).

An dieser Sichtweise sind zumindestens zwei Aspekte zu hinterfragen: Erstens ist es nicht unmittelbar einleuchtend, die Unterschiede zwischen Unfair-Coin-Quote und der beobachteten Quote als durch die Wahlkreise verursacht anzusehen. Zweitens ist zu thematisieren, ob man die Vorhersagequoten eines Matching-Designs so unmittelbar mit denen eines Probit-Modells vergleichen kann, wie Krehbiel dies tut. Krehbiel gibt keine Gründe dafür an, warum die Differenz zwischen der beobachteten und der durch das Unfair-Coin-Modell vorhergesagten Matching-Rate aufgrund der im Wahlkreismodell beschriebenen Mechanismen verursacht sein sollte. Er legt auch nicht dar, warum die beobachtete Matching-Rate die Obergrenze für die Erklärungsleistung eines Wahlkreismodells sein soll. Zudem berücksichtigt Krehbiel nicht die Problematik, daß selbst Senatoren aus dem gleichen Staat und aus der gleichen Partei unterschiedliche Klientele vertreten können. Dies kann sich in unterschiedlichem Wahlverhalten äußern. Wie bereits dargelegt wurde, erfaßt eine Matching-Rate, wie oft ein auf eine bestimmte Weise definiertes Senatorenpaar gleich abgestimmt hat. Ein Probit-Modell, wie es Krehbiel mit den ADA-Ratings und dem Abstimmungsverhalten benutzt, sagt dagegen das individuelle Abstimmungsverhalten vorher. Die Ergebnisse beider Verfahren sind inhaltlich nicht äquivalent und können daher nicht zu einem Vergleich der Güte zweier Modelle herangezogen werden. Man kann sich jedoch die Interpretation und den Vergleich der Erklärungsleistungen so veranschaulichen: Der Senat wird in zwei Gruppen – A und B – eingeteilt, in denen jeweils einer der Senatoren eines Staates ist. Für eine bestimmte Abstimmung sagt man vorher, daß der Senator in Gruppe B so abgestimmt hat, wie der aus dem gleichen Staat stammende Senator in Gruppe A. Gilt das Fair-Coin-Modell, dann kann man in der B-Gruppe das Abstimmungsverhalten von 25 Senatoren – also 50% – korrekt vorher sagen. Sagt man für jeden einzelnen Senator der B-Gruppe sein Abstimmungsverhalten aufgrund seines ADA-Ratings vorher, hat man eine Erfolgsquote von 80%. So gesehen kann man also sagen, daß das ADA-Rating um 30% besser ist, als das Fair-Coin-Modell.

Andererseits wäre selbst eine hohe Matching-Rate kein eindeutiger Beweis für das Wahlkreismodell: Ideologie hat auch regionale Aspekte. Der Grund, warum zwei Senatoren aus dem gleichen Staat gleich abstimmen, kann zudem darin zu suchen sein, daß sie trotz eventuell verschiedener Parteizugehörigkeit die selbe oder eine sehr ähnliche Ideologie vertreten. Dies kann wiederum die Folge einer spezifischen Ideologienachfrage seitens der Wähler sein, welche dazu führt, daß in diesem Staat nur die Anbieter einer bestimmten Ideologie eine Chance auf ein Amt haben. Die bevorzugte Ideologie einer Wählergruppe kann wiederum mit deren ökonomischen

¹³⁶ Krehbiel (1993: 30) berechnete ein Probit-Modell für das Abstimmungsverhalten mit dem ADA-Rating als einziger unabhängiger Variable.

Interessen zusammenhängen. Wie auch schon die Einzelfallstudien scheitern die Matching-Studien möglicherweise an einer zu ungenauen Bestimmung der Wahlkreis- und Wählermerkmale, die für das Abstimmungsmerkmale entscheidend sind.

6.3. Fazit: Ideologie als Abstimmungsdeterminante im Vergleich zu ökonomischen Faktoren

Die dargestellten Befunde sprechen dafür, daß ein ein- oder zweidimensionales räumliches Modell im Vergleich zu den aufwendigen und letztlich doch ungenauen ökonomischen Modellen das erklärungskräftigere und sparsamere Modell ist. Die Vorhersage des Abstimmungsverhaltens auf der Basis von Wahlkreismerkmalen erwies sich als nur wenig erklärungskräftig. Eine überzeugende Verbesserung der Erklärungsleistung durch die Hinzunahme von ökonomischen Faktoren in ein Ideologie-Modell tritt ebenfalls nicht ein. Durch die Konzentration auf Gesetze mit ökonomischen Folgen wird zudem die Repräsentativität der ökonomischen Modelle eingeschränkt. Auch konnten die auf matching-Designs beruhenden Studien keinen klaren Nachweis zugunsten des principal-agent-Modells führen. Über die Wirkung von Ideologie im Vergleich zu ökonomischen Faktoren oder noch spezielleren Auftraggebermodellen kann man jedoch aufgrund dieser Befunde keine abschließende Entscheidung treffen. Zum einen ist die Erklärung von Abstimmungen durch aus Abstimmungen gewonnenen Informationen (denn das sind die Ideologiemäße letztlich) nicht von der selben Qualität wie die Vorhersage von Abstimmungen aus völlig unabhängigen Ursachen. Zum anderen steht immer noch das Problem eines möglicherweise durch NOMINATE erzeugten Methodenartefakts im Raum. Dieser Aspekt soll nun nach der Nachzeichnung der Diskussion um Ideologie im amerikanischen Kongreß weiter behandelt werden.

7. Experimentelle Simulationen zum NOMINATE-Verfahren

7.1. Fragestellung

Die Frage nach dem Zusammenhang von Befund und Methode ist ein generelles Problem. Gleichwohl gibt es wohl kaum eine Diskussion, bei der inhaltliche Befunde und die Methode, mit der sie entdeckt wurden, so sehr vermengt sind, wie bei der Frage der Wirkung von Ideologie und dem NOMINATE-Verfahren. Wilcox und Clausen (1991: 395) fassen diesen Umstand wie folgt zusammen: „It seems clear that the methods employed by both those who argue for a policy dimension and those favoring a unidimensional interpretation influence the results“. Während die niedrigdimensionalen Modelle von Poole und Rosenthal von Anfang an auf speziell für die Anwendung auf Abstimmungsergebnisse entwickelten Entfaltungungsverfahren beruhen, verwenden die Policy-Vertreter eher Regressionen und clusteranalytische Verfahren. Die von verschiedenen Autoren vorgetragene Kritik an dem NOMINATE-Verfahren führt zu mehreren Fragen, welche über die Frage nach der richtigen Anzahl von Dimensionen hinaus gehen. Diese Fragen sollen die in diesem Abschnitt durch mehrere Tests des NOMINATE-Verfahrens bearbeitet werden: Ist NOMINATE dafür geeignet, tatsächlich genau die Struktur¹³⁷ zu finden, die auch vorhanden ist? Wovon hängt es ab, wie gut das Verfahren die wahre Struktur reproduzieren kann? Findet es womöglich selbst dann eine Struktur, wenn es in Wahrheit gar keine gibt? Kann es unterschiedliche Bedeutungen der Dimensionen für das Abstimmungsverhalten erkennen und auch Zusammenhänge zwischen den inhaltlichen Dimensionen reproduzieren?

Diese Fragen sind für die empirischen Abstimmungsergebnisse nicht zu beantworten. Die korrekte Anzahl der Dimensionen und die wahren ideologischen Positionen der Abgeordneten sind nicht

¹³⁷Die Bezeichnung „Struktur“ bezieht sich auf alle Merkmale einer räumlichen Repräsentation einer Legislative. Zur Struktur gehören zum Beispiel die Positionen und Gruppierungen der Abgeordneten sowie die Anzahl und die Bedeutung der Dimensionen.

bekannt. Eine Methode, die Fähigkeit eines statistischen Verfahrens wie NOMINATE, eine bekannte Struktur zu reproduzieren, zu testen, sind Monte-Carlo-Studien, wie sie von Poole und Rosenthal (1987: 62ff) selbst schon durchgeführt wurden. Hierbei benutzten sie als „wahre“ Daten solche, die von der NOMINATE Prozedur berechnet wurden. Der in den Simulationen verwendete Abstimmungsmechanismus entspricht dabei der in NOMINATE-Verwendeten Schätzformel für die Wahrscheinlichkeit, daß ein Abgeordneter auf eine bestimmte Art abstimmt. Man kann jedoch mit NOMINATE verschiedene Experimente durchführen, bei denen die „wahren“ Koordinaten, und auch die anderen Parameter völlig unabhängig von dem Verfahren bestimmt werden, mit dem man sie im eigentlichen Test wieder reproduzieren will. So kann man verschiedene Aspekte des Modells testen, ohne gleichzeitig das Modell zur Erzeugung der „wahren“ Daten einzusetzen. Im Gegensatz zu den von anderen Autoren wie Snyder und Koford durchgeführten Simulationen und Tests, bei denen die Frage der Dimensionalität im Vordergrund stand, soll das Augenmerk hier auch auf die Reproduktion von Konstellationen von Abgeordneten gelegt werden.

7.2. Ablauf der experimentellen Simulationen

7.2.1. Generierung des Datensatzes

Zuerst mußte eine „Wahrheit“ erzeugt werden, die das zur Verfügung stehende W-NOMINATE-Programm dann aus einem aus diesen „wahren“ Daten resultierenden Abstimmungsmuster mehr oder weniger gut reproduzieren sollte.

Hierzu wurden zwei Koordinatendatensätze für einen „Senat“ erzeugt, in dem zwei unabhängige und gleich wichtige Dimensionen das Abstimmungsverhalten bestimmen. Da ein Befund von Poole und Rosenthal der ist, daß es Perioden mit unterschiedlich vielen Gruppen von Abgeordneten gibt, war es auch von Interesse, wie gut W-NOMINATE derartige Gruppen identifizieren kann.

Die Koordinaten der Senatoren sind insgesamt willkürlich gewählt, jedoch so, daß sie in der ersten Konstellation eine grobe Einteilung in drei Gruppen ermöglichen. Dies entspräche zum Beispiel einem Senat, in dem die Gruppen der nördlichen Demokraten, der südlichen Demokraten und der Republikaner relativ klar getrennt sind. In der zweiten Konstellation befinden sich hingegen vier Gruppen von Abgeordneten. Im Unterschied zu D-NOMINATE, bei dem alle Dimensionen gleiches Gewicht haben, gewichtet W-NOMINATE die zweite und die restlichen Dimensionen mit einem dimensionenspezifischen Gewichtungsfaktor. Die aufgrund der kleineren Datenbasis auftretenden Identifikationsprobleme habe zur Folge, daß die von W-NOMINATE erzeugten Koordinaten innerhalb einer n-dimensionalen Sphäre mit Radius 1 um den Ursprung liegen (Poole und Rosenthal 1997: 249/50). Zumindest ein geringer Teil der Unterschiede zwischen Original und Reproduktion werden wohl auf diesen Umstand zurückzuführen sein.

7.2.2. Die simulierten Abstimmungsverfahren

Die Eingangsdaten für W-NOMINATE sind Abstimmungsmuster, also die Information darüber, welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat. Wie bereits bei der Darstellung des NOMINATE-Verfahrens erläutert wurde, wird dabei von Poole und Rosenthal ein – eventuell gewichtetes – euklidisches probabilistisches Abstimmungsmodell mit exponentieller Nutzenfunktion als Abstimmungsmechanismus angenommen. Über bedingte Zuweisungen in SPSS kann man relativ unaufwendig verschiedene Abstimmungsmechanismen simulieren. Die entsprechenden SPSS-Kommandos sind im Appendix Experiment angefügt. W-NOMINATE benötigt für eine Analyse eine bestimmte Mindestanzahl von Abstimmungen, um eine Schätzung durchführen zu können. Da allerdings bei der Simulation weder Enthaltungen noch Abwesenheit zugelassen wurden, genügte es im Prinzip, dreißig Abstimmungen zu simulieren. Die Standardfehler für die Schätzungen der Abgeordnetenkoordinaten waren dabei jedoch sehr viel höher, als in dem Ergebnis für den 85ten

Senat, der als Beispiel dem W-NOMINATE Programm beigelegt war. Aus diesem Grund wurde die Anzahl der simulierten Abstimmungen auf 100 erhöht. Die Positionen der Gesetze wurden ebenfalls willkürlich gewählt. Ziel war es jedoch, möglichst verschiedene *cutting lines* zu erzeugen. Hierdurch wurde dem Programm die Auswertung zu einem gewissen Grade erleichtert, indem die Variation im Abstimmungsverhalten verhindert wurde, daß sich Klumpungen bildeten. Für alle Simulationen wurden die gleichen Gesetzeskoordinaten beibehalten, um eine hierdurch erzeugte Variation der Ergebnisse auszuschalten. Dieses Vorgehen ist sicherlich insofern problematisch, als es bei unterschiedlichen Konstellation von Abgeordneten wohl nicht zu den selben Vorschlägen und damit zu *cutting lines* kommt. Die Grundidee des Experiments ist es, bei gegebenen Koordinaten durch verschiedene Abstimmungsmechanismen ein Abstimmungsmuster zu erzeugen, aus dem W-NOMINATE anschließend das originale Muster reproduzieren soll. Die hauptsächlich interessierende Frage war, ob W-NOMINATE wirklich zu Methodenartefakten neigt.

Für die erste Konstellation von Abgeordneten wurden die folgenden Abstimmungssimulationen durchgeführt:

- a) Die erste Abstimmungssimulation war eine Zufallsabstimmung. Es wurden für jeden Senator 100 Zufallszahlen im Bereich von 0 bis 1 erzeugt. Lag die Zahl im Bereich von 0 bis 0.5, stimmte er mit ja, ansonsten mit nein. Grund für die Durchführung dieser Simulation war der in der Diskussion um das Verfahren häufig anklingende Vorwurf, zum Beispiel von Koford (1989), das NOMINATE-Verfahren würde immer zu Ergebnissen kommen, auch wenn das untersuchte Abstimmungsverhalten relativ zufällig sei.
- b) Die zweite Abstimmungssimulation war eine einfache euklidische Version, ohne eine Zufallskomponente. Der Abgeordnete vergleicht die Distanz zu Gesetz 1 mit der zu Gesetz 2 und stimmt für das ihm näherliegende. Das Modell entspricht einem deterministischen Modell. Es ist daher zu erwarten, daß W-NOMINATE hier in der Reproduktion besonders erfolgreich sein sollte. Insbesondere stand die Frage im Mittelpunkt, ob es wirklich zu einem *blow up* des Programms kommt, wenn es auf eine Situation mit perfektem euklidischen Abstimmungsverhalten trifft und die korrekte Dimensionenanzahl vollständig in das Modell eingefügt ist. Rosenthal (1992) führt dies als ein Argument dafür auf, daß NOMINATE keine Dimensionen übersieht, indem es eine gut gewählte erste Dimension errechnet, welche dazu führt, daß die Wirkung von zusätzlichen relevanten Dimensionen unterschätzt wird. Wenn das Verhalten deterministischer Natur wäre, sollten die Ergebnisse von W-NOMINATE dies erkennen lassen.
- c) Die dritte Abstimmungssimulation beruhte ebenfalls auf einer ungewichteten euklidischen Distanz, wobei allerdings eine Zufallskomponente eingebaut wurde. Hierzu wurde in jede Abstimmungsbestimmung auf jeder Dimension eine normalverteilte Zufallskomponente hinzugefügt, die mit einer Standardabweichung von 0.1 um 0 schwankte. Poole und Rosenthal (vgl. Rosenthal 1992) entgegnet auf die Kritiken, daß die vorgebrachten Simulationen immer auf deterministischen und perfekt informierten Verhalten aufbauen. Die vorgebrachten Argumente hätten nur unter dieser Bedingung Geltung. Die Fragestellung dieser Simulation ist, ob die seitens der Kritik vorgebrachten Argumente unhaltbar werden, wenn das Abstimmungsverhalten nicht mehr deterministisch ist.
- d) Die vierte Abstimmungssimulation beruhte auf einer alternativen Distanzbestimmung, der sogenannten City-Block-Metrik. Hierbei werden die Distanzen zwischen den Koordinaten des Abgeordneten und des Gesetzes auf den beiden Dimensionen nicht in eine direkte Strecke zwischen den Koordinaten umgerechnet, sondern addiert. Inhaltlich bedeutet dies, daß die Abgeordneten Gesetze, die zumindest auf einer Dimension mit ihrem Idealpunkt übereinstimmen eher vorziehen, auch wenn die direkte Strecke größer ist als zu einem anderen Gesetz, das aber in beiden Dimensionen Unterschiede zum Idealpunkt des Abgeordneten aufweist. Diese Variante der Abstandsbestimmung wurde gewählt, um die Empfindlichkeit von W-NOMINATE gegenüber Verletzungen der Annahme euklidischer Präferenzen zu testen.
- e) Die fünfte Abstimmungssimulation beruhte ebenfalls auf einem deterministischem Abstimmungsmodell mit euklidischer Distanzbestimmung. Die erste Dimension wird hierbei gegenüber der zweiten vierfach gewichtet, d.h. alle Senatoren messen der ersten Dimension

viermal soviel Gewicht bei wie der zweiten. Für die rechnerische Umsetzung bedeutet dies, daß der Abstand zwischen dem Gesetz und der Position des Senators auf der ersten Dimension mit dem Faktor 4 multipliziert in die Abstandsbestimmung eingerechnet wurde. Die hier primär interessierende Frage war die, ob W-NOMINATE die Gewichtung angemessen reproduzieren kann.

Für die zweite Konstellation von Abgeordneten, mit vier Gruppen, wurde das deterministische ungewichtete, euklidische Abstimmungsverhalten sowie das ungewichtete, euklidische Abstimmungsverhalten mit Zufallskomponenten simuliert. Die SPSS-Kommandos für die Simulationen sind im Appendix Experiment enthalten.

7.3. Ergebnisse

Die Darstellung der Befunde erfolgt erst über die jeweilige Korrelationsmatrix, welche die Korrelationen der reproduzierten mit den originalen Dimensionen enthält, und danach über die Grafiken, welche jeweils die reproduzierten Konstellationen darstellen. Bei der Interpretation aller Ergebnisse ist stets zu beachten, daß sich zum Beispiel die Gewichtung immer auf die Konstellation bezieht, die W-NOMINATE berechnet. Findet man zum Beispiel in einer Reproduktion, daß die zweite Dimension doppelt so wichtig ist wie die erste, die Abgeordneten auf dieser Dimension aber viel dichter zusammenliegen als im Original, so sind Original und Reproduktion rechnerisch äquivalent. Die geringeren Distanzunterschiede in der Reproduktion werden stärker gewichtet, als die größeren Abstände im Original. In einer realen Analyse ist das Original jedoch unbekannt, und man interpretiert den Befund einer stärker gewichteten zweiten Dimension als inhaltliches Merkmal. Bereits diese Überlegung deutet darauf hin, daß die Befunde immer auf mehrere Arten zu interpretieren sind. Die von Poole und Rosenthal gezogenen Schlußfolgerungen sind nicht die einzig möglichen. Kriterium für die Beurteilung einer Reproduktion war die Wiedergabe von strukturellen Informationen des Originals: Die Verteilung der Abgeordneten, die Gewichtung der Dimensionen für das Abstimmungsverhalten, die Frage, ob die Dimensionen unabhängig sind oder nicht, all dies sind strukturelle Informationen, die das verwendete Verfahren entdecken sollte.

7.3.1. Die Drei-Gruppen-Konstellation

Die nachfolgende Tabelle zeigt für die erste Konstellation die Korrelationen zwischen den Koordinaten der Abgeordneten, wie sie durch W-NOMINATE für die verschiedenen Abstimmungssimulationen berechnet wurden.

Tabelle 7-1: Konstellation 1: Korrelationen zwischen originalen und reproduzierten Dimensionen

	xcoord	ycoord	euklid1	euklid2	error1	error2	gewicht1	gewicht2	city1	city2
ycoord	-.485									
euklid1	.870	-.786								
euklid2	.665	.295	.304							
error1	.820	-.876								
error2	.618	.349			.098					
gewicht1	.992	-.511								
gewicht2	-.024	.843					-.063			
city1	.784	--.880								
city2	.743	.176							.212	
faktor	-.862	.862	-.961	-.215	-.984	-.156	-.872	.503	-.965	-.329

Anmerkung: Erläuterung siehe Text; der Übersichtlichkeit halber wurden Korrelationskoeffizienten, die nicht interpretiert wurden, weggelassen.

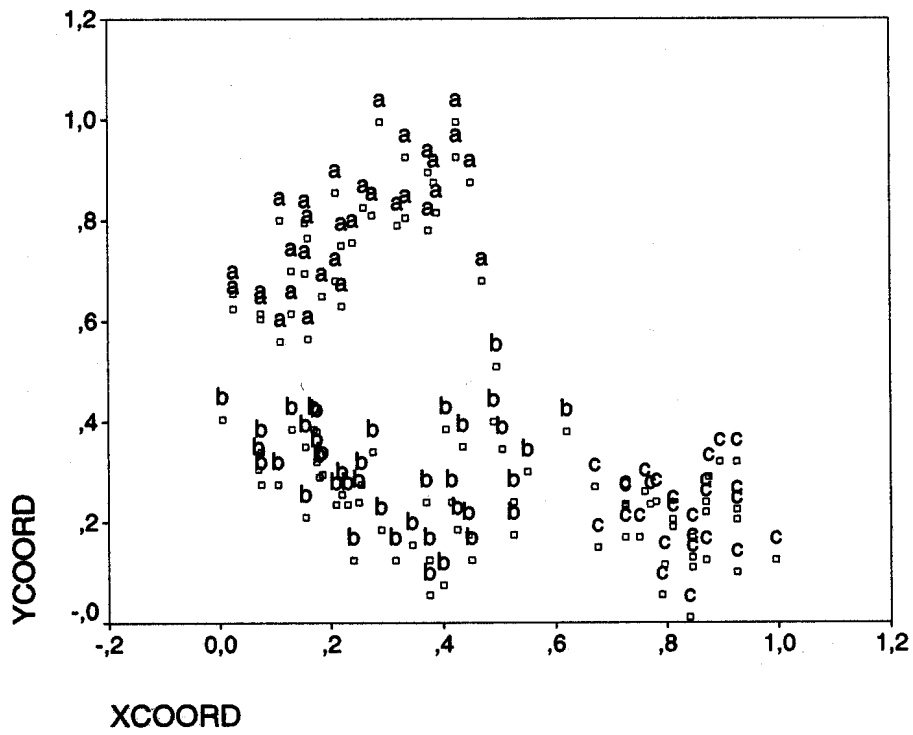
Die mit „faktor“ bezeichnete Zeile bezieht sich auf eine Faktoranalyse, bei der die beiden originalen Dimensionen zu einem Faktor kombiniert wurden. Die Faktorscores der Abgeordneten wurden in den Datensatz aufgenommen. Diese Achse repräsentiert eine stark erklärungskräftige Achse, wie sie nach den Argumenten der Kritik von NOMINATE-Bestimmt wird. Anhand dieser Achse kann man leichter erkennen, wie die von W-NOMINATE-Berechneten Achsen im Vergleich zu den originalen liegen. Die beiden originalen Dimensionen „xcoord“ und „ycoord“ korrelierten in dieser Konstellation mit -.485 relativ stark miteinander. Auch dies ist ein Merkmal, das reproduziert werden sollte. Zunächst wird die Simulation mit perfekt euklidischem Abstimmungsverhalten betrachtet, also die Einträge in den Zeilen „euklid1“ und „euklid2“. Es fällt auf, daß die erste von W-NOMINATE berechnete Dimension „euklid1“ ähnlich wie die Faktoranalyse stark mit beiden originalen Achsen korreliert. Die Korrelation von -.961 mit dem „faktor“ zeigt, daß diese erste Achse ebenfalls schräg durch die Abgeordneten Konstellation gelegt wird, allerdings mit anderer Richtung. Die zweite Achse „euklid2“ wird senkrecht dazu konstruiert. Die Korrelation der beiden originalen Dimensionen wird, mit umgekehrtem Vorzeichen, reproduziert, allerdings auch vom Betrag her geringer geschätzt.

Bei der Simulationen mit Zufallskomponente, „error1“ und „error2“, legt W-NOMINATE-Ebenfalls die erste Achse schräg zu den beiden originalen Achsen. Die Korrelation der beiden originalen Dimensionen wird allerdings nicht reproduziert, was einen inhaltlichen Fehler bedeutet.

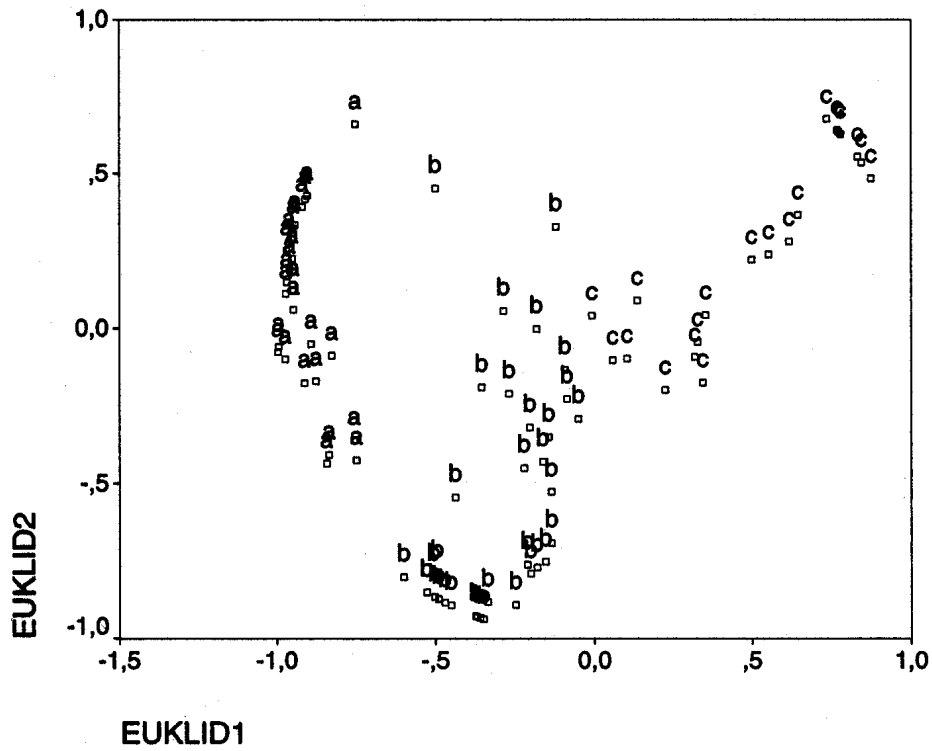
Bei der Simulation mit City-Block-Metrik, die Zeilen „city1“ und „city2“, werden die reproduzierten Achsen ebenfalls so gelegt, daß die erste Achse schräg zu den beiden originalen Achsen verläuft. Hier kann die Korrelation der originalen Dimensionen zumindest teilweise reproduziert werden. Die Ergebnisse ähneln am ehesten denen aus der perfekt euklidischen Simulation. Dies bedeutet, daß selbst wenn die Distanzbestimmung durch die Abgeordneten gemäß dieser Metrik erfolgen würde, die Annahme von euklidischen Distanzen immer noch eine gute Annäherung wäre.

Die Reproduktion der Simulation mit vierfacher Gewichtung der ersten Dimension in der Abstimmungssimulation, „gewicht1“ und „gewicht2“, legt hingegen die Achsen in etwa parallel zu den originalen Achsen. Die Korrelation des Originals wird allerdings eliminiert. Auch dies bedeutet einen inhaltlichen Fehler. Die Grafiken 7-1 bis 7-6 zeigen die originalen und die reproduzierten Koordinaten der Drei-Gruppen-Konstellation.

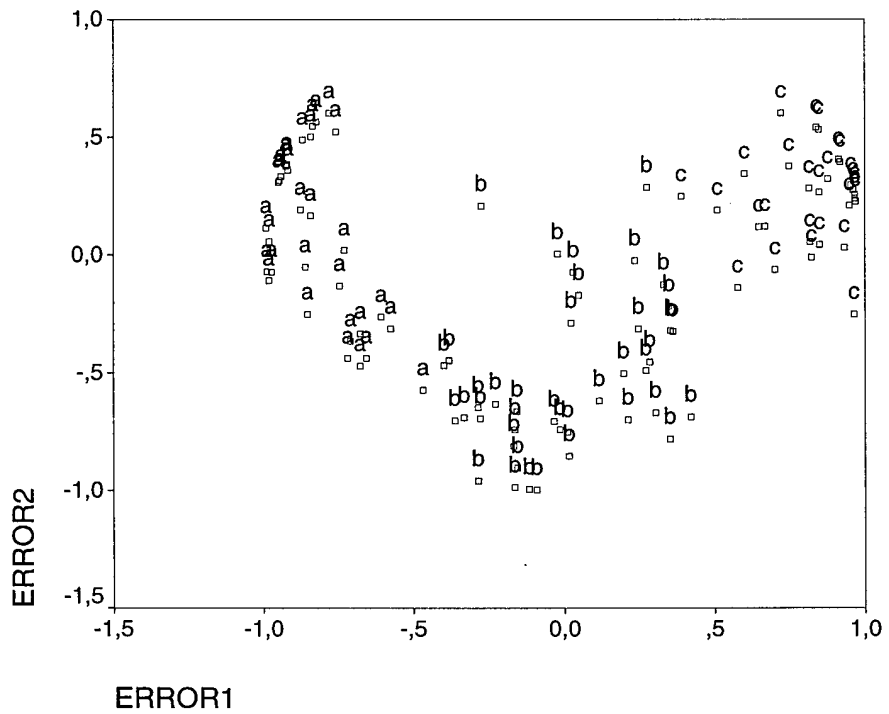
Grafik 7-1: Die wahren ideologischen Positionen der Senatoren in der Drei-Gruppen-Konstellation



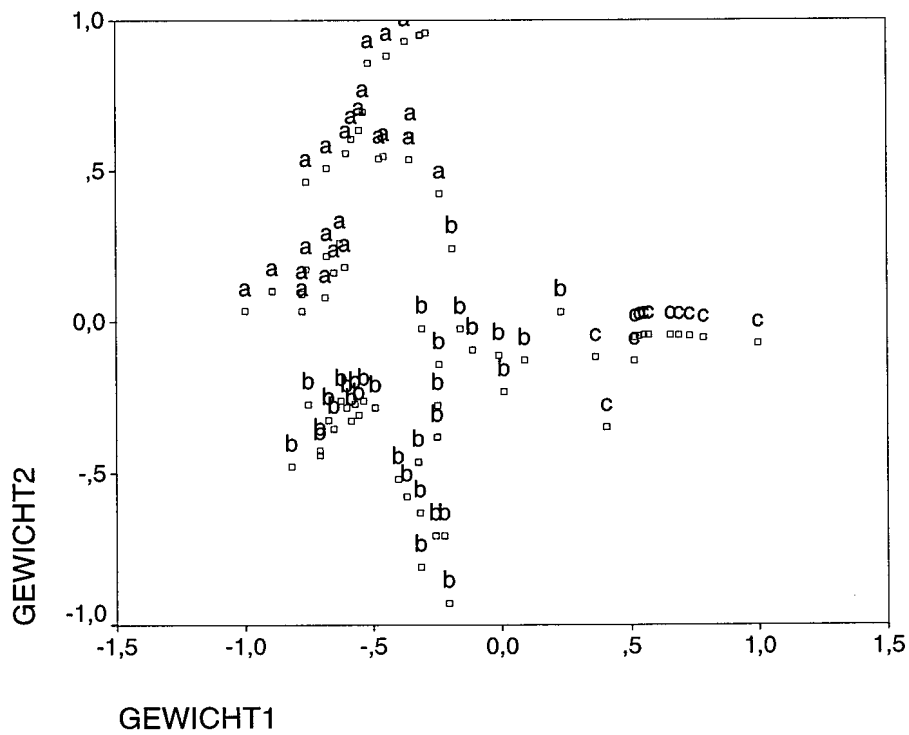
Grafik 7-2: Reproduktion bei der perfekt euklidischen Abstimmungssimulation



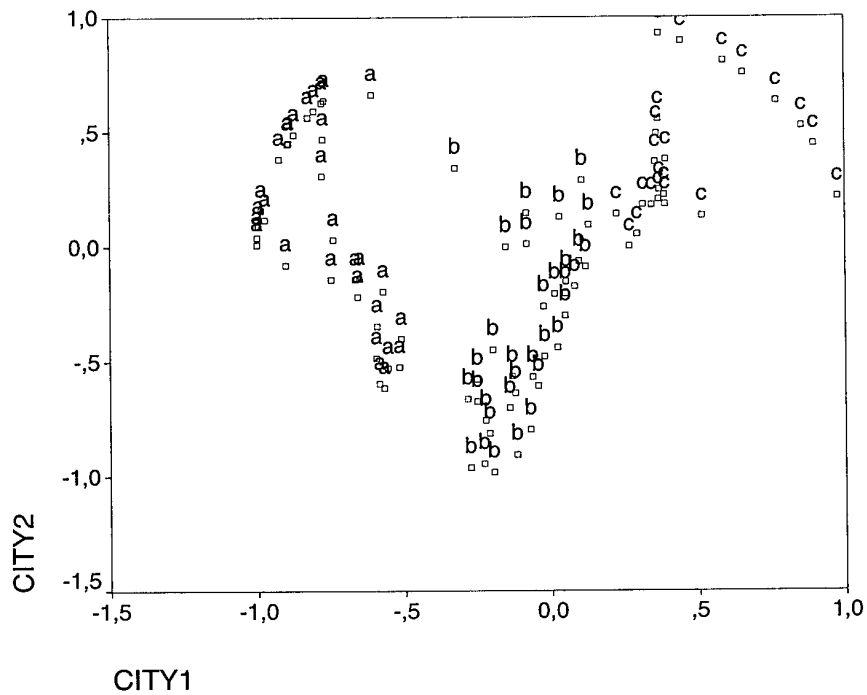
Grafik 7-3: Reproduktion bei der euklidischen Abstimmungssimulation mit Zufallskomponente



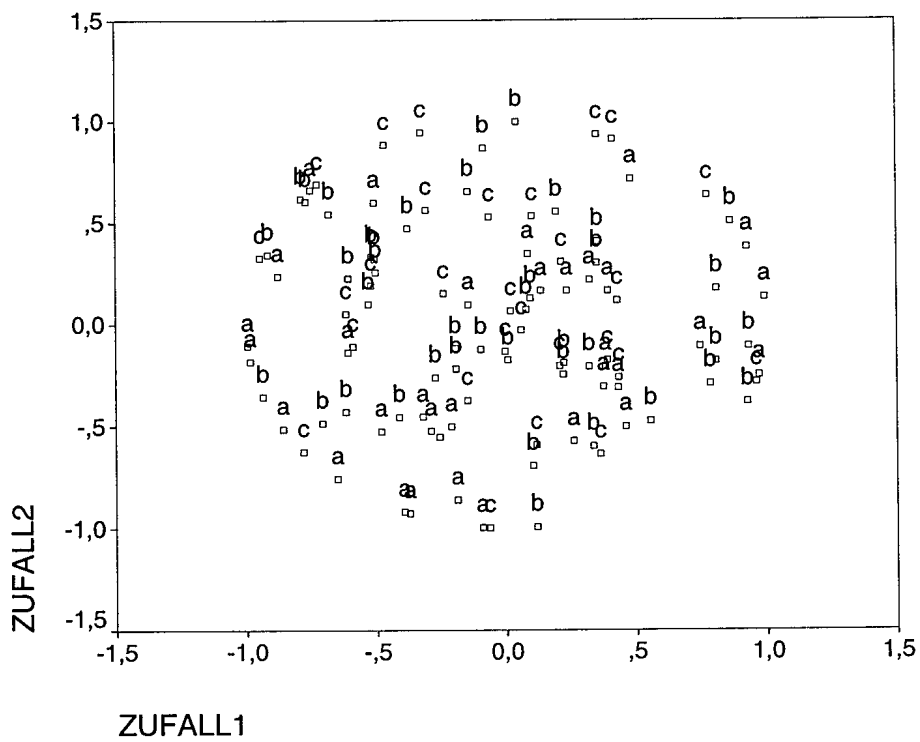
Grafik 7-4: Reproduktion bei der euklidischen Abstimmungssimulation mit gewichteten Dimensionen



Grafik 7-5: Reproduktion bei der Abstimmungssimulation mit City-Block-Metrik



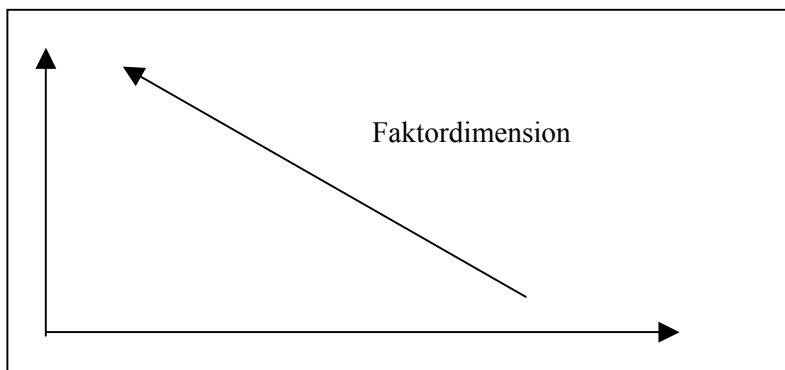
Grafik 7-6: Reproduktion bei einer Abstimmung mit rein zufälligem Abstimmungsverhalten



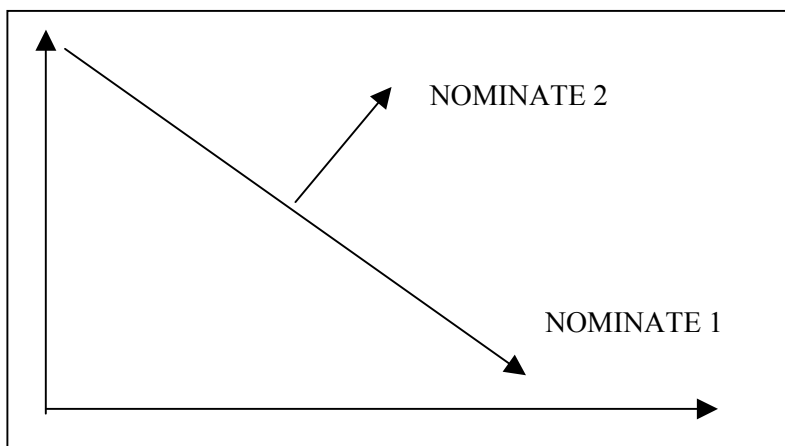
In der rein zufälligen Simulation kam es, wie erwartet, zu keiner Musterbildung und die Abgeordneten sind zufällig über den gesamten Raum verteilt. Alle anderen Reproduktionen kommen zu einer ungefähren Gruppeneinteilung. Diese stimmt jedoch nur in geringem Maße mit der originalen Konstellation überein. Die der originalen Konstellation am ähnlichste Reproduktion ist überraschender Weise nicht die Simulation mit dem perfekt euklidischen Abstimmungsmechanismus. Die Simulationen mit einem Zufallsterm bzw. mit gewichteter erster Dimension sind erfolgreicher. Sie reproduzieren die ungefähre Gestalt der Gruppen, während die anderen Reproduktionen die Gruppen zum Teil stark verzerrt wiedergeben. Es fällt auf, daß die Abgeordneten stärker auf bestimmte Koordinaten klumpen. Die Abgeordneten werden in den Reproduktionen als einander sehr viel ähnlicher eingeschätzt¹³⁸. Die Zuordnung in Gruppen kann ebenfalls nicht immer reproduziert werden. So könnte man für die gewichtete Simulation auch eine Einteilung in mehr als drei Gruppen vornehmen und in der Simulation mit der City-Block-Metrik ist ein Teil der C-Gruppe in die B-Gruppe eingegliedert. Insgesamt zeigt die Auswertung der Grafiken einen nur mäßigen Reproduktionserfolg.

Die Grafiken 7-7, 7-8 und 7-9 zeigen, wie W-NOMINATE die aus den jeweiligen Abstimmungssimulationen reproduzierten Dimensionen im Vergleich zu den originalen Dimensionen gelegt hat. Zur Bestimmung der Lage der reproduzierten Dimensionen dienten die Korrelationsmatrix und die räumlichen Darstellungen der reproduzierten Abgeordnetenkoordinaten.

Grafik 7-7: Lage der Faktordimension im Vergleich zu den originalen Dimensionen



Grafik 7-8: Lage der W-NOMINATE-Dimensionen in den Simulationen



Grafik 7-9: Lage der W-NOMINATE Dimensionen in den Simulationen bei Konstellation 1 mit

¹³⁸Diese Klumpung an den Rändern der Abgeordnetengruppen könnte eine Folge der Beschränkung der W-NOMINATE-Koordinaten auf eine Sphäre mit Radius 1 sein. Ab einer bestimmten Grenze schlägt sich ein extremeres Abstimmungsverhalten nicht mehr in einer noch extremeren Koordinate nieder.

gewichteter erster Dimension sowie für die Simulationen bei Konstellation 2



Die Achsenkonstruktion bei NOMINATE hat also starke Ähnlichkeit mit der von einer Faktoranalyse vorgenommenen, und die originalen Achsen werden zu einer neuen kombiniert.

7.3.2. Die Vier-Gruppen-Konstellation

Die nachfolgende Korrelationsmatrix zeigt für Konstellation 2 die Korrelationen zwischen den originalen Koordinaten der Abgeordneten und den Koordinaten, wie sie durch W-NOMINATE für die verschiedenen Abstimmungssimulationen geschätzt wurden.

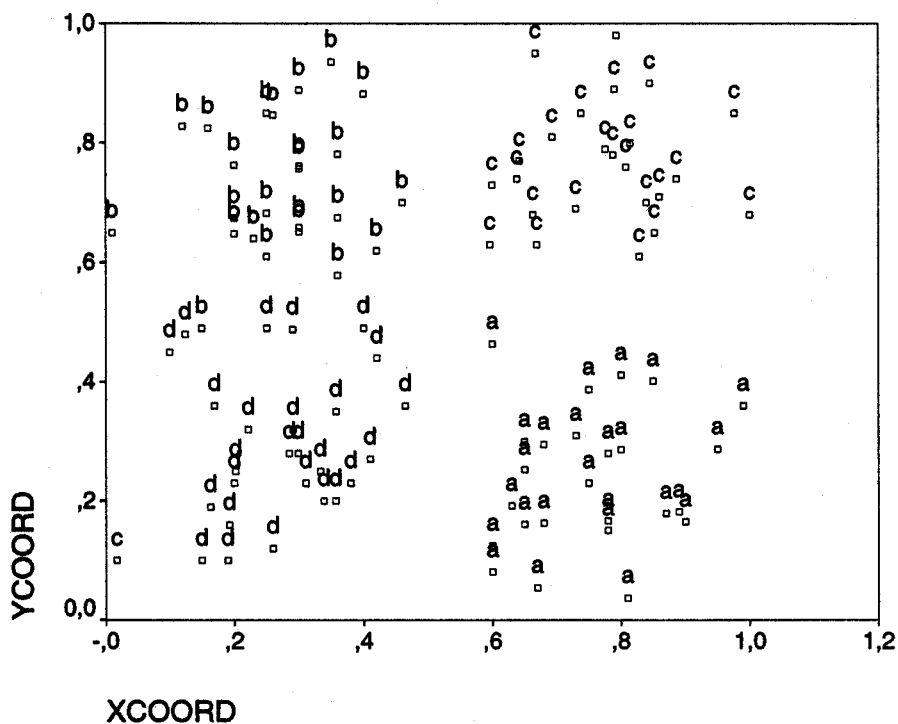
Tabelle 7-2: Konstellation 2: Korrelationen zwischen den originalen und reproduzierten Dimensionen

	xcoord	ycoord	euklid1	euklid2	error1	error2
ycoord	.050					
euklid1	.040	.988				
euklid2	.975	-.010	-.024			
error1	.122	.979				
error2	.964	-.081			-.010	
faktor	.725	.725	.709	.666	.760	.609

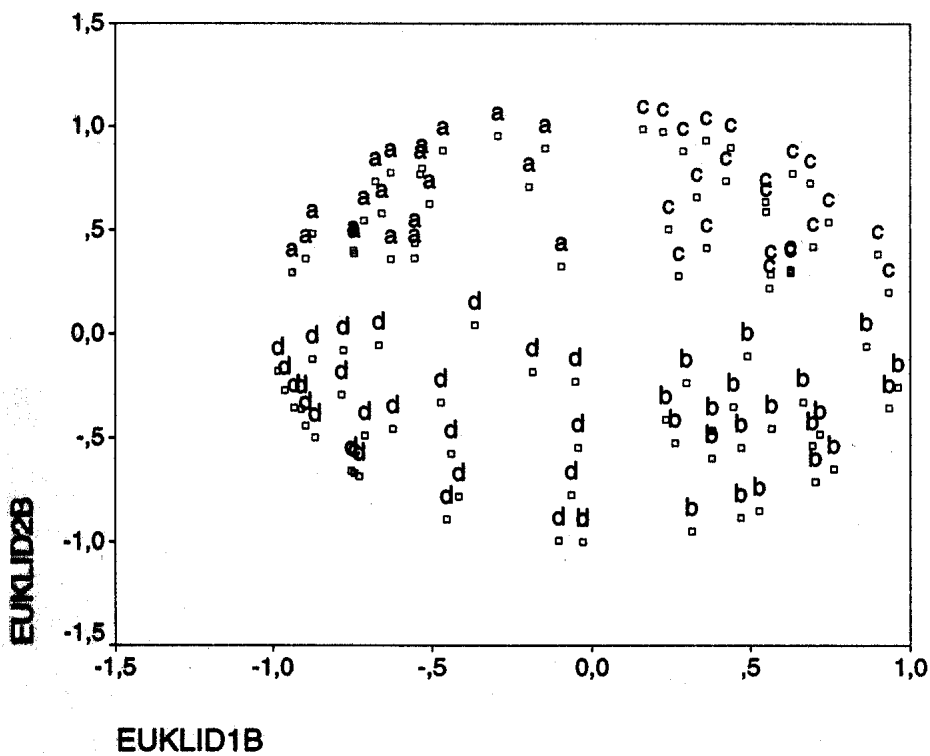
Anmerkung: Erläuterung siehe Text; der Übersichtlichkeit halber wurden Korrelationskoeffizienten, die nicht interpretiert wurden, weggelassen.

In dieser Konstellation waren die originalen Dimensionen auch statistisch unabhängig, was das Vorliegen zweier inhaltlich unabhängigen ideologischen Dimensionen bedeutet. Sowohl die Simulation ohne („euklid1“ und „euklid2“) als auch die Simulation mit Zufallskomponente („error1“ und „error2“) erlauben eine sehr gute Reproduktion der originalen Dimensionen, „xcoord“ und „ycoord“. Und zwar sowohl was die Reproduktion der Konstellation angeht, als auch das Merkmal inhaltlicher Unabhängigkeit zwischen den Dimensionen. Jeweils eine reproduzierte Dimension erfaßt, erkennbar an der hohen Korrelation, eine der beiden originalen Dimensionen. Zu einer Vermischung der originalen Dimensionen zu einer der reproduzierten Dimensionen kommt es nicht bzw. nicht in dem Ausmaß, wie es bei der Konstellation mit drei Gruppen und korrelierenden Dimensionen der Fall ist. Die nachfolgenden Grafiken zeigen die originalen und die reproduzierten Koordinaten der Abgeordneten.

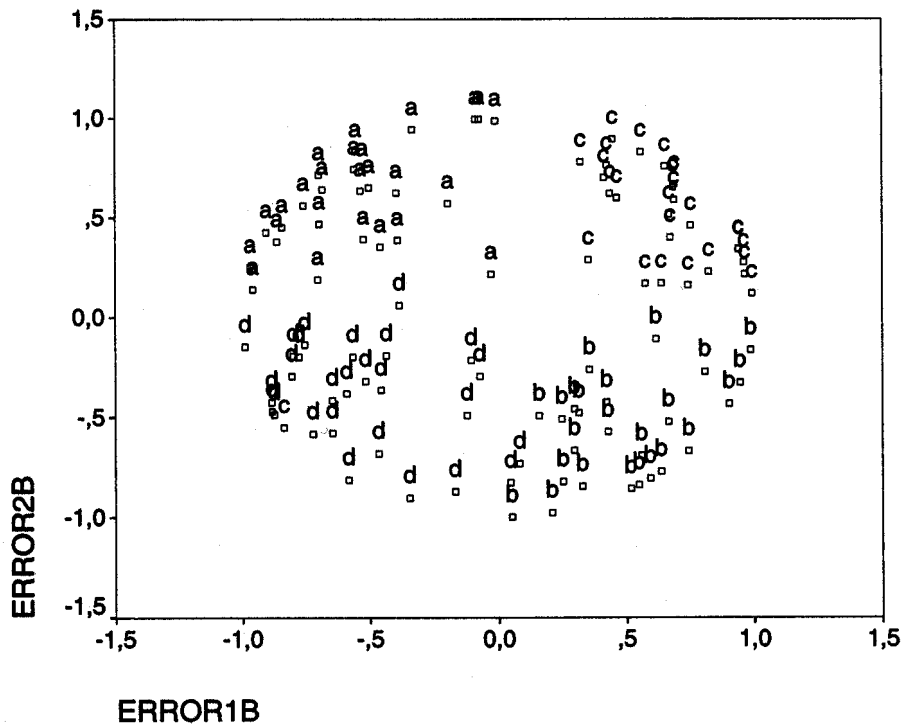
Grafik 7-10: Originale ideologischen Positionen der Senatoren in der Konstellation mit vier Gruppen



Grafik 7-11: Reproduktion bei der perfekt euklidischen Abstimmungssimulation



Grafik 7-12: Reproduktion bei der euklidischen Abstimmungssimulation mit Zufallskomponente



Insgesamt, das zeigen sowohl die Korrelationen als auch die Grafiken, wurde diese originale Konstellation in den Simulationen sehr gut reproduziert. Die Dimensionen sind zum Teil gespiegelt, was jedoch unproblematisch ist, da die Definition der Pole ohnehin auf Grund von inhaltlichen Vorkenntnissen getroffen wird. Allerdings zeigt sich bereits bei der Simulation mit Zufallskomponente, daß die Gruppeneinteilung auf Grundlage der Ergebnisse der Reproduktion anders vorgenommen würde, als dies im Original der Fall war. So würden Teile der B-Gruppe zur C-Gruppe zugeordnet.

7.3.3. Fittingmaße und sonstige Modellparameter

Ein weiteres Thema bei der Beurteilung der Simulationsergebnisse ist die Frage nach dem Fitting und der Reproduktion von anderen Modellmerkmalen, wie zum Beispiel der Gewichtung der Dimensionen und der Bedeutung der deterministischen Komponente im Vergleich zur Zufallskomponente. In D-NOMINATE sind die Gewichtungen für alle Dimensionen gleich. In W-NOMINATE werden sie dagegen ausgehend von vorgegebenen Startwerten frei geschätzt. Die Vorgabe von 0.5 für den Gewichtungsfaktor w entspricht der Gewichtung, wie sie auch in D-NOMINATE für alle Dimensionen gleich vorhanden ist und bedeutet inhaltlich, daß beide Dimensionen gleich wichtig sind. Wenn W-NOMINATE also zu dem Befund kommt, daß der Gewichtungsfaktor 0.5 beträgt, bedeutet dies, das beide Dimensionen gleich wichtig sind. Der deterministische Nutzenanteil berechnet sich im W-NOMINATE-Verfahren nach der Formel (Poole und Rosenthal 1997: 249):

$$u_{ijy} = \beta \exp \left[- \frac{\sum_{k=1}^s w_k^2 d_{ijk}^2}{2} \right]$$

Der Umstand, daß der Gewichtungsfaktor quadriert in die Gleichung einfließt, macht bereits kleine Unterschiede in dem Gewichtungsfaktor bedeutsam. So bedeutet ein w von 0.4, daß die zweite Dimension nur 64% der Bedeutung der ersten Dimension hat, bei 0.45 sind es dagegen noch etwa 80%. Ein w von 0.55 bedeutet hingegen, daß die zweite Dimension um etwa 20% wichtiger ist als die erste. Die nachfolgende Tabelle zeigt die geschätzten Werte für die *signal to noise ratio*, β , und den Gewichtungsfaktor der zweiten Dimension gegenüber der ersten sowie verschiedene Fittingmaße für die verschiedenen Konstellationen und Simulationen.

Tabelle 7-3: Kennzahlen der verschiedenen Modelle

Konstellation	Simulation	beta	Gewicht	Classified	GMP
	W-NOMINATE-Vorgaben	15.0000	.5000		
1	Euklidisch – ohne Zufallsterm	19.8948	.4668	.962	.902
	Euklidisch – mit Zufallsterm	14.2623	.5340	.865	.744
	Vierfach gewichtete 1. Dimension	41.8271	.5040	.996	.972
	City-Block-Metrik	17.2154	.5593	.966	.899
	Zufälliges Abstimmungsverhalten	18.4091	.5741	.612	.522
2	Euklidisch – ohne Zufallsterm	15.0819	.5455	.956	.869
	Euklidisch – mit Zufallsterm	14.8799	.5341	.860	.735

Die Spalte „beta“ enthält den jeweiligen beta-Koeffizienten des Modells, die Spalte „Gewicht“ den Gewichtungsfaktor für die zweite Dimension und die Spalte „Classified“ den Anteil der vom Modell korrekt vorhergesagten individuellen Abstimmungsentscheidungen. Die Spalte „GMP“ gibt die mittlere Geometric Mean Probability für das individuell gezeigte Abstimmungsverhalten an und ist ein Maß dafür, mit welcher Wahrscheinlichkeit das berechnete Modell, also die berechneten Abgeordnetenkoordinaten, zu dem vorgefundenem Abstimmungsverhalten führt.

Die Ergebnisse zeigen, daß man bei der Interpretation von in der Realität vorgefundenen Koeffizienten vorsichtig sein muß. Die zuerst interessierende Frage war, ob W-NOMINATE die vierfache Gewichtung der ersten Dimension erkennt und ob sich in dieser Simulation für das berechnete Gewicht der zweiten Dimension ein Unterschied zu den in den anderen Simulationen bestimmten Gewichtungsfaktoren finden läßt. Die geschätzte Gewichtung sollte das Original auch deswegen besonders gut reproduzieren, weil die reproduzierten Achsen in etwa parallel zu den originalen lagen und es zu keiner Kombination der Achsen kam. Die Strecken, die in die Distanzbestimmung und in die Gewichtung des reproduzierten Modells einfließen, entsprechen daher den originalen. Der erwartete Befund trat jedoch nicht ein. Mit einem Gewicht nahe an der Vorgabe berechnete W-NOMINATE in dieser Simulation ein Modell, in dem beide Dimensionen nahezu gleich wichtig sind. In den anderen Simulationen war die zweite Dimension fast immer wichtiger als die erste. Das Absinken des beta-Gewichtes, und auch der Fitting-Maße durch Hinzunahme einer Zufallskomponente ist ein positiv zu bewertender Befund, der mit den Erwartungen übereinstimmt. Allerdings kam es in keinem Fall zu einem *blow up* des Modells, wie ihn Poole und Rosenthal für den Fall vorhersagen, daß alle entscheidungsrelevanten Dimensionen in das Modell aufgenommen wurden und deterministisches Verhalten vorläge. Dies bedeutet, daß das NOMINATE-Verfahren immer eine Zufallskomponente findet, auch wenn keine existiert. Noch schwerwiegender sind die Befunde bei der zufälligen Simulation. Hier sollte der beta-Koeffizient den Wert Null annehmen oder zumindest stark absinken. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der hohe Wert des beta-Koeffizienten und die hohe Gewichtung der zweiten Dimension würden hier vielmehr die Vermutung nahelegen, daß eine oder mehrere Dimensionen noch nicht in das Modell aufgenommen wurden. In einer realen Auswertung bei unbekannter „Wahrheit“ würde man daher vermuten, daß man die niedrige Erfolgsquote bei den Vorhersagen dadurch Hinzunahme von weiteren Dimensionen noch stark verbessern könnte. Die Maße für „Classified“ und das „GMP“

gehen in die gleiche Richtung. Sie erlauben aber ebenfalls keine Entscheidung über ein Modell. Man kann wohl davon ausgehen, daß jeder Forscher zu diesem Themenbereich dem Abstimmungsverhalten eine gewisse Regelmäßigkeit, also Nicht-Zufälligkeit, unterstellt. Daher ist es wohl ebenfalls realistisch anzunehmen, daß man in einer Situation, in der man Befunde wie aus der rein zufälligen Simulation vorfindet, eher dazu tendieren würde, das Modell komplexer zu gestalten als zu konstatieren, daß das vorgefundene Verhalten zufällig ist.

7.3.4. Befunde zur Dimensionalitätsreproduktion durch W-NOMINATE

Eines der Argumente von Wilcox und Clausen (1991) sowie von Koford (1989) ist, daß eventuell vorhandene zusätzliche Dimensionen durch das verwendete Verfahren verdeckt oder in ihrer Bedeutung stark unterschätzt werden. Der Mechanismus des NOMINATE-Verfahrens schätze eine erklärungskräftige Dimension, die so viel Varianz wie möglich erkläre. Die Hinzunahme von zusätzlichen Dimensionen hätte dann nur noch eine geringe Erklärungssteigerungen zur Folge, und man komme daher – unberechtigterweise – zu dem Schluß, daß die zusätzlichen Dimensionen nicht relevant seien. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anteile der korrekt vorhergesagten Abstimmungsentscheidungen für die beiden Konstellationen und die verschiedenen Abstimmungsvarianten, wie sie von W-NOMINATE für Modelle mit verschiedener Anzahl von Dimensionen vorhergesagt werden.

Tabelle 7-4: Erklärungsleistung von Modellen mit verschiedener Dimensionalität

Konstellation	Modell	Eindimensional	Zweidimensional	Dreidimensional
1	Perfekt euklidisch	.915	.962	.972
	Euklidisch mit Zufallskomponente	.825	.865	.875
	City-Block-Metrik	.921	.966	.977
	Gewichtet	.960	.996	.997
	Zufallsmodell	.586	.612	.635
2	Perfekt euklidisch	.752	.956	.968
	Euklidisch mit Zufallskomponente	.752	.860	.871

Aufgrund der schrittweise nacheinander erfolgenden Schätzung der Dimensionen sind die Modelle direkt vergleichbar. Es ist nicht so, daß NOMINATE für ein dreidimensionales Modell eine völlig andere Schätzung vornimmt (was vor dem Hintergrund der Dimensionalitätsfrage eigentlich sinnvoller wäre). Vielmehr ist die Schätzung des dreidimensionalen Modells bis einschließlich der zweiten Dimension mit dem zweidimensionalen Modell identisch. Die dritte Dimension wird danach zusätzlich geschätzt (Poole und Rosenthal 1997: 238). Die Befunde entsprechen genau der vorgebrachten Kritik: Die erste Dimension wird so gelegt, daß sie mehr Varianz erklärt, als die erste originale Dimension verursacht. Dadurch erklären die später berechneten Dimensionen weniger Varianz, als sie in Wahrheit verursachen. Die Erklärungsleistung der Modelle steigt zwar bei allen Simulationen beim Übergang von einem eindimensionalen auf ein zweidimensionales Modell an, die Bedeutung der zweiten Dimension wird jedoch überall unterschätzt: Lediglich in Konstellation 2, also bei vier Gruppen und auch nahezu vollkommener statistischer Unabhängigkeit der Dimensionen, deutet das Ergebnis auf eine zweite Dimension hin, deren Bedeutung aber auch hier unterschätzt wird. Der von Poole und Rosenthal (1991: 956) vorgebrachte Einwand, daß die Argumente von Koford und Snyder nur für perfektes euklidisches Verhalten gelten, kann durch die Simulation nicht gestützt werden. Der Befund, daß die erste Dimension scheinbar alles erklärt, findet sich auch in Modellen mit Zufallskomponente. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, daß die Ergebnisse von W-NOMINATE nicht erkennen lassen, daß in den verwendeten Abstimmungsdaten

keine zusätzliche dritte Dimension vorhanden ist. Folgt man der Argumentation, daß sich zusätzliche relevante Dimensionen in aus Gründen der Methode nur in umso marginaleren Verbesserungen äußern können, je mehr Dimensionen bereits geschätzt sind, könnte man auch die Verbesserung durch die Hinzunahme der dritten Dimension als ein Indiz für eine zusätzlich vorhandene Dimension ansehen. Zufall und zusätzliche Dimensionen sind daher anhand der Verbesserungen in der Vorhersage nicht zu unterscheiden.

7.4. Fazit zu den experimentellen Simulationen

Ein wahrscheinlicher Einwand gegen die hier durchgeführten Simulationen und die sich daraus ergebenden Befunde ist sicherlich, daß insgesamt nur wenige Abstimmungen untersucht wurden. Zudem waren die vorgegebenen Gesetzeskoordinaten und die daraus resultierenden *cutting lines* möglicherweise nicht geeignet, es W-NOMINATE zu ermöglichen, die korrekte Konstellation zu reproduzieren. Das NOMINATE-Verfahren schließt *roll calls* mit weniger als 2,5% Stimmen auf einer Seite von der Analyse aus. Ein Beispiel hierfür wäre eine einstimmige Abstimmung. Desweiteren waren die Konstellation der Abgeordneten verschieden, die *cutting lines* aber konstant. Daher unterscheidet sich die Anzahl der in die Analyse aufgenommenen *roll calls* leicht zwischen den verschiedenen Simulationen und Konstellationen. Mit diesem Problem hat allerdings auch die Analyse von realen Abstimmungsdaten zu kämpfen: Von den 301 *roll calls* im 85sten Senat erfüllten 52 diese Anforderung nicht. Es standen also in einem realen Anwendungsfall immer noch mehr als doppelt so viele Abstimmungen zur Verfügung, als hier simuliert wurden. Es zeigte sich im Laufe der Simulation, daß die Ergebnisse auf Basis der Simulation mit 100 Roll-Call-Abstimmungen insgesamt besser mit der vorgegebenen „Realität“ übereinstimmten, als die Ergebnisse aufgrund der in einem vorherigen Durchgang durchgeführten Simulation mit nur 30 Roll-Call-Abstimmungen. Allerdings konnte NOMINATE auch auf Basis dieser wenigen *roll calls* dem gezeigten Verhalten der Abgeordneten eine hohe Wahrscheinlichkeit zuweisen, obwohl die reproduzierten Koordinaten selbst die originalen Daten nicht gut reproduzierten. Grafisch gesehen klumpen die Koordinaten der Abgeordneten in der zweiten Simulation, d.h. mit 100 *roll calls*, sogar mehr, d.h. die Gruppen sind noch dichter gepackt als in den Originaldaten, während in der Simulation mit nur 30 simulierten *roll calls* die Streuung innerhalb der originalen Gruppen in den Reproduktionen besser erhalten blieb. NOMINATE schätzt ein Ergebnis, das mit hoher Wahrscheinlichkeit das vorgefundene Abstimmungsverhalten hervorbringen kann. Wie dieses Ergebnis jedoch aussieht, ist in hohem Grade durch die Annahmen bestimmt.

Der gravierendste Unterschied in der Qualität der Reproduktion besteht nicht zwischen zwei Abstimmungsvarianten, sondern zwischen den Konstellationen selbst. Wie gut eine Konstellation reproduziert wird, hängt von dieser Konstellation selbst ab. Sind zwei miteinander korrelierende Dimensionen vorhanden, gelingt die Reproduktion erheblich schlechter als bei nicht-korrelierenden. Auch das ist ein Befund, der sowohl für deterministische Abstimmungsmechanismen wie auch solche mit Zufallsterm gilt. Wenn die originalen Dimensionen korrelieren, dann erklärt die erste von NOMINATE geschätzte Dimension noch mehr Varianz, die Schlußfolgerung, daß nur eine Dimension notwendig sei, liegt noch näher. Auch die diesbezügliche Argumentation von Koford (1989: 950) bestätigt sich also. Da sich die deterministischen Simulationen nicht grundlegend von den Simulationen mit Zufallskomponente unterscheiden, kann auch das hierauf beruhende Gegenargument von Poole und Rosenthal, alle von den Kritikern vorgebrachten Argumente hätten nur bei deterministischem Verhalten Geltung, nicht gestützt werden. Die Kombination von unabhängigen Dimensionen zu einer erklärungskräftigen Dimension bei gleichzeitiger Unterschätzung der Bedeutung der zusätzlichen Dimension findet sowohl bei deterministischen wie auch bei nicht-deterministischen Simulationen statt.

NOMINATE sucht – und findet – das Modell, das es dem Abstimmungsverhalten unterstellt. Es kann weder ein deterministisches Verhalten noch ein rein zufälliges Verhalten als solches erkennen. Auch die ausgegebenen Maßzahlen lassen das Vorliegen solcher Situationen nicht erkennen. All diese Befunde wecken Zweifel daran, ob es möglich ist, mit NOMINATE wirklich etwas zu

entdecken, ohne daß die Annahmen das Ergebnis vorprägen.

Wenn man aber zum Beispiel weiß, daß es zwei Dimensionen gibt und die Abgeordneten ein euklidisches Abstimmungsverhalten zeigen, dann kann NOMINATE die Koordinaten der Abgeordneten auf diesen Dimensionen gut berechnen. Die wirkliche Abgeordnetenkonstellation und das wirkliche Verhalten können dabei im Detail sehr unterschiedlich sein und möglicherweise auch allen Annahmen über rationales Verhalten und räumlichen Abstimmungsmodellen widersprechen. Im Prinzip können sehr viele Abstimmungsmechanismen, Abgeordnetenkonstellationen, Varianten von Gewichtung und Anzahl der Dimensionen ein Abstimmungsmuster erzeugen, aus dem NOMINATE ein völlig anderes Ergebnis berechnen kann. Auch dieses Ergebnis wird das empirisch vorgefundene Abstimmungsmuster sehr gut erklären, so daß man das angenommene – und dem Verfahren zugrundeliegende – Modell als gültig akzeptiert. Die Simulationen mit unterschiedlicher Anzahl von Dimensionen nötigen zu dem Schluß, daß NOMINATE zur Feststellung der korrekten Anzahl von Dimensionen nicht geeignet ist. Der unerklärbare Rest in der Variation der Abstimmungen kann zufallsbedingt sein, aber auch all die Dimensionen enthalten, die durch das Verfahren verwischt werden. Vollwertige Dimensionen können sich durchaus in minimalen Erklärungsverbesserungen äußern. Eine Entscheidung zwischen dem Policy-Modell und dem Ideologie-Modell kann daher auf Grundlage der Ergebnisse von NOMINATE nicht getroffen werden.

8. Externe Validierung der NOMINATE-Befunde

8.1. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen externen Validierung

Poole und Rosenthal schlossen aus ihrem Befund, daß zwei Dimensionen das Abstimmungsverhalten bestimmen. Die Befunde aus der Simulation, bei der die Methode im Mittelpunkt stand, wecken zunächst starke Zweifel an der Fähigkeit des NOMINATE-Verfahrens, bestimmte Konstellationen und inhaltliche Aspekte zu reproduzieren. Allerdings kann man nicht im Umkehrschluß sagen, daß dieser Befund bedeutet, die Befunde von NOMINATE seien immer falsch. Die Reproduktionen zumindest einiger Simulationen waren, was die Koordinaten angeht, relativ erfolgreich. Man sollte ein derart vielversprechendes Modell nicht vorschnell und nur aufgrund von theoretischen Einwänden verwerfen.

Das NOMINATE-Modell wurde in allen seinen Elementen, von den Eingangsdaten bis hin zum eigentlichen Schätzverfahren, so umfassend kritisiert, daß sich die Frage stellt, ob der niedrigdimensionale Befund – und damit die inhaltliche Aussage der Geltung von Ideologie – nicht doch nur ein Methodenartefakt ist, wie es von den Kritikern immer wieder vorgebracht wird. Das Modell ist zudem in hohem Maße in sich geschlossen, da es alle Komponenten, aus denen ein räumliches Modell besteht, simultan schätzt. Auf den ersten Blick kann das Modell nur als Ganzes gesehen, komplett akzeptiert oder aber verworfen werden. Aus all diesen Gründen kann man aus dem Befund, daß das statistische NOMINATE Modell mit einer oder maximal zwei Dimensionen 80% der Abstimmungen erklären kann, nicht automatisch darauf schließen, daß auch tatsächlich Ideologie wirksam ist¹³⁹. Der offensichtliche Erfolg des NOMINATE-Verfahrens als statistischer Methode bedeutet wegen der offenen Frage seiner Validität nicht automatisch auch das Zutreffen des Befundes der Ideologie, und es erscheint schwierig, innerhalb dieser Arbeit eine letztendliche Antwort auf die Frage nach der Wirksamkeit von Ideologie im amerikanischen Kongreß zu geben.

In diesem Abschnitt soll versucht werden möglichst viele unabhängige Argumente zu finden, die für oder gegen die Gültigkeit der NOMINATE-Befunde, also auch für oder gegen die Geltung von Ideologie sprechen. Da NOMINATE die Koordinaten relativ gut reproduzieren konnte liegt der Schwerpunkt der Validierungsversuche auch auf den Koordinaten. Mit Hinblick auf diese

¹³⁹ Wenn die Validität des Verfahrens und der Ergebnisse außer Frage stünde, dann könnte man wie bereits dargelegt, die beiden gefundenen Dimensionen unter das Konzept der Ideologie subsummieren.

Ergebnisse soll versucht werden, einige Befunde der Studie von Poole und Rosenthal daraufhin zu untersuchen, ob man unabhängige Belege für einzelnen Elemente findet, welche das Modell bestätigen. Zudem soll bei diesem Vorhaben auch untersucht werden, zu welchen Befunden über die Anzahl der Dimensionen andere Methoden und andere Daten führen.

8.2. Wie müßte ein Test aussehen?

Das Ergebnis von NOMINATE sind die Informationen über Elemente eines räumlichen Modells. Es schätzt all die Elemente, die üblicherweise bei räumlichen Analysen von Abstimmungssituationen als gegeben angenommen werden: Die Idealpunkte der Abgeordneten, die Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Alternativen und die Anzahl der relevanten Dimensionen. Sind alle diese Komponenten korrekt und valide bestimmt, dann kann auch getestet werden, ob die Abgeordneten tatsächlich nach der „euklidischen Nähe“ abstimmen, wie es die Modelle annehmen. Mögliche Abweichungen von diesem Modell, insbesondere solche, die auf die hohen kognitiven Anforderungen bezogen sind, welche die räumlichen Modelle an die Akteure stellen, sind in der Literatur bereits genannt und zum Teil auch schon modelliert worden. So nahm zum Beispiel Ladha (1991) Wahrnehmungsfehler in das Modell auf. Im NOMINATE-Verfahren werden diese Möglichkeiten teilweise in der Zufallskomponente berücksichtigt.

Das Untersuchungsdesign für eine Validierung der Befunde auf Basis von unabhängig bestimmten Komponenten sähe daher so aus, daß man die Positionen der Abgeordnete und die Koordinaten der Gesetze extern validiert, d.h. unabhängig von NOMINATE bestimmt. Im einfachsten Falle sollten die beiden Koordinatenbestimmungen möglichst hoch korrelieren. Wenn NOMINATE zu einer bestimmten Reihenfolge der Abgeordneten kommt, dann sollte zumindest die sich aus anderen Daten und Methoden ergebende Reihenfolge der Abgeordneten, idealerweise auch die Informationen über die Abstände und Klumpungen gleich oder zumindest sehr ähnlich sein. Beides zusammen sollte auch dann eine gute Vorhersage des Abstimmungsverhaltens ermöglichen, wenn man nur die extern bestimmten Modellelemente benutzt bzw. die extern und die von NOMINATE bestimmten Modellelemente kombiniert und zur Vorhersage des Abstimmungsverhaltens einsetzt. Man verortete zum Beispiel zunächst ein Gesetz auf der Grundlage von unabhängigen Daten auf einer Skala von -1 bis 1. Dann sagt man anhand der von NOMINATE gewonnenen Koordinaten voraus, wie die Abgeordneten abstimmen werden, und vergleicht diese Vorhersage mit dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten. Der Nachteil eines solchen auf einer Vorhersage beruhenden Tests besteht zum einen darin, daß er im Prinzip keine zusätzlichen Aussage erlaubt, die über die aus der Korrelation der Elemente (den aus dem NOMINATE-Verfahren gewonnen und den extern bestimmten) hinausgehen: Wenn die Korrelation hoch ist, dann ist auch damit zu rechnen, daß die Vorhersage gut ausfällt. Zum anderen ist realistischere Weise bei auf verschiedenen Methoden gewonnenen Koordinaten mit methodisch bedingten Abweichungen zu rechnen, die eine Vorhersage als schlechter gelungen erscheinen lassen, als sie tatsächlich einzustufen wäre. Die Abgeordnetenkoordinaten, die von NOMINATE bestimmt werden, klumpen relativ stark, vor allem im Repräsentantenhaus, wo sehr viele Abgeordnete verortet sind. Wollte man das Abstimmungsverhalten auf Basis der Abgeordnetenkoordinaten aus NOMINATE und extern bestimmten Gesetzeskoordinaten vorhersagen und hätte bei der Verortung des Gesetzes, bzw. bei den zur Abstimmung anstehenden Alternativen, auch nur geringfügige Verzerrungen, würden daraus bereits sehr viele fehlerhafte Vorhersagen resultieren.

Getestet wird bei jedem Validierungsversuch auch immer die Idee der Abstimmung nach räumlicher Nähe selbst: Wenn das räumliche Modell des Abstimmungsverhaltens zutrifft und die Komponenten korrekt bestimmt wurden, dann sollte sich dieses Ergebnis finden lassen. Dieses „wenn...“, deutet bereits auf ein grundsätzliches Problem hin, das auch hier zum tragen kommt: Es besteht immer die Möglichkeit, daß die Theorie, hier die Annahme „räumlichen“ Abstimmungsverhaltens, bzw. noch allgemeiner: die Theorie der Rationalen Wahl, in ihrer

Anwendung auf das Verhalten von Akteuren im legislativen Bereich, zwar richtig ist, die Meßtheorie und Meßmethode (also die Messung der Positionen von Abgeordneten und Gesetzen) jedoch fehlerhaft ist. Möglicherweise trifft also die Voraussage aus diesem Grunde nicht ein. Andererseits besteht auch immer die Möglichkeit, daß die Messung, hier die Bestimmung der Koordinaten von Gesetzen und Abgeordneten, zutreffend ist, die eigentliche Theorie jedoch falsch ist. Die Abgeordneten ziehen also möglicherweise andere Kriterien für ihr Abstimmungsverhalten heran als die „politische“ Nähe der zur Wahl stehenden Alternativen (vgl. Esser 1993: 83ff). Dieses Problem verursacht letztlich bei allen Theorien eine Unsicherheit, insbesondere, wenn die Messung der Konstrukte schwierig und mit vielen Annahmen verknüpft ist. Umso wichtiger ist auch hier die Verwendung verschiedener Methoden zur Bestimmung der Koordinaten von Abgeordneten und Gesetzen, die im Idealfall alle auf eine Schlußfolgerung hinauslaufen sollten. Auf dieser Überlegung beruhen zum Beispiel Multi-Trait-Multi-Method-Designs, wie sie von Campell und Fiske (1959) vorgeschlagen werden: Eine Validierung ist umso überzeugender, je mehr und je unterschiedlichere Methoden zum gleichen Ergebnis führen.

Hier soll versucht werden auf der Basis vorhandener, unabhängig von NOMINATE bestimmter Informationen, zu prüfen, ob sich die beiden Kernaussagen von NOMINATE, die Zahl der Dimensionen und die Koordinaten, bestätigen lassen: Zu wie vielen Dimensionen kommen andere Methoden? Stimmen die Koordinaten mit den alternativen Verfahren bestimmten Koordinaten überein? In dem Abschnitt über den Gehalt von Ideologien in den USA fand sich, daß die am meisten für eine politische Charakterisierung benutzte Dimension die liberal-konservative ist. Wenn die Ergebnisse von NOMINATE valide sind und wenn *eine* Ideologiedimension für die politische Positionierung ein ausreichendes Kriterium ist, dann sollten die Befunde aus anderen Daten und anderen Methoden auch auf diese eine Dimension hinauslaufen, und diese Ergebnisse bestätigen. Selbst wenn NOMINATE, was wohl auf Grund der Ergebnisse der Simulationen der Fall ist, mehrere Dimensionen zu einer synthetischen, ideologischen Dimension kombiniert, gibt das Verfahren doch immerhin eine ungefähre Auskunft darüber, wo auf dieser Dimension sich ein Abgeordneter oder ein Gesetz befindet. Diese Information soll validiert werden. Während bei der Validierung der Abgeordnetenkoordinaten präzisere Verfahren angewendet werden können, ist bei der Validierung der Gesetze realistischweise nur die ordinale Abfolge der Gesetze überprüfbar: Kann ein Gesetz, das von NOMINATE – relativ zu einem anderen Gesetz – als liberaler eingestuft wurde auch auf der Basis von unabhängigen Informationen als liberaler eingestuft werden?

8.3. Validierung der Koordinaten für die Abgeordneten

Die Idee, die ideologische Position von Abgeordneten aus ihrem Abstimmungen zu ermitteln, schlägt sich in der vielfältigen Benutzung von Ratings als Ideologieindikator nieder. Dieses Vorgehen hat jedoch prinzipielle Kritik hervorgerufen. Diese trifft auch auf das NOMINATE-Verfahren zu, da dieses ebenfalls das Abstimmungsverhalten zum Ausgangspunkt nimmt. Segal und Cover (1989) untersuchten die Wirkung von Einstellungen auf das Abstimmungsverhalten am Beispiel des Obersten Gerichtshofes in den USA und standen ebenfalls vor dem Problem, die Einstellungen der Richter bestimmen zu müssen. Hierbei verwendeten sie jedoch keine Abstimmungen als Datenbasis: „One cannot demonstrate that attitudes affect votes when the attitudes are operationalized from those same votes“ (Segal und Cover 1989: 558). Ähnlich argumentieren auch Carson und Oppenheimer (1984), die dennoch zugestehen, daß in den ADA-Ratings zumindest auch ein gewisser Rest von Ideologie enthalten ist. Jackson und Kingdon (1992: 808/9) sehen hingegen in der Verwendung von Ratings eine reine Tautologie: „It is explaining votes with votes“, und fordern eine unabhängige Messung der Ideologie. Aufgrund dieser Einwände soll hier versucht werden, die ideologischen Positionen unabhängig von dem gezeigten Abstimmungsverhalten zu bestimmen. Die Ergebnisse von Poole und Rosenthal bezüglich der ideologischen Positionen der Abgeordneten können vergleichsweise einfach validiert werden, indem man die Korrelation der Scores von Poole und Rosenthal mit Scores berechnet, die auf

andere Arten bestimmt wurden.

Eine hohe Korrelation würde bedeuten, daß die Konstellation der Abgeordneten wie sie das NOMINATE-Verfahren erzeugte korrekt ist. Die NOMINATE-Ergebnisse und die extern bestimmten Ergebnisse beziehen sich auf gleiche oder zumindest ähnliche Dimensionen. Im Idealfall sollte die Dimension, die durch die externe Studie gefunden wurde, mit nur einer der beiden von Poole und Rosenthal gefundenen korrelieren, so daß auch eine inhaltliche Zuordnung möglich wäre. Bei der Interpretation des Befundes einer niedrigen Korrelation tritt jedoch das folgende Problem auf: Die meisten Untersuchungen über die Ideologie von Abgeordneten zielten auf nur eine Dimension ab. Aus der Sichtweise der Validierung durch Korrelation mit Ergebnissen aus anderen Studien ist es daher schwierig zu klären, ob eine Studie keine, nur eine oder beide Dimensionen erfaßt, die nach Poole und Rosenthal das politische System prägen. In dem Fall, daß beide Studien die selbe Achse erfassen, bedeutet eine niedrige Korrelation, daß der Befund der Studie die Ergebnisse von Poole und Rosenthal nicht stützt. Die Anordnung der Abgeordneten auf der Dimension von Poole und Rosenthal ist möglicherweise falsch. Die externe Studie kann jedoch auch eine andere inhaltliche Dimension erfassen, die nicht mit einer der von Poole und Rosenthal gefundenen übereinstimmt. So erfaßt die Frage, wieviel Geld der Staat ausgeben soll, etwas anderes, als die Dimension, die eher darauf abzielt, für was Geld ausgegeben werden soll. Oder aber es werden gleichzeitig beide NOMINATE-Dimensionen in verschiedenem Grad erfaßt und die Korrelation mit den einzelnen Dimensionen von Poole und Rosenthal ist genau deshalb so niedrig. Es gibt also auch hier stets mehrere Möglichkeiten, die Ergebnisse zu interpretieren. Unabhängig von der letztendlich gemessenen Korrelation ist bereits die Erkenntnis, daß mehrere Autoren Ideologie nur eindimensional bestimmen, eine Bestätigung der eigentlichen Hauptthese von Poole und Rosenthal. Die nachfolgend dargestellten Studie gehen davon aus, daß der ideologische Raum in den USA eindimensional ist und sich vom liberalen zum konservativen Pol erstreckt.

Poole und Rosenthal (1997: 168) selbst korrelierten ihre Ideologie-Scores für die Abgeordneten mit den individuellen Ratings für den einzelnen Abgeordneten, die von den verschiedenen Interessengruppen herausgegeben werden. Dieser Validierungsansatz ist daher nicht unabhängig vom gezeigten Abstimmungsverhalten. Die gefundenen Korrelationen waren stets sehr hoch. Es zeigte sich, daß die höchsten Korrelationen in der Regel zwischen dem Rating und der ersten Dimension von Poole und Rosenthal zu finden sind. Dies spricht dafür, daß die Dimension, die innerhalb des politischen Systems für Kommunikation und Bewertung die wichtigste Rolle spielt, die liberal-konservative ist. Alle Interessengruppen benutzen für ihr Rating eine liberal-konservative Dimension und diese Dimension wird auch von NOMINATE ermittelt. Für einige Interessengruppen zeigte sich jedoch eine nur jeweils mittelstarke Korrelation mit beiden Dimensionen, was dafür spricht, daß die Achse, auf der diese Interessengruppe ihr Rating basiert, schräg durch den Raum der Dimensionen von Poole und Rosenthal verläuft. Ein solches Rating bezieht also inhaltliche Aspekte aus beiden Themenbereichen ein. Zur Validierung wurden zusätzlich mehrere Studien herangezogen, die individuelle Abgeordnete verorteten. Tabelle 8-1 zeigt die Korrelation zwischen von Poole und Rosenthal bestimmten NOMINATE-Koordinaten und solchen, die auf andere Arten bestimmt wurden. Die Daten beziehen sich jeweils auf den Senat.

Tabelle 8-1: Validierung der Abgeordnetenkoordinaten

Studie	Methode	Poole und Rosenthal Dimension 1	Poole und Rosenthal Dimension 2
Hanna, Hill und Shafqat (1997)	Inhaltsanalyse von Zeitungen	-.827	.114
Carson und Oppenheimer (1984)	Residualisierte ADA-Ratings ¹⁴⁰	.083	.033
Poole (1981)	Entfaltung von Interessengruppen Ratings ¹⁴¹		
	1969-1970	.946	.616
	1971-1972	.956	.599
	1973-1974	.960	.575
	1975-1976	.960	.545
	1977-1978	.954	.509
	gemittelt	.960	.575

Die Befunde ergeben kein einheitliches Bild. Die am stärksten der Anforderung nach Unabhängigkeit vom Abstimmungsverhalten gerecht werdende Verortungsmethode, die Inhaltsanalyse von Hanna, Hill und Shafqat (1997) erfaßt nur die erste Dimension, die Poole und Rosenthal als die liberal-konservative und die wichtigste Dimension bezeichnen. Die Berichterstattung über einen Senator bezieht sich also ebenfalls auf nur eine Dimension. Der Senator wird anhand dieser einen Dimension ideologisch eingeordnet und die Einordnung selbst bestätigt die von NOMINATE berechnete ideologische Position. Die von Poole (1981) aus gepoolten Interessengruppenratings¹⁴² gewonnene Achse verläuft dagegen leicht schräg zu den beiden Achsen des NOMINATE-Ergebnisses. Gemäß der Korrelationen erfaßt diese Studie vor allem die erste NOMINATE-Dimension. Die Studie von Poole basiert auf Interessengruppenratings und ist daher nicht in dem eigentlich zu fordernden Maße „unabhängig“, sondern ebenfalls mit dem tautologischen Makel behaftet. Der Vorteil der Studie ist es, daß sie sehr viele Ratings von sehr unterschiedlichen Interessengruppen verwendet. Diese basieren wiederum auf sehr verschiedenen speziellen Stichproben von Roll-Call-Abstimmungen. Falls zum Beispiel die Policy-These zuträfe, dann sollte es Interessengruppen geben, die nur *roll calls* aus einem bestimmten, klar umrissenen Politikfeld für ihr Rating auswählen. Diese Auswahl ist noch spezieller als zum Beispiel die Einteilung aller *roll calls* in die fünf Clausen-Kategorien. Wenn es spezielle Politikbereiche gibt, die sich von anderen Politikbereichen unterscheiden, dann werden sie von einer kleinen Stichprobe genauer erfaßt, als von Großkategorien. Letztere sind schon durch die große Anzahl der *roll calls* in der Gruppe wahrscheinlicher eine repräsentative Stichprobe der Roll-Call-Gesamtheit. Dies hat den Effekt, daß sich die auf Basis dieser Auswahl gefundenen Ergebnisse eher gleichen. Zudem

¹⁴⁰ Vgl. hierzu den Abschnitt über Methoden der Ideologiebestimmung.

¹⁴¹ Die Eingangsdaten von Poole sind Interessengruppenrating von Senatoren während fünf aufeinanderfolgender legislaturperioden. Er sieht die Ratings als Information über die Distanz zwischen der einzelnen Interessengruppe und den Senatoren an, und wendet darauf ein Entfaltungsverfahren an, das sowohl Informationen über die Position der Interessengruppen als auch über die Senatoren gibt. Poole berechnet die mittlere Position der Senatoren bezogen auf den gesamten Zeitraum, für die 48 Senatoren, die auch während des gesamten Zeitraumes im Amt waren. In der Zeile steht jeweils die Korrelation der NOMINATE-Scores für diesen Senats mit den Poole Koordinaten, die Zeile „gemittelt“ enthält die Korrelation der über alle fünf Senate ausgemittelten NOMINATE-Scores mit den Poole-Koordinaten.

¹⁴² Entscheidender Umstand bei den ausgewählten Studien ist, daß die Koordinaten der Abgeordneten in der Studie selbst enthalten und somit für einen Vergleich verfügbar waren.

verfügen die Interessengruppen am ehesten über Kenntnisse darüber, welche Gesetzesprojekte für ein Thema relevant sind und können als Experten für ein Thema am ehesten eine sichere und homogene Auswahl aus den *roll calls* treffen. Wenn die Positionen der Abgeordneten in diesen unterschiedlichen Politikfeldern jeweils voneinander unabhängig sind, sollte sich dies hier zeigen. Die Abgeordneten-Ratings sollten untereinander kaum korrelieren und ein niedrigdimensionales Modell keinen großen Erklärungserfolg haben. Der Befund, daß auch auf der Basis dieser verschiedenen Politikbereiche eine Dimension zur Reproduktion genügt, spricht für die These, daß Ideologie wirkt: Man kommt bei der Analyse der durch das Abstimmungsverhalten enthüllten Präferenzen der Abgeordneten in inhaltlich sehr verschiedenen Politikbereichen zu den gleichen ideologischen Positionen. Aus dem Rating eines Abgeordneten in einem Policy-Bereich kann man auf seine ideologische Position schließen und daraus wiederum dessen Stellungnahme zu verschiedenen anderen Policy-Themen ableiten und umgekehrt. Zudem ist das von Poole verwendete Entfaltungsverfahren im Gegensatz zu NOMINATE kein probabilistisches Modell, das die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Abstimmungsverhaltens maximiert. Es geht stattdessen von den Ratings als Distanzmaße aus, und entfaltet diese mit einem dem Kleinste-Quadrate-Prinzip verwandten Verfahren (vgl. Poole (1981: 66) und Poole (1984)).

Das residualisierte ADA-Rating von Carson und Oppenheimer (1984), als eine dritte Methode, ist hingegen nahezu unabhängig von den Befunden des NOMINATE-Verfahrens. Dies kann auf mehrere Arten interpretiert werden. Zum ersten kann es bedeuten, daß die so gewonnene Skala eine andere Dimension erfaßt als das NOMINATE-Ergebnis. Eine alternative Interpretation ist die, daß entweder die Ideologiemessung von Carson und Oppenheimer oder aber die von Poole und Rosenthal falsch ist. Zusätzlich ist noch eine dritte Interpretation möglich: Das ADA-Rating selbst, aus dem Carson und Oppenheimer die ideologische Komponente isolieren wollen, korrelierte mit der ersten Dimension von NOMINATE in der Größenordnung von -0.90 (Poole und Rosenthal 1997: 168). In der Idee von Carson und Oppenheimer bedeutet dies, daß die *persönliche* Ideologie des Abgeordneten, die zu messen und von anderen Einflüssen zu isolieren ja das Ziel von Carson und Oppenheimer (1984: 177) war, relativ unabhängig von der *gezeigten* Ideologie ist. Auf dieser gezeigten Ideologie beruhen die Messungen durch das ADA-Rating und NOMINATE. Der Abgeordnete handelt primär gemäß der Wünsche seines Wahlkreises. Erst wenn der Wahlkreis keine Präferenzen zu einer Sache äußert, stimmt der Abgeordnete nach seiner eigenen Ideologie ab. Der Befund der Unabhängigkeit von persönlicher und gezeigter Ideologie bedeutet in dieser Interpretation also, daß die gezeigte Ideologie auf dem gezeigten Abstimmungsverhalten basiert und die persönliche Ideologie nicht in dem Maße auf das Abstimmungsverhalten wirkt, wie es andere Faktoren tun. Diese anderen Faktoren führen dazu, daß sich der Abgeordnete so verhält, als wäre er ideologisch anders zu verorten als es seiner persönlichen Ideologie entspricht. Erklärbar wäre dieser Befund durch Theorien über Wahlen, in denen seit Downs immer wieder betont wird, daß der Abgeordnete eine bestimmte Politik anbieten muß, um gewählt zu werden. Diese Interpretation widerspräche auch nicht der Idee eines eindimensionalen ideologischen Raumes, da Carson und Oppenheimer die Ideologie, die gezeigte und die persönliche, ebenfalls als ein eindimensionales Merkmal ansehen und auch so messen.

Der Umstand, daß alle drei Ideologiemäße, die auf gezeigtem Verhalten beruhen, also die Inhaltsanalyse¹⁴³, die Ratings der Interessengruppen und die Befunde von NOMINATE, zu ähnlichen Ergebnissen kommen, der Versuch der Messung einer persönlichen Ideologie jedoch zu gänzlich anderen Befunden, muß daher nicht zwangsläufig bedeuten, daß einer von beiden Befunden falsch ist, doch die Befunde sind uneindeutig. Eine klare Entscheidung für oder gegen die Gültigkeit der Befunde von NOMINATE ist daher nicht möglich.

¹⁴³ Auch das in der Öffentlichkeit gezeigte Verhalten kann, ebenso wie die Äußerungen, von der wahren Ideologie des Abgeordneten unabhängig sein: Der Abgeordnete positioniert sich in der Meinung der Öffentlichkeit so, wie er glaubt, daß es für seine Wahl förderlich ist. Die Zeitungsberichte beruhen auf diesem gezeigten Verhalten, fallen also in die gleiche Kategorie wie die *roll calls*, auf denen die Ratings und NOMINATE beruhen.

8.4. Mögliche Arten der externen Validierung der Koordinaten der Gesetze

Nachdem die Koordinaten der Abgeordneten relativ gut bestätigt werden konnten, soll nun untersucht werden, wie man Gesetze ideologisch verorten kann. Hierzu bieten sich mehrere Möglichkeiten an, die wiederum unterschiedlich praktikabel sind.

8.4.1. Inhaltsanalysen

Für die ideologische Verortung eines Gesetzes kann man auf zwei verschiedene Arten von Material zurückgreifen. Zum einen auf den Gesetzestext selbst, zum anderen auf Sekundärliteratur, wie zum Beispiel Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, in denen jemand zu dem Gesetz Stellung bezieht. Die Inhalte werden dann über die Einteilung in ein Codeschema quantifizierbar gemacht und anschließend ausgewertet, wie dies zum Beispiel Weber (1990) beschreibt. Der Nachteil dieser Methode besteht zum einen in der schlechten Datensituation: Die Gesetzestexte selbst dürften – im Gegensatz zu politischen Programmen, Reden usw. – aus Sicht dieser Methode nicht sonderlich „ideologisch“ und daher für eine Inhaltsanalyse nicht ergiebig genug sein. Zum anderen ist diese Methode sehr aufwendig, selbst wenn geeignetes Material zur Verfügung steht, da für eine methodisch saubere Inhaltsanalyse mehrere unabhängige Codierer eingesetzt werden sollten, um individuelle Verzerrungen zu vermeiden. Aus diesen Gründen ist eine solche Methode im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht praktikabel.

8.4.2. Umfrage mit direkter Verortung der Gesetze

Eine andere Methode der Bestimmung der Koordinaten der Gesetze wäre eine Expertenumfrage, wie sie zum Beispiel Laver und Hunt (1992) für Parteien durchgeführt haben. Hierbei ordnen Personen, die mit der Thematik eingehend vertraut sind, das Gesetz direkt auf einer Skala von liberal bis konservativ ein. Im Rahmen einer solchen Studie könnte man gleichzeitig die Anzahl der als relevant angesehenen Dimensionen sowie deren Gehalt erfahren. Ein klarer Nachteil dieses Verfahrens ist jedoch ebenfalls die Aufwendigkeit, die den Rahmen dieser Arbeit überschreitet.

8.5. Die externe Validierung der Gesetzespositionen

8.5.1. Vorbemerkungen

Die Fragestellung dieses Abschnitts ist, wie man die Ergebnisse von Poole und Rosenthal auf der Grundlage von verfügbaren Daten validieren kann. Zu behandeln ist hierbei sowohl die Frage, ob die Anordnung der Gesetze so wie sie sich aus dem NOMINATE-Ergebnis ergibt, zutreffend ist, als auch die Frage nach der Anzahl der notwendigen Dimensionen. Dieser zweite Themenbereich soll nach Möglichkeit stets mitbehandelt werden. Die ideale Methode für beide Fragestellungen wäre die Auswertung von vollständigen Präferenzordnungen von verschiedenen politischen Akteuren über eine Auswahl von Gesetzen, die direkt als Präferenzordnung erhoben wurden. Aus diesen Daten können dann mittels der Unfolding-Methode die gesuchten Informationen ermittelt werden. Solche Daten stehen jedoch nicht zur Verfügung. Wie auch bei der Validierung der Abgeordneten bestimmt sich die Wahl der Daten, mit denen eine Validierung versucht werden soll, nach deren Verfügbarkeit. Gemäß der Idee, daß eine Validierung um so überzeugender ist, je mehr unterschiedliche Methoden und Daten dazu verwendet werden, wurden auf der Basis der verfügbaren Daten verschiedene Methoden eingesetzt, um die offenen Fragen zu beantworten.

Die erste Validierungsmethode greift auf die Studie von Pappi, König und Knoke (1995) zur

Arbeits- und Sozialpolitik zurück. Dort wurde aufgrund der Stellungnahmen von Interessengruppen zu Gesetzen mittels einer Faktoranalyse eine Einordnung der Gesetze auf Policy-Dimensionen vorgenommen. Wie Poole und Rosenthal¹⁴⁴ (1997: 168) fanden, lassen sich die Ratings von amerikanischen Interessengruppen ebenfalls auf ein eindimensionales Modell reduzieren, obwohl deren Ratings auf einer Auswahl von *roll calls* zu zum Teil eng umgrenzten Themen beruht. Dies ist ein Indiz dafür, daß alle Akteure des politischen Systems der USA die selben ideologischen Konzepte für die Bewertung von Gesetzen oder Abgeordneten benutzen. Wenn sich diese unidimensionale Struktur bei den Abgeordneten-Ratings finden läßt, dann sollte sich bei der Einordnung der Gesetze aufgrund der Stellungnahmen von Interessengruppen ebenfalls eine unidimensionale Struktur finden lassen. Zum andern sollten sich dann auch die sich aus den NOMINATE-Koordinaten ergebenden ordinalen Anordnungen der Gesetze mit diesen Daten bestätigen lassen. Die zweite Validierungsmethode ist eine multidimensionale Skalierung auf Basis der selben Eingangsdaten. Beide statistische Methoden sind prinzipiell zur Skalierung – und die Einordnung der Gesetze ist letztlich ein Skalierungsproblem – geeignet und werden in der einführenden Literatur zu diesem Gebiet oft zusammen erwähnt, so zum Beispiel von Dunn-Rankin (1983) und McIver und Carmines (1981). Die dritte Methode bezieht sich eher auf inhaltliche Aspekte der Gesetze. Hierbei soll geprüft werden, ob sich ideologisch bewertbare inhaltliche Veränderungen zwischen zwei Gesetzesversionen auch in entsprechenden Veränderungen der von NOMINATE für diese Gesetze ausgegebenen Koordinaten niederschlagen.

Der empirische Test bezieht sich also auf den Vergleich der ordinalen Abfolge der Gesetzesprojekte auf von verschiedenen Methoden bestimmten Dimensionen. Zum einen werden die Gesetze gemäß der Ergebnisse von NOMINATE angeordnet, zum anderen werden sie so angeordnete, wie es sich aus den Stellungnahmen der Interessengruppen ergibt. Letztere Einordnung erfolgt einmal über eine Faktoranalyse, ein anderes mal über eine multidimensionale Skalierung. Poole und Rosenthal bestimmten jedoch die Koordinaten der Abgeordneten und auch die der *roll calls* stets zweidimensional. Während die Validierung der Abgeordnetenkoordinaten noch eher explorativ war, erscheint es bei den Gesetzeskoordinaten sinnvoll, sich auf nur eine Dimension zu beschränken. Auf welche Dimension bezieht sich nun die Untersuchung bezüglich der Gesetzeskoordinaten? NOMINATE schätzt die Dimensionen nacheinander. Die erste Dimension in einem zweidimensionalen Modell ist deshalb identisch mit der Dimension, die man erhält, wenn man nur ein eindimensionales Modell schätzt. Beide Dimensionen haben für die Entscheidung des Abgeordneten gleiches Gewicht. Wie bereits dargelegt, erfaßt die erste NOMINATE-Dimension die ideologische Dimension liberal-konservativ. Diese ist stark geprägt durch die Fragen der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft – wozu auch die Arbeitspolitik gehört – und die Rolle des Staates in der Wohlfahrt – zu der auch die Sozialpolitik zuzurechnen ist. Die zweite Dimension betrifft indessen im 20. Jahrhundert die Rassenthematik und die daraus entstandene Bürgerrechtsfrage (Poole und Rosenthal 1997: 48). Für die achtziger Jahre, die den Untersuchungszeitraum darstellen, erklärte die erste Dimension jeweils ca. 80 bis 85% des Abstimmungsverhaltens. Die Hinzunahme der zweiten Dimension verbesserte diese Leistung im Repräsentantenhaus um etwa 2% und im Senat um etwa 4% (Poole und Rosenthal 1997: 32). Die achtziger Jahre waren also keine Periode, in der die zweite Dimension von entscheidender Bedeutung gewesen wäre. Die NOMINATE-Dimension, mit der die aus den externen Daten bestimmten Gesetzeskoordinaten verglichen werden müssen, ist folglich die erste, liberal-konservative Dimension. Zudem erfassen die in die Untersuchung aufgenommenen Gesetzesprojekte keine Themen, die inhaltlich der zweiten Dimension zuzurechnen wären. Trotzdem wurde mit der Hinzunahme eines Faktorscores der Gesetze, der für alle Gesetze seit 1900 bestimmt wurde und der beide Dimensionen kombiniert, auch eine die beiden NOMINATE-Dimensionen kombinierende ideologische Dimension aufgenommen.

¹⁴⁴ Poole (1981; vgl. auch sowie Poole und Daniels (1985)), kam mit einem anderen Verfahren ebenfalls zu einer unidimensionalen Struktur in den Interessengruppenratings.

Die Gesetze, an deren Koordinaten eine Validierung durchgeführt werden soll, stammen aus den Policy-Bereichen Arbeits- und Sozialpolitik. Diese Themenbereiche sind laut Pappi, König und Knoke (1995: 204 und 211) zwei getrennte Policy-Bereiche, die als zwei Policy-Dimensionen anzusehen sind. Diese beiden Policy-Bereiche sollten aufgrund der oben genannten inhaltlichen Überlegungen einer einzigen ideologischen Dimension zuzuordnen sein. Eine Bestätigung der Ergebnisse von Poole und Rosenthal würde sich darin zeigen, daß die abstrakte ideologische Dimension, also die erste Dimension des NOMINATE-Ergebnisses, auf die beiden konkreten Policy-Dimensionen in gleich hohem Maße durchschlägt. Dies wäre der Fall, wenn die Anordnungen der Gesetzes aus den beiden Policy-Bereichen jeweils gleich gut mit denen auf der ideologischen NOMINATE-Dimension übereinstimmen. Findet sich hingegen, daß die Abfolge auf einer Policy-Dimension gut übereinstimmt, auf der anderen jedoch nicht, so wäre dies ein Indiz dafür, daß es sich hier um eine von der ideologischen Dimension relativ unabhängige Policy-Dimension handelt. Dies wäre eine Widerlegung der These, daß die ideologische Dimension auf alle Policy-Dimensionen durchschlägt und damit auch eine Widerlegung des niedrigdimensionalen Modells. Eine Grenze des Fehlschlagens ist die Begrenzung auf zwei Policy-Gebiete. Größere Chancen einer Widerlegung, und dementsprechend auch mehr Überzeugungskraft der Ergebnisse im Falle eines Erfolges wäre vorhanden, wenn noch mehr Stellungnahmen zu noch mehr verschiedenen Themen vorlägen.

Zu jedem *roll call* gab es NOMINATE-Koordinaten für zwei Punkte im zweidimensionalen Ideologieraum, welche die ideologischen Positionen der zur Abstimmung anstehenden Alternativen repräsentieren. In der letzten Abstimmung des Gesetzgebungsverfahrens wird die letzte Version des Gesetzes gegen den Status Quo abgestimmt. Im NOMINATE-Modell stellt der „yea“-Punkt den Punkt dar, zu dem es kommt, wenn das Gesetz angenommen wird, während der „nay“-Punkt den Status quo repräsentiert. Die Stellungnahmen der Interessengruppen bezogen sich auf das ganze Gesetzesprojekt. Die Gesetzeskoordinaten, die man über eine externe Validierung gewinnen muß, müssen daher mit den „yea“-Koordinaten verglichen werden..

Noch spezieller auf die Problematik der „richtigen“ Anzahl der Dimensionen ist die Frage ausgerichtet, wie viele Dimensionen bei den beiden zur Validierung eingesetzten statistischen Methoden notwendig sind, um die Stellungnahmen zu erklären. Auch diese Frage wird nach Möglichkeit immer mitbehandelt.

8.5.2. Externe Validierung anhand des Policy-Indikators von Pappi, König und Knoke

8.5.2.1. Daten und die Entwicklung eines Policy-Indikators

Pappi, König und Knoke führten eine Politikfeldstudie über Arbeits- und Sozialpolitik in den achtziger Jahren vergleichend für die USA und Deutschland durch. Ziel der Studie war die Entwicklung und der empirische Test eines Modells der Beeinflussung von *policy* und anderen Ereignissen in den Politikfeldern Arbeit und Soziales durch interessierte Akteure, wie zum Beispiel Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Von besonderem Interesse war, wie die Akteure ihren Einfluß untereinander tauschen, um auch Entscheidungen von Entscheidungsträgern zu beeinflussen, zu denen sie selbst keinen Zugang hatten. Bei der Datenerhebung (Pappi, König und Knoke 1995: 189ff) war die Hauptaufgabe der mit Vertretern der Interessenorganisationen durchgeführten Interviews und Befragungen die Aufdeckung von Beziehungen zwischen den Interessengruppen und zu den Entscheidungsträgern. Daneben wurde jedoch auch die Frage nach den Interessen an den Ereignissen selbst gestellt. Die Vertreter der Interessengruppen wurden nach der Position der Organisation befragt, nicht nach ihrer eigenen Meinung. Es handelte sich auch

hierbei um enthüllte Präferenzen und man nimmt an, daß die Interessengruppenvertreter ihre wahren Interessen in den Interviews zum Ausdruck bringen. Diese Annahme ist hier allerdings weit weniger problematisch als bei dem Abstimmungsverhalten von Abgeordneten, da man bei Interessengruppen nicht mit strategischem Verhalten rechnen muß, zumal die Befragung ja retrospektiv vorgenommen wurde.

Die Interessen der Akteure wurden auf verschiedenen Ebenen abgefragt, wobei je nach Abstraktionsstufe verschiedene Ziele verfolgt wurden. Das Ziel der abstrakteren Befragungsebenen war es, bestimmte Politikbereiche abzugrenzen und Policy-Dimensionen zu identifizieren. Die spezifischsten Fragen zielten dann auf die Einordnung von Ereignissen auf diesen Policy-Dimensionen ab. Hierzu wurden die Politikbereiche Arbeits- und Sozialpolitik zunächst in mehrere Teilbereiche, zum Beispiel Tarifvertragsrecht, Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung usw., eingeteilt, und das Interesse der Akteure an diesen Teilbereichen abgefragt (ebenda: 195ff). Die nächst konkretere Ebene war die Frage nach den Streitfragen in dem jeweiligen Politikfeld (ebenda: 202ff). Hierzu wurden die Akteure gebeten, ihr Interesse an einer Reihe von vorher durch Inhaltsanalyse von Zeitungsberichten ermittelten aktuellen Streitfragen in dem jeweiligen Politikfeld anzugeben, um zu prüfen, ob es sich um ein einheitliches Politikfeld handelt. Durch faktoranalytische Untersuchungen der Interessendaten zeigte sich zum einen, daß sich die Streitfragen nach der Ladung ihrer Interessendaten auf gemeinsame Faktoren gruppieren lassen. Zum anderen zeigte sich, daß es Gruppen gibt, deren Interessenschwerpunkt eher auf der Arbeitspolitik liegt, während andere eher an der Sozialpolitik interessiert sind (ebenda: 204/5). Dies spricht dafür, daß sich die vorgegebenen Teilbereiche in zwei Themengebiete untergliedern lassen, die jeweils der Interessenschwerpunkt von bestimmten, in diesem Bereich aktiven Interessengruppen sind (ebenda: 211/13). Der Befund der Spezialisierung der Interessengruppen widerspricht nicht der These von der Wirksamkeit von Ideologie. Die These, daß Ideologie wirksam ist, bedeutet nicht, daß es keine konkreten Policy-Dimensionen gibt, auf denen sich Gruppen mit verschiedenen Meinungen gegenüberstehen. Sie bedeutet, wie im Abschnitt über den Zusammenhang von Ideologie und policy bereits erläutert wurde, daß man bei Vorhandensein nur einer ideologischen Dimension aufgrund des Constraint-Charakters von Ideologie, aus der Kenntnis der ideologischen Position die Position eines Akteurs auf sehr vielen unterschiedlichen Themen und Policy-Dimensionen vorhersagen kann. Dies ist selbst dann möglich, wenn ein Akteur sich dazu noch nicht geäußert hat. Die Spezialisierung von Interessengruppen auf bestimmte Fragen widerspricht dem nicht. Es wäre vielmehr eine eigene empirische Fragestellung, ob sich in Fragen, zu denen sich die Interessengruppen mangels Interesse noch nicht geäußert haben, die selben Gruppen gegenüberstehen, wenn man die Interessengruppen dazu auffordert, auch zu diesen Fragen Stellung zu beziehen. Stimmt die Constraint-These, dann sollten sich auch bei neuen Fragen die gleichen, sich einander gegenüberstehenden Koalitionen von Akteuren ergeben.

Die konkreteste Ebene war die Befragung der Akteure zu einzelnen Gesetzesprojekten. Ziel war es, Policy-Dimensionen zu definieren und die Gesetzesvorhaben zumindest indikativ darauf zu verorten. Hierzu wurden zunächst auf der Basis der Hintergrundinformationen über die Entwicklung und die Themen der beiden Policy-Bereiche in den achtziger Jahren (ebenda: 69-148) inhaltliche Extrempunkte definiert, welche die Enden der Policy-Skalen darstellen. Für die Arbeitspolitik waren die Extrempunkte einerseits mit den Schlagwörtern „neue Arbeitspolitik“ und „Flexibilisierung“ andererseits mit dem Schlagwort „Ausbau von Arbeitnehmerschutzrechten“ zu kennzeichnen, was mit staatlichen Regulierungsaktivitäten verbunden ist (ebenda: 213/4). Für die Sozialpolitik erstreckte sich die Policy-Dimension zwischen den Forderungen nach Ausbau bzw. Abbau von sozialpolitischen Maßnahmen, wobei es in starkem Maße um materielle Umverteilungsmaßnahmen ging (ebenda: 214). Als politische Akteure standen sich die dem Pol der Flexibilisierung bzw. des Abbaus von sozialpolitischen Maßnahmen zuzurechnende republikanisch-konservative Reagan-Administration und die demokratische Fraktion im Kongreß gegenüber. Zumindest bezogen auf das arbeitspolitische Politikfeld standen sich die Industrie- und Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften als Interessengruppen gegenüber (ebenda:

214).

Die Einordnung der Gesetze auf den jeweiligen Dimensionen ist die Beantwortung der Frage, „inwieweit sie [die Gesetze, pk] Abstufungen der Regulierung oder des Ausbaus von Schutzrechten beziehungsweise der Einschränkung oder des Ausbaus von sozialpolitischen Maßnahmen entsprachen“ (ebenda: 214). Die eigentliche Einordnung der Gesetze erfolgte über eine Analyse der zu ihnen angegebenen Interessen sowie der Richtung dieses Interesses (Pappi, König und Knoke 1995: 215/6). Hierzu wurde eine für die beiden Politikbereiche getrennte Hauptkomponentenanalyse des gerichteten Interesses durchgeführt. Das gerichtete Interesse ist eine von +5, was starkes Interesse und eine befürwortende Einstellung zu dem Ereignis bedeutet, bis -5, was starkes Interesse aber eine Ablehnung des Ereignisses bedeutet, reichende Skala. Als Indikator für die Policy-Position eines Gesetzes diente nun die Faktorladung des Gesetzes, auf den ersten, erklärungskräftigsten Faktor der Hauptkomponentenanalyse. Es ging in der Studie nicht primär um die exakte Position, wie sie zum Beispiel Poole und Rosenthal bestimmen wollen, sondern um einen Indikator. Ein Indikator muß kein exaktes Maß für das Konstrukt sein, sondern es genügt, wenn er bestimmte Eigenschaften des Konstruktes, hier die Policy-Position, korrekt widerspiegelt. Die Begründung dieser Entscheidung erfolgt über Eigenschaften der vorgefundenen Muster der Faktorladungen. So waren zum Beispiel in Deutschland die Faktorladungen von Gesetzen, die von der CDU/FDP-Bundesregierung eingebracht wurden, positiv, während die Faktorladungen von Gesetzen, die auf Initiativen der SPD zurückgingen, negativ waren. Die Größe der Faktorladungen hing damit zusammen, wie stark ein Gesetz die Interessengruppen polarisierte. Ein inhaltlich extremes Gesetz führt dazu, daß die eine Gruppe von Organisationen stark dafür ist, während die andere stark dagegen ist (ebenda: 216/7).

Die Indikatorwirkung positiver oder negativer Faktorladungen kann man sich auch so veranschaulichen: Das gegenüber einem Ereignis gezeigte Interesse ergibt sich in der Sichtweise von räumlichen Modellen aus der Position der Interessengruppe und der Position des Gesetzes. Verschiedene Teile der Faktoranalyse spiegeln diese Elemente wider: Der Faktorscore einer Interessengruppe spiegelt ihre Position auf der latenten Dimension wider, die Faktorladung eines Gesetzes die Position des Gesetzes auf dieser Dimension. Das vorgefundenen Interesse in gerichteter Form kann über ein Regressionsmodell berechnet werden:

$$\text{Gerichtetes Interesse} = \text{Faktorladung des Gesetzes} * \text{Faktorscore der Interessengruppe}$$

Sind zum Beispiel die Gewerkschaften durch einen negativen Faktorscore charakterisiert, dann resultiert durch ein Gesetz mit hoher negativer Faktorladung eine hohes, positives Interesse der Gewerkschaften an diesem Projekt.

Nachdem ein Policy-Indikator bestimmt war, galt es nun, die Daten aus den beiden Quellen, d.h. die Policy-Indikatoren aus den Interessengruppenstellungnahmen und die Koordinaten der Gesetze aus NOMINATE, zusammenzuführen. Auf der einen Seite gab es die Stellungnahmen von Interessengruppen zu 36 Ereignissen, die zum Teil auch Gesetzesprojekte betrafen und aus denen ein Indikator für die Position des Gesetzes auf der Policy-Dimension berechnet wurde. Auf der anderen Seite gab es zwei sich ergänzende Datenbanken, welche die aus NOMINATE berechneten Informationen über die *roll calls* und die Koordinaten der Abgeordneten sowie deren Abstimmungsverhalten enthielten. Diese Daten waren jedoch auf die Kongresse 1 bis 100, also auf die Jahre vor bzw. einschließlich 1988 beschränkt. Erste Aufgabe war daher die Zuordnung der Gesetzesprojekte aus der Studie von Pappi, König und Knoke zu *roll calls* in den Datenbanken. Hierbei erwies sich eine Liste der Gesetze, die auch Informationen über Anhörungen und das jeweilige Datum einer eventuellen Abstimmung enthielt, als äußerst hilfreich. Diese Liste wurde zusammen mit den Datenmatrizen der Stellungnahmen der Interessengruppen und Hintergrundmaterial zu den Gesetzesvorhaben von Herrn Professor Pappi zur Verfügung gestellt. Davon ausgehend konnte dann im Internet der weitere Verlauf der Gesetzgebung ermittelt werden. Es zeigte sich schnell, daß nicht für jedes Gesetz, zu dem die Interessengruppen Stellung bezogen,

auch eine Abstimmung durchgeführt wurde. Für mehrere Vorschläge kam es nicht oder nicht in dem Zeitraum, für den NOMINATE-Daten für die Gesetze verfügbar waren, zu einer Abstimmung bzw. sie wurden zwar abgestimmt, aber nicht in Form eines *roll calls*. Desweiteren gab es zu verschiedenen Gesetzen mehrere *roll calls*. Dies ergab zusammen mit dem Umstand, daß es keine Garantie gab, daß der *roll call* die letzte und entscheidende Abstimmung bei diesem Gesetzgebungsprojekt war, ein erhebliches Identifikationsproblem. Es ist durchaus denkbar, daß an dem Tag, der in dem Hintergrundmaterial der Politikfeldstudie als Beschlußtag genannt wurde, mehrere Abstimmungen zu dem Gesetz stattfanden und der eventuell vorgefundene *roll call* nur eine – und möglicherweise nicht die letzte – Abstimmung war. Es war daher zunächst zu klären, ob es an diesem Tag mehrere Abstimmungen gab und ob der *roll call* hierbei die letzte Abstimmung war bzw. wann über das Gesetzesprojekt endgültig entschieden wurde. Durch Recherche in den Congressional Quarterly Almanac's des entsprechenden Zeitraumes konnten die Gesetze und die dazugehörigen *roll calls* identifiziert werden, die alle notwendigen Bedingungen erfüllten. Eine Dokumentation der Daten und Informationen über die Auswahl der Roll-Call-Abstimmungen für die Untersuchung sind im Appendix Daten angefügt.

8.5.2.2. Dimensionalität

Neben einem Vergleich der ordinalen Abfolge der Gesetze wie sie sich auf der Basis von NOMINATE und auf der Basis des Indikators der Studie von Pappi, König und Knoke ergeben, läßt sich aus den Stellungnahmen der Interessengruppen auch eine Aussage über die Dimensionalität gewinnen. Die Studie von Pappi, König und Knoke geht davon aus, daß es sich um Policy- Dimensionen handelt und untersucht die Daten entsprechend getrennt nach den vorher definierten Politikbereichen, indem sie jeweils für die Gesetze und Ereignisse eines jeden Teilbereichs eine Faktoranalyse durchführen (Pappi, König und Knoke 1995: 215). Hierbei wird die gefundene Faktordimension als die Policy-Dimension dieses Bereiches interpretiert. Die empirische Frage hierzu ist, ob eine einzige Faktoranalyse für alle Gesetze, mit einem Faktor – der dann die Ideologie repräsentieren würde – schlechter auf die Daten passen würde als ein Modell mit zwei Faktoren, die dann eher den Charakter von Policy-Dimensionen hätten. Fände man also zwei etwa gleich wichtige Faktoren, läge der Schluß nahe, daß den Daten Policy-Dimensionen und keine ideologischen Dimension zugrundeliegen.

In einem zweiten Schritt wurde daher versucht, ebenfalls mittels der Methode der Faktoranalyse Aufschluß über die Dimensionalität zu gewinnen. Hierzu wurde für alle 36 Ereignisse auf der Basis des gerichteten Interesses, welches später auch die Eingangsdaten für die multidimensionale Skalierung waren, verschiedene Varianten der Faktoranalyse durchzuführen, um über dieses Problem weiteren Aufschluß zu erreichen. Eine Dokumentation der Variablenkonstruktion und der Auswertung befindet sich im Appendix Auswertungen. Was die Frage der Dimensionalität angeht, so deuten die hohe Anzahl von notwendigen Faktoren sowie die spezifische Ladung von einzelnen Ereignissen auf einzelne Faktoren darauf hin, daß den Stellungnahmen der Interessengruppen zumindest zwei Dimensionen zugrundeliegen. Definiert man für die Hauptkomponente das gängige Abbruchkriterium eines Eigenwertes größer 1, so findet man in den Interessendaten zehn Faktoren, die dieses Kriterium erfüllen. Diese erklären zusammen 73,7% der Varianz, wobei die ersten beiden Faktoren zusammen 39,2% erklären. Davon entfallen auf den ersten Faktor 27,5% und auf den zweiten 11,7%. Die einzelnen Ereignisse laden zum Teil sehr spezifisch auf einen einzigen Faktor, so daß aufgrund dieses Ladungsmusters eine noch genauere Einteilung der Ereignisse in Gruppen möglich wäre. Inhaltlich bedeutet dies, daß sich in den Daten noch mehr als nur die zwei genannten Policy-Dimensionen finden lassen.

Wie kann man die Vielzahl der Policy-Dimensionen so zu einer ideologischen Dimension kombinieren, daß die Information über die relative Position der Gesetze zueinander bei beiden Modellen erhalten bleibt?

Analog zur Indikatorkonstruktion in der Studie von Pappi, König und Knoke kann hier argumentiert werden, daß der erste Faktor alle Ereignisse insgesamt am besten repräsentiert. Gemäß der in der Einleitung zu diesem Abschnitt dargestellten Variante der „mapping“-Idee der Policy-Dimensionen auf die ideologische Dimension kann auch die Faktorladung der Ereignisse auf diesen ersten Faktor eine grobe ideologische Einordnung auf einer Dimension erlauben. Auch hier sollte sich bei Geltung des Ideologie-Modells (in Verbindung mit dem Mapping-Modell) die ideologische Position eines Ereignisses in der Position auf der Policy-Dimension wiederfinden lassen. In der Argumentation von Poole und Rosenthal könnte man die ordinale Abfolge der Ereignisse/Gesetze vergleichen, wie sei einmal aus der Faktoranalyse von zu einer Policy-Dimension gehörenden Gruppe von Gesetzen einerseits und der Faktoranalyse über alle Gesetze andererseits resultiert. Poole und Rosenthal (1997: 54ff) untersuchen mit einem ähnlichen Design, ob unterschiedliche Policy-Dimensionen vorliegen. Hierzu werden die Daten in Gruppen eingeteilt. Dem entspricht die von Pappi, König und Knoke vorgenommene Einteilung in die Themenbereiche Arbeits- und Sozialpolitik. Gewinnt man aus der getrennten Analyse der beiden einzelnen Bereiche andere Positionsinformationen als bei einer Analyse beider Bereiche zusammen, so sind diese Bereiche unabhängige Policy-Bereiche. Wenn Ideologie in beiden Bereiche in gleicher Weise wirksam ist, dann sollte sich, bei aller Ungenauigkeit, zumindest die ordinale Abfolge, wie sie aufgrund des Ideologieindicators bestimmt wurde, auch jeweils bei den einzelnen Policy-Positionsindikatoren finden lassen. Die nachfolgende Tabelle 8-2 zeigt die Rangfolgen der Gesetze, wie sie über den Positionsindikator der Policy-Dimensionen und aus dem Positionsindikator der ideologischen Dimension bestimmt wurden.

Tabelle 8-2: Übereinstimmung der Positionierung der Gesetze nach dem Policy-Indikator und dem ideologischen Indikator

Gesetz/ Ereignis	Policy-Dimension Arbeitspolitik		Ideologische Dimension		Gesetz/ Ereignis	Policy-Dimension Sozialpolitik		Ideologische Dimension	
	Rang	Wert	Rang	Wert		Rang	Wert	Rang	Wert
30	1	0,91	1	0,86	29	1	0,88	1	0,83
31	2	0,89	2	0,82	32	2	0,67	2	0,59
33	3	0,85	3	0,81	11	3	0,63	3	0,56
28	4	0,84	4	0,78	6	4	0,6	4	0,43
35	5	0,69	5	0,73	18	5	0,55	6	0,31
7	6	0,69	6	0,7	8	6	0,45	5	0,38
12	7	0,57	7	0,63	36	7	0,29	8	0,13
9	8	0,56	8	0,6	2	7	0,29	7	0,30
16	9	0,27	9	0,29					
24	10	0,23	10	,2366					
23	11	0,22	11	,2365					
19	12	0,15	12	0,22					
10	13	-0,02	13	0,07					
3	14	-0,36	14	-0,27					
5	15	-0,47	15	-0,54					
13	16	-0,71	16	-0,68					
20	17	-0,89	17	-0,84					

Die Spalten "Wert" in der Spalte „Policy-Dimension Arbeitspolitik“ bzw. „Sozialpolitik“ enthalten die Faktorladungen der Auswertung getrennt nach den Policy-Bereichen, die Spalte „Ideologische Dimension“ die Faktorladung einer Faktoranalyse aller Ereignisse, also den ideologischen Indikator. Die Spalten „Rang“ enthalten jeweils die ordinale Abfolge der Ereignisse und Gesetze gemäß des Wertes des jeweiligen Indikators.

Während die Abfolge im Bereich der Arbeitspolitik genau übereinstimmt, treten im Bereich der Sozialpolitik vier Fehler auf, bei denen jeweils zwei aufeinanderfolgende Ereignisse den Rang getauscht haben und die daher nicht als gravierend einzustufen sind. Gravierende Unterschiede bestünden zum Beispiel darin, daß Gesetze, die auf der Policy-Dimension jeweils eine gemäßigte Position einnehmen, ideologisch extrem wären. Inhaltlich bedeutet dies, daß beide Policy-Dimensionen auf die gleiche ideologische Dimension reduzierbar sind. Alle 36 Ereignisse können auf einer *ideologischen* Dimension so angeordnet werden, daß die Anordnung, die sie auf den jeweiligen *Policy*-Dimensionen haben, erhalten bleibt. Es ist nicht so, daß man aus der ideologischen Position nur auf die Position in einem der beiden Politikfelder schließen kann. Die ideologische Skala kann für beide Policy-Dimensionen als Angabe darüber benutzt werden, wo ein Gesetz auf der Policy-Dimension relativ zu anderen Gesetzen einzuordnen ist. Ist ein Gesetz ideologisch extremer als ein anderes Gesetz, dann wird es auch auf der Policy-Dimension extremer

sein als das andere. Wer gegen eine Gruppe von Gesetzen in der Arbeitspolitik war, ist auch gegen eine bestimmte Gruppe von Gesetzen in der Sozialpolitik. Der Indikator, der aus den Faktorladungen aller Gesetze und Ereignisse gewonnen wurde, hat also die Eigenschaften, die eine abstrakte, ideologische Dimension haben sollte und stellt eine ideologische Verortung der Gesetze aufgrund der Stellungnahmen von Interessengruppen dar. Zur Validierung der Ergebnisse von NOMINATE wurde daher dieser Indikator für die ideologische Position und die hieraus resultierende Abfolge der Gesetze mit der aus NOMINATE resultierenden Abfolge verglichen.

8.5.2.3. Validierung der ordinalen Abfolge der Gesetzespositionen

Die Frage nach der Validierung der Ergebnisse von Poole und Rosenthal wird hier, wie bereits eingangs beschrieben, durch einen Vergleich der ordinalen Abfolge der Gesetzespositionen, die aus den beiden Datenquellen resultieren, beantwortet. Die Anordnung der Gesetze von links nach rechts auf den von Pappi, König und Knoke bestimmten Policy-Dimensionen sollte identisch, eventuell falsch gepolt, mit der aus Poole und Rosenthal gewonnenen ideologischen Anordnung sein. Da in der Studie von Pappi, König und Knoke die Gesetze in Gruppen eingeteilt wurden, sollte sich zusätzlich zeigen, daß die Abfolge in beiden Gruppen gleich gut übereinstimmt. Wenn sich hingegen nur in einer der beiden Gesetzesgruppen die Anordnung der Gesetze gemäß des Indikators aus der Politikfeldstudie mit der Anordnung, wie sie aus den NOMINATE-Koordinaten gewonnen wurde, übereinstimmt, würde dies bedeuten, daß nur eine der beiden Policy-Dimensionen durch die ideologische Dimension bestimmt wird. In diesem Falle wäre die sich aus den NOMINATE-Ergebnissen ergebende Hypothese, daß der untersuchte Themenbereich durch nur eine ideologische Dimension bestimmt wird, widerlegt.

Durch die oben genannten Schwierigkeiten und Einschränkungen in der Auswahl geeigneter Fälle ergab es sich jedoch, daß aus dem Politikbereich „Soziales“ nur noch ein Gesetz in die Auswertung kam. Aus diesem Grunde kann der zweite Aspekt, also die Frage, ob die von Poole und Rosenthal gefundene ideologische Dimension auf beide Dimensionen gleich stark durchschlägt, nicht bearbeitet werden. Die sich zunächst anbietende Option, das eine Gesetz in die andere Gesetzesgruppe einzufügen, wurde verworfen, da sich die Datenbasis der in der Studie gewonnenen Faktorladungen so stark unterscheidet, daß keine Vergleichbarkeit unterstellt werden kann. Als Problem kommt hinzu, daß sich die Koordinaten der Gesetze, die inhaltlich gleich in beiden Häusern abgestimmt wurden, leicht unterscheiden. Dies liegt darin begründet, daß D-NOMINATE die Achsen getrennt nach beiden Häusern des Kongresses berechnete und diese leicht gegeneinander gedreht sind¹⁴⁵.

Als Positionsindikator für die Gesetze wurde hier, wie auch später bei dem Vergleich mit den ordinalen Abfolgen wie sie sich aus einer multidimensionalen Skalierung ergeben, die von NOMINATE geschätzte Position auf der x-Achse und die Position auf einer Achse, die x- und y-Achse kombiniert, verwendet. Letztere Achse stellt eine faktoranalytische Kombination der beiden einzelnen NOMINATE-Achsen dar. Die geschätzten Koordinaten der Gesetze liegen zum Teil außerhalb der Abgeordneten. Dies liegt darin begründet, daß in diese Schätzung auch die Zahl der fehlerhaften Vorhersagen einfließt. Der *midpoint* des Gesetzes auf der x-Dimension, also der Punkt, der die Gruppe der mit ja Stimmenden optimal von der mit nein Stimmenden trennt, kann von NOMINATE präziser als die eigentlichen Gesetzeskoordinaten geschätzt werden. Er kann jedoch aus zwei Gründen in dieser Arbeit nicht überall verwendet werden. Zum einen spricht gegen eine Verwendung des *midpoints* als Positionsindikator, daß er keine Informationen darüber enthält, wo innerhalb der Gruppen, die er voneinander trennt, die Gesetze zu verorten sind. Zum anderen

¹⁴⁵ In einer Erläuterung zu einem Datensatz, in dem alle Abgeordneten beider Häuser der Kongresse 75 bis 105 sowie die jeweils amtierenden Präsidenten enthalten waren und aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens zu Gesetzen, die inhaltlich in beiden Häusern gleich waren, verortet wurden, gibt Poole an, daß die so gewonnenen Koordinaten nicht perfekt mit den aus D-NOMINATE für die einzelnen Häuser gewonnenen übereinstimmen. Für diesen Datensatz gab es allerdings keine Daten über die Roll-Call-Abstimmungen und deren Koordinaten.

kommt es vor, daß bei einem Gesetz alle auf der linken Seite des *midpoints* mit ja stimmten und alle Abgeordneten auf der rechten Seite mit nein, während bei einem anderen Gesetz alle auf der linken Seite mit nein stimmten und alle auf der rechten Seite mit ja. Man kann zwar, zumindest ordinal, zwei Gesetze vergleichen, bei denen in beiden Fällen die Abgeordneten links des *midpoints* mit ja stimmten, und die rechts des *midpoints* mit nein gestimmt haben: Das Gesetz, das die größere Anzahl von Ja-Stimmen hat, also den rechteren *midpoint* hat, ist gemäßigter bzw. rechter als das andere. Man kann jedoch kein Gesetz, bei dem die Konstellation umgekehrt ist, also alle links des *midpoints* mit nein stimmten, und alle rechts des *midpoints* mit ja, innerhalb einer Gruppe von Gesetzen vom Typ der ersten Konstellation verorten. Im Senat kam diese Situation vor, so daß der *midpoint* nur für das Repräsentantenhaus als Positionsindikator verwendet werden kann, da in der dortigen Auswahl nur Gesetze vorkamen, bei denen die Abgeordneten auf der linken Seite mit ja und die auf der rechten Seite mit nein stimmten. Die Gesetze waren also, entsprechend der obigen Argumentation, untereinander über die Position des *midpoints* vergleichbar. Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Vergleich der ordinalen Abfolgen wie sie aus NOMINATE-Bzw. aus der Studie von Pappi, König und Knoke ermittelt wurden.

Tabelle 8-3: Vergleich der ordinalen Gesetzespositionen nach Pappi, König und Knoke und nach Poole und Rosenthal für das Repräsentantenhaus¹⁴⁶.

Gesetz	Rang	yea_x	Rang	yea_xy	Rang	midpoint	Rang	I-1	Rang	I-2
2: Black Lung	5	-0,20	7	-0,24	5	0,41		n.a.	2	0,30
3: Job Training	2	-1,64	2	-1,02	6	0,43	1	-0,36	1	-0,27
9: Conservation '85	1	-1,98	1	-1,33	1	0,01	2	0,56	3	0,60
33: Construction '87	3	-0,98	5	-0,70	2	0,02	5	0,85	6	0,81
28: High Risk	3	-0,98	6	-0,63	3	0,03	4	0,84	5	0,78
35: Polygraph	4	-0,71	3	-0,85	4	0,20	3	0,69	4	0,73
31: Omnibus Trade	6	-0,05	8	0,25	7	0,62	6	0,89	7	0,82
31: Plant Closing ¹⁴⁷	3	-0,98	4	-0,75	4	0,20	6	0,89	7	0,82

Tabelle 8-4: Vergleich der ordinalen Gesetzespositionen nach Pappi, König und Knoke und nach Poole und Rosenthal für den Senat

Gesetz	Rang	yea_x	Rang	yea_xy	Rang	I-1	Rang	I-2
2: Black Lung	5	0,04	5	-0,22		n.a.	1	0,30
3: Job Training		n.a. ¹⁴⁸		n.a.		-0,36		-0,27
5: Racketeering		n.a.		n.a.		-0,47		-0,54
28: High Risk	1	-0,98	1	-0,73	2	0,84	3	0,78
35: Polygraph	3	-0,73	3	-0,49	1	0,69	2	0,73
31: Omnibus	4	-0,10	4	-0,30	3	0,89	4	0,82
31: Plant Closing	2	-0,90	2	-0,54	3	0,89	4	0,82

Die Spalte „Gesetz“ gibt die Nummer des Gesetzes an, die es in der Pappi, König und Knoke-Studie hatte und enthält ein Stichwort zur inhaltlichen Charakterisierung. Zusätzliche inhaltliche

¹⁴⁶ Die beiden Häuser des Kongresses unterscheiden sich bezüglich der Gesetze, die in die Untersuchung eingehen, weil nicht über jedes Gesetz in beiden Häusern per *roll call* entschieden wurde.

¹⁴⁷ Das „Plant Closing“-Gesetz, das für den Fall, daß ein Betrieb geschlossen wird, eine Mitteilung der Betriebsführung 60 Tage vor der Stilllegung vorsah, war während des dreijährigen Gesetzgebungsprozess der „Omnibus Trade Bill“ stets Bestandteil derselben. Wenige Monate vor der endgültigen Verabschiedung wurde es wegen starkem Widerstand des Präsidenten herausgenommen und getrennt verhandelt; vgl. Appendix Daten.

¹⁴⁸ Für manche *roll calls* konnte NOMINATE die *cutting lines* nicht bestimmen, zum Beispiel weil sich zu wenige Abgeordnete an der Abstimmung beteiligten.

Informationen sind im Appendix Daten enthalten.

Die Spalte „*yea_x*“ gibt die Koordinate des Gesetzes auf der ersten Dimension aus dem Ergebnis von Poole und Rosenthal für den jeweiligen *roll call* wieder.

Die Spalte „*yea_xy*“ gibt die Koordinate des Gesetzes auf einer Achse an, die schräg durch den von den beiden NOMINATE-Dimensionen gebildeten Raum verläuft und beide Achsen kombiniert.

Die Spalte „I-1“ enthält als Positionsindikator die originale Faktorladung aus der Studie von Pappi, König und Knoke, die nach den beiden Themenbereichen getrennt durchgeführt wurde.

Die Spalte „I-2“ enthält als Positionsindikator die Faktorladungen der Gesetze auf den ersten Faktor wie sie durch eine Analyse aller Ereignisse gewonnen wurden.

Die Spalte „*midpoint*“ in der Tabelle für das Repräsentantenhaus gibt den *midpoint* wieder, also den Punkt, der die Ja-Stimmenden optimal von den Nein-Stimmenden trennt. Die Interpretation ist die gleiche wie bei den anderen NOMINATE-Koordinaten: Je größer der Wert, desto konservativer das Gesetz. Die jeweils vor den Werten befindlichen Spalten mit der Bezeichnung „Rang“ geben die ordinale Abfolge der Gesetze auf Basis der jeweiligen Skala an.

Die ordinale Abfolge der Gesetze, wie sie von NOMINATE ausgegeben werden, kann durch die verwendeten Positionsindikatoren nicht überzeugend bestätigt werden. Zwar gibt es Sequenzen, die in den verschiedenen Skalen identisch sind, insgesamt handelt es sich jedoch nicht um weniger gravierende Fehler wie zum Beispiel um die Vertauschung einzelner Rangplätze, sondern um die Situation, daß ein Gesetz, das auf der einen Skala gemäßigt war, auf einer anderen extrem ist. Gesetze, die auf der einen Skala eine Sequenz bildeten, bilden auf einer anderen die gegenüberliegenden Extrempunkte.

8.5.3. Externe Validierung auf der Basis einer multidimensionalen Skalierung

8.5.3.1. Aufgaben der multidimensionalen Skalierung (MDS)

Borg und Groenen (1997: 3) beschreiben die Aufgaben einer multidimensionalen Skalierung wie folgt: „Multidimensional scaling (MDS) is a technique for the analysis of similarity or dissimilarity data on a set of objects. (...) The main reason for doing this, is that one wants a graphical display of the structure of the data, one that is much easier to understand than an array of numbers and, moreover, one that displays the essential information in the data, smoothing out noise.“

Der Grundmechanismus ist, daß sich Objekte, die zum Beispiel in der Beurteilung eines Betrachters ähnlicher sind, auch räumlich näher als zwei unähnliche Objekte stehen. Die dahinterstehende geometrische Vorstellung von Daten wurde bereits bei der Einführung zum NOMINATE-Verfahren vorgestellt. Eine weitere wichtige Aufgabe ist, die für eine angemessene räumliche Darstellung der Ähnlichkeiten notwendige Anzahl von Dimensionen zu ermitteln. Dies ist eine Aufgabe, welche auch hier vor dem Hintergrund der Frage nach der Geltung einer ideologischen oder aber mehrerer Policy-Dimensionen wichtig ist.

8.5.3.2. Die Eingangsdaten und ihre Umsetzung in eine Nähematrix

Die Eingangsdaten für die multidimensionale Skalierung waren die gerichteten Interessen der befragten Organisationen an den Ereignissen.

Die Interessengruppen waren in sechs Gruppen von Akteuren eingeteilt, die man als über das gesamte politische Spektrum verteilt ansehen kann: Es gab die Kategorien Labor Unions, Employer Associations, Professional Associations, Public Interest Groups, Federal Departments und Agencies, also offizielle Behörden, und schließlich die zuständigen Ausschüsse im Repräsentantenhaus und im Senat. Eine Dokumentation der einzelnen Interessengruppen und der Variablen findet sich im Codebuch der Studie (vgl. Schnorpfel 1991). Die SPSS-Kommandos für

die Bildung der Variable des gerichteten Interesses sowie für die Auswertungsprozeduren sind im Appendix Auswertung enthalten.

Ein mögliches Problem bei den so gewonnenen Daten ist der Umstand, daß bei einer sehr ausgeprägten Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Interessengruppen eine Situation denkbar wäre, in der die eine Gruppe von Organisationen ausschließlich nur an einer bestimmten Gruppe von Gesetzen interessiert sein könnte – an andern jedoch überhaupt nicht. Die von Pappi, König und Knoke vorgefundenen Interessenschwerpunkte der Organisationen lassen dies als möglich erscheinen. Ein „kein Interesse an dem Ereignis“ seitens einer Interessengruppe bei zwei Gesetzen führt dazu, daß diese beiden Gesetze von der verwendeten PROXIMITIES-Prozedur als ähnlich, zumindest aber nicht als unähnlich betrachtet werden. Dies könnte, wenn systematisch bei vielen Interessengruppen vorkommend, zu einem Ähnlichkeitsbias führen. Zwei Gesetze erscheinen dann als insgesamt ähnlicher als sie es von ihrem politischen Gehalt her in Wirklichkeit sind. Eine andere mögliche Folge besteht darin, daß die Spezialisierung der Organisationen und die daraus resultierende Klumpung des Interesses auf bestimmte Gesetze dazu führt, daß sich das vom Ideologie-Modell vorhergesagte Muster, daß sich bei verschiedenen Themen stets die gleich zusammengesetzten Gruppen gegenüberstehen, nicht finden läßt. Eben weil sich in verschiedenen Bereichen auch jeweils verschiedene Gruppen gegenüberstehen, die aber an Gesetzen aus anderen Themenbereichen kein Interesse haben und deshalb keine Stellungnahme abgeben.

Eine Betrachtung der Matrizen für das Interesse und die Position zeigt zwar einige Klumpungen, diese sind jedoch nicht so stark ausgeprägt, daß die Daten völlig unbrauchbar würden. Die meisten Interessengruppen haben auch an den meisten Gesetzen ein – wenn auch nur schwaches – Interesse. Da unbekannt war, auf welche Weise in der Studie von Pappi, König und Knoke die Erzeugung der gerichteten Interesse-Variable stattfand, wurde ein eigenes Schema entwickelt. Die letztlich interessierende Variable setze sich aus zwei Variablen zusammen, der Positionsvariablen und der Interessenvariable. Die Positionsvariable hatte dabei die Ausprägungen „dafür“, „dagegen“ und „sowohl dafür als auch dagegen“. Die Interessevariable hatte die Ausprägungen von 0 (kein/fast kein Interesse) bis 5 (sehr starkes Interesse). Die Positionsvariable wurde zuerst auf –1 und +1 recodiert. Dann wurden die beiden Variablen multiplikativ kombiniert, wobei die 33 Stellungnahmen, die „sowohl dafür als auch dagegen“ bedeuten, wegen ihrer unklaren Interpretierbarkeit aus der Untersuchung ausgeschlossen wurden. Die so gewonnene Variable enthält die Information darüber, ob zu einem Ereignis Interesse vorhanden war und wenn ja, welche Richtung es hatte. Die Variable kann auch als Information über eine Präferenzordnung interpretiert werden. +5 bedeutet, daß eine Interessengruppe ein Ereignis befürwortet und stärker daran interessiert ist als an einem Ereignis, das sie mit +4 bewertet. Da das Interesse sich plausiblerweise nach dem vom Akteur aus diesem Ereignis erwarteten Nutzen richtet, bedeutet dies, daß der Akteur einem Ereignis, das er mit 5+ bewertet, mehr Nutzen zuweist als einem, das er mit +4 bewertet. Gleiches gilt auch für die negativen Werte. Ein Interesse von Null bedeutet hingegen, daß der Akteur zwischen dem Gesetz, d.h. der Veränderung, die es erzeugt, und dem Status Quo indifferent ist. Dem Akteur erwachsen aus seiner Sicht weder Vor- noch Nachteile aus dem Ereignis.

Zur Bestimmung der Koordinaten für die Gesetze wurden alle Ereignisse in die multidimensionale Skalierung einbezogen. Der erste Grund hierfür ist die generelle praktische Empfehlung von Backhaus et al. (1994: 485), nicht zu wenige Objekte, sondern mindestens acht, in die Analyse aufzunehmen. Die Anzahl der verwendeten Gesetze beträgt acht, es wäre also vertretbar, nur diese acht Gesetze in die Analyse einzubeziehen. Da allerdings auch die Frage nach der den Stellungnahmen zugrundeliegenden Anzahl der Dimensionen behandelt werden sollte, erschien es erforderlich, alle 36 Ereignisse in die Analyse einzubeziehen. Hierdurch soll eine Auswahl, welche über die bereits durch die von der Studie von Pappi, König und Knoke getroffene inhaltliche Einschränkung hinausgeht – und eine damit verbundene auswahlbedingte Unidimensionalität – vermieden werden.

Nachdem die Daten zur Verfügung standen, bestand der nächste Schritt darin, sie in eine für eine

MDS geeignete Nähematrix umzusetzen. Hierzu wurde das EUKLID-Verfahren der SPSS Prozedur PROXIMITIES gewählt. EUKLID setzt die Unterschiede zwischen den Variablen x und y gemäß der folgenden Formel in Ähnlichkeiten um (Schubö und Uehlinger 1986: 379):

$$\text{EUKLID (x,y)} = \sqrt{\sum_{i=1}^n (X_i - Y_i)^2}$$

Das Maß berechnet für jedes Variablenpaar für alle Fälle die Quadratsumme der Unterschiede der Variablenausprägungen der Fälle bei diesen Variablen und summiert diese auf. Hat ein Fall für beide Variablen jeweils +5, so geht dieser Fall in das Maß mit 0 ein, während ein Fall, der das eine Ereignis mit +5, das andere jedoch mit -5 bewertet mit 100 in die Summe eingeht.

Hohe Werte des EUKLID-Maßes bedeuten also, daß sich zwei Variablen sehr unähnlich sind. Der Vorteil des EUKLID-Maßes gegenüber einer Korrelationsmatrix besteht darin, daß das EUKLID-Maß nicht durch die Fallzahl dividiert wird, sondern die Unterschiede aufsummiert werden. Hierdurch entsteht eine leichte Betonung der Unterschiede¹⁴⁹, während bei einer Korrelation durch die Division durch die Fallzahl eine Betonung der Gemeinsamkeiten entsteht. Borg und Groenen (1997: 106) kommen bei ihrer Behandlung von verschiedenen Nähemaßen zu dem Schluß, daß die strukturelle Information einer bestimmten Variablengruppe sehr robust gegenüber den daraus berechneten Nähemaßen ist. Korrelationsmatrizen und die hier gewählte euklidische Nähevariante sind die üblichsten Nähemaße. Sie enthalten im Prinzip die gleichen Informationen, und sollten daher auch zu gleichen Ergebnissen führen. Die SPSS-Prozedur ALSCAL bietet verschiedene Distanzmodelle an, die auf der Basis der von der Prozedur PROXIMITIES erzeugten Nähematrix berechnet werden können. Gemäß der grundlegenden Idee wurde mit dem einfachen euklidischen Distanzmodell die einfachste Variante gewählt.

8.5.3.3. Die Dimensionalität

Die erste Frage, die mit den aus der multidimensionale Skalierung gewonnen Ergebnissen beantwortet werden soll, ist wiederum die Frage nach der Anzahl der notwendigen Dimensionen.

Ein klarer Vorteil der multidimensionalen Skalierung ist, daß sie es erlaubt, die Dimensionen, anhand derer die Akteure die Objekte beurteilen, ohne Vorkenntnisse zu entdecken (Backhaus 1994: 435). Die Argumentation ist hier ebenfalls die, daß eine einzige ideologische Dimension, und zwar die liberal-konservative, ausreichen sollte, um die Stellungnahmen zu beschreiben. Zwei oder mehr Dimensionen sprächen hingegen dafür, daß doch ein Policy-Modell das zutreffendere Modell ist. Die Entscheidung für ein bestimmtes Modell muß gut begründet werden und deutlich ausfallen, da ein mehrdimensionales Modell generell besser ist. Nur geringfügige Verbesserungen des zweidimensionalen Modells würden aus dieser Sicht dafür sprechen, daß man doch das eindimensionale Modell akzeptiert. Für das praktische Vorgehen bedeutet dies, daß multidimensionale Skalierungsmodelle mit verschiedenen Anzahlen von Dimensionen gerechnet wurden und dann anhand bestimmter Kriterien entschieden wurde, wie viele Dimensionen unbedingt notwendig sind, um das vorgefundene Datenmaterial zu repräsentieren. Besonderes Augenmerk galt dabei dem Unterschied zwischen dem ein- und dem zweidimensionalen Modell. Die Kriterien für die Entscheidung über die notwendige Anzahl der Dimensionen nennen Backhaus et al. (1994: 460ff) den Datenverdichtungskoeffizienten und das STRESS-Maß¹⁵⁰.

Die multidimensionale Skalierung ist eine Umwandlung von ordinalen Daten, der Stellungnahmen

¹⁴⁹ Die Betonung der Unterschiede erschien auch deshalb günstig, weil die Daten an sich einen leichten Trend zur Ähnlichkeit enthielten.

¹⁵⁰ Der von SPSS ausgegebene RSQ-Koeffizient wird nicht in die Auswertung aufgenommen, da sich weder in der Literatur noch in den neueren Handbüchern eine genaue Erklärung für die Bedeutung dieses Maßes noch für dessen Interpretation finden lassen.

der Interessengruppen und der daraus berechneten Ähnlichkeiten zwischen den Gesetzen, in metrische Informationen, also die politischen Koordinaten der Ereignisse. Dabei wird aus vielen Eingangsdaten eine Information über die räumliche Konstellation der untersuchten Objekte gewonnen. Der Datenverdichtungskoeffizient Q gibt an, wie stark die ursprüngliche Information verdichtet wird und berechnet sich nach dem Verhältnis der vorhandenen Ähnlichkeitsinformationen, also den Einträgen in einer Martix¹⁵¹, welche die Ähnlichkeiten zwischen zwei Objekten enthält, und der Anzahl der Koordinaten¹⁵², die hieraus berechnet werden. Als Minimum nennen Backhaus et al. (ebenda: 461) einen Datenverdichtungskoeffizienten von 2 oder größer, was einer Verdoppelung der Datendichte entspricht.

Das von Kruskal entwickelte STRESS-Maß gibt Auskunft darüber, inwieweit eine in einer multidimensionale Skalierung berechnete Konstellation von Objekten die grundlegende Anforderung erfüllt, daß einander sehr unähnliche Objekte in der berechneten Konstellation auch räumlich weiter voneinander entfernt sind (Backhaus et al. 1994: 454). Der Wert des STRESS-Koeffizienten wird umso höher, je öfter und stärker Objekte in der berechneten Konstellation nahe beieinander positioniert sind, obwohl sie von den Befragten als unähnlich beurteilt wurden. Je mehr Dimensionen benutzt werden, desto mehr Spielraum steht zur Verfügung, um die Objekte gemäß ihrer (Un)Ähnlichkeit zu positionieren. Während sich bei nur einer Dimension die Ähnlichkeit und Unähnlichkeit zwischen zwei Objekten sich nur in einer Distanz äußern kann, ist es bei mehreren Dimensionen möglich, daß sich Objekte in einer Hinsicht gleichen, während sie sich in anderer Hinsicht unterscheiden. Hieraus ergibt sich ein klarer Trend zu einem generell höheren Fitting von mehrdimensionalen Modellen. Der STRESS-Wert sollte generell möglichst gering ausfallen. Allerdings nicht so gering, daß die Koordinaten mehrerer Objekte auf einem einzigen Punkt klumpen, was bei einer sogenannten degenerierten Lösung der Fall ist (ebenda: 460). Im Gegensatz zu NOMINATE unterscheiden sich die mit ALSCAL berechneten Koordinaten in Modellen mit verschiedener Anzahl von Dimensionen, die Modelle sind also nicht geschachtelt.

Tabelle 8-5: Fitting Maße für Modelle mit unterschiedlicher Anzahl von Dimensionen.

Dimensionen	Q	STRESS
6	2,92	.04998
5	3,5	.06679
4	4,38	.08612
3	5,83	.11695
2	8,75	.16463
1	17,5	.28934

Die Spalte „Q“ enthält den Datenverdichtungskoeffizienten Q und die Spalte „STRESS“ den STRESS, berechnet nach Kruskals STRESS-Formel 1.

Die Befunde widersprechen deutlich der Annahme, daß ein eindimensionales Ideologie-Modell den Daten zugrunde liegt. Beide verwendeten Maßzahlen sprechen für eine zumindest zweidimensionale Struktur in den Daten. Gemäß der von Backhaus et al. (1994: 458) für das STRESS-Maß vorgeschlagenen Güteeinschätzungen wäre erst das Modell mit sechs Dimensionen als gut einzustufen. Auffallend ist auf jeden Fall die sprunghafte Veränderung beider Fittingmaße beim Übergang von zwei zu einer Dimension. Nimmt man nur die acht Gesetze, für die es Roll-

¹⁵¹ In die Berechnung des Datenverdichtungskoeffizienten Q gehen nur die Einträge unterhalb der Hauptdiagonale ein, also die Einträge, die alle vorhandenen Informationen enthalten. Die Ähnlichkeitsmatrix von 36 Objekten enthält unter der Hauptdiagonalen 630 Einträge.

¹⁵² Die Anzahl der berechneten Koordinaten bestimmt sich nach dem Produkt aus der Anzahl der Objekte und der Anzahl der Dimensionen, auf denen diese verortet werden. Für 36 Objekte, die auf 2 Dimensionen verortete werden, sind 72 Koordinaten zu berechnen.

Call-Abstimmungen gab, in die multidimensionale Skalierung auf, so findet sich – natürlich – ein geringeres STRESS-Maß. Die sprunghafte Veränderung bei dem Übergang von einem zwei- zu einem eindimensionalen Modell findet sich jedoch auch in dieser Situation. Dies spricht wiederum dafür, daß viele Policy-Dimensionen vorhanden sind. Die vorgefundene multidimensionalität kann jedoch auch dadurch künstlich erzeugt worden sein, daß die Gruppen spezialisiert waren. Es standen sich nicht immer die gleichen Akteure gegenüber, sondern zum Beispiel bei Thema 1 die Akteure A und B und bei Thema 2 die Akteure C und D. Dabei äußerten sich C und D nicht zu Thema 1 und A und B nicht zu Thema 2, weil sie an Themen, die nicht in ihrem Spezialgebiet lagen, kein Interesse hatten. Auf den ersten Blick scheint dieses Problem nur in der Wahl der Interessengruppen begründet zu liegen. Allerdings hat man bei der Analyse von Roll-Call-Abstimmungen ein ähnliches Problem: Viele Abgeordneten enthalten bei Abstimmungen zu für sie uninteressanten Themen sich der Stimme oder sind schlicht abwesend, so daß es auch im Parlament zu „Spezialisierungen“ in dem Sinne kommt, daß sich nicht jeder Abgeordnete zu allen Gesetzen eine Stimme abgibt.

Wie bei der Faktoranalyse stellt sich auch hier die Frage, ob das Zusammenfassen aller Informationen zu nur einer ideologischen Dimension mit der Idee eines *mappings* von Policy-Dimensionen auf eine ideologische Achse vereinbar ist und welche Dimension für den Vergleich mit den NOMINATE-Ergebnissen herangezogen werden soll. Die Betrachtung des Q-Koeffizienten zeigt, daß die stärkste Verdichtung beim Übergang von zwei zu einer Dimension auftreten. Durch diesen Schritt wird die in den Rohdaten enthaltene Information noch einmal erheblich komprimiert, was die erhebliche Verschlechterung des Fittings erklärt. Ein eindimensionales Modell versucht, die Konstellation der Ereignisse zu bestimmen, wenn man diese auf nur einer Dimension verorten will. Die Ergebnisse sind genauso gut oder schlecht, wie es die Verortung eines Abgeordneten oder Gesetzes auf nur einer vorgegebenen Dimension wäre, die ein Befragter vornehmen würde. All die unterschiedlichen Kriterien, welche die Interessengruppen bei ihren Stellungnahmen anwenden, werden in diesem statistischen Modell zu einer Information über die Position des Ereignisses auf einer einzigen Dimension kombiniert. Die so gewonnene Dimension entspricht daher am ehesten der ideologischen Dimension und kann im weiteren Verlauf zum Vergleich mit den Ergebnissen des NOMINATE-Verfahrens benutzt werden.

8.5.3.4. Die Koordinaten

Können nun die aus den Stellungnahmen der Interessengruppen zu den Gesetzen die Koordinaten, die NOMINATE für die entsprechenden Gesetze ausgibt, bestätigt werden? Die nachfolgenden Tabellen zeigen, getrennt nach Senat und Repräsentantenhaus, die Rangfolge der Gesetze nach Poole und Rosenthal im Vergleich zur Rangfolge, wie sie sich aus einer multidimensionalen Skalierung der Interessengruppenstellungnahmen ergibt.

Tabelle 8-6: Vergleich der ordinalen Abfolge der Gesetze nach Poole und Rosenthal mit der ordinalen Abfolge basierend auf einer multidimensionalen Skalierung für das Repräsentantenhaus

Gesetz	Rang	yea_x	Rang	yea_xy	Rang	midpoint	Rang	mds_uni
2: Black Lung	5	-0,20	7	-0,24	5	0,41	2	-0,1296
3: Job Training	2	-1,64	2	-1,02	6	0,43	1	-2,0795
9: Conservation '85	1	-1,98	1	-1,33	1	0,01	3	0,4433
33: Construction '87	3	-0,98	5	-0,70	2	0,02	5	1,1122
28: High Risk	3	-0,98	6	-0,63	3	0,03	7	1,7337
35: Polygraph	4	-0,71	3	-0,85	4	0,20	4	0,4995
31: Omnibus Trade	6	-0,05	8	0,25	7	0,62	6	1,5643
31: Plant Closing	3	-0,98	4	-0,75	4	0,20	6	1,5643

Tabelle 8-7: Vergleich der ordinalen Abfolge der Gesetze nach Poole und Rosenthal mit der ordinalen Abfolge basierend auf einer multidimensionalen Skalierung für den Senat

Gesetz	Rang	yea_x	Rang	yea_xy	Rang	mds_uni
2: Black Lung	5	0,04	5	-0,22	1	-0,1296
3: Job Training		n.a.		n.a.		-2,0795
5: Racketeering		n.a.		n.a.		-1,1079
28: High Risk	1	-0,98	1	-0,73	4	1,7337
35: Polygraph	3	-0,73	3	-0,49	2	0,4995
31: Omnibus Trade	4	-0,10	4	-0,30	3	1,5643
31: Plant Closing	2	-0,90	2	-0,54	3	1,5643

Die erste Spalte enthält jeweils die Nummer des Gesetzes und ein Schlagwort für dessen inhaltliche Charakterisierung. Die Spalte „yea_x“ gibt die Koordinate des Gesetzes auf der ersten Dimension von NOMINATE an, die Spalte „yea_xy“ die Position auf einer beide NOMINATE-Dimensionen kombinierenden Dimension. Die Spalte „midpoint“ gibt den *midpoint* für dieses Gesetz an, und die Spalte „mds_uni“ die Koordinate des Gesetzes, wie sie aus einer unidimensionalen Skalierung gewonnen wurde. Die jeweils vor den Werten befindlichen Spalten mit der Bezeichnung „Rang“ geben die ordinale Abfolge der Gesetze auf Basis der jeweiligen Skala an. Beide Tabellen bestätigen den Befund aus der Faktoranalyse, daß die ordinalen Abfolgen, wie sie NOMINATE für die untersuchten Gesetze ausgibt, durch die zur Validierung eingesetzten Daten nicht bestätigt werden können. Selbst die Tatsache, daß man für den Senat, wenn man als Gesetz Nr. 31 die „Plant closing Bill“ verwendet, einmal eine genau umgekehrt verlaufende Abfolge erhält, kann die Befunde aus dem Repräsentantenhaus nicht entkräften: Es gibt keine Variante der NOMINATE-Positionsangabe für die Gesetze, die in etwa der ordinalen Abfolge der Gesetze entspricht, wie sie sich aus der Auswertung der Stellungnahmen der Interessengruppen ergibt. Welche Variante man auch immer wählt, stets findet sich für einige Gesetze, daß sie auf der einen Skala gemäßigt eingestuft werden, auf der anderen jedoch als extrem. Oder aber, daß Gesetze, die auf der einen Skala eng beieinander stehen, auf einer anderen die entgegengesetzten Extrempunkte der Skala darstellen.

8.5.4. Fazit der Auswertung der ordinalen Abfolgen

Die beiden zur Validierung der NOMINATE-Ergebnisse verwendeten statistischen Verfahren, also der Positionsindikator auf Basis der Faktorladung und die multidimensionale Skalierung, kommen zu leicht unterschiedlichen Abfolgen der Gesetze. Sie unterscheiden sich nur in der genauen Abfolge der Gesetze 28, 31 und 33, die aber stets zusammen auf einer Seite der restlichen Gesetze

eingeorordnet werden.

Keine Variante der extern gewonnenen Positionsindikatoren kann die Abfolge der Gesetze bestätigen, wie sie von NOMINATE bestimmt wird. Weder die eigentliche Gesetzeskoordinate auf der ersten Dimension, noch die Gesetzeskoordinate auf den beiden kombinierten Dimensionen, noch der präziser zu schätzende *midpoint* für das Gesetz kann bestätigt werden. Der Versuch, dieses Element der NOMINATE-Ergebnisse durch die Stellungnahmen der Interessengruppen extern zu bestätigen, muß daher als mißlungen angesehen werden.

8.5.5. Validierung durch inhaltliche Verortung: Spiegeln die Koordinaten verschiedener Gesetzesversionen inhaltliche Veränderungen wider?

Das inhaltsanalytische Vorgehen ist die schwächste Validierungsvariante. Es prüft nur, ob die Gesetzeskoordinaten von NOMINATE, auf welchen synthetischen Dimensionen sie auch immer angeordnet werden, zumindest solche Veränderungen erfassen, die für die ideologische Positionierung relevant sind. Für bestimmte Politikbereiche wurde bereits im Abschnitt über Ideologie definiert, was nach dem *common sense* im amerikanischen politischen System die Positionen der beiden Lager in diesem Politikbereich sind. Zu welchen konkreten Forderungen und Positionen sich also zum Beispiel eine ideologisch konservative Position in diesem Politikfeld umsetzt. Wenn man ein Gesetz bzw. ein Amendment auf der Grundlage von Hintergrundinformationen und der Bedeutung von Ideologie für dieses Thema relativ zu einem anderen einordnen kann, sollten sich diese Positionsunterschiede auch in NOMINATE zeigen, wenn NOMINATE die Gesetze valide einordnet. Man kann aufgrund von inhaltlichen Informationen Hypothesen darüber aufstellen, welches Gesetz bzw. *ammendment* liberaler als ein anderes sein sollte. Dieses Vorgehen kann nicht vollständig sein, sondern muß sich aus mehreren Gründen auf ausgewählte Beispielgesetze beschränken, die mehr oder weniger pragmatisch ausgewählt werden. Um für diesen Validierungsansatz geeignet zu sein, muß ein Gesetz bestimmte Bedingungen erfüllen. Viele Gesetze werden über einen längeren Zeitraum behandelt und dabei auch inhaltlich verändert. Es gibt in der Regel innerhalb eines Gesetzgebungsprozesses auch mehrere unterschiedliche Versionen des Gesetzes, zumindest aber *ammendments*, die ein Gesetz konservativer oder aber liberaler machen, bzw. machen würden, wenn sie angenommen würden. Dennoch sind nicht alle Gesetze für eine inhaltliche Verortung geeignet. So fallen viele Gesetze schon deshalb aus, weil für sie keine Roll-Call-Abstimmungen und daher auch keine Daten aus NOMINATE vorhanden waren. Hinzu kommt, daß ein Gesetz aufgrund seines Inhaltes klar einordenbar sein muß. Nur wenn man für ein Gesetz relativ sicher auf Grund von inhaltlichen Veränderungen eine Aussage darüber machen kann, ob es konservativer oder liberaler als es die vorangegangene Version war, kann man prüfen, ob sich diese Veränderungen auch an den von NOMINATE für das Gesetz berechneten Koordinaten zeigt. Von den untersuchten Gesetzen kam es nur bei drei Gesetzen zu Abstimmungen über verschiedene Versionen: Das American Conservation Corps Gesetz, die Construction Labor Law Amendments und die Omnibus Trade Bill. Zu allen drei Gesetzen war genug Hintergrundinformation verfügbar, um eine Entscheidung darüber zu treffen, wann sich eine Version inhaltlich so stark verändert hat, daß sich eine Veränderung der Koordinate zeigen sollte. Andererseits sollte die Koordinate in etwa konstant bleiben, wenn sich keine größeren inhaltlichen Veränderungen finden lassen. Zusätzlich zu diesen drei Gesetzen wurde aus der Fülle von *roll calls* ein zusätzlicher Fall aus der Thematik des Mindestlohnes ausgewählt, an dem ebenfalls eine Veränderung feststellbar sein sollte.

Die erste NOMINATE-Dimension (x-Achse) erstreckt sich von -1, sehr liberal, bis +1, sehr konservativ, und bezieht sich inhaltlich auf die Billigung von Umverteilungsmaßnahmen und Eingriffen des Staates in die Wirtschaft und den freien Markt. Die zweite Dimension (y-Achse) erstreckt sich ebenfalls von -1 bis +1. Hierbei bedeutet -1 „sehr liberal“ und +1 „sehr konservativ“ in Bezug auf die Verwirklichung von Bürgerrechten. Während die südlichen Demokraten auf der

ersten Dimension eher bei den nördlichen Demokraten stehen, sind sie auf der zweiten Dimension zeitweise deutlich von ihnen getrennt, und eher im Bereich von 0 bis +1 verortet (vgl. Poole und Rosenthal 1997: 44). In allen ausgewählten Gesetzen ging es um arbeitspolitische oder wirtschaftliche Maßnahmen und nicht zum Beispiel um ein Gesetz, das politische Rechte einer Gruppe stärken will. Für die Beurteilung der Gesetze ist daher die erste NOMINATE-Dimension entscheidend, so daß in die Analyse nur die x-Achse einbezogen wurde. Die Koordinate, anhand derer die Position des Gesetzes bestimmt werden soll, ist wiederum generell die von NOMINATE berechnete Yea-Koordinate des jeweiligen Gesetzes. Für das Repräsentantenhaus kann zusätzlich der *midpoint* als Indikator herangezogen werden.

8.5.5.1. Das American Conservation Corps

Das American Conservation Corps sah die Schaffung von Saison-, aber auch Ganzjahresarbeitsplätzen im Umweltschutzsektor vor, zum Beispiel in Nationalparks und auf öffentlichem Gelände. Die Zielgruppe waren Jugendliche ohne Ausbildung. Sie sollten den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, aber keine bereits angestellten Arbeitnehmer ersetzen.

Am 9. Juni 1982 verabschiedete das Repräsentantenhaus das Gesetz zum ersten Mal. Es autorisierte 50 Mio. \$ für 1983 und dann jeweils jährlich 250 Mio. \$ für die Jahre 1984 bis 1989. Die Finanzierung sollte durch Bundeseinkünfte aus Öl-, Gas- und Holzverkauf erfolgen. Die Einzelstaaten sollten ihrerseits Mittel in Höhe von 15% der Summe aufbringen, die der Bund für dieses Projekt bereitstellte. Zu Aktivitäten seitens des Senats kam es jedoch nicht (vgl. Congressional Quarterly Almanac¹⁵³ 1982: 505). Am 1. März 1983 verabschiedete das Repräsentantenhaus erneut eine sehr ähnliche Version. Die Ausgaben des Bundes blieben unverändert, die Beiträge der Staaten wurden auf 10 Mio. \$ für 1983 und jeweils 50 Mio. \$ für die Jahre 1984 bis 1989 angesetzt. Die Finanzierung sollte wiederum nicht über Steuern, sondern über andere Staatseinkünfte privatrechtlicher Natur erfolgen. Das zuständige Senate Energy Committee veränderte noch im Jahr 1983 die Vorlage aus dem Repräsentantenhaus: Das Programm sollte nur drei Jahre laufen und für 1984 50 Mio. \$, für 1985 75 Mio. \$ und für 1986 100 Mio. \$ bereitstellen (Congressional Quarterly Almanac 1983: 230). 1984 stimmte der Senat dieser Version per *voice vote* zu und das Repräsentantenhaus nahm sie am 9. Oktober 1984 per *roll call* an. Das Gesetz wurde jedoch vom Präsidenten gestoppt (Congressional Quarterly Almanac 1984: 68-H). Am 11. Juli 1985 verabschiedete das Repräsentantenhaus eine erneut veränderte Version, die sich von der Vorgängerversion darin unterschied, daß sie keine vorgegebene Ausgabenhöhe enthielt, sondern es sollten die Summen bereitgestellt werden, die der Kongreß für notwendig erachtet. Die allgemeine Debatte um die Reduktion des Haushaltsdefizites führte jedoch dazu, daß keine weiteren Schritte mehr unternommen wurden (Congressional Quarterly Almanac 1985: 473).

Insgesamt stehen also vier Abstimmungen zur Verfügung. Das Gesetz ist deshalb zur ideologischen Einordnung geeignet, weil es um Gelder geht. Im Anschluß an den definierten Gehalt von Ideologie in den USA, kann man die Gesetze nach dem Umfang, in dem sie Geld für Projekte wie das American Conservation Corps zu Verfügung stellen, von liberal nach konservativ einordnen: Je mehr Geld das Gesetz bereitstellt, desto liberaler ist es. Die liberale Position steht für mehr staatliche Aktivitäten, die konservative Position hingegen für deren Eindämmung. Die Versionen von 1982 und 1983 sind bezüglich der bereitgestellten Mittel unverändert, sollten sich also nicht unterscheiden. Die Reduktion der bereitgestellten Mittel von der 1983er Version zur Version des Jahres 1984 sollte sich dagegen in einer deutlichen Verschiebung der Koordinaten des Gesetzes hin zum konservativen Pol äußern.

Die Streichung eines festen Betrages zugunsten des Ermessens des Kongreßes ist ideologisch nicht

¹⁵³ Die Informationen über den Gesetzgebungsprozeß stammen aus dem Congressional Quarterly Almanac der entsprechenden Jahre, zum Teil aber auch aus der im Internet zugänglichen Datenbank der Thomas Jefferson Bibliothek, die über <http://thomas.loc.gov/home/thomas2.html> zu erreichen ist.

eindeutig einzuordnen: Je nach dem, was für Mehrheiten die Abstimmenden in Zukunft erwarteten, kann dies mehr oder weniger Mittel für das Projekt bedeuten, als in der Version mit festgesetzten Mitteln vorgesehen waren. Hierbei ist wichtig zu beachten, daß der Anteil der Republikaner im 99ten Repräsentantenhaus gegenüber dem 98ten deutlich angestiegen war und die Republikaner dieses Programm generell ablehnten, weil es die Staatsausgaben erhöhte. Das Aufgeben eines festen Betrages kann daher eher als ein Entgegenkommen der Demokraten an die Republikaner angesehen werden, da diese, falls sie im nächsten Kongreß die Mehrheit stellen sollten, die Mittel für das Programm reduzieren könnten. Das Gesetz sollte also gemäßiger sein als die Version des Jahres 1984. Die nachfolgende Tabelle enthält die Koordinaten, die NOMINATE jeweils für die Version geschätzt hat. Die Koordinaten beziehen sich auf das Repräsentantenhaus, da die entsprechenden Abstimmungen im Senat keine *roll calls* waren, bzw. der Senat über die entsprechende Version nicht abgestimmt hat.

Tabelle 8-8: Koordinaten verschiedener Versionen des American Conservation Corps-Programms

Gesetzesversion	Beschreibung	yea_x	midpoint
1982	50 Mio.\$ für 1983, jeweils 250 Mio.\$ für 1984 bis 1989	-1,74	0,24
1983	50 Mio.\$ für 1983, jeweils 250 Mio.\$ für 1984 bis 1989	-2,06	0,19
1984	50 Mio. \$ für 1984, 75 Mio. \$ für 1985 und 100 Mio. \$ für 1986	-1,98	0,20
1985	Keine festen Beträge	-1,98	0,01

In dieser und auch in den nachfolgenden drei Tabellen bedeutet die Spalte „yea_x“ die von NOMINATE geschätzte Koordinate des Gesetzes auf der ersten, liberal-konservativen Dimension und die Spalte „midpoint“ den *midpoint* auf der selben Dimension.

An den Yea-Koordinaten ist zu erkennen, daß das Projekt immer sehr liberal war. Es stellte viel Geld für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung und griff so in den Arbeitsmarkt ein. Zudem spiegelte es eine Ausdehnung der Aufgaben des Staates wider. Die Koordinaten der Versionen unterscheiden sich für die beiden Versionen aus den Jahren 1983 und 1984 kaum, obwohl sich diese Versionen in dem Ausmaß der bereitgestellten Mittel stark unterscheiden. Dies hätte sich in einer spürbaren Veränderung der Koordinaten äußern sollen. Die Gruppe derer, die das Projekt unterstützten, blieb jedoch unverändert¹⁵⁴, trotz der Mäßigung des Programms wurden kaum gemäßigte Abgeordnete hinzugewonnen. Der Unterschied in den Versionen der Jahre 1984 und 1985 spiegelt sich auch im Abstimmungsverhalten wider: Während 1984 noch die Hälfte der republikanischen Abgeordneten und fast alle demokratischen Abgeordneten dem Gesetz zustimmten, waren es 1985 nur noch 18 von 166 republikanischen Abgeordneten. Der Anteil der Demokraten, die das Programm ablehnten, stieg ebenfalls an (Congressional Quarterly Almanac 1984: 122-H und Congressional Quarterly Almanac 1985: 68-H). Die aufkommende Debatte über das Haushaltsdefizit erzeugte ein Umfeld, in dem das Programm auf größere Ablehnung traf, obwohl es sich während der Zeit, in der es behandelt wurde, nicht grundlegend veränderte.

8.5.5.2. Die Construction Labor Law Amendments

Auf Initiative der Gewerkschaften verabschiedete das Repräsentantenhaus ein Gesetz, das es Arbeitgebern in der Bauindustrie verbot, Arbeitsgesetze zu umgehen, indem sie zum Beispiel Tochterfirmen einschalteten oder nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einstellten. Hierzu sollten verschiedene Firmen, die jedoch untereinander verbunden waren, als ein einziger

¹⁵⁴ Die Abstimmungen von 1983 und 1984 fanden innerhalb einer Legislaturperiode statt, so daß sich aus einem gleichen *midpoint* auch eine gleiche Zusammensetzung der sich gegenüberstehenden Gruppen ergibt.

Arbeitgeber behandelt werden, so daß die ausgehandelten Bedingungen für alle beteiligten Firmen gelten (Congressional Quarterly Almanac 1986: 595). Das Gesetz wurde vom Repräsentantenhaus zum ersten Mal am 17. April 1986 verabschiedet, der Senat unternahm jedoch keine weiteren Schritte. 1987 wurde das Gesetz erneut verabschiedet, kam jedoch wiederum nicht durch den Senat. Das Gesetz wurde von den Demokraten auf Anregung der Gewerkschaften eingebracht und ist liberal in dem Sinne, daß es arbeitnehmerfreundlich ist. Es stärkt die Position der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern, da diese nicht mehr die Möglichkeit haben, bestimmte Regelungen zu umgehen. Es ist zudem ein „Mehr“ an Verregelung des Arbeitsrechts. Die Republikaner argumentierten entsprechend, daß die neue Regelung unnötig sei, da die bisherigen Regelungen ausreichten. 1986 gab es zwar mehrere *amendments* von republikanischen Abgeordneten, die den Geltungsbereich des Gesetzes einengen sollten, diese wurden aber abgelehnt. Als das Gesetz 1987 wieder eingebracht wurde, gab es wieder Opposition von Seiten der Republikaner. Sie schlugen insgesamt 14 *amendments* vor, die aber bis auf drei alle abgelehnt wurden. Von diesen dreien war nur eines eine inhaltliche Änderung, die vorsah, daß zwei vertraglich verbundene Firmen nicht automatisch als ein einziger Arbeitgeber anzusehen seien. Ein anderes enthielt eine Mißbilligung der Verwendung von Druck in Arbeitsverhandlungen. Das dritte *amendment* veranlaßte, daß innerhalb von 90 Tagen nach dem Erlaß des Gesetzes ein Bericht über dessen Wirkung auf die Konkurrenzfähigkeit und die Beschäftigungssituation in der Bauindustrie angefertigt werden soll. Wieder wurde das Gesetz im Senat nicht weiterverhandelt. Für den 100sten und somit letzten Kongreß in der Untersuchungsperiode findet man nach der Überleitung in den Senat dort keine Abstimmung mehr.

Insgesamt blieb die Vorlage also relativ unverändert und es sollte sich daher keine sprunghafte Veränderung der Koordinaten zeigen.

Tabelle 8-9: Koordinaten verschiedener Versionen der Construction Labor Law Amendments

Gesetzesversion	Beschreibung	yea_x	midpoint
1986	Verbot der Umgehung von Arbeitsrecht	-0,85	0,05
1987	Verbot der Umgehung von Arbeitsrecht	-0,98	0,02

Erkennbar ist, daß sich die inhaltliche Kontinuität der beiden Versionen in den beiden sich nur gering unterscheidenden Positionsmaßen sowohl in der x-Koordinate als auch in der Koordinate des *midpoints* wiederfinden läßt. In beiden Fällen wurde für einen Abgeordneten mit einer negativen Koordinate auf der ersten Dimension, d.h. für die Demokraten, vorhergesagt, daß er für das Gesetz stimmt. Die vorliegenden Informationen machen für die Ziele und die Mittel der beiden Versionen die gleichen Aussagen. Ob sich in den Verhandlungen der zuständigen Ausschüssen zwischen den beiden Versionen etwas geändert hat, was eventuell die leichte Verschiebung in Richtung des liberalen Pols erklären könnte, konnte nicht auf Grundlage der verfügbaren Informationen untersucht werden.

8.5.5.3. Die Omnibus Trade Bill

Das während der Jahre 1985 bis 1988 behandelte Omnibus Trade Gesetz enthält eine Vielzahl von Handelsthemen, wie zum Beispiel Exportförderungen und Importkontrollen, Vergeltungsmaßnahmen für Dumping und unfairen Wettbewerb, aber auch Hilfen für die von Importen belasteten Industriezweige, aber auch die Kornbauern, deren Weizen zur Alkoholherstellung wegen billiger Ethanolimporte nicht mehr so stark nachgefragt wurde. Das Gesetz wurde von beiden Kammern in mehreren Versionen verabschiedet. Es gab einen conference report, den beide Häuser annahmen, gegen den jedoch der Präsident sein Veto einlegte. Daraufhin wurde es erneut verhandelt, es kamen wiederum neue Versionen zustande, die dann erfolgreich waren. Die einzelnen Regelungen sind schwer einzuordnen. Allerdings besteht die Möglichkeit

anhand einer Klausel eine inhaltliche Aussage zu machen. Die Plant Closing Bill war anfangs ein Bestandteil der Omnibus Trade Bill. Sie sah vor, daß Firmen ab einer bestimmten Größe Betriebsstillegungen und Massenentlassungen sechzig Tage im voraus ankündigen müssen. Entlassungen während dieser Ankündigungsfrist wurden verboten. Im Falle einer Zuwiderhandlung drohten dem Betrieb hohe Geldstrafen und er mußte die Löhne für diese Frist weiterbezahlen. Diese Regelung ist als sehr arbeitnehmerfreundlich, also als ideologisch liberal einzustufen. Das Gesetz insgesamt war deswegen auch stark umstritten und der Präsident legte vor allem wegen dieser Klausel sein Veto ein. Nach dem Veto wurde die Plant Closing Bill aus dem Omnibus Trade Gesetz herausgenommen und getrennt verhandelt. Der Senat verzögerte die Verabschiedung des Omnibus Gesetzes solange, bis Präsident Reagan ankündigte, daß er die Plant Closing Bill unterzeichnen würde, so daß im Endeffekt doch beide Regelungen Gesetz wurden. Von Interesse ist hier der Umstand, daß die Omnibus Trade Bill durch Herausnahme der liberalen Plant Closing Klausel konservativer geworden sein müßte, zumal ja nicht garantiert war, daß diese Klausel erfolgreich sein würde. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Koordinaten der Gesetze vor und nach der Aufteilung.

Tabelle 8-10: Koordinaten verschiedener Versionen der Omnibus Trade Bill

Jahr	Gesetz	Repräsentantenhaus Senat		
		yea_x	midpoint	yea_x
1987	Eigene Version des Hauses	-0,98	0,20	-0,9
1988	Conference Report	-0,98	0,29	-0,9
1988	Plant Closing Bill	-0,98	0,20	-0,9
1988	Omnibus Trade Bill	-0,05	0,62	-0,1

Wie an allen Positionsangaben zu erkennen ist, wurde die Omnibus Trade Bill durch die Herausnahme der Plant Closing Bill tatsächlich gemäßigter. Die Koordinate des Gesetzes wanderte in beiden Häusern von einer sehr liberalen in eine gemäßigte Position, während die Plant Closing Bill, deren Liberalität durch die heftige Ablehnung seitens der konservativen Regierung bestätigt wird, weiterhin auf einer relativ liberalen Position verharrt.

8.5.5.4. Die Mindestloohnerhöhung des Jahres 1977

Von allen Themen bietet sich der Mindestlohn¹⁵⁵ für einen Vergleich verschiedener Gesetzesversionen aus mehreren Gründen besonders an, da die Liberalität einer Version oder eines Vorschlages relativ zu einem anderen leicht festzustellen ist, weil es sich um einen quantifizierbaren Sachverhalt handelt. Ein Mindestlohn von 3 \$ ist gemäß der Definition von liberal und konservativ, eine liberalere Forderung als ein Mindestlohn von 2 \$. Roll calls zum Thema Mindestlohn finden sich seit den 30er Jahren und in mehreren Kongressen gab es eine oder mehrere Abstimmungen zu diesem Thema. Die Auswahl wurde eingeschränkt, weil zur Mindestlohnthematik auch Gesetzesversionen gehören, die einen bestimmten Personenkreis oder aber bestimmte Industriezweige von dem Mindestlohn ausnehmen. Solche Gesetze sind untereinander nur schwer vergleichbar, da man nicht sicher sagen kann, ob eine Einschränkung des Mindestlohnes für Beschäftigte im Gaststättengewerbe liberaler ist als die Befreiung von Einzelhandelsgeschäften mit einem Umsatz unter 500000 \$. 1977 wurde im Kongreß in beiden Häusern über eine Erhöhung des Mindestlohns verhandelt. Im Senat gab es fünf *roll calls*, welche das Merkmal der Quantifizierbarkeit erfüllen. Tabelle 8-11 enthält die Koordinaten und die *midpoints* der fünf *roll calls*. Die Daten stammen aus der Datenbank des Voteview-Programms und

¹⁵⁵ Poole und Rosenthal (1991) untersuchten ebenfalls die verschiedenen *roll calls* zum Mindestlohn, jedoch nicht anhand ihrer Koordinaten, sondern anhand der Winkel der *cutting lines*.

aus dem Datensatz mit den NOMINATE-Koordinaten. Die *roll calls*, die alle *amendments* zu den von den Demokraten eingebrachten Erhöhungsvorschlag waren, lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Zum einen gibt es drei Vorschläge, den Mindestlohn zu erhöhen, zum anderen werden in zwei *roll calls* Ausnahmen und das Ausmaß der Abweichung vom Mindestlohn vorgeschlagen. Die *roll calls* in jeder Gruppe lassen sich nach den in ihnen vorgebrachten quantitativen Änderungen untereinander vergleichen und so gemäß ihrer Liberalität ordnen. Die generelle Annahme hierbei ist, daß ein Vorschlag um so liberaler ist, je mehr Mindestlohn er fordert. Die Demokraten sind für eine Erhöhung des Mindestlohns, während die Republikaner hierin einen Eingriff in den Markt sehen, der durch die Festsetzung eines bestimmten Preises für Arbeit dazu führt, daß weniger Beschäftigte eingestellt werden. In der Tat fanden Poole und Rosenthal (1991: 217), daß sich der Mindestlohn während der Phasen, in denen die Republikaner den Kongreß kontrollierten, nie erhöht hat, real also während dieser Phasen durch die Inflation gesunken ist.

Tabelle 8-11: Koordinaten verschiedener Mindestlohngesetze

Nummer	Inhalt des <i>amendments</i>	yea_x	midpoint
1	Erhöhung des Mindestlohns auf 2,50 \$ für 1978, auf 2,70 \$ für 1979 und auf 2,90 \$ für 1980	2,36	
2	Erhöhung des Mindestlohns auf 2,65 \$ für 1978, auf 2,85 \$ für 1979 und auf 3,05 \$ für 1980	1,63	
3	Erhöhung des Mindestlohns auf 2,65 \$ für 1978, auf 2,90 \$ für 1979, auf 3,15 \$ für 1980 und auf 3,40 \$ für 1981	-0,79	
4	Für Leute unter 20 Jahren während der ersten sechs Monate der Anstellung nur 75% des Mindestlohnes	1,87	-0,05
5	Für Leute unter 20 Jahren während der ersten sechs Monate der Anstellung nur 85% des Mindestlohns	1,46	-0,13

Die Spalte „yea_x“ enthält die geschätzte Koordinate des Gesetzes auf der x Dimension, die Spalte „midpoint“ die Koordinate des *midpoints*. Innerhalb der Gruppe der Erhöhungsvorschläge drehte sich beim dritten *roll call* die Konstellation um: Während bei den ersten beiden *roll calls* die Abgeordneten links des *midpoints* mit nein stimmten, war dies beim dritten *roll call* umgekehrt, so daß dieser *midpoint* nicht mit den beiden anderen verglichen werden kann. Innerhalb der beiden *roll calls* zu Ausnahmen von der Mindestlohnregelung trat dies nicht auf.

In beiden Gruppen bestätigt sich die ordinale Abfolge, wie sie sich aufgrund des in dem jeweiligen *amendment* vorgeschlagenen Mindestlohns und der Annahme, daß mehr Mindestlohn auch eine liberalere Forderung ist, ergibt: Der Vorschlag, der mehr Mindestlohn fordert, wird auch von NOMINATE als liberaler eingestuft.

8.5.5.5. Beurteilung der Inhaltsanalysen

Die Fallstudien, obwohl keinesfalls repräsentativ, zeigen doch, daß NOMINATE auf die inhaltlichen Veränderungen der Gesetze mit Veränderungen in der Schätzung der Position reagiert, was für die Validität des Verfahrens spricht. Die Ausnahme bildet das American Conservation Corps Gesetz, bei dem sich die Versionen von 1983 und 1984, trotz der deutlichen Beschränkung der für das Projekt bewilligten Mittel, kaum unterscheiden. Dies kann bedeuten, daß NOMINATE in diesem Fall, und möglicherweise auch generell, die Gesetze falsch verortet, und daher zumindest

bezogen auf die Gesetze zu keinen gültigen Ergebnissen kommt. Wenn zwei Versionen eines Gesetzgebungsprojektes das jeweils gleiche Abstimmungsmuster hervorrufen, obwohl sie inhaltlich unterschiedlich sind, bedeutet dies jedoch nicht zwangsläufig, daß sich die wahren Koordinaten der Gesetze nicht unterscheiden. Wenn sich bei beiden Abstimmungen die gleichen Gruppen gegenüberstehen bedeutet dies, daß die Koalitionen der Befürworter und Gegner stabil sind: Obwohl einige der Abgeordneten nach räumlichen Kriterien jetzt anders abstimmen sollten, tun sie dies nicht – womöglich aus Gründen wie Parteiloyalität oder *logrolling*. Dies ist dann nicht in erster Linie ein Versagen des NOMINATE-Verfahrens, sondern ein Problem der Geltung der Verhaltensannahmen des räumlichen Modells.

8.5.6. Fazit zur externen Validierung

Alle Validierungsversuche kamen zu uneindeutigen Ergebnissen. Am ehesten konnte noch die Validierung der Abgeordnetenkoordinaten als gelungen betrachtet werden, wo mit einer Inhaltsanalyse, also einer völlig anderen Methode, die Koordinaten der Abgeordneten gut bestätigt werden konnten. Auch die inhaltlichen Unterschiede zwischen zwei Gesetzesversionen führten in den ausgewählten Beispielen zu erwartungsgemäß veränderten Koordinaten für die Gesetze. Hier zeigten sich jedoch zumindest in einem Fall erste Probleme. Die Validierung auf Grundlage der Interessengruppenstellungnahmen muß hingegen für beide Varianten als mißlungen angesehen werden. Ein weiteres Problem, mit dem alle hier unternommenen Validierungsversuche konfrontiert sind, ist, daß aufgrund der geringen Fallzahl weder die Widerlegung¹⁵⁶ noch die Validierung als repräsentativ für das gesamte Ergebnis von Poole und Rosenthal einzuschätzen sind.

Generell zeigte sich also, daß die Validierung der Koordinaten der Gesetze wesentlich weniger erfolgreich war, als die der Abgeordneten. Dieser Umstand läßt neben dem Fazit, daß NOMINATE zu falschen Ergebnissen kommt, auch noch andere Interpretationen zu.

Möglicherweise äußert sich in den falsch bestimmten Koordinaten für die Gesetze der Umstand, daß *logrolling* und Stimmentausch in der Analyse mit NOMINATE auf die Schätzung der Koordinaten von Gesetzen und Abgeordneten verschiedene Folgen haben (vgl. hierzu Poole und Rosenthal 1997: 15/6). Für die Schätzung der Koordinaten der Abgeordneten ist es wichtig, daß es zu möglichst vielen verschiedenen *cutting lines* kommt, sich also möglichst verschiedene Gruppen in Abstimmungen gegenüberstehen. Durch die Vielzahl der verschiedenen *cutting lines* können die Koordinaten der Abgeordneten auch dann genau bestimmt werden, wenn diese *cutting lines* selbst nicht korrekt sind. Die Schätzung der Koordinaten der *cutting line* und deshalb auch die darauf beruhenden Koordinaten der Gesetzesalternativen hängt jedoch nur von dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in einer einzigen Abstimmung ab. Es fließt in diese Schätzung sehr viel weniger Information ein als bei der Schätzung der Abgeordnetenposition.

Wenn zum Beispiel eine *cutting line* durch den Umstand, das die Initiatoren eines Gesetzes zusätzliche Ja-Stimmen auf der „Nein-Seite“ der echten *cutting line* gekauft haben, parallel verschoben ist, hat dies für die Abgeordnetenschätzung keine großen Wirkungen: Auch diese *cutting line* teilt die Abgeordneten in zwei Gruppen ein und für die Schätzung der Abgeordnetenposition ist das die entscheidende Information. Die verschobene *cutting line* verschiebt jedoch auch die Koordinaten des Gesetzes. Indem zum Beispiel die Stimmen von ideologisch moderaten, dem Gesetz aber ablehnend gegenüberstehenden Abgeordneten „eingekauft“ wurden, erscheint dieses als gemäßiger als es in Wirklichkeit ist. Generell, und auch innerhalb des NOMINATE-Modells, besteht keine Möglichkeit, eine derartige Situation zu identifizieren, es sei denn, man würde die Abgeordneten direkt befragen, ob es zu Stimmentausch

¹⁵⁶ NOMINATE ist nur ein statistisches Verfahren, keine Theorie. Etwa zwanzig Prozent des Abstimmungsverhaltens bleiben in der Regel unerklärt und durch Zufälle oder nicht-räumliches Abstimmungsverhalten verursacht. Es kann daher, im Gegensatz zu einer Theorie nicht durch das Auffinden eines einzigen den Vorhersagen widersprechenden Befundes widerlegt werden.

kam oder nicht. Wenn man hingegen von der Richtigkeit und Genauigkeit der extern bestimmten Koordinaten überzeugt wäre, könnte man auf diese Weise Logrolling-Situationen identifizieren, indem man die Abstände der Abgeordneten zu den Gesetzen und ihr tatsächliches Abstimmungsverhalten untersucht.

Eine zweite Interpretation wäre, die Eingangsdaten, also die Bewertungen der Gesetze durch die Interessengruppen, als verzerrt anzusehen, so daß eine Übereinstimmung der Koordinaten aus diesem Grunde nicht zu erzielen ist. Diese Verzerrung kann durch die Spezialisierung der Interessengruppen und deren bereits diskutierte Ähnlichkeitserzeugende Wirkung hervorgerufen sein.

Eine dritte Interpretation wäre, daß möglicherweise beide Koordinaten stimmen. Und zwar insofern, als sie die jeweilige ideologische Einschätzung des Gesetzes aus Sicht der Akteure, auf deren Stellungnahme die ideologische Verortung beruht, wiedergeben. Dies sind einerseits die Stellungnahmen der Interessengruppen und andererseits das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Gemäß der Idee des Zusammenhanges von policy und Ideologie sollte ein Gesetz, das ideologisch „rechter“ ist, auch auf der konkreten Policy-Dimension „rechter“ sein. Alle Akteure innerhalb eines politischen Systems sollten bei der Umsetzung einer ideologischen Positionsinformation in eine Policy-Position zu einer konkreten Sachfrage und auch umgekehrt, bei der Positionierung einer konkreten policy auf einer abstrakten ideologischen Dimension zu einem in etwa gleichem Ergebnis kommen (Hinich und Munger 1994: 114). Dies muß jedoch selbst bei Geltung aller Annahmen von Ideologie nicht immer der Fall sein. Interessengruppen könnten aufgrund ihrer Spezialisierung die Gesetze anders einordnen.

Die Unterschiede in der Bestätigung der Anordnung der Abgeordneten und der Gesetze sind möglicherweise darin begründet, daß es generell viel schwieriger ist, ein Gesetz ideologisch einzuordnen, als einen Abgeordneten. Ein Abgeordneter äußert sich politisch und zwar sowohl zu Grundsatzfragen als auch zu konkreten Fragen. Desweiteren wird über ihn während eines längeren Zeitraumes berichtet, so daß viel mehr und für eine ideologische Einordnung geeignetere Information zur Verfügung steht. Eine Inhaltsanalyse von Zeitungen wie die von Hill, Hanna und Shafqat (1997) hat deshalb eine gute Ausgangslage, um zu einem validen Ergebnis zu kommen.

Ein Gesetz hingegen muß aufgrund seiner beabsichtigten bzw. erwarteten Wirkung vor dem Hintergrund unsicherer Rahmenbedingungen eingeordnet werden, was erhebliche Sachkenntnis erfordert, weswegen es in seinen Wirkungen von verschiedenen Akteuren auch verschieden bewertet werden kann. Diese Unterschiede in der Frage, was die genauen Wirkungen eines Gesetzes sein könnten, wirken auch auf die ideologische Einordnung und zwar selbst dann, wenn alle Gruppen dieselben ideologischen Konzepte zur Beurteilung verwenden.

Ein Gesetz einzuordnen ist nur dann relativ unproblematisch, wenn es um die Verteilung von Geldern für bestimmte Zwecke geht. Alle anderen Fragen wie zum Beispiel einzelne Regelungen sind nicht sicher ideologisch einzuordnen, weil man Experte des Themas sein müßte, um die genauen Auswirkungen erkennen und politisch einordnen zu können. Wenn dies jemand kann, dann sollte es wohl am ehesten eine spezialisierte Interessengruppe sein, wie sie in der Studie von Pappi, König und Knoke als Befragte eingesetzt wurden. Es bestünde daher auch die Möglichkeit, daß die Abgeordneten das Gesetz ideologisch ungenauer einordnet und entsprechend abgestimmt haben, was sich wiederum in der NOMINATE-Schätzung der Koordinaten für die Gesetze niederschlägt.

Zusammenfassend kann man nur eines mit Sicherheit sagen: Der Schluß von Poole und Rosenthal, daß die Ergebnisse und der Erklärungserfolg von NOMINATE *automatisch* bedeuten, daß ein Modell mit nur einer oder zwei – ideologischen – Dimensionen in Kombination mit räumlichem Abstimmungsverhalten die Abläufe im Kongreß ausreichend gut und vor allem korrekt beschreibt, falsch ist. Trotz des auf den ersten Blick erstaunlichen Erfolges des Modells mit einer Erklärungsleistung von über 80% gibt es keine eindeutige Bestätigung der Ergebnisse. Alle Befunde lassen stets mehr als nur die eine Interpretation zu, die von Poole und Rosenthal vorgenommen wurde. Ideologie ist mit Sicherheit kein derart robustes Konzept, daß die Befunde aus verschiedenen Methoden und Daten auf ein gemeinsames Ergebnis hin konvergieren.

9. Schluß: Mögliche Erklärungen von Stabilität durch Ideologie

Die beiden Haupteigenschaften von Ideologie sind eng miteinander verknüpft: Ideologie ist abstrakt, d.h. sie bezieht sich nicht auf eine konkrete Policy-Frage. Sie enthält Informationen darüber, welche Zustände erstrebenswert sind und wie Probleme generell bearbeitet werden sollten (Hinich und Munger 1994: 2/3). Desweiteren hat Ideologie einen constraint-Charakter: Wenn man weiß, wo ein Akteur ideologisch steht, dann kennt man seine Einstellung zu den verschiedensten, konkreten Policy-Themen. Man kann sich aus der Stellungnahme eines Akteurs zu einem Policy-Bereich seine Ideologie und daraus auch seine Meinungen zu vielen anderen Fragen erschließen (Converse 1964: 207). Diese beiden Haupteigenschaften sollen nun zu möglichen Erklärungen für Stabilität herangezogen werden.

Wenn die Ergebnisse des NOMINATE-Verfahrens valide sind, dann wirken im amerikanischen Kongreß eine bzw. zwei ideologische Dimensionen. Gelten hingegen das Policy- oder das Principal-Agent-Modell, dann kann Ideologie nicht als Erklärungsfaktor herangezogen werden. Trotz der Zweifel an den Ergebnissen von Poole und Rosenthal sollen hier zumindest zwei mögliche Erklärungen von Stabilität durch Ideologie skizziert werden.

9.1. Ideologie als Informationserleichterung

Die räumlichen Modelle gehen davon aus, daß die Akteure die Position der Alternativen genau erkennen können und auf jede noch so geringe Veränderung präzise reagieren. Der Abgeordnete muß Distanzunterschiede auch dann klar erkennen, wenn die beiden Alternativen nahe an entgegengesetzten Extrempunkten der Dimension verortet sind. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für Abstimmungszyklen. Ideologie ermöglicht es, diese Annahme der perfekten Information zu problematisieren.

Es ist denkbar, daß sich die Akteure nicht genau darüber im klaren sind, wo genau ein Vorschlag zu verorten ist. Möglicherweise benutzen sie hierbei Indikatoren als Informationserleichterung. Auch verschiedene ältere Modelle des Abgeordnetenverhaltens thematisieren das Problem der Informationsverarbeitung durch die Abgeordneten. Kingdon (1977: 564) stellt zum Beispiel das Modell des *cue-taking* vor. In diesem Modell orientieren sich die Abgeordneten bei ihren Entscheidungen an anderen Abgeordneten bzw. Gruppen, von denen sie annehmen, daß sie ähnliche Interessen haben wie sie selbst. Gilt das Ideologie-Modell, dann können sich die Abgeordneten die Position eines anderen Abgeordneten aus dessen Stellungnahmen zu anderen Themen erschließen. Initiiert er dann ein Gesetz zu einem Thema, zu dem er noch keine Stellungnahmen abgegeben hat, wissen die Abgeordneten, wo dieses Gesetz ideologisch zu verorten ist. Statt die genaue Position des Gesetzes zu bestimmen, orientieren sie sich an der ungefähren ideologischen Position des Sponsors¹⁵⁷. Die Abgeordneten lehnen ein Gesetz möglicherweise ab, weil es von einem ideologisch extremen Sponsor kommt. Sie vermuten hierbei, daß das Gesetz inhaltlich so extrem wie sein Sponsor ist. Gilt hingegen das Policy-Modell, dann können die Abgeordneten keine Informationen aus dem Verhalten des Abgeordneten in einem Themenbereich für dessen Positionen zu anderen Themen gewinnen. In diesem Modell müssen die Abgeordneten jedes Gesetz einzeln beurteilen.

Poole und Smith (1994) untersuchten Gesetzesanträge daraufhin, inwiefern sie die Position ihres Sponsors widerspiegeln. Beide Informationen wurden aus den NOMINATE-Daten gewonnen. Sie kamen zu dem Befund, daß Gesetzesvorschläge von gemäßigten Abgeordneten eher Aussicht auf Erfolg haben, als solche, die von extremeren Abgeordneten eingebracht werden. Dies kann bedeuten, daß die Gesetze, die von extremen Abgeordneten eingebracht wurden tatsächlich

¹⁵⁷ Der Begriff Sponsor bezieht sich auf den Begriff *bill-sponsor*. Als solcher wird der Abgeordnete bezeichnet, der ein Gesetz in den Kongreß eingebracht hat.

inhaltlich extremer sind, aber auch, daß die Vorschläge von extremen Abgeordneten auch als von vorneherein extrem eingeordnet werden und daher auch ohne weitere inhaltliche Erörterungen abgelehnt werden.

Um ein Gesetz erfolgreich durch den Gesetzgebungsprozeß zu bringen, wird ein Sponsor schon von Anfang an darauf achten, daß das Gesetz relativ gemäßigt und für eine Mehrheit akzeptabel ist. Die Position des Gesetzes kann daher relativ unabhängig von der Position des Sponsors sein. Dies spricht dafür, daß die Abgeordneten sich bei der ideologischen Einstufung eines Gesetzes auch an der Position des Sponsors orientieren. Allerdings beschränken sie sich nicht alleine auf die Position des Sponsors, sondern ordnen auch das Gesetz selbst ideologisch ein.

9.2. Ideologie als Verkleinerung des Raumes

Nach der These von Poole und Rosenthal ist das Geschehen im Kongreß meistens unidimensionaler Natur. Alle Entscheidungen beruhen auf einer liberal-konservativen Dimension. Dies ist eine Voraussetzung, auf deren Basis Stabilität auf einfache Weise erklärt werden kann: Wenn Ideologie wirksam ist, dann bedeutet dies nicht, daß es keine Policy-Dimensionen mehr gibt. Es bedeutet vielmehr, daß alle diese Policy-Dimensionen auf eine einzige Dimension reduzierbar sind. Die tagespolitischen Debatten kreisen weiterhin um konkrete Fragen. Alle Vorschläge, ob sie nun eine oder mehrere Policy-Dimensionen involvieren, werden jedoch in eine ideologische Dimension übertragen. Der Zusammenhang zwischen ideologischer Dimension und Policy-Dimensionen ist durch die mapping-Modelle von Hinich und Munger (1994: 116) zu beschreiben. Die eigentliche Entscheidung wird dann auf dieser ideologischen Dimension nach dem Kriterium der politischen Nähe getroffen. In diesem eindimensionalen Raum gibt es dann, auch theoretisch begründbar, mit dem Median eine stabile Position. Die Frage, ob nur eine oder zwei ideologische Dimensionen, oder viele Policy-Dimensionen vorliegen, ist für diese Erklärung von Stabilität entscheidend: Selbst wenn es nur zwei ideologische Dimensionen gibt, kann auf die eben dargelegte Weise keine Stabilität mehr erklärt werden. Die Instabilitätsvorhersagen der positiven Theorien gelten für multidimensionale Situationen, also ab zwei Dimensionen. Selbst für den Fall, daß sich die Vielfalt der möglichen Policy-Dimensionen auf nur zwei ideologische Dimensionen reduzieren ließe, könnte man alleine mit der Reduktion der Anzahl der Dimensionen keine Stabilität erklären. Auch im zweidimensionalen Raum gibt es für die Akteure immer noch genügend Möglichkeiten, durch Einbezug der zweiten Dimension in die Streitfrage, Instabilität gewollt oder ungewollt zu erzeugen. Wenn der Befund der niedrigen Dimensionalität hingegen ein Methodenartefakt ist und in Wirklichkeit die Policy-Dimensionen die korrekte Modellierung wären, dann wäre das Problem des Chaos weiterhin ungeklärt. Stabilität könnte auch weiterhin nur mit den Ansätzen des *logrolling* oder SIE erklärt werden. Wie sich in den experimentellen Simulationen zeigte, kann NOMINATE die Frage nach der korrekten Anzahl von Dimensionen nicht beantworten. Es besteht die Gefahr, daß dieses Verfahren viele, gleich wichtige und unabhängige Dimensionen zu einer Dimension kombiniert, die dann aufgrund ihrer Erklärungsleistung als die wichtigste eingestuft wird.

9.3. Schlußbemerkung: Ideologie als Stabilitätsfaktor im Vergleich zu logrolling und SIE

Es soll hier noch einmal betont werden, daß die Erklärung von Stabilität durch Ideologie, wie auch immer sie im einzelnen aussieht, nur denkbar ist, wenn man davon ausgeht, daß Ideologie auch tatsächlich wirksam ist. Der empirische Befund von Poole und Rosenthal ermöglicht es überhaupt erst, über eine solche Erklärung durch Ideologie nachzudenken. Problematisch ist jedoch, daß der Befund in bedenklichem Maße von der Methode abhängig ist. Die These der Unidimensionalität von Poole und Rosenthal hängt entscheidend davon ab, ob NOMINATE valide Ergebnisse oder künstliche Unidimensionalität erzeugt. Die experimentellen Simulationen zeigten einen klaren Trend des NOMINATE-Verfahrens, mehrere, eventuell sogar sehr viele, gleich wichtige

Dimensionen zu einem Modell mit nur wenigen Dimensionen zusammenzufassen, ohne daß dies auf irgendeine Weise anhand der NOMINATE-Ergebnisse zu erkennen wäre. Die experimentellen Simulationen sprechen daher gegen die Validität von NOMINATE.

Wenn Ideologie tatsächlich eine so wichtige Rolle spielt, wie sie von Poole und Rosenthal mit der Annahme nur einer bzw. zweier Dimensionen angenommen wird, dann sollte sie sich als robust gegenüber den verwendeten Methoden zeigen. Poole und Rosenthal (1997: 168) fanden, daß die Interessengruppen, deren Rating auf einer Auswahl von *roll calls* zu oft sehr eng umgrenzten Themen beruht, ebenfalls auf ein eindimensionales Modell reduzierbar ist. Da dies bei den Abgeordneten so gut gelang, sollte sich bei der Einordnung der Gesetze aufgrund der Stellungnahmen von Interessengruppen zum einen ebenfalls eine unidimensionale Struktur finden lassen. Zum andern sollten sich zumindest die ordinalen Anordnungen der Gesetze wiederfinden lassen. Dies setzt voraus, daß alle Akteure die gleiche ideologische Dimension zur Bewertung verwenden und eine solche überhaupt existiert. Die Versuche, beide Elemente des Modells, also die Abgeordneten und die Gesetze, auf Grundlage von externen Daten und Informationen mit verschiedenen Methoden zu validieren, kamen jedoch ebenfalls zu keinem eindeutigen, sondern eher zu einem widersprechenden Ergebnis.

Das Ideologie-Modell kann daher trotz seiner starken empirischen Orientierung auf keine Überlegenheit gegenüber den aus der Theorie abgeleiteten Modellen zurückgreifen, denn der mangelnden Empirie der Ansätze innerhalb der positiven Theorie steht in dem Befund der Ideologie die Möglichkeit einer künstlich erzeugten Unidimensionalität gegenüber. Alle drei Arten, auf die Stabilität möglicherweise erklärt werden kann, leiden unter dem Mangel, daß Merkmale oder Vorgänge, wie *logrolling* oder eben die Existenz und die Wirksamkeit von Ideologie nicht sicher nachgewiesen werden können. Am ehesten könnte man noch durch die Studie der institutionellen Regeln im Kongreß die Monopole von Ausschüssen für bestimmte nachweisen, also die Annahme auf der der SIE-Ansatz beruht. So untersuchte Smith (1989) die Änderungen in den institutionellen Regeln im Kongreß und fand, daß sie zu großen Änderungen in den Abläufen der Gesetzgebungsprozesse führten. Der Versuch einer Erklärung von Stabilität mittels Ideologie wird dadurch erschwert, daß die Existenz und die Wirksamkeit dessen, womit man erklären will, zu unsicher ist.

Literaturverzeichnis

- Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (1994): *Multivariate Analysemethoden*, 7te Auflage
Berlin et al.: Springer
- Barrett, Edith J. / Cook, Fay L. (1991): *Congressional Attitudes and Voting Behavior: An Examination of Support for Social Welfare*
in: *Legislative Studies Quarterly*, vol. 16: 375-392
- Bernstein, Robert A. / Horn, Stephen R. (1981): *Explaining House Voting on Energy Policy: Ideology and the Conditional Effects of Party and District Economic Interests*
in: *The Western Political Quarterly*, vol. 34: 235-245
- Berry, William D. / Ringquist, Evan J. / Fording, Richard C. / Hanson, Russel L. (1998): *Measuring Citizen and Government Ideology in the American States, 1960-1993*
in: *American Journal of Political Science*, vol. 42: 327-348
- Borg, Ingwer / Groenen, Patrick (1997): *Modern multidimensional Scaling*
New York et al.: Springer
- Brady, David / Cooper, Joseph / Hurley, Patricia A. (1993): *The decline of party in the U.S. House of Representatives, 1887-1968*
in: McCubbins, Mathew D. / Sullivan, Terry (eds.): *Congress: Structure and Policy*
Cambridge: Cambridge University Press, 235-260
- Budge, Ian / Farlie, Dennis J. (1983): *Explaining and Predicting Elections*
London: Allen and Unwin
- Campell, Donald T. / Fiske, Donald W. (1959): *Convergent and Discriminant Validation by the Multitrait Multimethod Matrix*
in: *Psychological Bulletin*, vol. 56: 81-105
- Carson, Richard T. / Oppenheimer, Joe A. (1984): *A Method of Estimating the Personal Ideology of Political Representatives*
in: *American Political Science Review*, vol. 78: 163-178
- Clausen, Aage R. (1973): *How Congressmen Decide: A Policy Focus*
New York: St. Martin's Press
- Clausen, Aage R. / Cheney, Richard B. (1970): *A comparative Analysis of Senate House Voting on Economic and Welfare Policy: 1953-1964*
in: *American Political Science Review*, vol. 64: 138-152
- Coleman, James S. (1994): *Foundations of Social Theory*, 2te Aufl.
Cambridge, Mass. / London: Harvard University Press
- Congressional Quarterly Almanac – diverse Jahrgänge
Washington: Congressional Quarterly

Coombs, Clyde H. (1964): A Theory of Data
New York et.al.: Wiley

Converse, Philip E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics
in: Apter, David E. (ed.) Ideology and Discontent, Glencoe: Macmillian: 206-261

Davis, Morton D. (1993): Spieltheorie für Nichtmathematiker, 2te Auflage
München: Oldenbourg

deSwaan, Abraham (1973): Coalition Theories and Cabinet Formations
Amsterdam et al.: Elsevier

Dion, Douglas (1992): The Robustness of the Structure-Induced Equilibrium
in: American Journal of Political Science, vol. 36: 462-482

Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie
Tübingen: Mohr

Dunn-Rankin, Peter (1983): Scaling Methods
Hillsdale / London: Lawrence Erlbaum

Enelow, James N. (1981): Saving Amendments, Killer Amendments and an Expected Utility
Theory of Sophisticated Voting
in: The Journal of Politics, vol. 43: 1062-1089

Enelow, James N. / Koehler, David H. (1980): The Amendment in Legislative Strategy:
Sophisticated Voting in the U.S. Congress
in: The Journal of Politics, vol. 42: 396-413

Esser, Hartmut (1993): Soziologie
Frankfurt / New York: Campus

Fort, Rodney / Hallagan, William / Morong, Cyril / Stenger, Tesa (1993): The ideological
component of Senate voting: Different principles or different principals ?
in: Public Choice, vol. 76: 39-57

Grant, Alan (1994): The American Political Process, 5te Aufl.
Aldershot et al.: Dartmouth

Green, Donald P. / Shapiro, Ian (1994): Pathologies of Rational Choice Theory: A Critique of
Applications in Political Science
New Haven / London: Yale University Press

Hill, Kim Q. / Hanna, Stephen / Shafqat, Sahar (1997): The Liberal-Conservative Ideology of U.S.
Senators: A New Measure
in: American Journal of Political Science, vol. 41: 1395-1413

Hinich, Melvin J. / Munger, Michael C. (1994): Ideology and the Theory of Political Choice
Ann Arbor: University of Michigan Press

Hinich, Melvin J. / Munger, Michael C. (1997): Analytical Politics
Cambridge: Cambridge University Press

Jackson, John E. / Kingdon, John W. (1992): Ideology, Interest Group Scores and Legislative Votes
in: American Journal of Political Science, vol. 36: 805-823

Jacobson, Gary C. (1993): Running scared: elections and congressional politics in the 1980s
in: McCubbins, Mathew D. / Sullivan, Terry (eds.): Congress: Structure and Policy
Cambridge: Cambridge University Press, 39-83

Jäger, Wolfgang / Welz, Wolfgang (eds.) (1995): Regierungssystem der USA
München / Wien: Oldenbourg

Jones, Bryan D. / Baumgartner, Frank R. / Talbert, Jeffery C. (1993): The Destruction of Issue
Monopolies in Congress
in: American Political Science Review, vol. 87: 657-671

Kadane, Joseph B. (1972): On division of the question
in: Public Choice, vol. 13: 47-54

Kalt, Joseph P. / Zupan, Mark A. (1984): Capture and Ideology in the Economic Theory of Politics
in: The American Economic Review, vol. 74: 279-300

Kingdon, John W. (1977): Models of Legislative Voting
in: The Journal of Politics, vol. 39: 563-595

Krehbiel, Keith. / Rivers, Douglas (1988): The Analysis of Committee Power: An Application to
Senate Voting on the Minimum Wage
in: American Journal of Political Science, vol. 32: 1151-1174

Krehbiel, Keith. (1993): Constituency characteristics and legislative preferences
in: Public Choice, vol. 76: 21-37

Koford, Kenneth. (1989): Dimensions in Congressional Voting
in: American Political Science Review, vol. 83: 949-962

Ladha, Krishna K. (1991): A spatial model of legislative voting with perceptual error
in: Public Choice, vol. 68: 151-174

Laver, Michael / Hunt, W. Ben (1992): Policy and Party Competition
New York / London: Routledge

Lindenberg, Siegwart (1991): Die Methode der abnehmenden Abstraktion: Theoriegesteuerte
Analyse und empirischer Gehalt
in: Esser, Hartmut / Troitzsch, Klaus G. (eds): Modellierung sozialer Prozesse, Bonn:
Informationszentrum Sozialwissenschaft

Mayhew, David R (1993): The electoral connection and the Congress
in: McCubbins, Mathew D. / Sullivan, Terry (eds.): Congress: Structure and Policy
Cambridge: Cambridge University Press, 16-30

McCubbins, Mathew D. / Sullivan, Terry (eds.) (1993): Congress: Structure and Policy
Cambridge: Cambridge University Press

- McIver, John P. / Carmines, Edward G. (1981): Unidimensional Scaling
Beverly Hills / London: Sage
- McKelvey, Richard D. (1976): Intransitivities in multidimensional Voting Models and Some Implications for Agenda Control
in: Journal of Economic Theory, vol. 12: 472-482
- Miller, Gary J. / Hammond, Thomas H. (1990): Committees and the core of the Constitution
in: Public Choice, vol. 66: 201-227
- Miller, Warren E. / Stokes, Donald E. (1963): Constituency Influence in Congress
in: American Political Science Review, vol. 57: 45-56
- Pappi, Franz U. / König, Thomas / Knoke, David (1995): Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik
Frankfurt a. M. / New York: Campus
- Peltzman, Sam (1984): Constituent Interest and Congressional Voting
in: Journal of Law and Economics, vol. 27: 181-210
- Peltzman, Sam (1985): An Economic Interpretation of the History of Congressional Voting in the Twentieth Century
in: The American Economic Review, vol. 75: 656-675
- Plott, Charles R. (1967): A Notion of Equilibrium and its Possibility under Majority Rule
in: The American Economic Review, vol. 57: 787-806
- Poole, Keith T. (1981): Dimensions of Interest Group Evaluation of the U.S. Senate, 1969-1978
in: American Journal of Political Science, vol. 25: 49-67
- Poole, Keith T. (1984): Least Squares Metric, Unidimensional Unfolding
in: Psychometrika, vol. 49: 311-323
- Poole, Keith T. (1997): Changing Minds? Not in Congress!
GSIA Working Paper 1997-22
- Poole, Keith T. / Daniels, R. Steven (1985): Ideology, Party, and Voting in the U.S. Congress, 1959-1980
in: American Political Science Review, vol. 79: 373-399
- Poole, Keith T. / Romer, Thomas / Rosenthal, Howard (1987): The Revealed Preferences of Political Action Committees
in: The American Economic Review, vol. 77: 298-302
- Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard (1984): The Polarization of American Politics
in: The Journal of Politics, vol. 46: 1061-1079
- Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard (1987): Analysis of Congressional Coalition Patterns: A Unidimensional Spatial Model
in: Legislative Studies Quarterly, vol. 12: 55-75
- Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard (1991): The Spatial Mapping of Minimum Wage Legislation

- in: Alesina, Alberto / Carliner, Geoffrey (eds): Politics and Economics in the Eighties
Chicago / London: The University of Chicago Press , 215-249
- Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard (1997): Congress. A political-economic History of Roll Call Voting
New York / Oxford: Oxford University Press
- Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard / Koford, Kenneth (1991): On Dimensionalizing Roll Call Votes in the U.S. Congress
in: American Political Science Review, vol. 85: 955-975
- Poole, Keith T. / Smith, Richard A. (1994): A spatial analysis of winning and losing motions in the U.S. Senate 1979-1981
in: Public Choice, vol. 78: 23-41
- Richardson, Lilliard E. Jr. / Munger, Michael C. (1990): Shirking, representation and Congressional behavior: Voting on the 1983 Amendments to the Social Security Act
in: Public Choice, vol. 67: 11-33
- Riker, William H. (1980): Implications from the Disequilibrium of Majority Rule for the Study of Institutions
in: American Political Science Review, vol. 74: 433-446
- Riker, William H. (1982): Liberalism against Populism
San Francisco: Freeman
- Rosenthal, Howard (1992): The Unidimensional Congress is not the Result of Selective Gatekeeping
in: American Journal of Political Science, vol. 36: 31-35
- Schubö, Werner / Uehlinger, Hans-Martin (1986): SPSS^x – Handbuch der Programmversion 2.2
Stuttgart / New York: Gustav Fischer
- Schnorpfeil, Willi (1991): Entscheidungsprozesse im Politikfeld "Arbeit" im internationalen Vergleich. Codebuch der amerikanischen Teilstudie
Mannheim: unveröffentlichte Kopie
- Searing, Donald D. (1978): Measuring Politicians' Values: Administration and Assessment of a Ranking Technique in the British House of Commons
in: American Political Science Review, vol. 72: 65-79
- Segal, Jeffrey A. / Cover, Albert D. (1989): Ideological Values and the Votes of U.S. Supreme Court Justices
in: American Political Science Review, vol. 83: 557-565
- Shepsle, Kenneth A. / Bonchek, Mark S: (1997): Analyzing Politics
New York / London: Norton
- Shepsle, Kenneth A. / Weingast, Barry R. (1981): Structure-induced Equilibrium and legislative Choice
in: Public Choice, vol. 37: 503-519

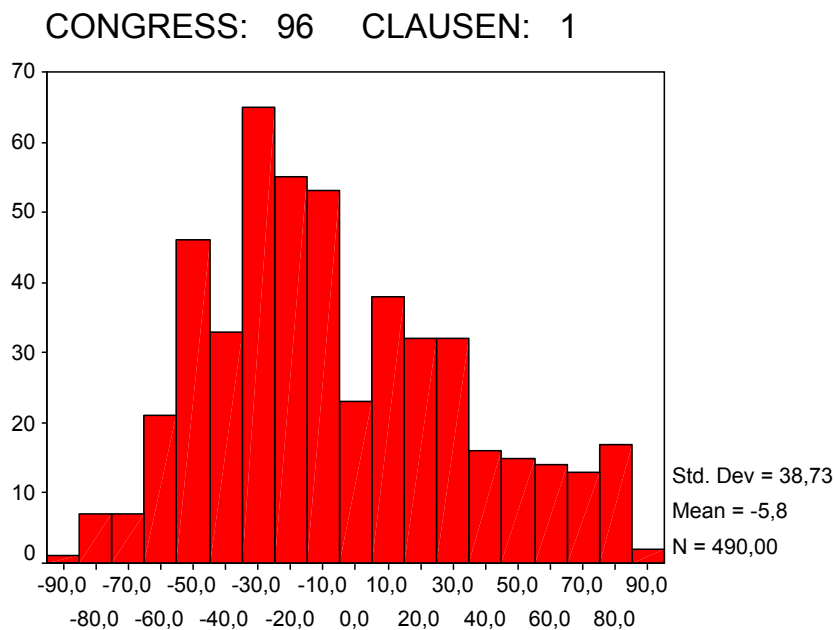
- Silberman, Jonathan I. / Durden, Garey C. (1976): Determining Legislative Preferences on the Minimum Wage: An Economic Approach
in: Journal of Political Economy, vol. 84: 317-329
- Smith, Steven S. (1981): The Consistency and Ideological Structure of U.S. Senate Voting Alignments 1957-1976
in: American Journal of Political Science, vol. 25: 780-795
- Smith, Steven S. (1989): Call to order: Floor Politics in the House and Senate
Washington: The Brookings Institution
- Snyder, James M. Jr. (1992a): Committee Power, Structure-Induced Equilibria, and Roll Call Votes
in: American Journal of Political Science, vol. 36: 1-30
- Snyder, James M. Jr. (1992b): Gatekeeping or Not, Sample Selection in the Roll Call Agenda matters
in: American Journal of Political Science, vol. 36: 36-39
- Steffani, Winfried (1995): §6 Der Kongreß, 110-135, und §9 Der Gesetzgebungsprozeß, 184-211
in: Jäger, Wolfgang / Welz, Wolfgang (eds.): Regierungssystem der USA
München / Wien: Oldenbourg
- Tullock, Gordon (1967): The General Irrelevance of the General Impossibility Theorem
in: Quarterly Journal of Economics, vol. 81: 256-270
- Tullock, Gordon (1970): A simple algebraic logrolling Model
in: American Economic Review, vol. 60: 419-426
- Tullock, Gordon (1981): Why so much Stability?
in: Public Choice, vol. 37: 189-205
- Urban, Dieter (1993): LOGIT-Analyse
Stuttgart et al.: Gustav Fischer
- van Deemen, Adrianus M.A. (1991): Coalition Formation in centralized Policy Games
in: Journal of Theoretical Politics, vol. 3: 139-161
- VanDoren, Peter M. (1990): Can we learn the Causes of Congressional Decisions from Roll Call Data?
in: Legislative Studies Quarterly, vol. 15: 311-340
- Vorländer, Hans (1995): §3 Gesellschaftliche Wertvorstellungen und politische Ideologien, 39-58
in: Jäger, Wolfgang / Welz, Wolfgang (eds.): Regierungssystem der USA
München / Wien: Oldenbourg
- Weber, Robert P. (1990): Basic Content Analysis
Newbury Park: Sage
- Weisberg, Herbert F. (1978): Evaluation Theories of Congressional Roll-Call Voting
in: American Journal of Political Science, vol. 22: 554-577
- Wilcox, Clyde / Clausen, Aage R. (1991): The Dimensionality of Roll-Call Voting Reconsidered

in: Legislative Studies Quarterly, vol. 16: 393-406

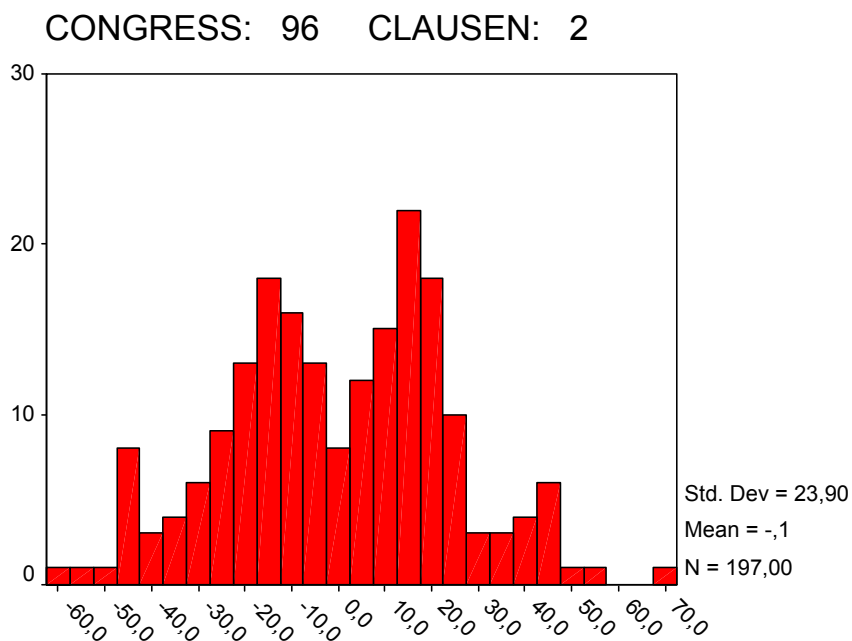
Appendix: Grafiken

Cutting-Line-Winkel für verschiedene Politikbereiche in den Kongressen 96 bis 100, nach den Clausen Kategorien. Die Clausen Kategorien sind :

- 1 "Government Management" (Eingriffe des Staates in die Wirtschaft)
- 2 "Social Welfare"
- 3 "Agriculture"
- 4 "Civil Liberties"
- 5 "Foreign and Defense Policy"
- 6 "Miscellaneous" (vgl. Poole / Rosenthal 1997 : 259)

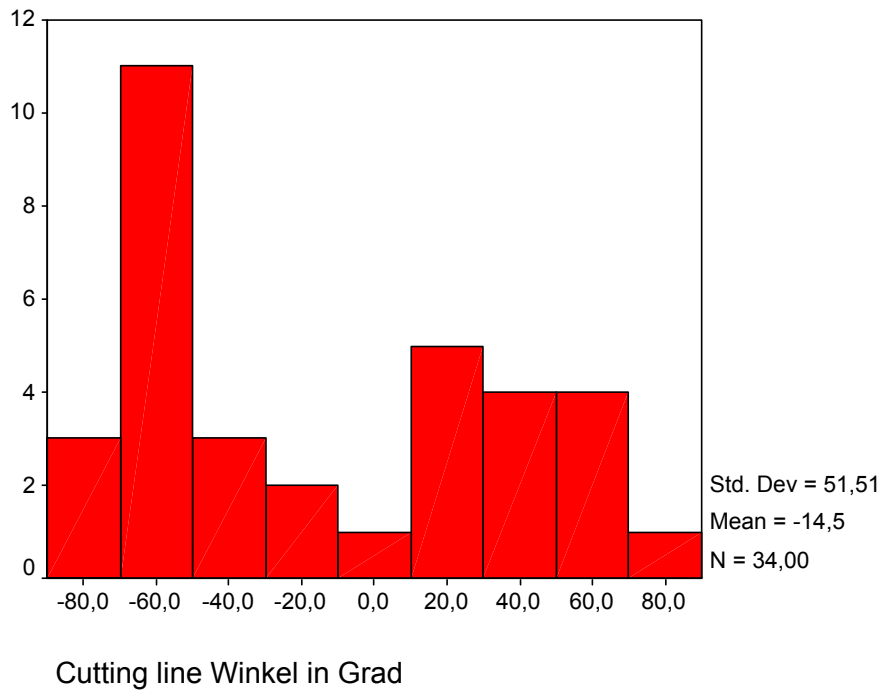


Cutting line Winkel in Grad

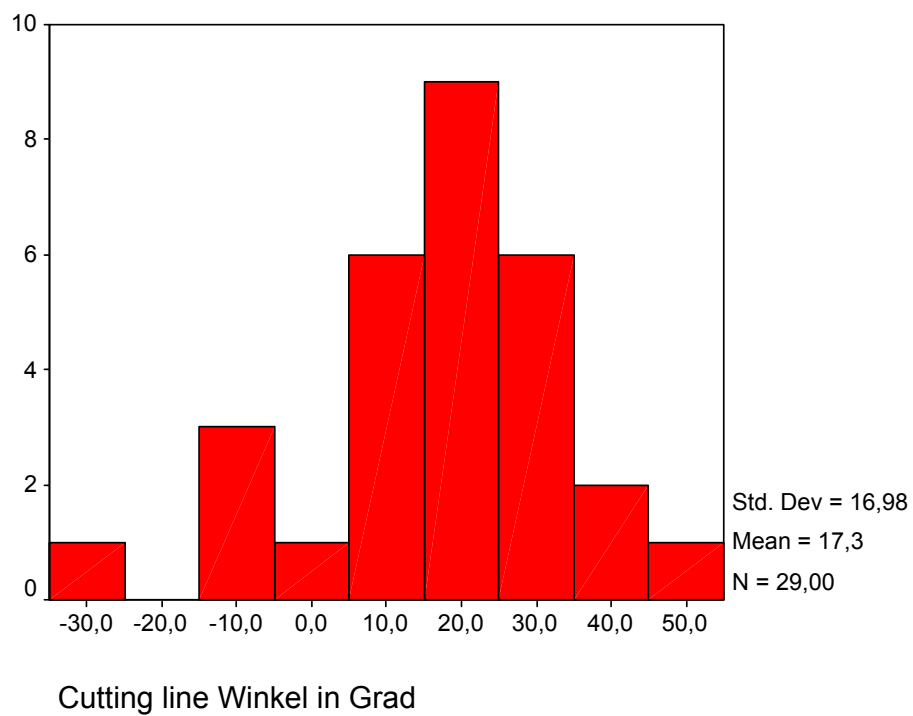


Cutting line Winkel in Grad

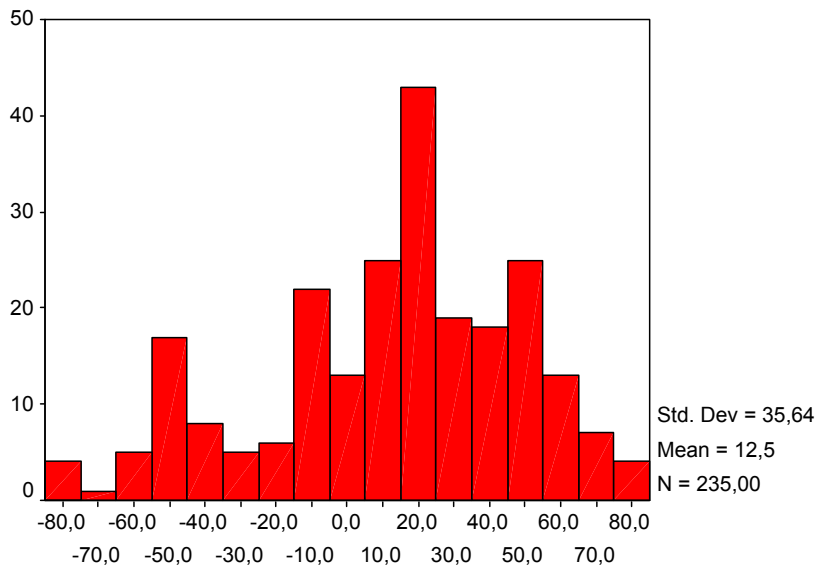
CONGRESS: 96 CLAUSEN: 3



CONGRESS: 96 CLAUSEN: 4

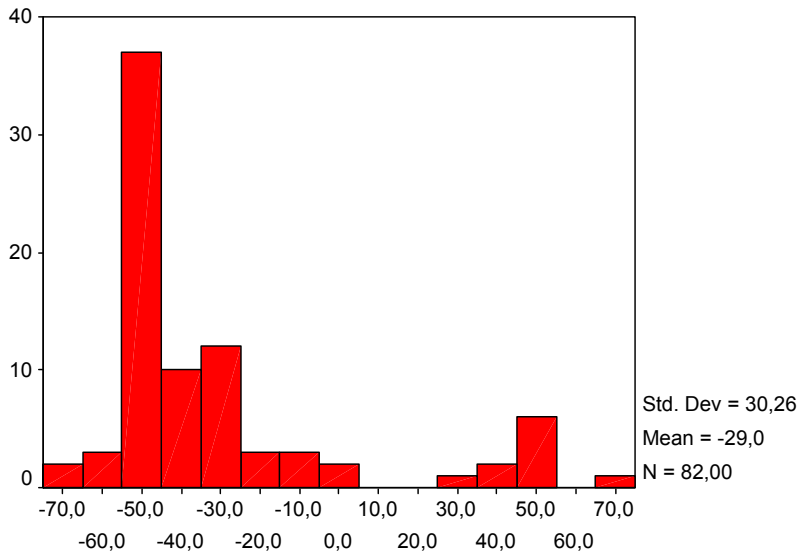


CONGRESS: 96 CLAUSEN: 5



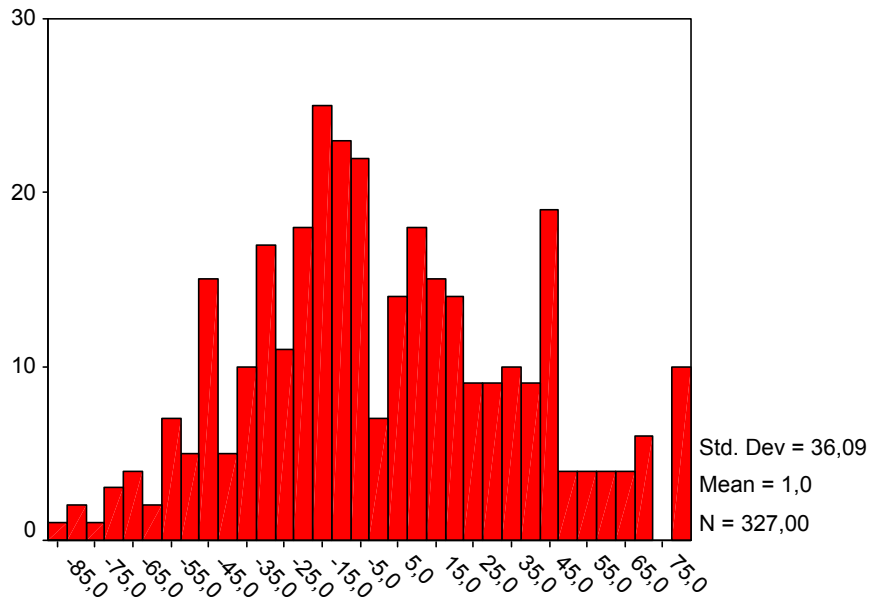
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 96 CLAUSEN: 6



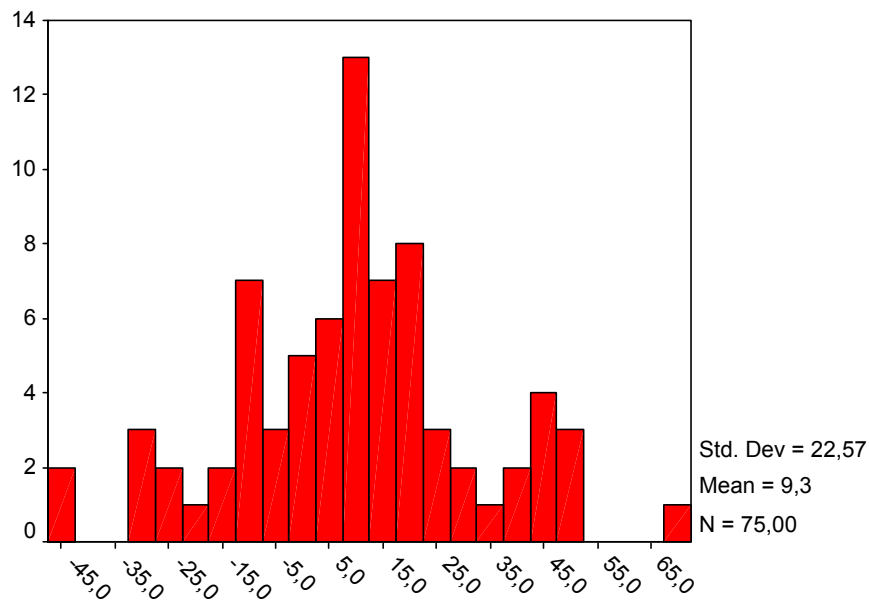
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 1



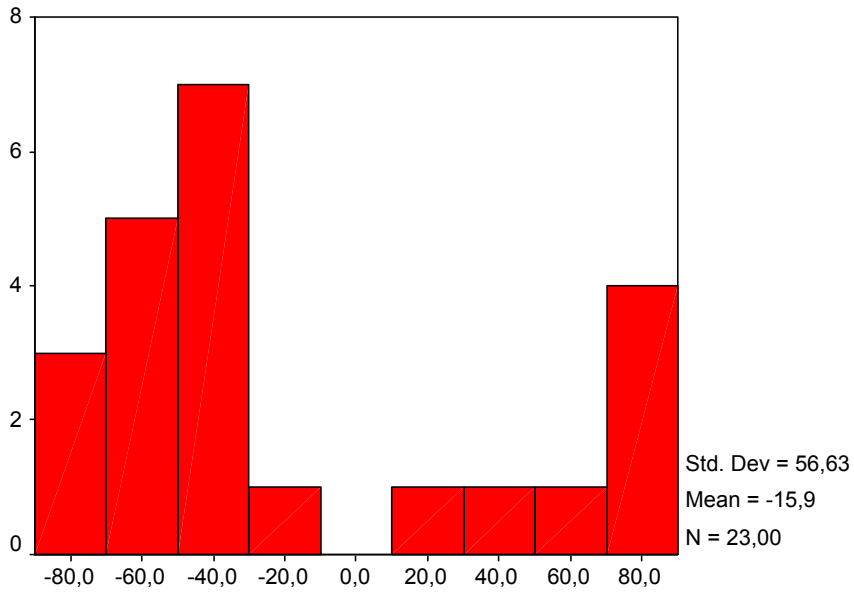
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 2



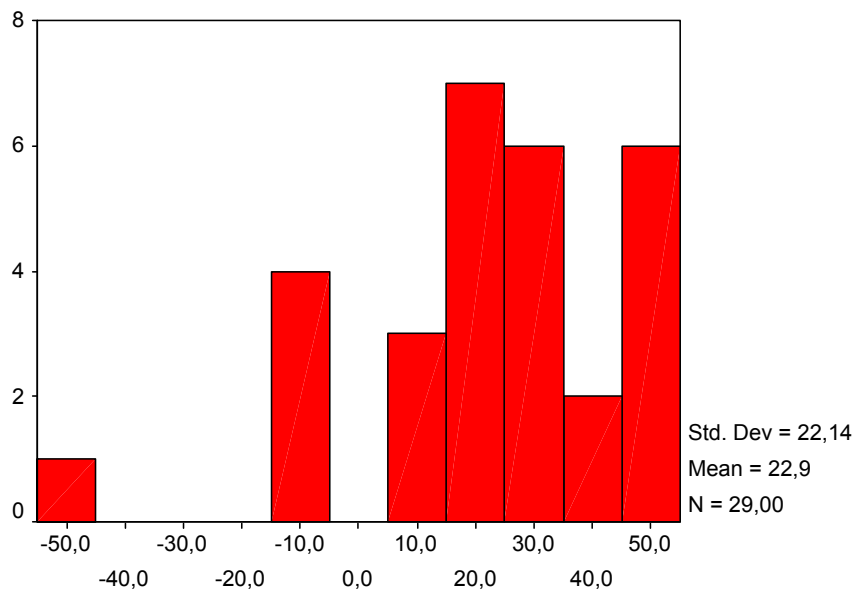
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 3



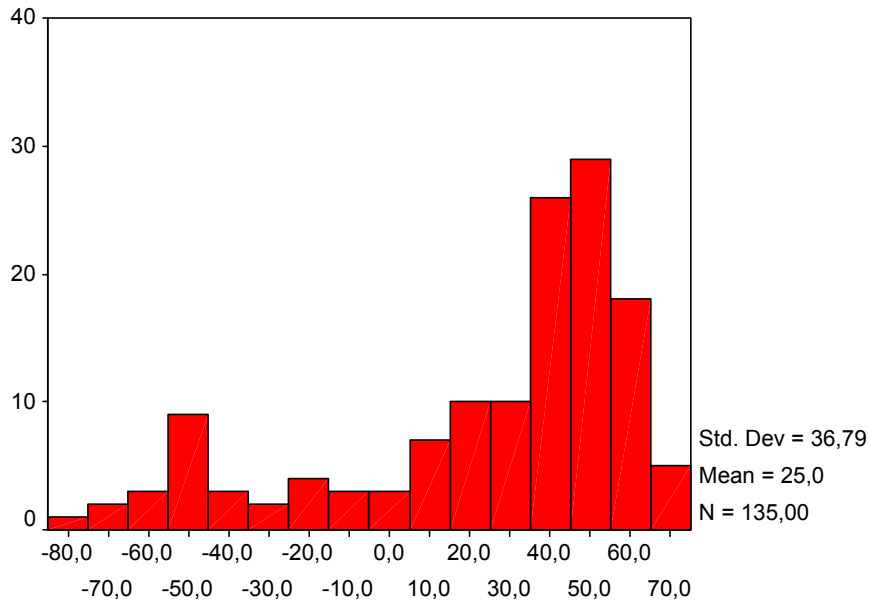
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 4



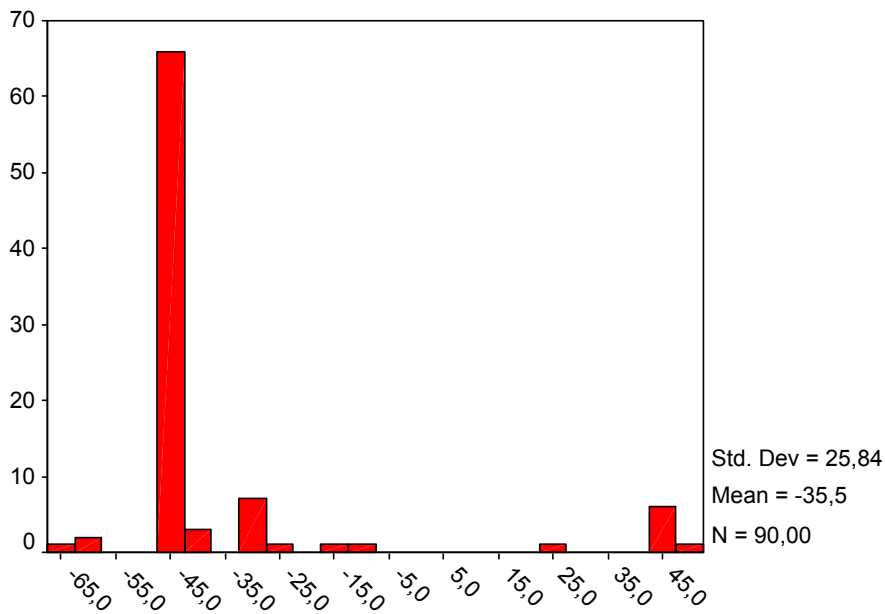
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 5



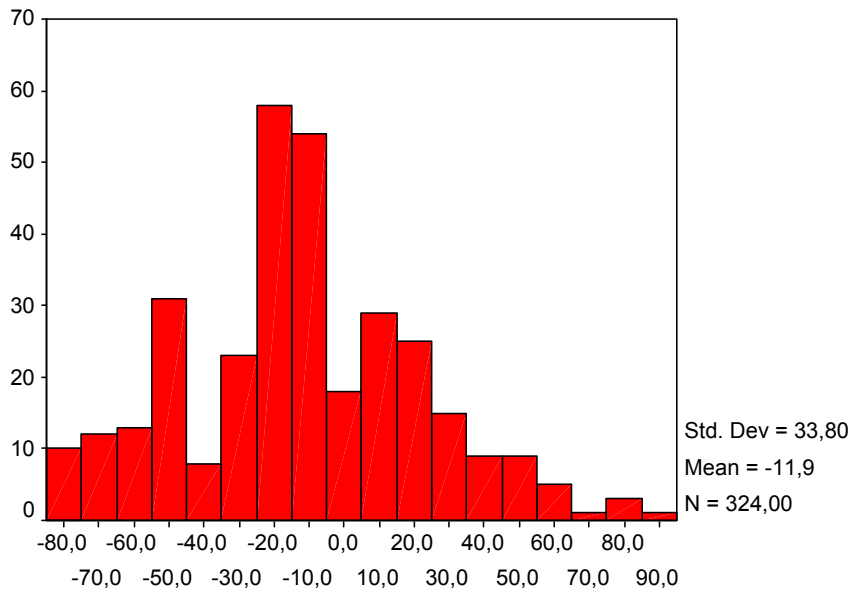
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 97 CLAUSEN: 6



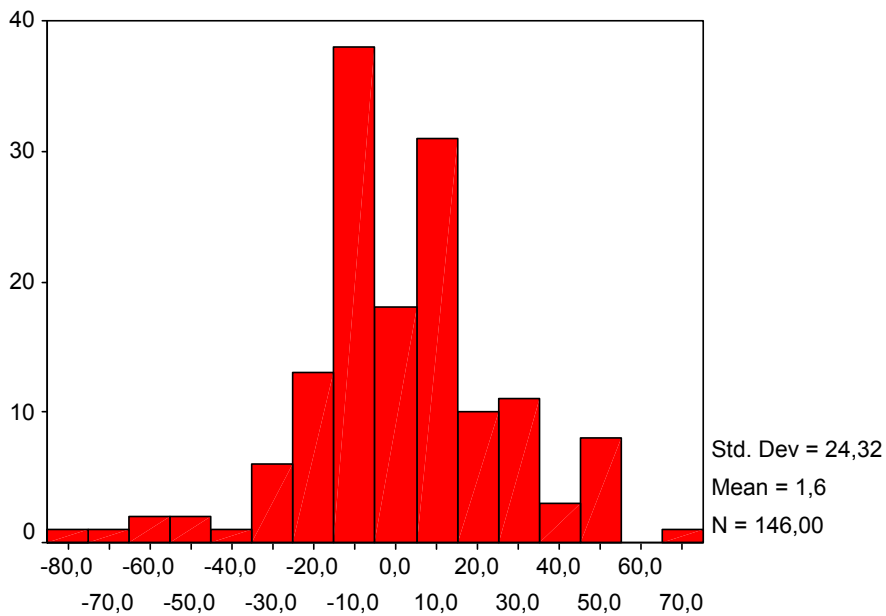
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 1



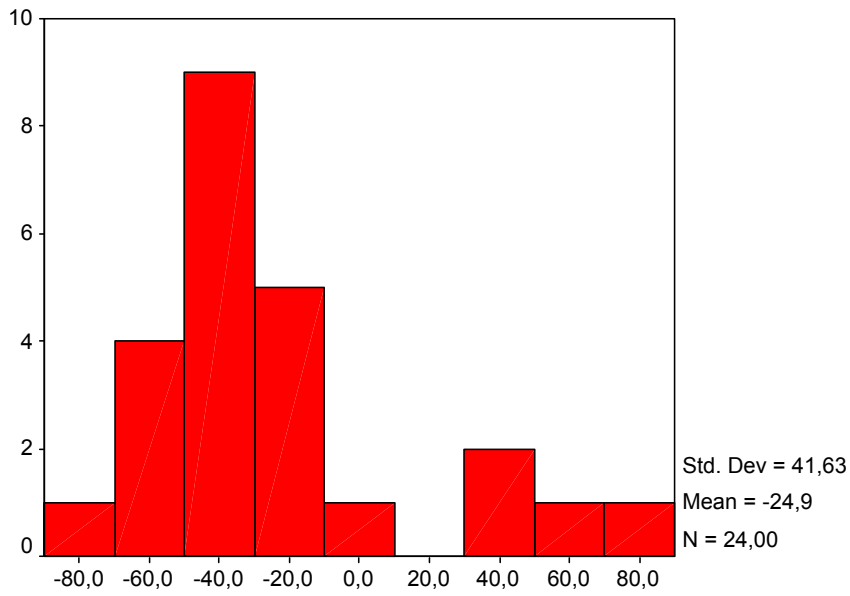
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 2



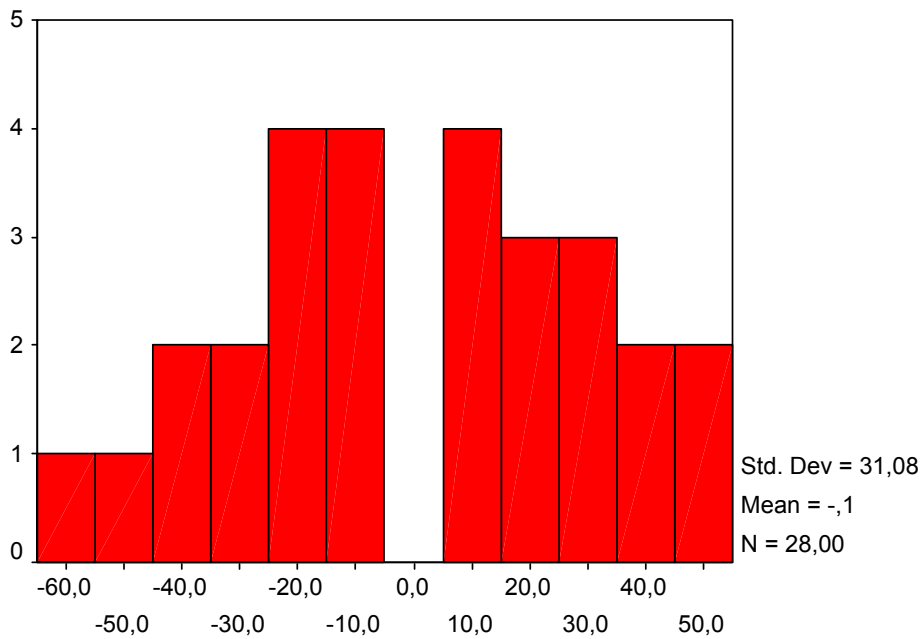
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 3



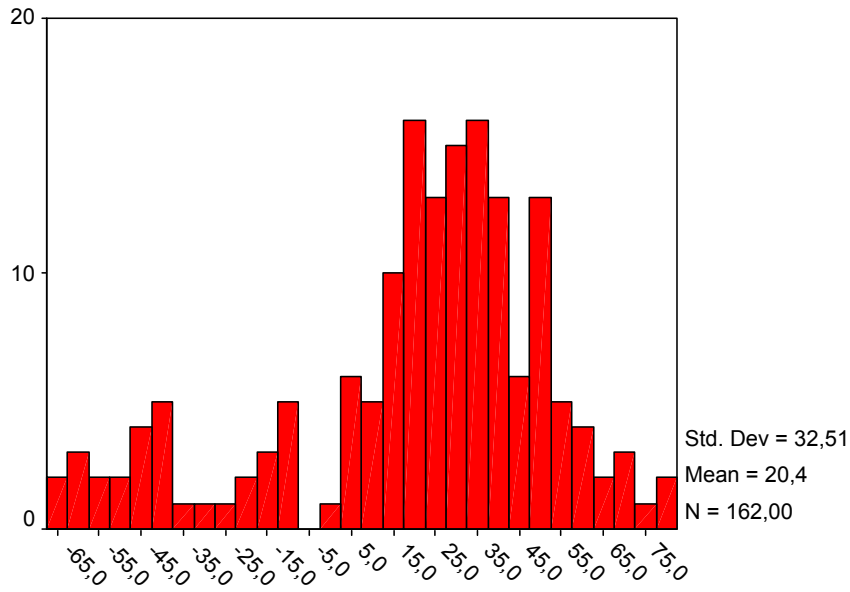
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 4



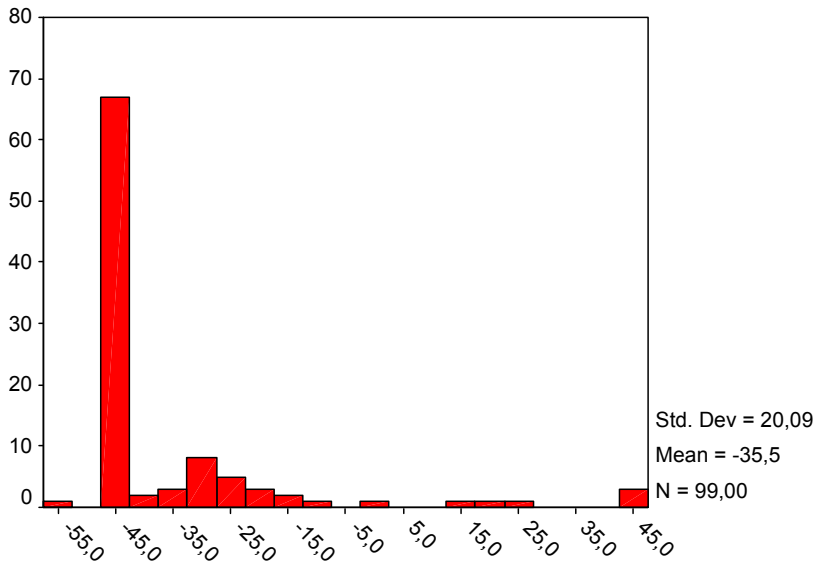
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 5



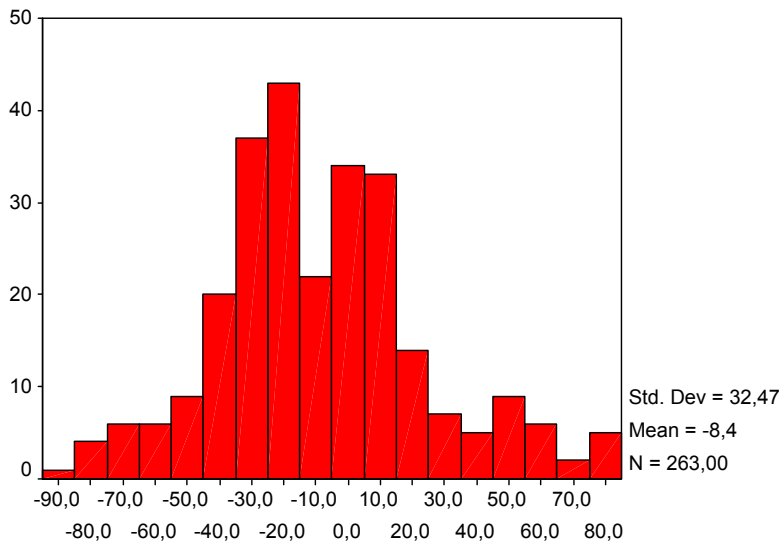
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 98 CLAUSEN: 6



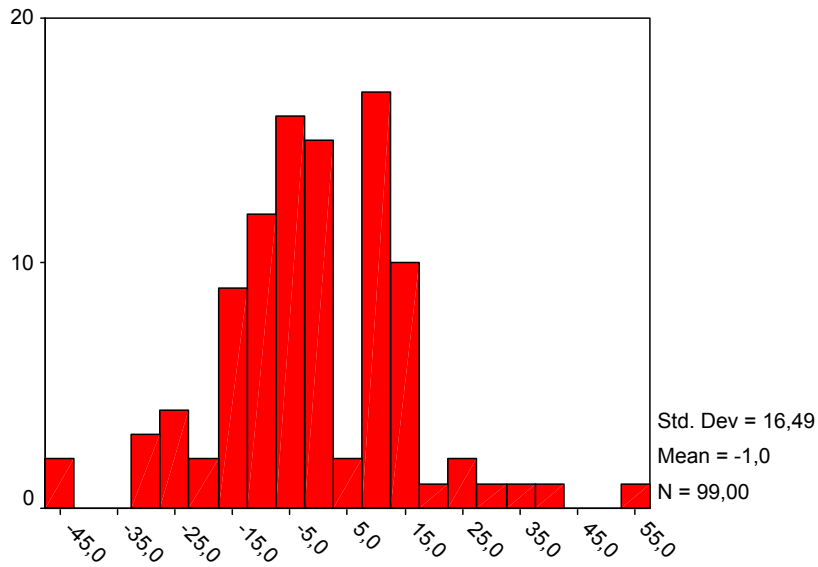
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 1



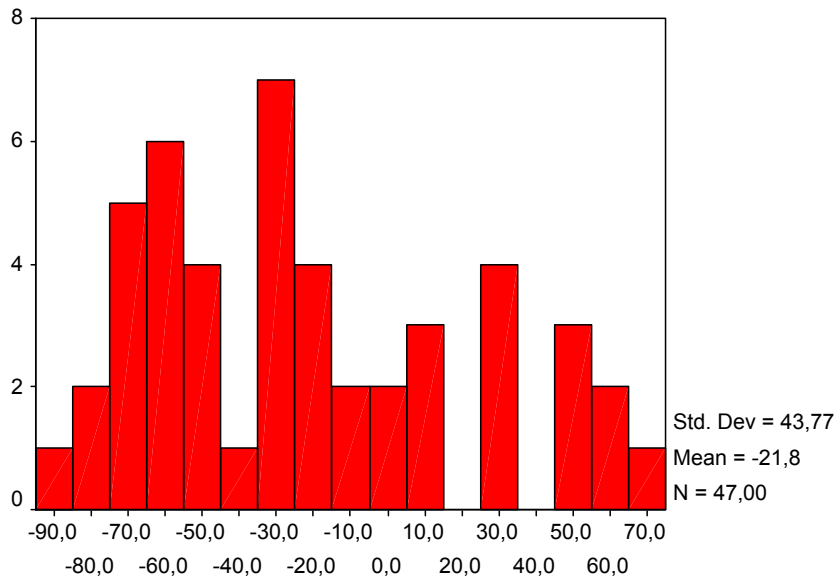
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 2



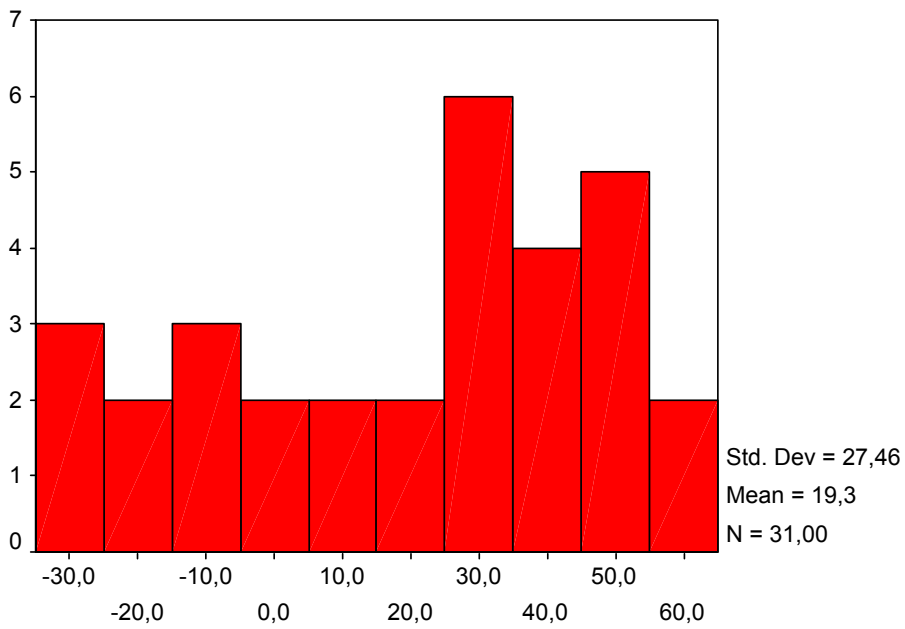
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 3



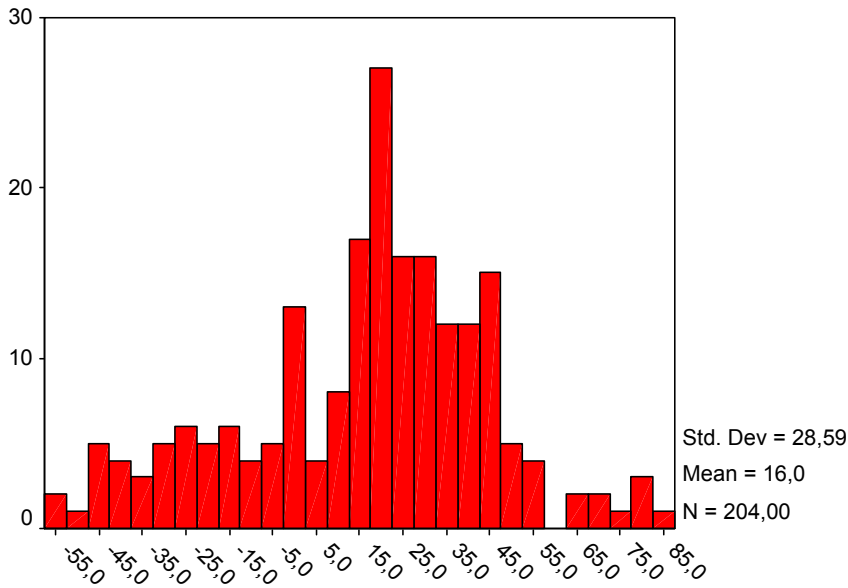
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 4



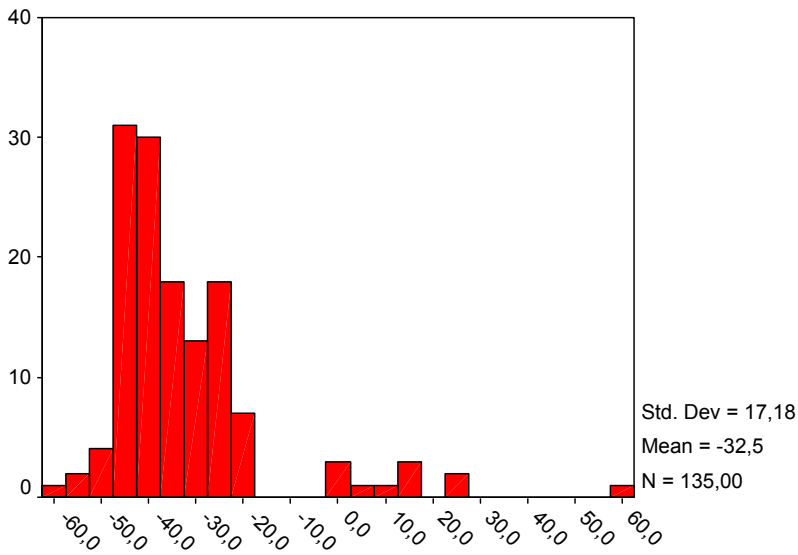
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 5



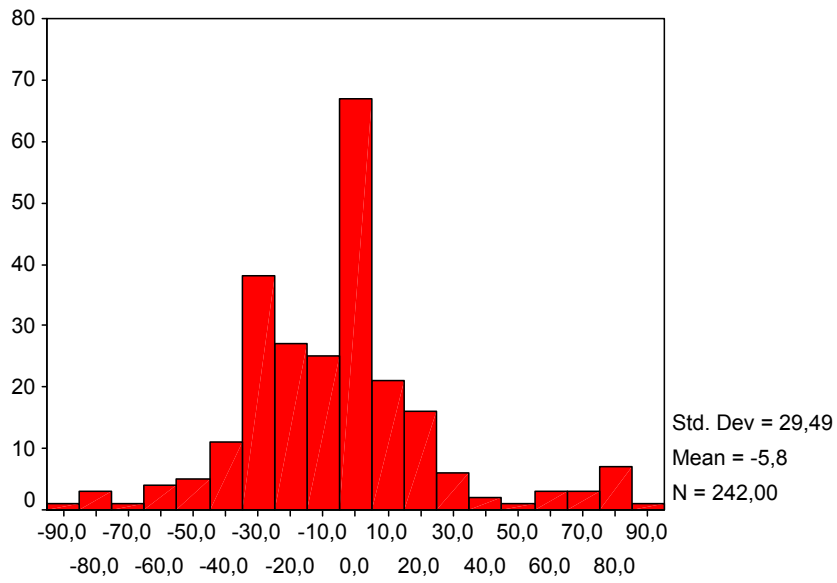
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 99 CLAUSEN: 6



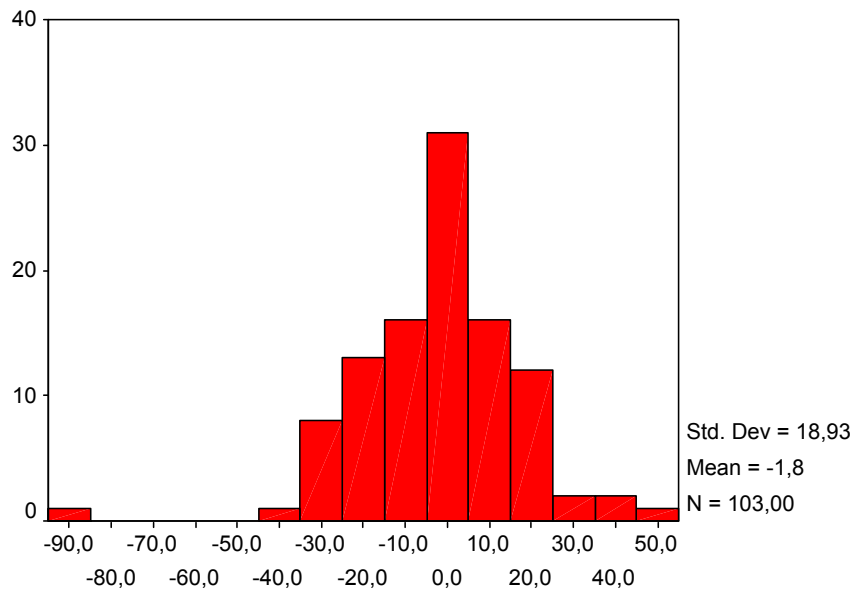
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 1



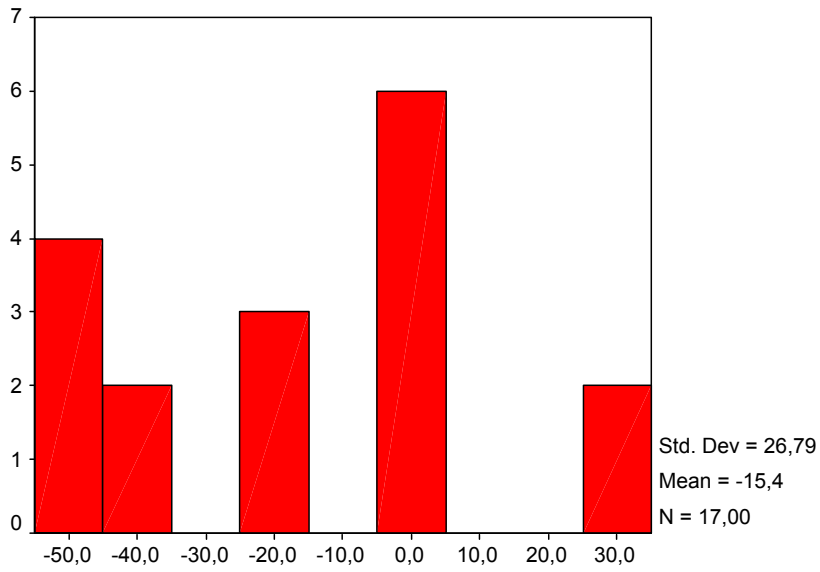
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 2



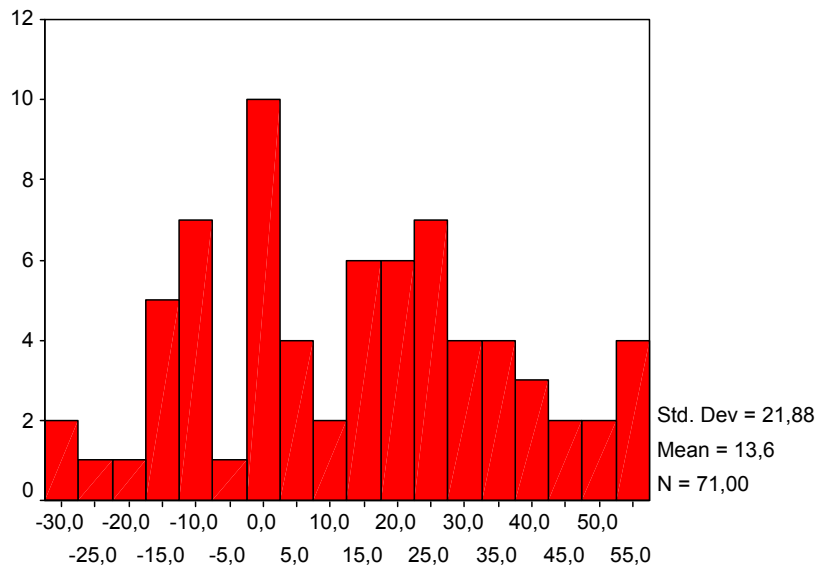
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 3



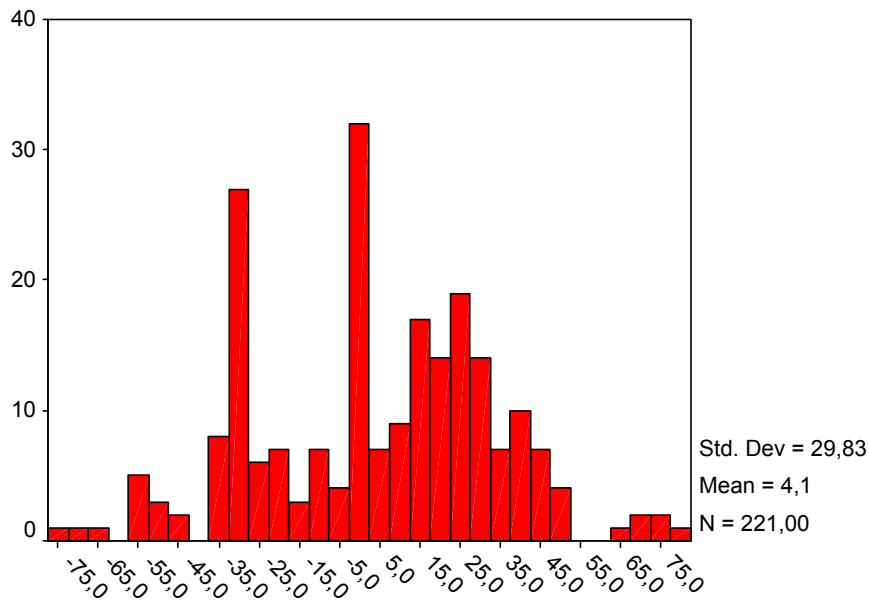
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 4



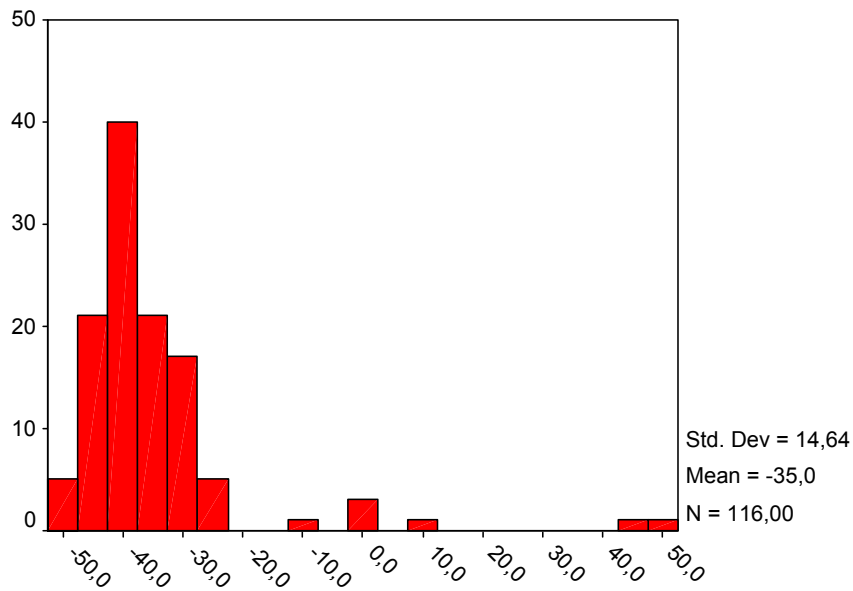
Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 5



Cutting line Winkel in Grad

CONGRESS: 100 CLAUSEN: 6



Cutting line Winkel in Grad

Appendix: Experiment

Dokumentation der Abstimmungsmechanismen in den experimentellen Simulationen

Die Werte in den Klammern geben jeweils die Koordinaten der zur Abstimmung anstehenden Alternativen an, die Werte xcoord und ycoord sind die Koordinaten des Senators auf der originalen X bzw. Y Dimension. Diese wurden so gewählt, daß die Senatoren einmal in drei und einmal in vier Gruppen einzuteilen waren. Die Koordinaten der Gesetze wurden so gewählt, daß sie möglichst verschiedene *cutting lines* erzeugten. Auf diese Weise wurden jeweils die Variablen v1 bis v100 erzeugt, welche die jeweilige Entscheidung des Abgeordneten enthielten. 1 entspricht dabei hier einer Ja Stimme, 6 einer Nein Stimme. Die Abstimmungsvariablen wurden zusammen mit einer Identifikationsvariable in DAT Format exportiert. W-NOMINATE berechnete daraus die Koordinaten, die dann wiederum zur statistischen Auswertung in SPSS eingelesen wurden.

1. Perfekt euklidische Abstimmung

```
Do if SQRT( (xcoord- (0.2) )**2 + (ycoord - ( 0.2 ) )**2 ) < SQRT( (xcoord- (0.40) )**2 +
(ycoord - (0.4) )**2 ).
    compute v1 = 1.
Else .
    compute v1 = 6.
end if.
```

2. Abstimmung mit Zufallskomponente.

```
Do if SQRT( (xcoord + NORMAL(0.1)- (0.2) )**2 + (ycoord + NORMAL(0.1) - ( 0.2 ) )**2 )
    < SQRT( (xcoord + NORMAL(0.1)- (0.40) )**2 + (ycoord + NORMAL(0.1) - (0.4)
)**2 ).
    compute v1 = 1.
Else .
    compute v1 = 6.
end if.
```

3. Gewichtete erste Dimension

```
Do if SQRT( ( 4*(xcoord- (0.2)) )**2 + (ycoord - ( 0.2 ) )**2 ) < SQRT( ( 4*(xcoord-
(0.40)) )**2 + (ycoord - (0.4) )**2 ).
    compute v1 = 1.
Else .
    compute v1 = 6.
end if.
```

4. Abstimmung mit city block Metrik

```
Do if ABS(xcoord- (0.2)) + ABS(ycoord - ( 0.2 ) ) < ABS(xcoord- (0.40)) + ABS(ycoord - (0.4)).  
    compute v1 = 1.  
Else .  
    compute v1 = 6.  
end if.
```

5. Rein zufällige Abstimmungen

In Excel wurden 100 Spalten zu jeweils 100 Zufallszahlen erzeugt, diese wurden dann recodiert: kleiner 0,5 wird zu ja, größer 0,5 wird zu nein. Die daraus resultierende Matrix wird als Abstimmungsmatrix verwendet.

```
do repeat x= a to cv .  
    do if x >= 0.5.  
        compute x =1.  
    else if x < 0.5 .  
        compute x = 6.  
    end if.  
end repeat.  
execute.
```

Appendix: Daten

A) Roll-Call-Daten

Von der Internet Homepage des Voteview-Projektes waren – neben dem W-NOMINATE Programm – drei Datensätze verfügbar: Erstens ein zeitlich geordneter Datensatz mit allen *roll calls*, die im Repräsentantenhaus abgestimmt wurden, jeweils mit den NOMINATE-Koordinaten für die Ergebnisse, einer kurzen Inhaltsangabe und mehreren NOMINATE spezifischen Kennzahlen. Zweitens ein ebensolcher Datensatz für den Senat. Beide Datensätze enthielten die Kongresse 1 bis 100, wobei jedoch jeweils im 100sten Kongreß die entsprechende Inhaltsangabe fehlte, die *roll calls* also nur über das Abstimmungsdatum und die laufende Nummer identifiziert werden konnten. Drittens das Voteview-Programm, mit den dazugehörigen Daten für das Repräsentantenhaus und den Senat. Das Voteview-Programm dient dazu, aus den Koordinaten der Abgeordneten für einen *roll call* die jeweilige *cutting line* zu berechnen und mit der grafischen Darstellung der Abgeordneten Konstellation zu kombinieren. Die dazugehörigen Daten enthalten die Koordinaten der Abgeordneten, eine Kurzinformation zu den *roll calls*, und das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu den *roll calls*, jedoch in einer nicht für andere Statistikprogramme einlesbaren Form. Die Daten für den Senat reichen bis zum 100sten Kongreß, sind jedoch nicht vollständig dokumentiert. Die Daten für das Repräsentantenhaus reichen nur bis zum 99sten Kongreß. Da das Ziel die externe Validierung von durch NOMINATE berechneten Gesetzespositionen ist, beschränkt sich der Untersuchungszeitraum daher auf die Zeit bis maximal 1988 (100ster Kongreß).

B) Interessengruppenumfrage

Die Studie von Pappi, König und Knoke (1995) bezog sich auf die Einflußnahme von Interessengruppen auf 36 Ereignisse in der amerikanischen Arbeits- und Sozialpolitik in den 80er Jahren. Die in dieser Arbeit verwendeten Daten beziehen sich auf die Frage, ob und wie stark eine Interessengruppe an dem Ereignis interessiert war, und ob sie dafür, dagegen oder gleichzeitig dafür *und* dagegen war. Die Mehrheit dieser Ereignisse waren Gesetzesinitiativen, von denen jedoch wiederum nicht alle für die Auswertung in Betracht kamen. Bei den meisten Gesetzen kam es während des Zeitraumes, für den Daten vorhanden waren zu keiner *Roll-Call-Abstimmung*, bei anderen kam es zwar zu Abstimmungen, diese waren jedoch keine *roll calls*, sondern zum Beispiel wie bei dem Retirement Equity Act eine *voice vote* (Congressional Quarterly Almanac 1983: 276). Zu den im folgenden aufgeführten 9 Gesetzen gab es während des Untersuchungszeitraumes zu irgendeinem Zeitpunkt, zumindest in einem der beiden Häuser, *Roll-Call-Abstimmungen*. Eine weitere entscheidende Frage ist jedoch, ob diese *roll calls* die jeweils letzte Abstimmung im Gesetzgebungsablauf oder nur eine Abstimmung während dieses Prozesses waren, zum Beispiel über ein *amendment*, und die letzte Abstimmung dann in anderer Form stattfand. Dies ist deshalb wichtig, weil sich die retrospektiv abgegebenen Stellungnahme der Interessengruppen auf immer das ganze Gesetzesprojekt bezog. Für die ideologische Einordnung des Gesetzes als Ganzem kann daher nur die Abstimmung gegen den Status Quo dienen, weil es diese Abstimmung ist, die darüber entscheidet, ob ein Gesetz zustande kommt. Erschwert wurde die Beantwortung dieser Frage durch den Umstand, daß Senat und Repräsentantenhaus jeweils zum Teil ähnliche Gesetze simultan bearbeiteten, und am Schluß im Vermittlungsausschuß, dem *conference committee*, zwischen den Versionen der beiden Häuser ein Kompromiß gefunden werden muß, den wiederum beide Häuser per Mehrheit akzeptieren müssen. Zu einem solchen Kompromiß kam es nicht immer, da der Vermittlungsausschuß mit mehreren Themen beschäftigt ist, und es eventuell nicht zur Aushandlung eines Kompromisses in dieser Sache kommt. Häufig unternahm eines der beiden

Häuser bezüglich eines von dem anderen Haus verabschiedeten und nunmehr zugeleiteten Gesetzes keine weiteren Schritte, so daß das Gesetz auf diese Weise gestoppt wurde. Die Quelle für diesbezügliche Informationen ist der Congressional Quarterly Almanac, speziell dessen Berichten zu ausgewählten Gesetzesprojekten, in denen über den Ablauf des Gesetzgebungsprozesses und seine Vorgeschichte berichtet wird, sowie die Roll-Call-Dokumentationen, mit einer genaueren Beschreibung dessen, worüber abgestimmt wurde. Die Gesetze sind sowohl mit der Original Nummer aus der Studie von Pappi, König und Knoke als auch mit der offiziellen Nummer, die es im Kongreß hatte bezeichnet.

Gesetz 33: Construction Industry Labor Law Amendments of 1985 & 1987
HR 281 / S 492

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Auf Initiative der Gewerkschaften verabschiedete das Repräsentantenhaus am 17. April 1986 per *roll call* ein Gesetz, das es Unternehmen der Bauindustrie verbot, Arbeitsgesetze teilweise dadurch zu umgehen, daß sie andere Firmen ohne gewerkschaftliche Verpflichtungen an Projekten beteiligten. Das Gesetz wurde an den Senat weitergeleitet, wo es jedoch nicht weiterbehandelt wurde. 1987 wurde das Gesetz erneut im Repräsentantenhaus behandelt, und dort auch am 17. Juni 1987 erneut per *roll call* verabschiedet. Auch für den zweiten Anlauf kam es während des Beobachtungszeitraumes zu keiner weiteren Bearbeitung des Gesetzes im Senat (Congressional Quarterly Almanac 1986: 595ff). Der in die Untersuchung eingehende *roll call* war der letzte während des Jahres 1987, mit dem die Version des Repräsentantenhauses entgültig verabschiedet wurde.

Gesetz 5: Labor Management Racketeering Act of 1982 & 83
S 1785 / S 336

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Als Reaktion auf eine Korruptionsaffäre verabschiedete der Senat am 28. Juli 1982 per *voice vote* ein Gesetz, das die bis dahin als zu locker geltenden Strafen für Korruption, zum Beispiel für Bestechungsgelder der Betriebe an die Gewerkschaften, um diese zur Akzeptanz von arbeitgeberfreundlicheren Arbeitsbedingungen zu bewegen, in Gewerkschaften und auf Seiten der Betriebsleitung verschärfte. Das Gesetz wurde jedoch im Repräsentantenhaus gestoppt, da es der zuständige Ausschuß ablehnte, sich damit zu befassen. Am 20. Juni 1983 verabschiedete der Senat das gleich Gesetz noch einmal per *roll call* und verwies es wiederum an das Repräsentantenhaus, wo es wiederum gestoppt wurde. Der *roll call*, mit dem der Senat das Gesetz verabschiedete, wurde in die Untersuchung einbezogen, da es die Entscheidung über die Annahme des Gesetzesvorschlages als Ganzem war (Congressional Quarterly Almanac 1982: 65ff / Congressional Quarterly Almanac 1983: 271).

Gesetz 2: Black Lung Benefits and Revenue Amendments of 1981
S 1922 / HR 4387 / HR 5159

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Der Kongreß verabschiedete 1981 einen Kompromiß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezüglich des 1978 gegründeten und mittlerweile in Finanznot geratenen Black Lung Disability Funds. Der Kompromiß erhöhte die Steuern auf Kohle, aus denen der Fonds finanziert wurde und engte gleichzeitig die Kriterien für die Berechtigung zu Ansprüchen aus dem Fonds ein. Das Repräsentantenhaus verabschiedete seine Version am 15. Dezember 1981 kurz vor der Vertagung des Kongresses, per *voice vote*, und gab das Gesetz unverzüglich an den Senat weiter, der am 16. Dezember 1981 per *roll call* über zwei Änderungsanträge und die entgültige Annahme entschied. Am selben Tag stimmte auch das Repräsentantenhaus per *roll call* der Senat Version zu, so daß diese beiden *roll calls* in die Untersuchung eingehen können (Congressional Quarterly Almanac 1981: 114ff).

Gesetz 28: High-Risk Occupational Disease Notification and Prevention Act 1987

HR 162 / S 79

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Das Senate Labor and Human Resources Committee brachte am 23. Juli 1987 eine Gesetz in das Plenum ein, das die Errichtung eines Risk Assessment Board vorsah, mit dem Zweck, Gruppen von Arbeitnehmern zu identifizieren, die durch ihren Beruf, zum Beispiel durch den Umgang mit gefährlichen Stoffen, erhöhten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, und diese dann individuell über diese Risiken zu informieren. Im März 1988 kam es im Senat zu einer ganzen Serie von *roll calls* bezüglich dieses Gesetzes. Am 29. März 1988 scheiterte das Gesetz schließlich an einem Filibuster von republikanischen Senatoren, als es nicht gelang, diesen Filibuster durch ein *cloture*, d.h. eine Begrenzung der Debatte zu beenden. Obwohl dieser *roll call* formal nur eine prozedurale Frage war, bedeutete er doch die inhaltliche Entscheidung gegen das Gesetz. Ein Ja bei dieser Abstimmung bedeutet, daß der entsprechende Senator für das Gesetz war, ein Nein, also eine Ablehnung der Begrenzung der Debatte, war hingegen eine Stimme gegen das Gesetz, was in den im Congressional Quarterly Almanac zitierten Kommentaren der Senatoren auch zum Ausdruck kommt. So hatten mehr als 10000 Mitglieder der National Federation of Independent Business, aus Furcht von Kosten und möglichen Prozessen wegen Gesundheitsschäden schriftlich an die Senatoren appelliert, einen Filibuster zu unterstützen. Aus diesem Grunde wird dieser *roll call* in die Untersuchung aufgenommen. Das Repräsentantenhaus hatte seine Version des Gesetzes bereit am 15. Oktober 1987 per *roll call* angenommen, und auch dieser *roll call* wurde in die Untersuchung einbezogen (Congressional Quarterly Almanac 1988: 263ff).

Gesetz 35: Polygraph Protection Act of 1985 & 1987

HR 1212 / HR 1536

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Bereits 1985 wurde von House Education and Labor Committee ein Gesetz gebilligt, das den Einsatz von „Lügendetektoren“ bei der Einstellung von Bewerbern in der Privatwirtschaft generell, jedoch mit einigen Ausnahmen, verbot. Das Repräsentantenhaus billigte seine Version bereits 1986, jedoch unternahm der Senat nichts weiteres in der Sache. Am 4. November 1987 verabschiedete das Repräsentantenhaus erneut eine eigene Version des Gesetzes, und der Senat nahm am 3. März 1988 eine eigene Version an.

Den anschließenden Kompromiß des Vermittlungsausschusses nahm das Repräsentantenhaus am 1. Juni 1988, der Senat am 9. Juni 1988 an. Beide Entscheidungen wurden per *roll call* abgestimmt, so das beide in die Untersuchung eingehen konnten (Congressional Quarterly Almanac 1988: 266ff).

Gesetz 16: Vocational Technical Education Act of 1983

HR 4164

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Der Vocational Education Act von 1963, der staatlich finanzierte Programme, in denen Studenten in praktischen Berufen ausgebildet wurden, veranlaßt hatte, lief 1984 regulär aus. Das House Education and Labor Committee beschloß am 23. Februar 1981, das Programm in leicht modifizierter Fassung weiter laufen zu lassen. Am 8. März 1984 verabschiedete das Repräsentantenhaus seine Version des Gesetzes per *roll call*. Der Senat veränderte in seiner Version jedoch mehrere Aspekte, darunter auch die Gruppen, für die das Programm gelten soll. Der Kompromiß des Vermittlungsausschusses lag im Oktober 1984 vor, und wurde von beiden Häusern per *voice vote* angenommen, so daß dieses Gesetz nicht in die Untersuchung aufgenommen werden kann, weil sich die vorhandenen *roll calls* nicht auf das letztlich verabschiedete Gesetz bezogen. (Congressional Quarterly Almanac 1984: 455ff).

Gesetz 3: Job Training Partnership Act of 1982

HR 5320 / HR 5533 / S 2036

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Um jungen und nicht bzw. schlecht ausgebildeten Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, brachte das Senate Labor and Human Resources Committee am 28. Mai 1982 ein Job Training Gesetz ein, welches das Plenum am 1. Juli 1982 per *roll call* billigte. Das Repräsentantenhaus hatte ebenfalls ein ähnliches Gesetz entworfen,

das am 4. August 1982, ebenfalls per *roll call* gebilligt wurde. Den Kompromiß des Vermittlungsausschusses nahm der Senat am 30. September 1982 und das Repräsentantenhaus am 1. Oktober 1982 an. Beide Abstimmungen waren *roll calls* und werden deshalb in die Untersuchung einbezogen (Congressional Quarterly Almanac 1982: 39ff).

Gesetz 9: American Conservation Corps Act of 1983

HR 999 / S 2061

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Bereits 1982 initiierte das Repräsentantenhaus ein neues Programm, das unter dem Namen American Conservation Corps bekannt wurde, und zwei ähnliche Gesetze ersetzen sollte, deren Beendigung seitens der Reagan Administration geplant war.

Grundidee des Gesetzes war es, jungen Leuten auf staatlichem oder indianischem Land Arbeit zum gesetzlichen Mindestlohn bei Umweltschutzprojekten, zum Beispiel in Nationalparks, zu verschaffen. Am 9. Juni 1982 verabschiedete das Repräsentantenhaus seine Version per *roll call*. Der Senat unternahm 1982 jedoch keine weiteren Schritte in der Sache. Am 1. März 1983 verabschiedete das Repräsentantenhaus, trotz bereits angekündigte Opposition seitens des Präsidenten – per *roll call* – das Gesetz erneut. Der zuständige Senatsausschuß brachte eine reduziertere Version des Gesetzes in das Plenum ein, wo es jedoch 1983 zu keiner weiteren Entscheidung kam. 1984 kam es dann zu einer Entscheidung beider Häuser in dieser Sache. Der Senat entschied über seine Version nicht per *roll call*, jedoch nahm das Repräsentantenhaus dessen Version per *roll call* am 9. Oktober 1984 an. Das Gesetz wurde jedoch vom Präsidenten gestoppt.

Am 11 Juli 1985 verabschiedete das Repräsentantenhaus in einem *roll call* erneut eine eigene Version des Gesetzes, die jedoch im Senat nicht weiter verhandelt wurde. Dieser *roll call* des Repräsentantenhaus geht in die Untersuchung ein, da er den Abschluß des Gesetzesprojektes darstellt (Congressional Quarterly Almanac 1982: 505ff; 1983: 229ff; 1984 122-H; 1985: 474ff).

Gesetz 31: Omnibus Trade and Competitiveness Reform

HR 3 / HR 4848

Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens: Nach dem es 1985 und 1986 bereits Vorläufervorschläge und eigene Versionen gab, verabschiedeten beide Häuser 1987 jeweils eigene Versionen eines Handelsgesetzes, das Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken und Erleichterungen für durch Importe unter Druck geratene einheimische Industriezweige vorsah. Der Vermittlungsausschuß kam jedoch 1987 zu keinem Ergebnis, da die Debatte über das Haushaltsdefizit das Thema von der Tagesordnung verdrängte. 1988 kam es zu einem Kompromißvorschlag, den das Repräsentantenhaus am 21. April und der Senat am 27. April annahm. Beide Abstimmungen waren *roll calls*. Präsident Reagan legte jedoch gegen diese Version, speziell gegen die sogenannte „Plant Closing Notice“ sein Veto ein, woraufhin in beiden Häusern durch die Demokraten eine neue, in Richtung auf die Forderungen des Präsidenten veränderte Version der „Omnibus Trade Bill“ eingebracht wurde. Über diese neue Version, aus der die „Plant Closing Notice“, die eine Ankündigung einer Betriebsschließung 60 Tage vor Eintritt vorsah, ausgekoppelt wurde – diese wurde separat behandelt – stimmte das Repräsentantenhaus am 13. Juli 1988 per *roll call* ab. Nachdem der Präsident seine Zustimmung ankündigte, verabschiedete der Senat das Gesetz am 3. August 1988. Diese beiden letzten *roll calls* der beiden Häuser, in denen das Gesamtprojekt angenommen wurde, gingen in die Untersuchung ein. Ebenfalls aufgenommen, da ursprünglich zu dem Projekt gehörend, wurden auch die beiden *roll calls* des Repräsentantenhauses und des Senats zur „Plant Closing Notice“ aus dem Juli 1988 (Congressional Quarterly Almanac 1988: 209ff).

Appendix Auswertung

Erzeugung der Eingangsvariablen für die statistische Auswertung

Originale Codierung der Interessevariable g1_int bis g36_int .

5 very strong
4 strong
3 moderate
2 little
1 very little
0 almost none

Originale Codierung der Positionsvariable g1_pos bis g36_pos .

1 for
2 against
3 both for and against
5 no position
9 Don't know

MISSING VALUES g1_int to g36_int ("9,").

MISSING VALUES g1_pos to g36_pos("").

recode g1_pos to g36_pos
(2=-1) (3=7) .
execute.

VALUE LABELS g1_pos to g36_pos

-1 "against"
0 "orig missing / recoded no interest"
1 "for"
5 "no position"
7 "Both for and against/ recoded"
9 "dk" .

MISSING VALUES g1_pos to g36_pos("5," "9," "7,").

* Erzeugung der Variable des gerichteten Interesses.

Compute g1_ger = g1_int * g1_pos.
Compute g2_ger = g2_int * g2_pos.
....
Compute g35_ger = g35_int * g35_pos.
Compute g36_ger = g36_int * g36_pos.
execute.

Auswertung: multidimensionale Skalierung .

```
PROXIMITIES g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/PRINT NONE
/MATRIX OUT('c:\tmp\spssalsc.tmp')
/MEASURE=EUCLID /STANDARDIZE=NONE /VIEW=VARIABLE .
SPLIT FILE OFF.
ALSCAL
/MATRIX= IN('c:\tmp\spssalsc.tmp')
/LEVEL=ORDINAL
/CONDITION=MATRIX
/MODEL=EUCLID
/CRITERIA=CONVERGE(.001) STRESSMIN(.005) ITER(30) CUTOFF(0) DIMENS(1,6) .
ERASE FILE='c:\tmp\spssalsc.tmp'.
```

Die Faktoranalyse für alle Gesetze / direkter Vergleich zur Studie von Pappi, König und Knoke .
mit dem üblichen Eigenvektor>1 Kriterium .

```
FACTOR
/VARIABLES g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/MISSING Pairwise /ANALYSIS g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/PRINT INITIAL EXTRACTION ROTATION
/CRITERIA MINEIGEN(1) ITERATE(50)
/EXTRACTION PC
/CRITERIA ITERATE(25)
/ROTATION VARIMAX .
```

* mit zwei Faktoren .

```
FACTOR
/VARIABLES g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/MISSING Pairwise /ANALYSIS g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
```

```
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/PRINT INITIAL EXTRACTION ROTATION
/CRITERIA FACTORS(2) ITERATE(50)
/EXTRACTION PC
/CRITERIA ITERATE(25)
/ROTATION VARIMAX .
```

* mit nur einem Faktor .

```
FACTOR
```

```
/VARIABLES g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/MISSING Pairwise /ANALYSIS g1_ger g2_ger g3_ger g4_ger g5_ger g6_ger g7_ger
g8_ger g9_ger g10_ger g11_ger g12_ger g13_ger g14_ger g15_ger g16_ger
g17_ger g18_ger g19_ger g20_ger g21_ger g22_ger g23_ger g24_ger
g25_ger g26_ger g27_ger g28_ger g29_ger g30_ger g31_ger g32_ger
g33_ger g34_ger g35_ger g36_ger
/PRINT INITIAL EXTRACTION ROTATION
/CRITERIA FACTORS(1) ITERATE(50)
/EXTRACTION PC
/CRITERIA ITERATE(25)
/ROTATION VARIMAX .
```